

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit:

Seid Öl im Getriebe des Patriarchats!?!

Etablierte feministische Projekte zwischen Erfolg, Kritik und Affirmation.
Über den Widerspruch von Anerkennung und feministischer Herrschaftskritik.
Am Beispiel *Gender Studies* und *Gender Mainstreaming*.

Verfasserin:

Nikola Staritz

Angestrebter akademischer Grad:

Magistra der Philosophie (Mag.^a phil.)

Wien, 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 300
Studienrichtung lt. Studienblatt :	Politikwissenschaft
Betreuerin:	Univ- Prof. ⁱⁿ Dr. ⁱⁿ Eva Kreisky

Auf eine Art war das Haus – wie viele, die die 70-er Jahre überlebt hatten – ein Museum, das alle Strömungen und Veränderungen in der Gegenkultur aufzeigte: alte Ausgaben des Rampart im Regal neben dem Co-Evolution Quarterly und Runner`s Magazine; eine Haschpfeife neben Vitamin B-Tabletten gegen Stress; die Lesbian Nation neben Managerial Woman. (Barbara Wilson 1985: Mord im Kollektiv)

When I asked for help in organizing a protest (...), a female activist from the movement advised me to organize some kind of symposium or conference instead, because direct confrontation would, in today's world, „only exhaust us“. (Nataša Velikonja 2008)

Fuck the mainstream! (Ein Transparent, zeitlos)

Inhalt

Einleitung. Oder warum sich die Frage stellt.	5
Notizen zu Form und Aufbau dieser Arbeit.....	6
1. <i>Erfolg</i> . Ein Szenario.....	10
1.1. Vereinnahmung. Feminismus im Zeitalter seiner begrifflichen Reproduzierbarkeit.	13
1.1.1. Reden alle über Feminismus?	14
1.1.2. Vom Tod des Feminismus.	15
1.1.3. ...über den neuen Feminismus.	18
1.1.4. ...zum „anderen“ Feminismus.....	19
1.1.5. Lang leben die Bindestrich-Feminismen!	22
1.2. Partielle feministische Etablierung. Projekte zwischen Konkurs und Mainstream. .	23
1.2.1. Quantitative Etablierung. Inhaltliche Normalisierung.....	27
Schauplatz Universität	29
GM und die Gender Studies als Symptome.....	31
1.2.2. Zum Beispiel Gender Studies	31
1.2.3. Zum Beispiel Gender Mainstreaming (GM).....	41
1.2.4. Eine Erfolgsstory? Oder doch nicht.....	49
1.3. Patriarchales Kontinuum. Alles beim Alten.	52
1.3.1. Die Rede vom Patriarchat. Eine „adäquate“ Begrifflichkeit?.....	54
1.3.2. Behauptete Emanzipationsgewinne. Strukturelle Kontinuitäten.	59
Von der Ungleichheit der „gleichen Qualifikation“	60
Lebe, wie du willst... aber bitte so wie immer!.....	65
1.3.3. Und täglich grüßt das Patriarchat. Diversität als Machttechnik?.....	70
1.4. Konformität. Feministische Etablierung <i>und</i> patriarchales Kontinuum.	72
1.4.1. Unkritisch. Affirmation – Normalisierung – Modernisierung.....	72
1.4.2. Die Notwendigkeit von struktureller (feministischer) Kritik	75
1.4.3. Affirmation vs. kritisches Verhältnis? Eine Fragestellung	79

2. <i>Dagegensein</i> . Feministische Debatten um Kritik(verluste).....	80
2.1. Kritik. Ein kleiner aber feiner gemeinsamer Nenner.....	81
2.2. Verlustgeschichte(n). Wahn und (Un)Sinn feministischer Selbstkonstruktionen. ...	86
2.2.1. „Postmoderne“. Vom angeblichen Verschwinden von Herrschaftskritik.....	86
2.2.2. „Bewegung“. Theorie und/oder/trotz/nicht/obwohl/statt/mit/ist Praxis.....	96
2.2.3. „Generation(en)“. Wider Nostalgie und chronologische Erzählungen.....	99
2.3. Vom Drinnen und Draußen. Oder: Die Unmöglichkeit eines außerhalb.....	103
2.4. (K)Eine Definition(en). Zu den Begriffen Feminismus und Gender.....	111
3. <i>Affirmation</i> . Der ganz <i>normale</i> Wahnsinn?	119
Der Wille zum Funktionieren	119
Ausflug I: Affirmation und/oder Mitspielen? Zwei Begriffe.....	121
Ausflug II: Sind GM und Gender Studies feministische Projekte?	124
Zu den verwendeten Texten.....	125
3.1. Geschlecht als Ressource? Geschlechterdifferenz und Verwertung.....	128
3.1.1. Die Rede von den „Weiblichen Potentialen“	129
3.1.2. Discover your potential! Differenz.....	134
Das „Andere“	135
Die Frau ist eine Frau ist eine Frau... ..	135
Think positive! Von Ungleichheit zu Diversität.....	136
Die „wahre“ Differenz	138
Die „Durchschnittsfrau“	139
Zusammenfassung.....	140
3.1.3. Zwischendurch. Oder: Vom feministischen Dilemma zur Affirmation.	142
3.1.4. Use your potential! Verwertung.....	143
Win-Win. Alle(s) gewinnen, oder was?!?.....	145
Verwertung der Potentiale	149
(Weibliches) Brachland ist unleistbar	151
Akkumulation. (Wissenschaftliches) Neuland gewinnen.....	153
3.1.5. Wissen über Frauen.....	157
Auf der Suche nach <i>den</i> Frauen	157
Social Studies of Sexual Difference? Geschlechterdifferenz.....	159

Markt(v)erschließung. Verwertung.	161
3.1.6. Zwischendurch. Oder: Individuelles Manko vs. strukturelle Herrschaft.....	163
3.1.7. Zusammenfassung. Differenz + Verwertung + Effizienz = Gleichheit?	165
3.2. Anwendungen. Oder: Vom konkreten Nutzen.	168
Legitimierung prekären Wissens?	170
3.2.1. Arbeitsmarkt und Berufsfeldbezug.....	173
Endlich nützlich	174
Schaffen (eigener) Berufsfelder: das Nützlichkeitsdilemma als Tautologie	177
Ausflug III: Ist Wissen über Gender wirklich „gefragt“?.....	181
Zusammenfassung	182
3.2.2. Von feministischer Politik zu gegenderter Kompetenz	184
Genderkompetenz als „passende“ Antwort auf patriarchale Anforderungen.....	185
Welches Wissen? Gefragtes und adäquates!	190
Der Schlüssel zum Erfolg: Schlüsselqualifikationen.....	195
Zusammenfassung. (Besser) Funktionieren mit Genderkompetenz?	198
Ausflug IV: Die Qualifikation als Mittlerin zwischen Nutzen und Qualität	199
3.3. Die/Das Genderetikett(e). „Feminismus“ als Qualitätsmoment.	201
3.3.1. Selbstverständlichkeiten. „NORMale“ Standards und ihre Affirmation.....	203
3.3.2. GM und Gender Studies: qualitativ hochwertige Produkte	206
3.3.3. „Ausweitung der Kampfzone“. Leistung für alle und Männer überall.....	208
3.3.4. Die Besten! Leistung durch „Chancengleichheit“.....	211
3.3.5. (Un)Begriffe von (Un)Gleichheit: wenn Qualität zu Gleichheit führt	215
3.3.6. Exzellentes Wissen. Gender als Qualitätskriterium.....	219
3.3.7. Innovation. Oder: Die „gute“ Wissenschaft.	223
3.3.8. Professionalisierung. Expertinnen ihrer selbst?.....	226
3.3.9. Zusammenfassung. Qualitätsvolles Wirtschaften&Forschen mit Gender	231
 Ein Ende, aber kein Ende in Sicht	 232
 Literatur	 237

Vorweg:

Wenn „Einfachheit der Sprache“ nichts anderes als die Fortschreibung männlicher Dominanz und gewohnter Allgemeinheitsansprüche bedeutet, dann verzichte ich – im Sinne der Einfachheit – dankend darauf, „einfach“ zu schreiben und zu beschreiben, was nun mal nicht einfach – ergo maskulin – sondern widersprüchlich und Ausdruck herrschender Machtverhältnisse ist.

Einleitung. Oder warum sich die Frage stellt.

Einerseits wächst ihr Status innerhalb des akademischen Diskurses, andererseits ist ihr Anspruch, zumindest theoretisch, weniger die Integration in den Kanon als seine Unterwanderung. (Fatima El Tayeb 2007)

Was *Fatima El Tayeb* bezüglich kritischer Theorien und Wissenschaft, spezifisch der *Queer Theorie*, formuliert, kann auch allgemeiner gelesen werden: was heißt es, wenn herrschaftskritische Politiken, feministische Projekte zum Beispiel, sich etablieren und nun relativ „erfolgreicher“ Teil einer Struktur sind, die es eigentlich immer zu dekonstruieren und zu subvertieren galt? Was, wenn es an patriarchalen Universitäten *Gender Studies*, im *Palmers-Konzern Gender Mainstreaming* gibt und sich europäische rechtskonservative Regierungen samt ihrer hauptsächlich männlichen Vertreter für Gleichheit aussprechen, und sei dies auch nur rhetorisch? Was, wenn Gender Mainstreaming als „feministisches“ Projekt gilt, bei manch einem Fußballverein aber nichts anderes heißt, als dass es nun im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit – als Pendant zum Muttertag (sic!) – einen Männertag mit Spanferkelgrillen einzurichten gelte. Dann ist Misstrauen angebracht. Dass kritisches Denken von seinen „Gegner_innen“ vereinnahmt werden kann ist aber nur eine Seite der Medaille. Denn was, wenn die grundlegenden Konzepte von (feministischen) Projekten gar nicht erst verändert werden müssen, um reibungslos auch einem patriarchalen und kapitalistischen *Status Quo* dienlich zu sein? „[D]ie Reproduktion des Wissenschaftsbetriebes mit seinen herrschaftlichen In- und Exklusionen wird mittlerweile auch von Wissenschaftlerinnen unreflektiert betrieben und stellt kaum noch Thema feministischer Auseinandersetzung dar.“ (Holland-Cunz 2001: 50) Von Kritik kann dann wohl nicht mehr die Rede sein. In diesem Falle ist Widerspruch gefragt. Die Ambivalenz, dass manch als feministisch geltendes Projekt nicht kritisch und deshalb eigentlich auch nicht *feministisch* ist, eröffnet sich vor allem dann, wenn Projekte sich etablieren können. Denn Etablierung hat mit aktiver Anerkennung zu tun. Bestehende Strukturen und Normen werden nicht hinterfragt sondern reproduziert und affirmiert. Projekte wie die *Gender Studies* oder *Gender Mainstreaming* befinden sich also in einem Dilemma zwischen ihrem eigenen *Erfolg* – das ist die aktuelle Situation (Kapitel 1) –, für feministisches Denken und Handeln notwendiger *Kritik* – das ist das kleinste Gemeinsame feministischer Theorien und Praxen (Kapitel 2) – und der *Affirmation* herrschender Normen – das sind die momentan festzustellenden dominanten Politiken (Kapitel 3). Dieses problematische und widersprüchliche Spannungsfeld ist Thema der folgenden Arbeit. Kritik- und

Politikverluste feministischer Projekte sollen aufgezeigt und hinterfragt werden. Denn „das Wesentliche feministischer Forschung und Kritik (...) hat immer in der Weigerung bestanden, den Status quo zu bedienen“ (Scott 2001: 60) – und das soll auch so sein und bleiben.

Notizen zu Form und Aufbau dieser Arbeit

Zum Aufbau. Es gibt in dieser Arbeit keinen expliziten Theorie- und Methodenteil, weil beide – Theorien wie Methoden – Begleiterinnen während der gesamten Arbeit sind. Sie „abzuschieben“ in ein eigens so benanntes Kapitel um mich dann nie wieder mit ihnen auseinanderzusetzen, fände ich unzureichend. Theoretische Auseinandersetzungen sind dort zu finden, wo sie m. E. inhaltlich passen und sind zumeist selbst Teil der analysierten Szenarien. Wie und mit welchen Texten ich arbeite ist in den einzelnen Kapiteln beschrieben. Begriffe, bei denen ich eine Auseinandersetzung für wichtig erachte, werden im Laufe des Textes zu klären versucht. Um diesen von mir gewählten Weg – den Bruch mit einer „gewohnten“ wissenschaftlichen Form, der sich ebenso im Aufbau einer Arbeit äußert wie in der Rolle, die Theorien spielen – nachvollziehbar zu machen und mein Vorgehen damit in einen politischen Kontext zu stellen, seien einige (Stand)Punkte umrissen. Konkret bezogen auf diese Arbeit habe ich es als wenig sinnvoll und einschränkend befunden, mich bezüglich der „Form“, die immer auch politisch ist, an eine klassische „Einleitung-Theorie-Methode-Hauptteil(Empirie)-Zusammenfassung“- Variante zu halten. Warum, das sei im Folgenden erklärt.

Theorien als Teil von Auseinandersetzungen. Theorien sind für mich nicht Hintergrund und Schema, vor dem und mit Hilfe dessen eine vorgefundene Situation „analysiert“ werden kann. Ebenso wenig sind Methoden wählbare Werkzeuge, die es mir ermöglichen, aus Daten oder anderen „vorhandenen“ und „neutralen“ Materialien Erkenntnisse zu gewinnen. Theorien selbst sind integraler Bestandteil der ambivalenten (feministischen) Situation, die ich im Rahmen dieser Arbeit zu problematisieren versuche. Die theoretischen Zugänge, die mir spannend für das Thema erscheinen und zu Darstellung, Analyse und Kritik beitragen, sind nicht zuletzt selbst Resultat der Situation, die umrissen werden soll. Deshalb kann und will ich sie nicht voran stellen sondern werde sie in ihrem inhaltlich-politischen Kontext belassen. Um nur ein Beispiel zu nennen: *Nancy Fraser* (1995; 2001) entwickelt ihre

Unterscheidung von affirmativen und transformativen Maßnahmen vor dem Hintergrund einer von ihr als *postsozialistisch* bezeichneten Gegenwart. Sie versucht eine analytische und politische Unterscheidung zu generieren, die Politiken jenseits der von ihnen gewählten Mittel (Revolution, Reform...) aufgrund ihrer (Nicht-)Affirmation herrschender Normen in kritische und Ungleichheiten reproduzierende differenziert. Diese Unterscheidung ist notwendig weil z.B. frauenpolitische, auch feministische, ebenso wie integrationspolitische Maßnahmen nicht (mehr) „per se“ Verhältnisse in Frage stellen, sondern diese über den Weg der Anerkennung auch affirmieren können. Anstatt dass die strukturelle Konstruktion von Ungleichheit schaffenden und auf Differenz zu einer weißmännlich-heterosexuellen Norm basierenden Kategorien wie Migrant_in, Frau, Mann, Lesbe... als Ausdruck gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse in Kritik geriete, wird bei *affirmativen* Maßnahmen für die Anerkennung dieser Differenz gekämpft. Als Stichwort sei hier Identitätspolitik genannt. *Fraser* entwickelt ihre theoretischen Begriffe also aus genau dem ambivalenten Szenario heraus, das Thema meiner Arbeit ist. Ihre theoretischen Zugänge sind ein Teil dieser (meiner) Erzählung und ihre Verhandlung scheint mir dort angebracht, wo sie politisch und inhaltlich in den Kontext passt und nicht in einem separaten und herausgerissenen eigenen Kapitel. Theorie(n) und Szenarien sind nicht von einander zu trennen, beide sind Teil und Basis feministischer *politischer* Auseinandersetzungen.

Theorien als Diskurs. Theorien haben, transportieren und generieren spezifische Bilder von Gesellschaft und den in ihr herrschenden Verhältnissen. Es liegen ihnen Gesellschaftsverständnisse zugrunde. Theorien spiegeln Herrschaftsverhältnisse nicht nur wider, sondern sind für diese zugleich konstitutiv, legen manche Interpretationen nahe während andere ausgeschlossen werden, geben Bedeutungen und konstruieren so ihre Gegenstände mit. Theorien können als gesellschaftliche Diskurse über Gesellschaft beschrieben werden. Sie sind ebenso interpretierend-analytisch und verallgemeinernd, wie intervenierend, Tatsachen schaffend und damit wirkmächtiger Teil eben dieser Gesellschaft, die sie abzubilden vorgeben. Das heißt, dass Theorien immer in einem Wechselverhältnis zu dem stehen, was durch ihre Brillen betrachtet werden will. Deshalb will ich versuchen theoretische Debatten parallel laufen zu lassen mit der Beschreibung, Analyse und Kritik eines ambivalenten Szenarios. Durch die gegenseitige Interaktion ist

eine ständige Auseinandersetzung gegeben. Die Betonung liegt auf Versuch, ob er gelungen ist oder nicht, eher *verwirrt* als Debatten und Zusammenhänge offen legt und damit *entwirrt*, weiß ich nicht. Für mich war dies während des Schreibens an und Denkens über diese Arbeit die einzige Möglichkeit, um Ambivalenzen auch einer Betrachtung *über* Feminismen aufzeigen und der Falle entgehen zu können, etwas als abgeschlossen, eindeutig und allgemeingültig zu beschreiben, was aber eigentlich voller Widersprüchlichkeiten ist. Brüche sollen sich auch in Form und Inhalt der Arbeit selbst zeigen. Ich finde es wichtig manches offen zu lassen und nicht in einem Eingangskapitel vor-zu-definieren. Erstens geht das nicht immer, ist zweitens problematisch, denn was ist schon eindeutig, und drittens werden damit Wege verbaut, die sich sonst womöglich ergeben hätten. Das heißt nicht, dass ich eine politische wie theoretische *tabula rasa* behaupte. Die Verweigerung einer Vorweg-Definition durch einen „Direkteinstieg“ in das Thema bedeutet nichts weniger als Standpunktlosigkeit. Wenn das auf Widerstand stößt, so ist immerhin auch ein mögliches Ziel erreicht: Kritik.

Sprechen über... (formale) Konventionen. Eine kritische Auseinandersetzung bedeutet auch eine kritische Hinterfragung gewohnter Konventionen und nicht das kritiklose Kopieren als selbstverständlich geltender Wissenschaftsverständnisse. Seien diese wissenschaftlichen Konventionen auf formaler Ebene, bezogen auf zum Beispiel Aufbau und Kapitelanordnungen – diese sind immer auch Denkanordnungen und Leseanleitungen! – als wissenschaftlich geltender Arbeiten, oder auf inhaltlich-begrifflicher Ebene, bezogen auf Konzepte eines androzentrismen (politikwissenschaftlichen) Mainstream. Das heißt nicht, dass nur kritisch sein kann was sich allem verweigert, wiewohl Verweigerung erster Schritt und Voraussetzung für Kritik ist, da sie Nicht-Zustimmung zum Ausdruck bringt. Es sollte immer danach gefragt werden, warum etwas wie gemacht wird und ob dies aus der eigenen (feministischen) Perspektive sinnvoll und nicht vielleicht politisch einschränkend bzw. affirmierend ist. Denn gerade auch die Form ist politisch, und gegenüber als selbstverständlich Geltendem ist Misstrauen angebracht.

Ich finde es notwendig über Theorien zu sprechen und eigene Verständnisse offen zu legen, um diese überhaupt kritisier- und diskutierbar zu machen, „nicht nur wegen des vielbeschworenen theoretischen Pluralismus (...), sondern auch wegen der für jede Theorie

lebenswichtigen Erkenntnis, dass es zu allen ihren Gegenständen Alternativkonstruktionen gibt“ (Zima 2004: 2f.). Keine gesellschaftliche Betrachtung kommt ohne Theorien aus. Wer sich dies nicht eingesteht, sagt nichts anderes, als dass das eigene Denken als einzig wahres und richtiges angesehen wird und vertuscht so den Umstand, dass Neutralität nicht möglich ist, stattdessen immer vor politisch-ideologischen Rastern gedacht wird. Eine herrschende patriarchale Wissenschaft zeichnet dieses androzentrische Denken aus, das „männliche“ Sicht- und Lebensweisen als neutral und standpunktlos, feministische als partikular und ideologisch begreift (vgl. Harding 1990: 11f.). Will kritisch hinterfragt werden, so ist eine Beschäftigung mit (eigenen) theoretischen und gesellschaftlichen Konzepten unumgänglich. Wogegen ich mich aber verwehre ist über Theorien und Methoden in einer spezifischen, vorgegebenen Form zu schreiben, einzig und allein weil dies eine Anforderung wissenschaftlicher Konvention ist. Denn Konventionen sind nicht nur womöglich wenig sinnvoll, sondern zumeist alles andere als kritisch und nicht gerade Federspitzen der Revolution. Durch Konventionen kommt eine Anerkennung des *Status Quo* zum Ausdruck. Und dieser ist in unserem Falle von Ausbeutung, Ausschlüssen, Gewalt und Diskriminierung gekennzeichnet. Ich hoffe, dass meine Vorgehensweise nach diesen kurzen Ausführungen nachvollziehbar ist.

PS: Feministische Projekte sind auf keinen Singular zu bringen. Sollte dies in dieser Arbeit manchmal den Anschein erwecken, so tut es mir leid. Kritisieren möchte ich in diesem Zusammenhang diejenigen Politiken, die momentan nicht zuletzt aufgrund ihres Erfolges im Mainstream feministische/frauenpolitische Debatten dominieren. Denn mit der Anerkennung der einen werden Räume für kritische andere beschnitten.

PPS: In dieser Arbeit fungieren die Projekte *Gender Mainstreaming* und *Gender Studies* als Beispiele. Es geht weder um eine Evaluation noch um eine empirische Auswertung einzelner Umsetzungen. Statt um die Projekte und ihre Praxen selbst geht es um politische Diskurse, bestimmte gesellschaftliche Konzepte und Ideologeme sowie eine spezifische Sprache, an denen sich eine *affirmative Wende* feststellen lässt.

1. Erfolg. Ein Szenario.

Grundsätzlich ist ja zu sagen, dass auch ganz erbärmliche Reformmaßnahmen immer etwas bringen, aber eben auch gefährlich sind. (Simone de Beauvoir 2005 [1983])

Frage- und Problemstellungen ergeben sich aus spezifischen politischen Situationen, die Hintergrund und Motivation dafür sind, Themen genauer zu betrachten und womöglich kritisch zu hinterfragen. Doch wie eine Situation wahrgenommen wird, mit welcher Bedeutung sie versehen wird, ob sie überhaupt als relevant eingestuft wird, ist zwangsläufig subjektiv. Nicht nur die *Bewertung* macht sie dazu, sondern schon die *Beschreibung*. In dem Sinne ist dieses Kapitel, in dem eine Situation beschrieben werden soll, nicht nur der *Hintergrund* für die folgenden Überlegungen. Es ist integraler *Bestandteil* der kritischen Auseinandersetzung und auch eine politische Positionierung.

Denn wenn eine Situation beschrieben werden soll, muss eingegrenzt werden. Es ist nicht möglich, alles was eventuell relevant und wichtig ist einzubeziehen. Mit *Samuel Beckett* gesagt: „Das Syndrom Leben ist zu diffus, um eine Linderung zu erlauben. Für jedes beruhigte Symptom verschlimmert sich ein anderes.“ (1959: 108) So werden zwar die einen Widersprüche sichtbar (gemacht), die anderen aber bleiben im Dunkeln. Weil sie nicht bearbeitet werden wollen, vielleicht aber auch um sie auszugrenzen, oder weil sie gar nicht erkannt werden. Gleichzeitig wird ein Ausschnitt abgesteckt, es wird festgesetzt, was zur Situationsbeschreibung zählt und was nicht dazu gehört, Politiken werden auch dadurch bewertet, wie sie thematisiert werden. Die Erkenntnis ist frustrierend, weil Themen nie befriedigend und umfassend bearbeitet werden können, aber auch spannend, da Ansprüche auf Universalität und Allgemeingültigkeit unterlaufen werden. Das lässt einerseits kritische Interventionen zu, eben *weil* nie etwas abgeschlossen sein kann und immer wieder aufs Neue kritisch hinterfragt werden muss, andererseits macht es die eigene politisch-theoretische Verortung und damit Bewertungen nicht nur möglich, sondern notwendig. Weil alles andere zu behaupten eine Illusion wäre, denn alle sprechen in und aus einem bestimmten Kontext. Wissen ist situiert und nicht objektiv. Dementsprechend beschreibt das folgende Kapitel eher ein *Szenario* als eine Situation und gibt nicht vor, neutrale Tatsachen objektiv darstellen zu wollen.

Konkrete Situationen, die genauer betrachtet und kritisiert werden, deren Widersprüchlichkeiten, Produktions- und Entstehungsbedingungen sichtbar gemacht werden sollen, sind aber immer auch Ausschnitt von Gesellschaft und den in ihr herrschenden (Macht-)Verhältnissen. Das bedeutet nicht, dass letztere damit umfassend „abgebildet“ wären. Der Anspruch wäre in zweierlei Hinsicht problematisch. Erstens ist jede Abbildung konstitutiv und (re-)produziert das, was sie abzubilden vorgibt, und zweitens sind Machtverhältnisse viel zu komplex, als dass sie in sich schlüssig und alles erklärend „dargestellt“ werden könnten. Gesellschaft ist entlang verschiedener sozialer Achsen strukturiert und dementsprechend von unterschiedlichen Herrschaftsverhältnissen durchzogen. Diese greifen manchmal ineinander und widersprechen sich einander. Ihre kritische Betrachtung ist von Kontext und Blickwinkel abhängig. Auch sind Machtverhältnisse weder universal und allgemeingültig, noch a-historisch und homogen, Gesellschaft ist kein definierbares abgeschlossenes Ganzes. Umso weniger abgeschlossen kann eine einzelne Problemstellung sein, denn sie wird zwar aus einem spezifischen gesellschaftlichen Szenario entwickelt, weist aber darüber hinaus. Auch wenn ein Szenario also Verhältnisse darstellen soll, so kann ich diesem Anspruch doch nie wirklich entsprechen. Das kann auch nicht das Ziel sein.

Stattdessen will ich *Brüche* und *Widersprüche* heraus arbeiten, an denen Kritik ansetzen und verändernd interveniert werden kann. Dies geschieht ohne Anspruch auf Vollständigkeit und im vollen Bewusstsein darüber, dass dichotome Setzungen oftmals schwer zu umgehen sind, aber nichtsdestotrotz zu kurz greifen und einer komplexen Realität nicht gerecht werden können. Denn es kann nicht darum gehen, bestehenden („schlechten“) Verhältnissen die Vision eines besseren („guten“) „Anderen“, die irgendwann in der Zukunft Realität werden könnte, gegenüber zu stellen. In meinem Falle kann es nicht Ziel sein, den einen – institutionalisierten – feministischen Projekten die kritisiert werden, andere – autonome Projekte – als bessere und idealisierte Alternative entgegen zu setzen. Das wäre nicht nur anmaßend und verallgemeinernd, sondern auch vereinfachend. Zu problematisierende Ambivalenzen feministischer Projekte entstehen nicht ausschließlich entlang der binären Achse Institution versus Autonomie, es geraten bei Betrachtungen, die nur diese zwei Faktoren im Auge haben, viele Problemlagen aus dem Blick. Anpassung beispielsweise mit Institutionalisierung gleichzusetzen mag zwar

einleuchtend erscheinen, ist aber nicht nur verkürzend, sondern auch – im Sinne politischer Organisation – nicht besonders hilfreich. Es sind also vermeintlich grundlegende Gegensätze zu hinterfragen, denn zumeist liegen zwischen dem „Entweder“ und dem „Oder“ Ozeane. Viel eher soll es, jenseits von mythisch erscheinenden „Ursprungserzählungen und Teleologien“ (Engel 2007: 291), darum gehen, die Gegenwart in ihrer Unabgeschlossenheit und Gewordenheit kritisch wahrzunehmen. „Statt einer Projektion (...) in die Zukunft werden die Brüche, Widerstände und Widersprüche des historischen Werdens zum Einstiegspunkt für Veränderung.“ (ebda.)

Das folgende erste Kapitel ist *mein* Szenario, vor dessen Hintergrund sich für mich bestimmte Fragen stellen und Probleme ergeben, die Thema dieser Arbeit sein werden. Ich möchte darin (feministische) Widersprüchlichkeiten aufzeigen, die mir wesentlich und markant erscheinen, und die ich durch den Versuch der Be- und Umschreibung problematisieren und in einem weiteren Schritt (Kapitel 3) spezifizieren und kritisch hinterfragen will. Ein ambivalentes Szenario zu beschreiben und Widersprüche zu benennen ist zwangsläufig mit dem Problem konfrontiert, selbst widersprüchlich zu sein. Ich möchte es dennoch versuchen, und allein die Länge des folgenden Kapitels zeigt, dass es nicht einfach ist, einmal redundant wird, sich ein andermal selbst widerspricht. Doch führt an der Benennung von Brüchen und Widersprüchen kein Weg vorbei, und so ist die vermeintliche „Abbildung“ auch Teil der kritischen Auseinandersetzung und verdient viel Raum, nicht nur was die Anzahl der Seiten, sondern auch was kritisches Weiterdenken und Widersprechen betrifft. Denn Auslassungen und Verkürzungen sind (leider) ebenso Teil einer Auseinandersetzung wie die Notwendigkeit, Position zu beziehen.

Obwohl dies generell zu behaupten problematisch ist – denn *die* feministischen Projekte, *das* Machtverhältnis und *die* Strukturen gibt es als homogene Einheiten nicht – entsteht trotzdem der Eindruck, dass sich feministische Projekte, Feminismen überhaupt, unter dem Blickwinkel ihres Verhältnisses zu bestehenden patriarchal-kapitalistischen¹ Strukturen,

¹ Ich bin keine Anhängerin solcher Aufzählungen – rassistisch, patriarchal, nationalistisch, heteronormativ, kapitalistisch, usw. usf. –, da damit suggeriert wird, dass das eine (z.B. Patriarchat) mit dem anderen (z.B. Kapitalismus) nichts zu tun hätte und die damit angesprochenen Herrschaftsverhältnisse beliebig kombinierbar wären und additiv nebeneinander stünden. Auch entsteht manchmal der Eindruck, dass damit eine „Hierarchie der Unterdrückung“ konstruiert wird – zuerst sind Verhältnisse kapitalistisch, dann auch patriarchal und als letztes heteronormativ –, die mich an lähmende und abschaffenswerte Haupt- und

Konzepten und Institutionen aktuell in einer recht ambivalenten Lage befinden. Diese ist mit der erfolgreichen *Etablierung* und Anerkennung einiger, dem *Ausgrenzen* und Um-das-Überleben-Kämpfen anderer, einer konservativ- neoliberalen *Vereinnahmung* zumindest des Begriffes und einer gleichzeitigen *strukturellen Kontinuität* herrschender Geschlechter (und auch anderer Macht-)verhältnisse zu umschreiben. Feministische Etablierung und patriarchale Kontinuität... das klingt nach unvereinbaren Widersprüchen. Jedenfalls dann, wenn angenommen wird, dass „das Geschlechterverhältnis als Herrschaftsbeziehung“ der Gegenstand aller feministischen Theorien und Praxen, und damit auch aller feministischen Konzepte und Projekte ist, „feministische Gesellschaftskritik (...) insofern immer zugleich Macht- und Herrschaftskritik [ist]“ (Maltry 1998: 299).

1.1. Vereinnahmung. Feminismus im Zeitalter seiner begrifflichen Reproduzierbarkeit.

After all, „postfeminism“ seems to be used in even more complex and contradictory ways than "feminism" itself: to herald a new era of (at least theoretical) equality between men and women, to explain the rise of a New Traditionalism that looks much like the old traditionalism of the antifeminist 1950s, to champion the possibility of unfettered individual choice for women outside conventional political categories, to make sense of the diverse needs of women in the integrated circuit of global capitalism, and, finally, to mark theoretical and epistemological shifts in feminism itself. (Lisa Yaszek 2005)

Immer wieder und wieder öfter ist das Wort *Feminismus* zu lesen und zu hören. Nicht nur in den „einschlägigen“ Medien und anderen Orten feministischer Auseinandersetzungen, sondern auch in den sogenannten Massenmedien² und im Umfeld offizieller Politik. In welchem Kontext und mit welchen dahinter stehenden Interessen auch immer die Rede vom Feminismus ist, scheint eines außer Frage zu stehen, nämlich das Wissen, was das denn sei, *der* Feminismus und wer bzw. was damit zu bezeichnen ist. Gleichzeitig wird aber so selten wie eh und je in eben diesen Medien über *Feminismus* als *politisches* Projekt

Nebenwiderspruchsdebatten erinnert. Die Verhältnisse sind aber erstens komplexer und widersprüchlicher, zweitens systemisch verwoben – die Heteronorm ist beispielsweise nicht zu trennen vom Patriarchat und nicht von kapitalistischen Verhältnissen –, und drittens als abgeschlossenes und homogenes „Ganzes“ nicht fassbar. Da ich aber keinen Ausdruck kenne, der diese komplexen – miteinander verbundenen aber doch differenten – Machtverhältnisse zum Ausdruck bringt, diese trotzdem benennt und nicht verwischt oder gleichsetzt, zähle ich sie manchmal auf – mit Vorbehalten, nicht konsequent gleich und immer nur einen Ausschnitt ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

² z.B. Falter Nr.21/07: „Eine neue Frauengeneration ist am Wort: Her mit dem neuen Feminismus“; Der Standard Sa/So 14./15.7.2007: „Auf den Weg ins Postpatriarchat“; Covergeschichte Profil 04/08; Der Standard Sa/So 10./11.3.2007: Bartenstein: „Brauchen neuen Feminismus“; Ö1: „Wo ist der neue Feminismus?“ (Sendedatum unbekannt) uvm.

gesprochen, das *Kritik* an gesellschaftlichen Verhältnissen übt und dessen Ziel nicht der vervielfältigte Verwendungszweck eines Begriffes ist sondern strukturelle Veränderung.

1.1.1. Reden alle über Feminismus?

Aber ist denn diese strukturelle Kritik dem Projekt Feminismus nicht *per se* eingeschrieben? Wie kann es sein, dass, wenn von Feminismus die Rede ist, es nicht im gleichen Zuge auch um Gesellschaftskritik und Machtverhältnisse geht? Warum und zu welchem Zwecke wird von Feminismus geredet oder etwas als feministisch bezeichnet, wenn Herrschaftsverhältnisse *nicht* Thema sein und kritisch hinterfragt werden sollen? Es scheint, als müsste Feminismus – zumindest als Begriff – momentan für einiges erhalten. Er ist zentraler Bestandteil eines „unglaublichen Vermantschungs- Verschleierungs- und Ettikettenschwindeldiskurses“ (Hochreiter in Kubes-Hofmann/ Wohofsky 1998: 56). Aber nicht nur momentan – vor nun fast 20 Jahren schon schrieb *Elisabeth List* in der Einleitung zu *Denkverhältnisse- Feminismus und Kritik*:

Da „Feminismus“ zum Reizwort politischer Kontroversen geworden ist, verdienen hier vorweg jene Praktiken einer „Politik der Benennung“ kritische Aufmerksamkeit, die diktieren und kontrollieren, was die herrschende Stimmung und Meinung unter Feminismus versteht. Vor aller definitiven Festlegung ist also zu fragen, wer jeweils in wessen Interesse definiert, was Feminismus ist. (List 1989: 8)

Zumeist handelt es sich um Fremdzuschreibungen, etwas anderes wird als feministisch bezeichnet, und das in inflationärem Ausmaß. Alles, was „irgendwie mit Frauen zu tun hat“, als feministisch zu bezeichnen erweist sich oftmals als erfolgreiche Strategie, von seinem kritischen Anliegen abzulenken. Feminismus ist dann nämlich nur eine Bezeichnung, eine Kategorie, maximal noch ein Thema, keinesfalls aber eine politisch-emanzipatorische Bewegung (vgl. ebda.: 9). Wenig verwunderlich ist also, dass das Wort Feminismus mittlerweile von vielen verwendet wird, mit der Wirkung und Akzeptanz feministischer *Kritik* hat dies leider wenig zu tun.

Zur Annäherung an mögliche Antworten auf obige Fragen empfiehlt sich erstmals ein Blick auf die Kontexte, in denen auf Feminismus Bezug genommen wird. So kann herausgefunden werden, in welcher Weise und mit welchem Ziel von wem über Feminismus gesprochen wird. Und bei näherer Betrachtung wird klar, dass es dort, wo besonders öffentlichkeitswirksam über Feminismus philosophiert wird, meist gerade *nicht*

um feministische Zielsetzungen und Kritiken (wie auch immer die je spezifisch aussehen könnten) geht sondern diese Diskurse ganz im Gegenteil *antifeministisch* sind³.

1.1.2. Vom Tod des Feminismus...

Jubelnd wird beispielsweise der *Tod des Feminismus* verkündet, weil er sich als inadäquat, weltfremd und sich sein Ziel als nicht wünschenswert bzw. unrealistisch erwiesen hätte, oder aber, weil sein vorrangiges Ziel – die Gleichberechtigung der Geschlechter – schon längst erreicht sei. Der so genannte „Emanzipationsmythos“⁴ impliziert nicht nur, dass die von den Feministinnen geforderte Emanzipation der Frau Realität geworden sei, sondern im Gleichschritt, dass nun die Männer wieder an der Reihe seien. Zum Beispiel sollten heute Überlegungen zu den lange vergessenen Männern angestellt werden, deren „männliche Identität“ sich in einer von Feminismus und Emanzipation ausgelösten „Krise“ befände, es in den Mittelpunkt zu rücken und wieder herzustellen gelte⁵. Willkommen im Postpatriarchat und damit im Postfeminismus! Feministische Kritik habe sich nun, so zu lesen in *Falter* oder *Standard*, erübrigt und erledigt, sie sei überflüssig geworden und habe einen „Zustand des Sich-zu-Tode-gesiegt-Habens“ (Klinger⁶) erreicht. Derartige Diskurse bringen zum Ausdruck, dass feministischer Kritik in der Vergangenheit zwar womöglich eine gewisse Legitimität zugesprochen wird, aber heute nicht mehr. Die Verhältnisse hätten sich genug verändert, Feminismus hätte seine Grundlage und Rechtfertigung verloren. Wem dieser Diskurs in die Hände spielt ist leicht zu erkennen, denn „[d]er Post-Feminismus ist eine Erfindung der konservativen Medien. (...) Das ist Antifeminismus! (...) Es gibt keinen Post-Feminismus, denn eine Änderung der Umstände, für die Feministinnen gekämpft haben, ist bis heute nicht erreicht. Und wir werden keinen Post-Feminismus haben, bis Frauen Gleichheit auf hohem Niveau erreicht haben“ (Solomon-

³ Eine Ausnahme bietet hier – was auch immer von ihr zu halten ist – wahrscheinlich nur *Alice Schwarzer*, die mittlerweile zum Medienstar avancierte und deren Worte stellvertretend für *den Feminismus* gelten. Dass gerade ihre (feministische?) Politik sich wunderbar vereinen lässt mit einer christlich-konservativen Moral Majority (*PorNo* Kampagne) und mit Rassismus (Anti-Kopftuch-Debatten) erscheint zynisch, ist aber wohl alles andere als zufällig.

⁴ Zum Begriff und seinen politischen Implikationen siehe *Aufruf zur Frauendemonstration in Wien 2008*. Nachzulesen z.B. unter <http://wolfsmutter.com/artikel711> (10.4.2008)

⁵ Das ist der Lieblingsdiskurs des STANDARD, am offensichtlichsten und penetrantesten behandelt im ALBUM, speziell wenn es um Bildungs- und Schulpolitik geht („Die armen Buben – überholt *sogar* von den Mädchen“). Derartige regressive Ansätze sind auch in Teilen der Männerforschung auszumachen, von der erkonservativ-rechten Männer- und Väterbewegung ganz zu schweigen.

⁶ Zitiert nach Hark 2005: 126

Godeau 2007). Erinnert sei hier an den feministischen Slogan „I’ll be a postfeminist in a postpatriarchy“. Aber dort sind wir noch lange nicht.

Ein weiterer Grund, den Tod des Feminismus zu verkünden, liegt in der Annahme und damit Konstruktion einer „unpolitischen Gegenwart“, in der wir uns nun befänden und die auch die Entpolitisierung der Geschlechterverhältnisse nach sich ziehe. Diese Debatte kommt politisch von einer anderen Seite, von sich selbst als feministisch und links verstehenden Kritiker_innen. Sie hat aber ähnliche Effekte wie die konservative und/oder neoliberale Vereinnahmung, nämlich die Delegitimierung von Kritik, und sei deshalb auch erwähnt (für eine längere Auseinandersetzung mit – eigenen – Geschichtskonstruktionen vgl. Kapitel 2.2.3.).

Keine Student_innenrevolten, keine Arbeitskämpfe, keine Frauenbewegung, gar kein politisches Interesse... – so der häufig vernehmbare Tenor zur heutigen Individualgesellschaft von Seiten (ehemalig) linker und/oder frauenbewegter Protagonist_innen „der ersten Generation“. Nostalgisch festgestellt werden zwar Veränderungen zu einem idealisierten „Früher“, strukturelle gesellschaftliche Transformationen der letzten Jahrzehnte bleiben aber im gleichen Zug unbeachtet⁷. Fragen neoliberaler Transformation, veränderter Arbeitsverhältnisse oder der Neuorganisation von Universitäten und damit einer veränderten Bedeutung von Wissen und (Aus-)Bildung werden oftmals nicht reflektiert. Ebenso wenig werden Auseinandersetzungen mit Konzepten neuer und alternativer politisch-emanzipatorischer Organisation, die sich nicht zuletzt aus der berechtigten Kritik an Bewegungen der 60-er und 70-er entwickelten, als spannend erachtet und geraten dementsprechend gar nicht erst in den Blick. Daraus lässt sich ein gewisser Unwille zu Selbstreflexion und Selbstkritik ablesen. Stattdessen wird 1:1 verglichen, und das Ergebnis ist eine schier unüberbrückbare Differenz zwischen „damals“

⁷ Aktuell sind wir mit ähnlichen Konstruktionen im Kontext des 68er-Jubiläumjahres konfrontiert. Einerseits wird von selbsternannten „Alt-68-ern“ in schicken staatlichen Fernsehsendungen der eigene Erfolg bei der (teils vermeintlichen, teils tatsächlichen) Aufmischung gesellschaftlicher Verhältnisse und im Kampf gegen Staat und Kapitalismus betont, gleichzeitig werden die gesamte „junge Generation“ und die jetzigen kritischen Szenen als angepasst, unfähig und unpolitisch abgetan. Offensichtlich scheinen aber die „Alt-Revolutionär_innen“ mittlerweile als so ungefährlich zu gelten, dass, so das Diktum der Zeit, das *Establishment* sie gerne einlädt und zu Wort kommen lässt. Das ist einerseits ein Ausdruck dafür, dass das, was hegemonial mit „68“ verbunden wird, scheinbar kein Widerspruch zu, ja nicht einmal eine Kritik an, Bestehendem (mehr) ist. Andererseits sagt dies viel über die Einladungspolitiken der Medien aus, die sich aussuchen, wer in ihren Shows auftreten darf und wer nicht.

und „heute“. Noch dazu geht es in derartigen Diskursen zumeist um das Herausstellen eigener – individueller – Aktivitäten in der Vergangenheit, die „besser“, „politischer“ und „radikaler“ als die heutigen Aktionen gewesen seien. Das was heute als kritisch gelte sei zum Vergessen und führe zu nichts. In dem Sinne ist auch die *linke* Rede vom Tod emanzipatorischer Politik Teil des Diskurses einer scheinbar unpolitischen Individualgesellschaft, in der Kritik nichts ausrichten könne und ist „die akzeptable Form (...), widerständiges Verhalten als zwecklos auszuschließen“ (Dittmar 1998:194). Ich will damit nicht sagen, dass Kritik an aktuellen linken und feministischen Politiken nicht legitim wäre, ganz im Gegenteil, ich finde sie notwendig und eine solche Kritik ist schließlich auch Thema dieser Arbeit. Gefragt werden muss aber nach dem „wie“ und vor allem danach, worauf die Kritik basiert und welche Debatten sie – gewollt oder nicht – unterstützt, die womöglich von links-kritischer Seite nicht unterstützt werden sollten.

Spezifisch die Frauenbewegung betreffend wird in diesem Zusammenhang gerne über die „neue Generation“ der „jungen Frauen“ gesprochen, deren Interesse nicht mehr der politischen Verfasstheit der Geschlechterverhältnisse sondern der eigenen (Karriere)Chance gelte. Sexistische und andere Diskriminierungen würden als solche nicht mehr wahrgenommen. Um es auf den Punkt zu bringen: die „junge Generation“ sei von einem „feministischen Standpunkt“ aus zu vergessen. Es ist wenig überraschend, dass ein neoliberaler Mainstream auf solche – zwar berechtigte aber unkritisch vorgetragene – Argumente aufspringt. Wenn er auch, im Gegensatz zu den Feministinnen, die Entwicklungen freudig begrüßt.

Die Debatte findet ihr Echo in den Medien, die genüsslich das Ende des verkniffenen Latzhosen-Feminismus beschreiben. Die postfeministische Ära der Individualistinnen, der selbstbewussten Girlies und Superwomen hat begonnen. Die nicht jammern, sondern sich einfach das nehmen, was sie brauchen. (Knapp 2001: 78)

Das ganze scheint wie ein „Crossover-Konzert“, in das alle einstimmen: Wissenschaft, Politik, Medien etc. „Insofern haben wir es mit einem Phänomen zu tun, das beinahe Gerüchte-Struktur aufweist: Seine Auslöser sind schwerer zu fassen als die emergenten Effekte - seine Effekte sind nicht einzeln zurechenbar.“ (ebda.) Diese sind unter anderem „tatsächliche“ Entpolitisierungen, sowie Rechtfertigungs- und Leistungszwänge für aktuelle kritische Politiken und Positionen. Dass die Behauptung vom Tod des Feminismus eben nicht nur von Seiten derjenigen kommt, die dem Feminismus noch nie etwas abgewinnen konnten und in Kritik geratene Hegemonien abzusichern suchen, sondern auch

von denen, die sich selbst im Kontext feministischer Theorien und Praxen verorten, macht ihre Wirkung noch größer – und schmerzhafter. Andererseits aber ist der Feminismus seit seinem Bestehen schon so viele angebliche und inszenierte Tode gestorben, dass die „Diagnose“ nicht mehr glaubwürdig ist. Er müsste mittlerweile als unsterblich gelten und sein verkündeter Tod ist nichts anderes als ein immer wieder kursierendes und hochansteckendes „False Feminist Death Syndrome“ (Hark/Kerner 2007 bzw. Hark 2005: 24).

1.1.3. ...über den neuen Feminismus...

Wieder andere rufen die Zeit des *Neuen Feminismus* aus. Von *Falter* bis *Martin Bartenstein* (ÖVP, Ex-Wirtschaftsminister) wird ein Neuer Feminismus gewünscht – mal wird er aggressiv gefordert („Her mit dem Feminismus!“ *Falter* Nr.21), mal sanft seine Notwendigkeit betont („Wir brauchen einen neuen Feminismus“ *Standard* 10./11.3.07). Ö1 fragt dazu passend: „Wo ist der neue Feminismus?“ (im Anschluss an die erfolgreiche und wenig emanzipative US-Serie *Desperate Housewives*). Diese Rhetorik lässt auf etwas wie ein „zeitgemäßes“ und modernisiertes *Revival* des Feminismus schließen – à la Totgesagte leben länger, jedenfalls sofern sie sich an die neuen Zeiten anpassen. Dazu bemerkte *Abigail Solomon-Godeau* in einem Interview (an.schläge 9/2007) zu Recht, dass „die Auffassung, es gebe ein Revival, (...) Nonsens [ist]“. Nicht zuletzt, weil damit behauptet wird, dass es Feminismus zwischenzeitlich nicht gegeben hätte, er also irgendwie versagt habe. Aber „[i]m politischen Sinne, im Sinne des politischen Kampfes war der Feminismus nie weg, er hat uns nie verlassen.“ Wie hätte das auch sein können- schließlich haben uns die patriarchalen Verhältnisse auch nie verlassen.

Der Diskurs vom Neuen Feminismus oder der „Dritten Frauenbewegung“ (Michalitsch 2007: Vortrag), die es doch endlich ins Leben zu rufen gelte, setzt – neben einer prinzipiellen Annahme chronologischer und fortschreitender „Entwicklung“ – voraus, dass die Kritik des „alten“ Feminismus strukturell erfolgreich gewesen sei und deshalb nicht mehr greifen würde. Oder aber, dass diese sich als falsch und/oder destruktiv erwiesen hätte und sie dementsprechend „modernisiert“ und auf den „Stand der Zeit“ gebracht werden müsste. Als Konsequenz muss sich der gewünschte „Neue Feminismus“ anderen Fragen, als denen nach den schnöden patriarchalen Geschlechterverhältnissen, widmen.

Werden die Inhalte der erwähnten Zeitungsartikel genauer betrachtet, so scheint es, als gelte es nun nach der langen Durststrecke des ständigen „Nein“-Sagens die spezifisch weiblichen Fähigkeiten und Ressourcen zu entdecken, auszubauen, einzusetzen und so endlich zu verwerten. Schließlich seien es die Feministinnen gewesen, die die Tätigkeiten von Frauen (besser gesagt: die den Frauen zugeschriebenen Tätigkeiten), und damit Frauen insgesamt, abgewertet hätten. Dies gelte es nun rückgängig zu machen. Zusätzlich stünden Frauen heute neue Türen offen, sie könnten zum Beispiel den Weg der beruflichen Karriere wählen. Paradiesische Zustände scheinen angebrochen zu sein – die „neue F-Klasse“ ist im Kommen und auf einmal scheint klar zu sein, „warum die Zukunft von Frauen gemacht wird“⁸.

1.1.4. ...zum „anderen“ Feminismus.

Selbst *Ursula van der Leyen* (CDU, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) und *Angela Merkel* (CDU, Bundeskanzlerin) finden Feminismus gut, selbstverständlich in einer konservativen Form und wünschen sich damit einen ganz, ganz *anderen Feminismus*. Damit Frauen Mütter bleiben, aber auch Geld verdienen dürfen (und müssen), und sie Karriere machen können, *ohne* dass Deutschland – oder eben Österreich – aufgrund akuten Kindermangels (selbstverständlich „inländischer“ Eltern) „ausstirbt“ (vgl. Pinl 2007; Hark 2007). An den heftigen Debatten um die „demographische Entwicklung“ lässt sich – neben z.B. neu verpacktem Rassismus und Nationalismus – viel darüber ablesen, wie patriarchale Geschlechterverhältnisse konzipiert sind und diese in pseudomodernes Gewand gepackt werden, so dass sie nach dem angeblichen „Emanzipationsschock“ wieder greifen und funktionstüchtig bleiben. Nachdem festgestellt wurde, dass die Mehrheitsbevölkerung nicht mehr „genügend“ Kinder produziere, dies negativ zu bewerten sei⁹ und in erster Linie mit dem „Zeugungs- und Gebärstreik egoistischer (weiblicher! *Anm. NiSt*) Selbstverwirklichungslümmel“ (Matthias Matussek¹⁰) begründet wurde, musste etwas gefunden werden, dass Kinder haben (für Frauen, versteht sich – an geschlechtlich fair verteilter Kinderbetreuungsarbeit gibt es so wenig politisches Interesse wie eh und je) *und* „egoistische Selbstverwirklichung“ (unerklärt bleibt, warum

⁸ Titel eines Buches von *Thea Dorn* (2007): *Die neue F-Klasse: Warum die Zukunft von Frauen gemacht wird*

⁹ Das ist nicht selbstverständlich, in sogenannten „Dritte-Welt-Ländern“ wird von westlichen Politiker_innen und Expert_innen eine niedrige Geburtenzahl als Indikator für „Entwicklung“ herangezogen.

¹⁰ Zitiert nach Pinl 2007: 34

bei Frauen als egoistisch gilt, was bei Männern für Stärke und Kraft steht) unter einen Deckel bringen könne. Gefunden wurde die „Superfrau“ à la *Ursula van der Leyen* oder *Barbara Rosenkranz* (FPÖ, Nationalratsabgeordnete). Diese hat ein paar Dutzend Kinder und später – wenn sie will und (noch) kann (!) – auch eine berufliche Karriere. Das alles schafft sie ganz individuell, aus eigener Kraft und Initiative, ohne „fremde Hilfe“ durch Frauenpolitik oder andere Frauen bevorzugende Maßnahmen „positiver Diskriminierung“, durch totalen Einsatz und Leistung. Der „Mythos von den Leistungseliten“ (Hartmann) ist – ganz abgesehen von der Notwendigkeit einer prinzipiellen Infragestellung des Konzepts Leistung – jedoch in einer Gesellschaft, die auf Ungleichheiten basiert, ein ideologisches Konstrukt, das Chancengleichheit vorgaukelt, wo eben diese gleichzeitig strukturell verunmöglicht wird. Er bleibt ein *notwendiger* demokratisch-kapitalistischer Gleichheitsmythos. Diesen nun auch auf Frauen anzuwenden ist weder emanzipatorisch noch überraschend – *selbst* Frauen geben schließlich eine gute Humanressource ab. Eine Frauenideologie, die den Spalt zwischen zwei als notwendig zum „Systemerhalt“ erachteten gesellschaftlichen (Frauen)Rollen, nämlich Muttersein und Erwerbsarbeit, zu kitten und positiv zu bewerten versucht, ist nichts Neues. Aber dass das nun mancherorts als „Feminismus“ gilt, ist *sehr* neu. Es scheint das, was in diesen Kontexten als Feminismus verhandelt wird, als Bindemittel zwischen konservativer Hausfrauenideologie und neoliberaler Ich-AG-Philosophie zu fungieren um ein reibungsloses Funktionieren zweier widersprüchlicher Frauenbilder zu garantieren. Einerseits die kapitalistisch verwert- und ausbeutbare markttaugliche Humanressource Frau, deren Rolle als aktive Konsumentin im Zuge kapitalistischer Akkumulation immer wichtiger wird, und andererseits die patriarchal festgesetzte und unterdrückte „Frau=Mutter“, deren Aufgabe die (Re-)Produktion der Humanressourcen von morgen ist und die ihre Existenz in der heterosexuellen bürgerlichen Kleinfamilie fristet. Damit soll nicht gesagt werden, dass sich patriarchale und kapitalistische Logiken grundsätzlich widersprechen. Die familiäre „Privatheit“ der Frau ist genauso Voraussetzung für die kapitalistische Produktionsweise, wie die (Lohn)Abhängigkeit der Frau vom kapitalistisch verdienenden Mann die patriarchale Familie zur scheinbaren Notwendigkeit macht. Aber doch ist ein gewisser Widerspruch zu erkennen, wenn aktuell forcierte Frauenbilder betrachtet werden: die neue und „andere“ Mütterlichkeit und die toughe und „andere“ Karrierefrau, deren weibliche „Andersheit“ und Diversität jedem Unternehmen nur Gutes bringen könne.

Weiters wird besonders im Diskurs um die „Integration“ vor allem islamischer Nicht-Mehrheitsbürger_innen gerne auf Feminismus Bezug genommen¹¹. So scheinen in diesem Kontext gerade Feminismus und die Akzeptanz von Homosexualität die Grundfesten der „abendländischen westlichen Gesellschaft“ und ihrer „Kultur“ zu sein. Behauptet wird, dass die islamische Religion mit ihren Zwängen für Frauen den westlichen Konsens der „Frauenfreundlichkeit“ und individuellen Selbstbestimmung zerstöre. Und österreichische Männer würden sich am eklatantesten durch ihre „Freundlichkeit“ und Offenheit gegenüber homosexuellen Menschen von muslimischen Männern unterscheiden, weswegen letztere keine Berechtigung hätten, „hier“ zu sein. Ein Beispiel, wie seitens Konservativer (Pseudo-)Feminismus als Vorwand für Rassismus gedacht wird, ist ein Interview mit *Ex-ÖVP-Generalsekretär Hannes Missethon* (Standard 30.11.07). Er fragt sich in diesem, wie es sein könne, dass es in Österreich „islamische Ghettos“ und Burka tragende Frauen, die in Ottakring hinter ihren Männern her spazieren, gibt, wo doch „[i]n Österreich die Gleichstellung von Mann und Frau ein wichtiger Wert [ist]“ den „wir von Zuwanderern öffentlich einfordern [müssen]“. Diese Aussage birgt zwei bisher unbekannte Neuigkeiten in sich: nicht nur, dass in Wien-Ottakring solche Ehepaare zu sehen sind, sondern auch, dass geschlechtliche Gleichstellung ein von der etablierten Politik als wichtig erachteter „Wert“ ist. Ähnliches behauptet die Zeitschrift *Profil*, wenn auf der Titelseite – nebenbei ohne nachher jemals ernsthaft darauf einzugehen – reißerisch und ungeachtet dessen, dass nicht einmal eine *Alice Schwarzer* mit einem *H.C. Strache* (FPÖ, *Bundesparteiobmann*) auf eine Demonstration gehen würde, von der neuen „Allianz der Rechten und Feministinnen“ gegen den Islam berichtet wird (Profil 04/08).

Vermittelt werden soll, dass die Emanzipation der Frau und Gleichberechtigung als spezifisch westliche Phänomene im Herzen der Gesellschaft angekommen und realisiert worden seien. Europa sei deswegen auf einer höheren „zivilisatorischen“ Stufe. Diese

¹¹ Ich hoffe es kommt im Folgenden klar zum Ausdruck, dass es mir hier *nicht* um eine Auseinandersetzung mit und Positionierung zu Islam und Religion im Allgemeinen geht (da halte ich es im Übrigen mit *Abigail Solomon-Godeau* (2007): „Ich persönlich hasse alle Religionen gleich, denn sie sind meistens auf den Seiten des Status Quo, der das Patriarchat inkludiert“. Damit sollen Unterschiede nicht negiert und behauptet werden, es gäbe nicht Religionen, die gerade von einem feministischen Standpunkt aus kritisierenswürdiger sind als andere, aber es soll die Notwendigkeit prinzipieller Kritik an *jeglicher* Religion in den Vordergrund gestellt werden), sondern um xenophobe Diskurse einer nicht zufällig katholischen Mehrheitsgesellschaft über „Integration“ und wofür der Begriff des Feminismus in der Debatte eingesetzt wird.

Überlegenheit konstituiere eine Differenz gegenüber „Anderen“, was wiederum deren Ausschluss rechtfertige. Wie diese Argumentation zusammenpasst mit – ja, auch und gerade hierzulande! – kontinuierlicher Ungleichheit, sexistischer Diskriminierung und der Rehabilitierung konservativer Familien- und sonstiger jedenfalls *nicht* feministischer Politik, steht in den Sternen. Dass Geschlechtergerechtigkeit gerade in Österreich *kein* wesentliches Politikum ist und es *kein* Interesse daran gibt, Mindeststandards von Gleichbehandlung umzusetzen, beweist wieder einmal der aktuelle Gleichstellungsbericht der EU- Kommission¹² (vgl. auch Kapitel 1.3). Das macht Diskurse um Feminismus als ab- und ausgrenzende Festungsmauer Europas gegen nicht-christliche „Andere“ *noch* ein Stückchen absurder.

1.1.5. Lang leben die Bindestrich-Feminismen!

In welchen Zusammenhängen und mit welchen politischen Interessen auch immer der (Post-, Neo-, Andere-, Neue-, Tote-) Feminismus bemüht wird, so ist eines neu: das Wort Feminismus positiv in den Mund zu nehmen (wenn auch immer mit einem Attribut und Bindestrich davor) ist nicht mehr nur denen vorbehalten, die laut *Falter* „humorlos, penetrant, mühsam (...) definitiv unsexy“ (Hamann 2007: 8) sind, den alten und verhärmten kritischen Feministinnen also. Ganz im Gegenteil: das „Das F-Wort. Feminismus ist sexy!“¹³. Wiewohl sich davon persönlich zu distanzieren weiterhin zum guten Ton gehört. Aber der Feminismus, von dem alle gerne reden, „weist nicht in die Vergangenheit sondern in die Zukunft“ (Stöcker in: *dieStandard.at* 2007), der Begriff ist auch in konservativen und neoliberalen Kreisen gesellschaftsfähig geworden und scheint Teil einer „vielversprechenden Zukunft“ zu sein. Denn „das F-Wort schließt nicht aus, sondern ein“ (ebda.) und wurde dementsprechend von diversen Seiten *vereinnahmt*. Gleichzeitig beweist gerade die „trendige“ Umschreibung des Begriffes Feminismus durch „F-Wort“ (Stöcker) oder „F-Klasse“ (Dorn), dass er vielleicht doch noch nicht im *Mainstream* angekommen ist und sich seiner politisch-kritischen Vergangenheit, die ihn doch so „unsexy“ machte, nicht ganz entledigen konnte.

¹² Nachzulesen unter www.ec.europa.eu/employment_social/gender_equality

¹³ Titel eines von Mirja Stöcker 2007 im Ulrike Helmer Verlag herausgegebenen Buches

Weder *Falter*, *Bartenstein*, *van der Leyen* noch *Standard & Konsort_innen*, die sich gerne in oben dargestellten Diskursen über Feminismus hervor tun, sind allerdings in der Lage, etwas über den „Zustand“ feministischer *kritischer* Politiken auszusagen. Denn sie alle sind nicht gerade berühmt für ihre pro-feministischen, kritischen und emanzipatorischen Zugänge. Oder wie *Sabine Hark* es für die konservativen Politikerinnen in Deutschland, die sich nun in der Regierung begeistert der frauenpolitischen Agenden annehmen, ausdrückte, galten sie “bis vor kurzem als feministisch unverdächtig” (Freitag Nr.30). Wollen Feminismen also jenseits von mehr oder weniger reaktionären Versuchen ihrer politischen Um- und Neudeutung betrachtet werden¹⁴, so muss der Blick auf anderes gerichtet werden. Nämlich auf das, was in Abgrenzung zur dominanten Erneuerungsrhetorik als *Alter Feminismus* bezeichnet werden müsste: die vorhandenen feministischen Projekte, die, oder deren Protagonistinnen, aus frauenbewegten Zusammenhängen kommen und Feminismus als notwendige und emanzipatorische *Gesellschaftskritik* verstehen. Aber auch das Feld der feministischen Projekte, Einrichtungen, und Organisationen ist nichts weniger als homogen, sowohl die inhaltlich-politischen Zugänge, als auch Grad und Erfolg der Institutionalisierung betreffend.

1.2. Partielle feministische Etablierung. Projekte zwischen Konkurs und Mainstream.

Das Bild der Frauenbewegung in den letzten Jahren war zunehmend geprägt von den Aktivitäten einzelner professioneller oder halbprofessioneller Projekte, die sich auf unterschiedliche Arbeitsgebiete spezialisiert haben. Unzufriedenheit in diesem Bereich richtet sich gegen ökonomische Mangelzustände, die im Grundsatz unverändert die Arbeit der Projekte kennzeichnen und höchstens partiell verbessert werden, dies zudem mit rapide abnehmender Tendenz. (Ulrike Hänsch 1993: 9)

Ein Teil¹⁵ feministischer Projekte kämpft um sein ökonomisches und politisches Überleben. Viele autonome feministische Projekte mussten in den letzten Jahren zusperrern,

¹⁴ Das wäre für sich ein spannendes und wichtiges Thema, da sich politische und diskursive Verschiebungen, sowie dezidiert konservative und neoliberale Aneignungsversuche, aufzeigen ließen, die auch wieder rückwirken auf ein feministisches Feld und dementsprechend von dieser (meiner) Fragestellung nicht gänzlich zu trennen sind, um die es aber in dieser Arbeit nicht primär gehen soll (vgl. hierzu z.B.: Pini 2007).

¹⁵ Die Einteilung eines inhomogenen und sehr breiten, jedenfalls schwer zu definierenden, feministischen Feldes in „die einen“ und „die anderen“ ist problematisch. Vor allem weil es viel Raum dazwischen gibt und Differenzen sich nicht nur entlang der Pole *Prekarität* und *Etablierung* anordnen. Um eine prinzipiell auffällige Ambivalenz darzustellen ist solch eine plakative und vereinfachende Darstellung aber, wie ich finde, hilfreich. In dem Sinne sei diese „Gruppeneinteilung“ aber nicht auf die Waagschale gelegt, sie dient eher analytischen Zwecken um Transformationen aufzuzeigen, als dass es darum ginge, ein feministisches Feld *darstellen* und *repräsentieren* zu wollen.

wie erst kürzlich in Wiens einzige feministische Buchhandlung, das *Frauenzimmer*. Feministische Projekte und Einrichtungen hanteln sich von Förderung zu Förderung ohne jemals sicher zu sein, das nächste Jahr finanzieren zu können. Daraus folgende unfreiwillige Aktivitäten wie Spendenaufrufe, Solidaritätsveranstaltungen, Förderungsansuchen usw. sind nicht nur im Ausgang nie abzusehen, sondern verschlingen auch Unmengen an Zeit und Ressourcen und machen Feministinnen zu abhängigen Bittstellerinnen, deren Anliegen je nach Lust und Laune finanziell belohnt werden oder nicht. „Das schlichte Überleben [ist] weiterhin die größte Herausforderung,“ beschreibt Saskya Rudigier in einem *konkret*-Interview anlässlich des 25. Geburtstages der feministischen Zeitschrift *an.schläge* die weiterhin unrosigen Zeiten für feministische Magazine und meint das nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch was die Solidarität und Bereitschaft von Menschen betrifft, sich an Projekten zu beteiligen und/oder diese zu unterstützen (Rudigier/ Susemichel 2008). Daran hat sich seit dem Bestehen feministischer Projekte wenig geändert und doch scheinen die Zeiten für emanzipatorische Unternehmungen wieder etwas prekärer und unsicherer zu werden¹⁶.

Andere Projekte wiederum sind sehr erfolgreich und etablieren sich in den vorhandenen Strukturen und gewinnen an manch unerwartetem Orte Anerkennung. So fristet feministische Forschung¹⁷ trotz ihrer immer noch zu diagnostizierenden Unterrepräsentanz im Wissenschaftsbetrieb kein *Alien-* Dasein mehr. Sie mauserte sich vielerorts vom „Sonderfall“ zum integrierten und integrierenden Forschungsansatz und ihre Institutionalisierung im Wissenschaftsbetrieb schreitet voran. Ebenso scheint die Notwendigkeit, Gender als gesellschaftlich relevante und Gesellschaft strukturierende Kategorie anzuerkennen, Frauen zu fördern und zumindest pro forma gleich zu behandeln mittlerweile sogar von vielen privatwirtschaftlichen Unternehmen erkannt worden zu sein. Teils sehr motiviert werden Maßnahmen wie *Gender Mainstreaming* umgesetzt.

¹⁶ Damit soll nicht behauptet werden, dass es jemals eine „gute alte Zeit“ für feministische und andere emanzipatorische Anliegen gegeben hätte.

¹⁷ Den Singular zu verwenden ist in diesem Kontext sicherlich falsch, da es etwas wie *die eine* feministische Wissenschaft nicht gibt und geben soll. Auch ist die folgende Diagnose nicht zu verallgemeinern. Feministische Zugänge in naturwissenschaftlichen Fächern gelten meist immer noch als *nicht wissenschaftlich* und auch in den Sozialwissenschaften gäbe es noch viel zu tun. Doch soll hier ein Diskurs gezeichnet werden, der sich eben dieser Rhetorik bedient und sich die Akzeptanz auch im Singular als Erfolg auf die Fahnen schreibt.

Diese gegensätzlichen Entwicklungen feministischer Projekte – die einen wandern ins finanzielle und gesellschaftspolitische Abseits und die anderen rutschen in den anerkannten *Mainstream* – scheinen auf den ersten Blick in einem Widerspruch zu stehen. Doch wenn die erfolgreichen Projekte etwas genauer unter die Lupe genommen werden, so lässt sich vielleicht erklären, warum sie – trotz ihres definierten feministischen Anspruches, der Gesellschaftskritik impliziert – sich im Gegensatz zu anderen etablieren konnten. Und zwar ohne größere Verwirrung in den Strukturen, die es eigentlich kritisch zu hinterfragen gelte, zu produzieren und mit der Perspektive, „bestenfalls“ selbst Teil des *Mainstreams* zu werden. Jedenfalls aber scheint es, als stünden sie in keinem Konflikt beladenen kritischen Verhältnis zu einem patriarchalen *Mainstream* wenn sie sich in patriarchal-kapitalistische (Erfolgs-)Strukturen einordnen (lassen). Wohl kaum, weil sich die Strukturen und Verhältnisse so enorm verändert haben, feministische Strukturkritik angekommen ist und es jetzt nichts mehr anzuecken gibt (vgl. dazu Kapitel 1.3.). *Viel eher scheinen sich die Projekte selbst und ihre (politischen) Ansprüche verschoben zu haben und Konzepte übernommen oder adaptiert worden zu sein, die sich vereinen lassen mit hegemonialen gesellschaftlichen Vorstellungen – auch wenn diese kapitalistisch, neoliberal und patriarchal sind.* Das ist eine weitere Dimension zu der in Kapitel 1.1. thematisierten neoliberal-konservativen Vereinnahmung. Denn hier geht es um ein aktives Mitspielen und Anpassen, ein An-Erkennen bestehender Strukturen und Machtmechanismen von Seiten sich als kritisch verstehender feministischer Protagonistinnen. Die herrschenden Normen werden übernommen und bleiben somit unkritisiert. Noch dazu scheint die Integration in die Norm nicht nur als Mittel und Teilforderung zur Erreichung struktureller Veränderungen, sondern als Selbstzweck begriffen zu werden. Im *Mainstream* anerkannt zu werden scheint zum wünschenswerten Ziel geworden zu sein. Damit geraten ein- und ausgrenzende Prozesse der Normalisierung, und damit die strukturellen Rahmenbedingungen, aus dem Blick.

Um das bisher Gesagte zusammenzufassen, können wir bezogen auf feministische Projekte von einem „Zustand kollektiver Ermüdung und erfolgsorientierter Anpassung“ (Hänsch 1993) sprechen. Vor diesem Hintergrund steht nichts weniger zur Diskussion als das gesellschafts- und herrschaftskritische Verständnis, das Feminismen konstitutiv zugrunde liegt. Denn die einen sind mit dem Kampf um ihr Weiterbestehen beschäftigt, da bleiben

Zeit und Ressourcen für inhaltliche Arbeit nicht selten auf der Strecke. Nicht zuletzt deshalb, weil andere feministische Projekte, die sich aufgrund ihrer Etablierung um Finanzielles keine Sorgen machen müssen, Fragen nach strukturellen Herrschaftsbedingungen gar nicht (mehr) stellen. „Erfolgsorientiert angepasste“ feministische Projekte scheinen Verhältnisse unhinterfragt zu lassen, widersprechen neoliberalen Konzepten nicht und leisten so einem Status Quo Vorschub. Doch „das Wesentliche feministischer Forschung und Kritik (...) hat immer in der Weigerung bestanden, den Status quo zu bedienen“ (Scott 2001: 60). *Wenn dem so ist, dann stehen etablierte feministische Projekte in einem recht ambivalenten Verhältnis zu feministischer Kritik und den (autonomen) feministischen Projekten, die Feminismus als gesellschaftskritische Theorie und Praxis verstehen.*

Um Missverständnisse zu vermeiden sei auf eines aber hingewiesen: was Bartenstein, van der Leyen und Consort_innen von funktionierenden feministischen Projekten unterscheidet (und immer unterscheiden wird!), ist, dass die Konzepte von ersteren zu Recht als Neuauflage antifeministischer Politik, manchmal „verkleidet“ in konservative Gleichstellungs- und Familienpolitik oder neoliberale „Selbstverwirklichungs“diskurse, bezeichnet und damit entlarvt werden müssen. Das ist in „modernerem“ Gewande daher kommender Konservatismus der sich einer Rhetorik bedient, die teilweise Anleihen aus feministischer Theorie und Praxis nimmt. Zweitere werden zwar auch kritisiert, wegen ihrer Anschmiebung an das System, ihrer Entpolitisierung oder ihrem aufopfernden Pragmatismus, aber nicht wegen ihrer prinzipiell antifeministischen Grundideen. Genau dann aber, wenn Projekte als feministisch gelten bzw. für feministische Politik stehen, müssen sie umso kritischer und umso mehr hinterfragt werden, wenn sich Tendenzen zu Anpassung und Affirmation, kurz gesagt: Kritikverlust, zeigen. Nicht in erster Linie, um pragmatischen Projekten ihre Legitimation völlig abzuspochen oder ein aus- und abgrenzendes Entweder-Oder-Szenario herauf zu beschwören, sondern um machtempfindlich, kritisch und (selbst)reflexiv bleiben zu können. Denn wenn Feminismen für ein kritisches Verhältnis stehen, erfolgreiche „feministische“ Projekte aber unkritisch sind, so stellt sich die berechtigte Frage, was an diesen Projekten (noch) feministisch ist. Und die Frage ist umso relevanter, da wenn Unkritisches als feministisch, also kritisch, gilt, kein Raum mehr für tatsächliche Kritik bleibt.

Kritik zu üben an Konzepten und Praxen „erfolgreicher“ und etablierter feministischer Projekte, die selbst trotzdem immer noch prekär und marginalisiert sind¹⁸, birgt allerdings auch einige Probleme in sich. Es ist eine Gradwanderung, einerseits in Frage stellen und kritisch hinterfragen zu müssen, was längst als allzu selbstverständlich gilt, und andererseits das, was Feminismen institutionell verankern konnten, nicht in Abrede zu stellen. Und vor allem nicht nostalgisch einem dichotomen Denken zu verfallen, dass dem „schlechten Jetzt“ ein konstruiertes und paradiesisches „Früher“ oder ein ebenso absurdes „Anderes“ entgegen setzt. Wie „erbärmlich die Reformmaßnahme auch immer ist“ (Beauvoir), so bringt sie doch auch immer etwas, was an verschiedenen Maßnahmen und Projekten überprüft werden kann.

1.2.1. Quantitative Etablierung. Inhaltliche Normalisierung.

Zunächst stellt sich die Frage, was denn dieser (Etablierungs-)Erfolg einiger feministischer/frauenpolitischer Projekte überhaupt ist. Zuallererst und vor allem ist es ein quantitativer. Die steigende Präsenz von und das steigende Angebot an:

„Frauentöpfen“ (z.B. an der Universität Wien „Sonderkontingent für Frauen- und Geschlechterforschung“), Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten, Frauenförderungsprojekten, feministischen (Aus-)Bildungsprogrammen, Genderförderungen, Lehrgängen, Schulungen für Frauen, Stipendien, Genderkollegs, genderspezifischen Forschungsschwerpunkten, Gesetzen zur Gleichberechtigung und Förderung von Frauen, Empowermentprojekten für Frauen, feministischen Projekten und Lehrveranstaltungen, EU- Förderungsgeldern, Frauennetzwerken, Mentoring Programmen, Equal Projekten, Gleichbehandlungsreferaten und –arbeitskreisen, und frauenpolitischen Konventionen, Gender Trainings, eigenen Gender Studies- Curricula, Anti-Diskriminierungs- und Anti-Mobbingsstellen, Frauenkompetenztrainings, Gender Mainstreaming, Karrieremöglichkeiten für Frauen....

vermitteln den Eindruck, dass mittlerweile frauenpolitischen und feministischen Forderungen nach Abbau von Diskriminierungen, Frauenausschlüssen und männerbündischen Eliten nachgekommen wurde. Diverse Einrichtungen und Institutionen sollen die Gleichbehandlung und die spezifische Förderung von Frauen und „frauen- bzw. genderspezifischen“ Thematiken vorantreiben und antidiskriminatorische Gleichbehandlungsgesetze und -richtlinien sollen die formale Gleichstellung garantieren und – wie jedes andere Recht auch – einklagbar machen. Frauenpolitische Initiativen und wissenschaftliche Frauenforschung sind nicht nur institutionalisiert und zahlreich zu

¹⁸ „Die Position der kritischen *Marginalität* ist jedenfalls nicht mehr umstandslos reklamierbar, obgleich das *Heim* bescheiden und mit Hypotheken belastet (...) ist.“ (Hark 2005: 51)

finden¹⁹, sondern werden auch weithin anerkannt. Wenn auch weit entfernt von dem Grad der Anerkennung und Etablierung die manch andere – männlich dominierte – Disziplin oder Forschungsrichtung genießt.

Lobgesänge auf die erfolgreiche (eigene) Etablierung sind an allen Ecken und Enden zu vernehmen. Behauptet wird zum Beispiel, dass feministische Ansätze aus der Wissenschaft nicht mehr wegzudenken sind. Denn „[i]n dieser Atmosphäre aufgeschlossener studentischer und akademischer Kreise zählen feministische Ansätze zum *Selbstverständnis*. Eine praktisch orientierte Vernetzung bildet die Basis einer *feministisch-integrativen Wissenschaftskultur*, die dem Selbstverständnis einer *dynamischen fortschrittlichen Wissenschaftsauffassung* entspricht.“ (Ingrisch/ Lichtenberger-Fenz 1999: 91, *Hervorhebungen NiSt*) Diese euphorischen Einschätzungen sind – wie im übrigen Lobgesänge generell – mit Vorsicht zu genießen. Einerseits habe ich den gepriesenen Ort mit „aufgeschlossener Atmosphäre“, wo Feminismus *gemeinsam* – StudentI(?)nnen und Lehrende – praktiziert wird und *selbstverständlich* ist, noch nicht gefunden. Jedenfalls ist er nicht dort anzutreffen, wo ihn die Autorinnen vermuten, nämlich in der etablierten universitären Wissenschaft an den Universitäten²⁰. Es stellt sich überdies die Frage, ob es wirklich so wünschenswert ist, eine dynamische, also eine ständig zu verwertbarer „Bewegung“ und „Innovation“ angehaltene, Wissenschaft zu sein. Das würde bedeuten, dass feministische Wissenschaft integrierter Teil einer ökonomisierten Normalwissenschaft ist. Obiges Zitat ist daher Beleg für zweierlei Entwicklungen: *einerseits eine – zumindest quantitative – Zunahme feministischer Veranstaltungen in der etablierten Wissenschaftskultur und andererseits ein Trend zur inhaltlichen Normalisierung eben dieser*.

Was auch ohne euphorischer Überschätzung festgestellt werden kann, ist, dass feministische Theorien mittlerweile *vorhanden* sind und ihren *Platz* an den Universitäten haben (Lutter/Menasse-Wiesbauer 1999). Allein das ist ein riesiger (Institutionalisierungs-)

¹⁹ Über den – mittlerweile nicht mehr ganz aktuellen – Stand feministischer Forschung an den Universitäten in Österreich ist zum Beispiel bei Schwab/Enzinger/Schmid-Bortenschlager (1990) nachzulesen. Unter anderem findet sich hier auch eine Studie über feministische Diplomarbeiten, die einiges darüber aussagt, innerhalb welcher Disziplinen sich feministische Wissenschaft (nicht) etablieren konnte.

²⁰ Dieser „sakrale Ort“ feministischer „Wissenschaftskultur“ ist maximal dort zu finden, wo es kollektive und kritische Auseinandersetzungen mit Gesellschaft schon länger gegeben hat, nämlich in den frauenbewegten Szenen, bei autonomen Veranstaltungen, in selbstorganisierten Lesekreisen und auf diversen Plena.

Fortschritt verglichen mit vor etwa 30 Jahren (Hark 2005; Aulenbacher/Bereswill/Löw/Meuser/Mordt/Schäfer/Scholz 2006), auch wenn der Platz des Feminismus heute eher an der Peripherie als im Zentrum etablierter Wissenschaft ist. Im zeitlichen Vergleich sind die Reden über Institutionalisierungs- und Etablierungserfolge also durchaus berechtigt. Es wurde tatsächlich viel erreicht, durch- und umgesetzt. Allerdings muss unterschieden werden zwischen der prinzipiellen – quantitativen – Etablierung, die erstmals nicht mehr und nicht weniger ist, als das Vorhandensein feministischer Projekte und Konzepte in hegemonialen Institutionen, und dem Ankommen feministischer *Kritik* in eben diesen Strukturen. Denn den herrschenden Diskurs haben feministischen Projekte, trotz Etablierungserfolgen, kaum berühren und verändern können, wiewohl sie quantitativ präsent sind. Ob dies überhaupt (noch) ein Anspruch ist, ist eine der Fragen dieser Arbeit.

Schauplatz Universität

Für die Universitäten gibt es mittlerweile etliche Instrumentarien und Einrichtungen, die Geschlechtergerechtigkeit²¹ herstellen und bestehende Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts ausgleichen sollen. So werden im *Handbuch zur universitären Gleichstellungspolitik* (Blome/Erfmeier/Gülcher/Smasal/Smykalla 2005) an die 20 verschiedene Gleichstellungs-Strategien vorgestellt²², die jede einzelne Universität umsetzen könnte und dies teilweise auch tut. Hinzu kommen universitätsübergreifende Kooperationsmöglichkeiten, Netzwerke sowie die frauenpolitische Involvierung in bestehende Einrichtungen (Gremien, Berufungskommissionen, Öffentlichkeitsarbeit...)²³ und Maßnahmen gegen sexuelle Belästigung, sexualisierte Gewalt und Mobbing. An der Universität Wien beispielsweise gibt es einen „Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen“, ein „Referat für Frauenförderung und Gleichstellung“ sowie das „Referat

²¹ In diesem Kontext meist als *Chancengleichheit* bezeichnet. Um nur ja auch begrifflich von jeder strukturelleren Infragestellung abzulenken.

²² Diese wären: „Appelle, Anreizsysteme, Wettbewerbe, Gender Mainstreaming; Sensibilisierungsmaßnahmen: Statistiken, Fort- und Weiterbildungen, Gendertrainings, Queer Studies, Frauen, Geschlechter- und Männlichkeitsforschung; Erhöhung des Frauenanteils: Quotenregelungen, Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Gastprofessuren; Förderung des weiblichen Nachwuchses: Schülerinnen-Infotage, Monoedukation, Frauentutorien, Studienreformprojekte, Mentoring, Informationsforen, Stipendien, Graduiertenkollegs, Lehraufträge“ (vgl. Blome/Erfmeier/Gülcher/Smasal/Smykalla 2005: 6f.).

²³ Wobei gerade (immer schon pseudo-) demokratische universitäre Einrichtungen und Kommissionen im Zuge neoliberaler Universitätsreformen (in Österreich zum Beispiel mit dem Universitätsgesetzes 2002 (UG02)) de facto abgeschafft wurden, demokratische Mitsprache im Allgemeinen noch schwieriger wird als sie immer schon war. Dies verhindert zusätzlich das Funktionieren gleichstellungspolitischer Maßnahmen.

Genderforschung“, das unter anderem auch das hiesige Studium *Gender Studies* koordiniert (vgl. zur genauen Aufgaben- und Arbeitsteilung der Einrichtungen Bauer 2007: 267f.). An der Universität Wien spielt auch die Österreichische Hochschüler_innenschaft (ÖH) eine besondere Rolle bezüglich Frauenförderung und allgemein feministischen Politiken (vgl. z.B.: www.oeh.univie.ac.at/arbeitsbereiche/frauen.html).

Der Möglichkeiten gibt es also viele. Die Frage, ob und in welcher Form diese Angebote genutzt werden und was solche frauenpolitischen/feministischen Maßnahmen und Einrichtungen prinzipiell können und was nicht, inwiefern sie nicht Alibi-Charakter haben und nur pro forma eingesetzt werden und so weiter existierende Machtverhältnisse verschleiern, steht auf einem anderen Blatt. Ausdruck einer gewissen feministisch/frauenpolitischen Etablierung ist aber allein schon die Tatsache, dass es sie *gibt* und sie nur mehr sehr selten grundsätzlich in Frage gestellt werden. Es scheint als seien die Emanzipationsgewinne feministischer Wissenschaft und Politik sowie der Frauenbewegung spürbar – haben sich Feminismus und Frauenpolitik also etabliert und „normalisiert“? Kann dem zugestimmt werden, was *Ursula Hornung, Sedef Gümen* und *Sabine Weilandt* in der Einleitung zum Sammelband *Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik*, konstatieren, nämlich dass „[i]n allen Bereichen der Gesellschaft (...) eine breite Geschlechtersensibilisierung stattgefunden [hat] mit der Folge einer Normalisierung der Frauenforschung, der Institutionalisierung von Frauenbewegungen und der Umsetzung von Forderungen der Frauenpolitik“ (Hornung/Gümen/Weilandt 2001: 10)? Ja und Nein. Im Sinne der Normalisierung und Etablierung *bestimmter* Projekte: ja. Aber das schließt die feministischen (zumeist autonomen) Projekte aus, die keineswegs im „Zentrum“ der Gesellschaft angekommen sind, sondern stattdessen weiterhin ausgegrenzt und eingespart werden. Und diejenigen Zugänge, die gar nicht den Anspruch vertreten, „normalisiert“ zu werden bzw. Teil der Norm zu sein, werden kategorisch aus dem von den Autorinnen gezogenen Schluss ausgenommen. Denn die wesentliche Frage, die sie nicht beantworten, ist, ob die „Normalisierung der Frauenforschung“, die mit ihrer partiellen Etablierung einhergeht, Ziel ist bzw. sein kann. Sowie was dann die Konsequenz vermeintlicher „Erfolge“ für das kritische Projekt Feminismus ist. Es wird bei Hornung, Gümen und Weilandt auch offensichtlich, welche feministischen Inhalte und Zugänge „in allen Bereichen der Gesellschaft“ angekommen sind: Geschlechtersensibilisierung und die

Teile, die sich normalisieren ließen. Von feministischen Gesellschaftskritiken und subversiven Positionierungen ist hier nicht die Rede.

GM und die Gender Studies als Symptome

Nach diesem eher allgemein gehaltenen Überblick sollen im Folgenden die Etablierungsgeschichten und –kontexte zweier feministischer/frauenpolitischer Projekte genauer betrachtet werden. Dies ist von einer groben politisch-theoretischen Verortung, den grundlegenden (feministischen) Konzepten und den in den Projekten transportierten Inhalten nicht zu trennen, der Schwerpunkt dieses Kapitels soll jedoch auf ihrer *Etablierung* liegen. Eine kritische Bewertung, die sich vor allem auf den theoretisch-ideologischen Rahmen, Integrationsfähigkeiten, Anpassungen und den (un)kritischen Gehalt der grundlegenden Konzepte und Begriffe bezieht, folgt später, wiewohl die Vorwegnahme und Andeutung einiger Kritikpunkte nicht zu vermeiden sein wird. *Gender Studies* und *Gender Mainstreaming* sind *symptomatisch* für die ambivalente „Erfolgsgeschichte“ des Feminismus. Sie stechen besonders heraus, erstens weil sie sich auffallend erfolgreich institutionalisieren und etablieren konnten, zweitens weil sie von verschiedenen Seiten – auch Feministinnen – anerkannt und „gehypet“ werden und drittens weil sie – auch von feministischer Seite – reichlich oft in Kritik geraten.

1.2.2. Zum Beispiel Gender Studies

Im Wintersemester 2006/07 startete das österreichweit erste eigenständige inter- und transdisziplinäre Masterstudium für Gender Studies mit großem Erfolg! Die Universität Wien mit ihrer langjährigen und fächerübergreifenden Tradition in der Frauen- und Geschlechterforschung bietet ideale Voraussetzungen, ein derartiges zukunftsweisendes Studienprogramm umzusetzen. (Universität Wien, Hervorhebungen NiSt)

„Die Gender Studies gibt es seit dreißig Jahren“, tönt es von der Homepage der Universität Basel (Universität Basel). Gibt es die *Gender Studies* seit 30 Jahren? Die Frage muss in zweierlei Hinsicht verneint werden. Einerseits ist der Begriff der Gender Studies jünger als feministische Wissenschaft(skritik) und andererseits sind Geschichte und Geschichten eines emanzipatorischen Wissensprojektes, wie auch immer ich es benennen will, nicht auf einen Singular zu bringen, sondern plural und widersprüchlich. Deswegen ist die Rede von *den* Gender Studies problematisch. Im Folgenden wird es spezifisch um den deutschsprachigen Raum gehen. Ich denke aber, dass viele Problematiken auch andernorts

festzustellen wären, strukturelle Entwicklungen und daraus folgende politische Schlüsse also in einem größeren Rahmen zu sehen sind. Trotzdem sind die Beobachtungen nicht unhinterfragt zu verallgemeinern.

Zumeist in Form eigener Curricula und Studienschwerpunkte etablierte und institutionalisierte feministisch-universitäre Wissensprojekte haben die verschiedensten Namen: „Frauenforschung“, „Feministische Studien“, „Women/Men Studies“, „Geschlechterforschung“, „Queer Studies“, „Geschlechterstudien“, „Frauen- und Geschlechterforschung“, „Gender- und Diversity-Kompetenz“, „Queer und Gender Studies“ oder „Gender Studies“. Herausragend und am häufigsten verwendet, manchmal auch als Kompromiss und alles umfassend begriffen, ist die Bezeichnung *Gender Studies*. An welchen Universitäten welche Bezeichnung gewählt wurde und was das (nicht) für die gelehrten und gelernten Inhalte bedeutet, ist verschieden und wirkt oftmals zufällig und willkürlich. Zumeist ist die Namensgebung aber Ausdruck der jeweils geführten politischen Debatten und Auseinandersetzungen und der jeweils forcierten bzw. ausgegrenzten (politischen und kritischen) Inhalte (ob ich bspw. etwas „Frauenforschung“ nenne oder „Queer Studies“ macht inhaltlich und politisch einen enormen Unterschied). Damit zusammenhängend ist die Benennung auch Ausdruck politischer Interessenlagen und Machtverhältnisse sowie verschiedener (Erfolgs-)Strategien sowohl seitens feministischer Forscherinnen (vgl. Gravenhorst 2001: 96) als auch seitens etablierter Disziplinen und universitärer Autokrat_innen. Damit möchte ich mich hier aber nicht näher beschäftigen. Mir geht es „nur“ um das *Phänomen Gender Studies* und weniger um die ebenso spannenden Debatten darüber, was Gender Studies inhaltlich jeweils bedeuten können und welche inhaltlich-theoretischen Unterschiede und Kämpfe es in diesem Feld gibt. Um das Phänomen, dass sich (wie auch immer) feministisch verstehende Wissen(schafts)projekte innerhalb des herrschenden Universitätsbetriebes etabliert haben und feministische Wissenschaft in Form institutionalisierter Zentren und Studiengänge universitär anerkannt ist. Und für dieses Phänomen fungiert in dieser Arbeit – stellvertretend für andere Begriffe – die Bezeichnung *Gender Studies*. Das ist auch meiner lokalen Verortung geschuldet, an der Universität Wien gibt es nun einmal den Masterstudiengang Gender Studies und nicht das Bakkalaureat Geschlechterforschung.

Werden von feministischer Seite rückblickende Betrachtungen zur (Erfolgs-)Geschichte der Gender Studies angestellt, so gibt es zwei sich widersprechende Erzählungen. Die einen sehen die Gender Studies als positives (interimistisches) Endprodukt einer langen Geschichte feministischer Fortschrittsentwicklung und Erkenntnisgewinne, im Laufe derer immer alles besser wurde und wovon die Gender Studies Zeugnis ablegen (von der Frauenforschung über die Geschlechterforschung zu den Gender Studies vgl. z.B. Maihofer 2006). Und die anderen, die diesen „harmonischen Integrationsprozess“ (Bereswill 2006: 78) nicht nur in Frage stellen, sondern Gender Studies *an sich*, insbesondere aber ihre Institutionalisierung, kritischer sehen. Der Fortschrittsgeschichte wird eine Verfalls- und Entpolitisierungsgeschichte entgegengesetzt, die sich vor allem in der Verabschiedung des primären Bezuges auf das gemeinsame Frausein und einer kritisch-politischen frauenbewegten Praxis sowie der „Integration“ und Teilhabe von Männern und „ihren“ bzw. sie inkludierenden Sichtweisen äußere (über das – beidem zugrunde liegende – prinzipielle Problem rückblickender Erzählungen und die in diesem Kontext relevante Rede „von den Generationen“ vgl. Kapitel 2.1.3.). Beide Betrachtungsweisen haben ihre Berechtigung. Gleichzeitig aber liefern beide Erzählungen nur einen Beitrag zu einer kritischen Auseinandersetzung mit aktuellen Tendenzen feministischer Wissenschaft, die in einem engen Zusammenhang mit ihrer institutionellen Erfolgsgeschichte stehen. Dass weder die einen noch die anderen „Recht“ haben, viel wichtiger aber, dass diese dichotome Ja-oder-Nein-Frage nicht sonderlich weit führt, sei im Folgenden kurz ausgeführt.

Wenn ich essentialistische Matriarchatstheorien oder mythische Weiblichkeitsanrufungen in feministischen Diskursen betrachte, die Rede von der Naturnähe und Gebärfähigkeit *der* Frau und warum sie nicht zuletzt deswegen besser sei, oder an Zugänge denke, für die Machtverhältnisse aufgrund von Klasse²⁴ oder Sexualität keine Rolle spielen, können die Gender Studies und die wissenschaftlich-politischen Inhalte, die transportiert werden, tatsächlich als sehr fortschrittlich und als Ausdruck gewonnener feministischer (Selbst-)Erkenntnisse verstanden werden. Lese ich andererseits Stefan Hirschauer (z.B. Hirschauer/Knapp 2006), dessen Schlussfolgerungen ich zwar teilweise zustimme, der aber gleichzeitig jedwede geführte feministische Debatte negiert und tut, als wäre er der erste,

²⁴ *Danke an Evi – a.k.a. Gogi –, die mich daran erinnerte, Verhältnisse konkret anzusprechen, diesen Teil sehr genau las, mir hilfreiche Hinweise gab und mich auch sonst immer unterstützte.*

der sich Fragen über die Gefahr „feministischer Separierung“ in der Frauen- und Geschlechterforschung (versus die tolle Intervention der Gender Studies in die „Allgemeinwissenschaft“) stellt²⁵ und – als gäbe es keine strukturelle, personelle wie inhaltliche, sexistische Diskriminierung mehr – weswegen sich, ginge es nach ihm, Geschlechterforschung am besten gleich selbst abschaffen sollte, so bin ich zumindest verwundert. Aufgrund der Überheblichkeit und der Negierung frauenbewegter/feministischer Kämpfe und Geschichte(n), einem politischen Anspruch im Allgemeinen, wünsche mir dann die angeblich frauenbezogeneren (was auch immer das ist) und vor allem frauenbewegteren, dezidiert politischeren „guten alten Zeiten“ zurück.

Die Etablierungsgeschichte ist, das wurde im letzten Absatz schon deutlich, bis zu einem gewissen Grad von politisch-theoretischen Inhalten und Ansprüchen nicht zu trennen. Die *Gender Studies*, und insbesondere das ins Zentrum setzen des Begriffes *Gender*, stehen, trotz aller Differenzen und Uneindeutigkeiten, im feministischen Diskurs für etwas Bestimmtes. Auch wenn dieses nicht konkret definatorisch festzumachen ist. Zwei Spezifika der Gender Studies liegen allerdings auf der Hand und werden auch immer wieder angeführt, sowohl als Pro- als auch als Gegenargument: einerseits sind die Gender Studies begrifflich eine Abgrenzung von Feminismus, Bezüge zu Feminismus sind weder im Namen noch in den gängigen Beschreibungen zu finden, und andererseits grenzen sie sich begrifflich von essentialistischen Naturbezügen, die Frauen eine spezifische Wesenhaftigkeit zuschreiben die nicht zuletzt in ihrer „natürlichen Biologie“ begründet liege, ab²⁶.

Ein Rückblick auf die (Institutionalisierungs-)Geschichte feministischer Wissenschaft bzw. der Frauen- und Geschlechterforschung macht deutlich, dass viele Fragen über Anpassungen und Kompromisse nicht „neu“ sind, sondern feministische Wissenschaft sich

²⁵ Diese und ähnliche Fragen wurden beispielsweise bei der Frauensommeruniversität 1990 in Wien intensiv diskutiert, nachzulesen bei Schneider (1991: 52-56).

²⁶ Wesentlich scheint mir hier die Betonung auf die *begriffliche* Abgrenzung. Denn oftmals erübrigt sich die Kritik an biologistischen Konzeptionen im Austausch von Begriffen und die notwendige Essentialismuskritik bleibt oberflächlich und scheinbar. So ist *gender* mancherorts „zu einer Frage des allgemein üblichen Sprachgebrauches geworden und wird gewohnheitsmäßig als Synonym für Frauen dargeboten, für die Unterschiede zwischen den Geschlechtern und für das biologische Geschlecht“ (Scott 2001: 59). Das, was durch die Einführung des Begriffes *gender* angefochten werden sollte, die Annahme der „objektiven“ Natürlichkeit von Zweigeschlechtlichkeit und von „biologischen“ (geschlechtlichen) Körpern, gerät damit aus dem Blick.

immer schon in ambivalenten Verhältnissen befand. Allein die Forderung, Teil von Universität sein zu wollen, impliziert eine Anerkennung bestehender Universitätsstrukturen und der Rolle von Universitäten in einer patriarchal-kapitalistischen Gesellschaft (vgl. Hark 2005: 210). Ebenso wie Kontinuitäten sind aber auch Brüche auszumachen.

Im Kontext der linken Student_innenbewegung und aufgrund der Erfahrung einer doppelten Diskriminierung – von der hegemonialen patriarchal-bürgerlichen Gesellschaft und innerhalb der Männer dominierten „emanzipatorischen“ links-akademischen Zirkel – begannen sich ab den späten 60-ern Frauen selbst und getrennt zu organisieren. Nicht nur, aber eben auch an den Universitäten, verstanden als emanzipatorische Intervention in eine Herrschaft stützende reaktionäre Wissenschaft und einen geschlechtsvergessenen dogmatischem Marxismus, die zwar jeweils zueinander in Opposition standen, aber doch eines gemeinsam hatten: eine patriarchale männerbündische Prägung. Als plakativer feministischer „Startschuss“ der neuen/autonomen Frauenbewegung gilt die Rede Helke Sanders und der legendäre Tomatenwurf auf der 23. Delegiertenkonferenz des SDS im September 1968 (vgl. Meinhof 2004 [1968]; Sander 1988 [1968]). Getroffen wurde ein SDS-Redner²⁷, symbolisch für die Marginalisierung von feministischen Fragen, die Diskriminierung von Frauen und die Abstempelung des Geschlechterverhältnisses als Nebenwiderspruch.

Seit den 70ern gibt es vereinzelte feministische Lehrveranstaltungen an den Universitäten, der größere Teil der Frauen- und Geschlechterforschung passierte aber in von Studentinnen selbst organisierten autonomen Seminaren und Lesekreisen²⁸ (Verein zur Förderung von Frauenbildungsprojekten 1991: 33-56; Hark 2005: 209-247). Dazu gehören auch die Frauenuniversitäten (FU), die eine wesentliche Rolle im Kampf um die Akzeptanz feministischer Wissenschaften an den Universitäten spielten. Auf den FUs wurden erstmals Räume geschaffen, in denen feministische Wissenschaft bzw. Frauen- und Geschlechterforschung stattfinden konnte, Frauen sich kollektiv austauschen, vernetzen, kritisieren und so feministisches Wissen entstehen konnte. Die erste FU im

²⁷ *Ja, jetzt weißt Du's, Andrea. Danke fürs Lesen und Korrigieren!*

²⁸ Das hat sich nebenbei – trotz heutiger Etablierung und vergleichsweise recht umfangreicher Lehrangebote im Bereich Frauen- und Geschlechterforschung – wenig verändert.

deutschsprachigen Raum fand 1976 in Berlin statt, in Österreich, wie immer etwas verspätet, 1984 in Wien (vgl. Dokumentationen der einzelnen Frauenuniversitäten z.B. Bell 1987; Verein zur Förderung von Frauenbildungsprojekten 1991; Abdallah/Ambrosch/Daimler/Dietl/Günther/Staritz/Wuich 2008). Ausgangspunkt war vor allem die Erkenntnis, dass

die kapitalistische Rationalität (...) das Nicht-Funktionale und das Nicht-System-Konforme aus Gesellschaft und Wissenschaft ausgeschlossen [hat]. (...) Dass aber umgekehrt gerade die Rationalität der herrschenden Wissenschaft irrational ist, sieht man leicht an dem wirklichkeitsfremden Bild, das sie von der Frau gemacht hat. (Bock 1977: 20)

Dem gelte es entgegen zu wirken, denn „[d]ie Wissenschaft, die wir wollen, spürt (...) diejenigen Angelpunkte und Gelenkstellen auf, an denen wir ansetzen müssen, um eine Gesellschaft radikal zu verändern.“ So hieß es 1976 auf der FU in Berlin (vgl. Günther 2008: 10).

Über die ersten Lehrstühle für Frauenforschung, Seminare und die steigende Zahl an feministisch engagierten und interessierten Frauen – Studentinnen wie auch Wissenschaftspersonal – konnte Feminismus „als akademisches Unternehmen realisiert werden“ (Hark 2005: 235). Die feministische „wissenschaftliche Karriere der Kategorie Geschlecht“ (Metz-Göckel 1997: 17) hatte begonnen²⁹. Waren die Women's Studies in den USA schon in den 70-ern relativ institutionalisiert, konnte sich die Geschlechterforschung in Deutschland und Österreich in den 80-ern organisatorisch in das Universitätsbild einschreiben und machte die ersten Schritte zur eigenen Disziplin. Heute gibt es an vielen Universitäten Einrichtungen für Geschlechterforschung bzw. Gender Studies, meist als interdisziplinäre (Projekt)Zentren organisiert. Zum Beispiel an der Universität Wien das *Referat Gender Forschung*, an der Freien Universität Berlin (FU) die *Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauen- und Geschlechterforschung*, an der Universität Zürich das *Kompetenzzentrum Gender Studies*, an der Universität Kassel seit 1987 die *Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Frauen- und Geschlechterforschung*, an der Universität Bremen das *Zentrum für feministische Studien - Gender Studies* oder

²⁹ Die Betonung auf die *feministische* Karriere der Kategorie ist wesentlich, da Geschlecht in der Wissenschaft schon länger eine wichtige Rolle spielte. (Pseudo-)Wissenschaftliche Theorien darüber, warum Frauen unterlegen oder weswegen sie private und keine öffentlichen „Wesen“ seien, dienten zur Legitimation eines patriarchalen Status Quo. (Danke, liebe Elisabeth, für viele Kaffees, Biere, tolles Feedback und gemeinsames Diplomarbeiten und Kochen im UFO!)

hochschulübergreifend, mit Sitz in Hamburg, die *Koordinationsstelle Frauenstudien, Frauen- und Geschlechterforschung, Gender und Queer Studies*.

Die erste Universität, die ein eigenständiges Studium der *Gender Studies* angeboten hat, war im WS 1997/98 die Humboldt Universität in Berlin (HU). Mittlerweile gibt es an einigen Universitäten eigene *Gender Studies Studiengänge*³⁰. Diese sind als Master (Universität Wien „Gender Studies“, Universität Basel „Geschlechterforschung“, HU Berlin „Geschlechterstudien/Gender Studies“, Universität Hamburg „Gender und Arbeit“³¹ ab WS 2008/09 FU Berlin „Gender- und Diversity-Kompetenz“ u.a.), Bachelor (Universität Basel, HU Berlin u.a.), in Form von Schwerpunkt-Modulen oder als Nebenfach (ab WS 08 in Zürich „Gender Studies“, Universität Hamburg „Gender und Queer Studies“ u.a.) konzipiert. Im Zuge des *Bologna-Prozesses* werden Gender Studies auch in Form von *Erweiterungscurricula* (EC) angeboten werden, im positiven Falle zusätzlich zu den bisherigen Studien im schlimmsten Falle als schlechter Ersatz. Auch an der Universität Wien wird gerade ein interdisziplinäres Erweiterungscurriculum *Gender Studies* entwickelt. Auffallend ist, dass die Gender Studies die Studenum(un?)organisation im Zuge des *Bologna-Prozesses* nicht nur gut überstanden haben, sondern diesen, wie's scheint, gut für sich *nutzen* konnten und entstehende organisatorische, inhaltliche und finanzielle Lücken durch die Etablierung von Gender Studies Lehrgängen füllen konnten. Feministische Lehrinhalte und Protagonistinnen haben sich – auch mangels Alternativen – in einem hohen Maße um die auf Gender- und Geschlechterforschung spezialisierten Einrichtungen zentralisiert.

Neben der größer werdenden Zahl von Gender Studies Studiengängen ist die Etablierung feministischer Wissenschaft vor allem auch im Bereich der Publikationen nachzuzeichnen.

Im Bereich Hochschulschriften lässt sich eine kontinuierlich steigende Zahl von thematisch weit gestreuten Arbeiten im Gesamtbereich Frauenforschung – Geschlechterforschung – Feministische Forschung nachweisen. Auch hinsichtlich publizierter Monographien, Sammelbände und Einzelbeiträge ist bereits eine solche Vielfalt gegeben, dass ein Überblick über das gesamte Feld nur in einem groß angelegten Forschungsprojekt zu leisten wäre. (Gehmacher/Singer 1999: 27)

³⁰ Quelle der folgenden Auflistung sind die jeweiligen Homepages der universitären Gender Studies-Einrichtungen. Quellenangaben am Ende des Literaturteils unter den jeweiligen Universitätsnamen.

³¹ Seit WS 05/06 Aufnahmestopp, der Studiengang soll eingespart werden. Hier zeigt sich ganz direkt die weiterhin prekäre Lage der Gender Studies, trotz vermeintlicher Etablierung.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch Beate Kraus, die die Veröffentlichungen grob nach den jeweiligen Inhalten zu kategorisieren versucht (2000: 10f.). Diese Fülle sagt nicht nur etwas über die Differenziertheit des feministischen Feldes, sondern auch viel über seine Anerkennung aus. Dass mittlerweile auch einige der „großen“ und renommierten Wissenschaftsverlage einzelne, manchmal gar nicht wenige, Publikationen dem Thema „Geschlecht“ widmen, zeigt, dass Feminismus auch im wissenschaftlichen Mainstream vertreten ist. Wenn auch nur partiell. Die große Zahl und Breite feministischer wissenschaftlicher Bücher hat ebenso „interne“ Folgen. So sind Diskussionen über einen „*canon of our own*“, also die Kanonisierung feministischer Wissenschaft – was als Kanon gilt, was nicht und ob so etwas überhaupt zu wünschen ist (vgl. u.a. Bidwell-Steiner 2006) –, auf die wissenschaftliche Professionalisierung und Disziplinwerdung der *Gender Studies* (vgl. Hark 2005: 354 ff.), aber auch ein sich widersprechendes und immer mehr ausdifferenzierendes inhaltliches Feld, in dem es Konkurrenz gibt und um Definitionsmacht gerungen wird (ebda.), zurück zu führen.

Wieso hat das funktioniert? Wie konnte sich das feministisch-akademische Projekt innerhalb von ungefähr 3 Jahrzehnten in den universitär-patriarchalen Strukturen festsetzen und sich dort etablieren? Eine Rolle spielt, so Sabine Hark in Rekurs auf Silvia Kontos, dass die 60er und 70er, die Zeit also, in der die Fundamente für die Institutionalisierung feministischer Wissenschaft gelegt wurden, durch gesellschaftliche Umbrüche markiert waren. Und diese Umbruchsituation hätte einen „Raum für weitreichende Problematisierungen des Geschlechterverhältnisses geöffnet“ (Kontos 2004³²). „Die neue Frauenbewegung und in Folge die Frauenforschung formierten sich, mit anderen Worten, in einem Kontext veränderter Reproduktionsbedingungen des Geschlechterverhältnisses“ (Hark 2005: 223). Auch waren die frauenbewegten Interventionen in die herrschende Wissenschaft und seinen Betrieb durch eine Ambivalenz gekennzeichnet, die Hark am Beispiel des Frankfurter Kampfes um die erste Frauenforschungsprofessur zum Thema „Kritik der Weiblichkeitsideologie“ Anfang der 70er treffend beschreibt:

[D]ie machtvolle feministische Rhetorik (siehe z.B. Zitate von den FUs oben *Anm. NiSt*) wird konterkariert von einem an den lokalen Frankfurter akademischen Gegebenheiten orientierten Pragmatismus. Zwar ist der Impuls für den akademischen Raum beanspruchenden Feminismus ein politischer, zwar kritisieren die Frankfurter Frauen die Wissenschaft, die sie vorfinden, vehement und

³² Zitiert nach Hark 2005: 222

mit Leidenschaft, dennoch greifen sie offensichtlich recht selbstverständlich auch auf die gegebenen Strukturen, Ressourcen und Rhetoriken zurück. (ebda.: 232)

Die akademische Etablierung des Feminismus – das momentane institutionalisierungspolitische Endprodukt sind die Gender Studies – ging von Anfang an einher mit Anpassungen und Übernahmen herrschender Konzepte, sie befindet sich also zwangsläufig in einem ambivalenten Verhältnis zu bestehenden universitären Strukturen. Aber in einem – jedenfalls dem *politischen* Anspruch nach – *kritischen* Verhältnis. Die besondere Etablierung der Gender Studies ist also Ausdruck feministischer Erfolge wie auch feministischer Anpassungen. Sie fand ebenfalls in einer, wenn auch mit den 70er Jahren nicht vergleichbaren, Umbruchsituation³³ statt. Die gesellschaftspolitische und ökonomische Bedeutung von Wissen und (universitärer) Bildung hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Neoliberale Individualisierung wie auch die Privatisierung und Ökonomisierung ehemals öffentlicher Aufgabenbereiche kennzeichnen die „neuen“ autonomen Universitäten ebenso wie ihr praktischer Hang zu Anwendungs- und Berufsorientierung. Die „Ich-AG“ Universität muss wettbewerbsfähig sein um sich gegenüber ihren Konkurrentinnen Vorteile verschaffen zu können. Je verwert- und anwendbarer ihr produziertes exzellentes Wissen ist, umso eher wird sie die Nase vorne haben im Kampf um Drittmittel, Nobelpreise und gute Positionen im Universitätsranking. Die Aneignung von „Wissen“ im Laufe eines Studiums gilt dementsprechend als „Humankapitalinvestition“ (Prausmüller/Schimmerl/Striedinger 2005). Und wer „investiert“ schon gerne in „Unnützes“? Soviel zum gesellschafts- und bildungspolitischen Kontext, in dem die Gender Studies „groß“ geworden sind.

Ist Heike Kahlerts Aussage, dass die Frauen- und Geschlechterforschung nicht mehr wegzudenken ist aus dem Wissenschaftsbetrieb zuzustimmen? Ist vor diesem Hintergrund von einem *feminist turn* in den Wissenschaften zu sprechen? Die Bewertungen der oben skizzierten Etablierungserfolge feministischer Wissenschaft sind sehr different. Manche sprechen davon, dass die feministische (Wissenschafts-)Kritik schon zur Transformation des herrschenden Wissenschaftsverständnisses geführt hätte, der *Mainstream* nun nicht mehr ganz so sehr *Malestream* sei, andere bleiben skeptisch. Laut öffentlichkeitswirksamer und in Zeiten ökonomischer Rechtfertigungszwänge leider notwendiger

³³ Etwas als *Umbruch*(ssituation) zu bezeichnen täuscht meist über die strukturellen Kontinuitäten hinweg, die nicht selten stärker sind als das vermeintlich Neue. So verhält es sich in diesem Falle auch.

Selbstdarstellungen starteten die Gender Studies mit „großen Erfolg“ und sind ein „zukunftsweisendes Studienprogramm“ (Universität Wien). Die Frage die sich hier stellt, ist, was denn unter Erfolg zu verstehen ist. Denn erfolgreich sind die Gender Studies allemal. Jedenfalls wenn Erfolg die Etablierung und Institutionalisierung eines Wissensprojektes meint. Die Etablierung zum Selbstzweck, der Etablierung wegen. Wenn Erfolg allerdings die Einlösung des eigenen politischen Anspruches meint, die Kritik an und das Anfechten von herrschender Wissenschaft und anderen patriarchalen Normen zugunsten einer radikalen, (selbst)kritischen und emanzipatorischen Praxis, dann sind die Gender Studies äußerst erfolglos. Und das in zweierlei Hinsicht: was die Zielsetzung, nämlich die Veränderung patriarchaler Verhältnisse in Wissenschaft und Universität, betrifft und was – abgesehen von der „Umsetzung“ – den *eigenen* kritisch-politischen *Anspruch* betrifft, der nur noch selten bei der Rede über Genderkompetenzen, Qualifikationsprofile und Genderwissen durchschimmert. *Diese Ambivalenz liegt dem Ausdruck „feministischer Erfolg“ oder „erfolgreicher Feminismus“ selbst zu Grunde, stehen die Begriffe Feminismus und Erfolg doch eigentlich für gegenteilige Konzepte und Verhältnisse zum Bestehenden: das eine ist eine strukturelle Kritik an herrschenden Verhältnissen und das andere Ausdruck des optimalen Funktionierens in diesen.* Das heißt auch, dass, wenn Feminismus und Erfolg Hand in Hand gehen, dies auf Kosten von einem der beiden gehen muss. Deswegen ist viel eher von einem *academic turn* des Feminismus (vgl. Hark 2005 bes. 132 ff.) als von einem *feminist turn* der Wissenschaft zu sprechen. Denn „[d]ie Strukturen der Wissenschaft haben die Protagonistinnen sozialisiert und verändert, mehr als sie die Strukturen haben ändern können“ (Holland-Cunz 2001:45). Aber ist es so, wie Sabine Hark positiv formuliert, dass es trotz all dieser Anpassungen „feministische Wissenschaftlerinnen (...) immer wieder auch verstanden [haben], den kritischen Spagat zwischen Teilhabe am akademischen Establishment und der feministischen Herausforderung desselben zu bewerkstelligen, indem sie den schmalen Grat, auf dem Kritik in Affirmation umschlägt, nicht aus den Augen verloren“? (Hark 2005: 140) Oder ist eine andere, problematischere, Tendenz zu erkennen, dass nämlich auch und gerade feministische Wissenschaft zu einer Art Dienstleistungseinrichtung geworden ist, die in Form von Kompetenzen arbeitsmarktgerecht an die meist weiblichen Kund_innen verkauft werden kann und so maximal modernisierende Effekte hat?

1.2.3. Zum Beispiel Gender Mainstreaming (GM)

Gender Mainstreaming besteht in der (Re-)Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung von Entscheidungsprozessen, sodass von den Akteur_innen, die üblicherweise in Entscheidungsprozesse eingebunden sind, eine Perspektive der Gleichberechtigung der Geschlechter in allen Vorgehensweisen, auf allen Ebenen und in allen Phasen eingenommen wird. (Council of Europe 1998 Hervorhebungen NiSt.)³⁴

Die erstmals in entwicklungspolitischen Zusammenhängen angewandte und dadurch bekannt gewordene Strategie des *Gender Mainstreaming* (GM) ist heute vor allem auf der Ebene institutionalisierter Politik und im Bereich der Beschäftigungspolitik zum frauenpolitischen Paradigma geworden. Auch in der öffentlichen Verwaltung, der Privatwirtschaft sowie an den Universitäten hat GM Einzug genommen. Trotz anders lautender Absichten werden zumeist anderen Frauenförderungsmaßnahmen und Gleichstellungspolitiken durch GM ersetzt. Das Interesse an der Implementierung und Umsetzung von GM scheint allerdings größer zu sein als es bei anderen frauenpolitischen Instrumentarien der Fall war. Besonders die Etablierung von GM auf europäischer Ebene hat dazu beigetragen, dass es heute im gleichstellungspolitischen Bereich hegemonial ist. Im Dezember 1995 beschloss der Europäische Rat GM als „Grundsatz der Einbeziehung der Dimension der Chancengleichheit von Männern und Frauen in alle Politiken und Aktionen“³⁵ und seitdem gilt GM als *die* gleichstellungspolitische Perspektive, bezogen sowohl auf die EU-Institutionen als auch die einzelnen Staaten (vgl. Behning 2004: 122-132; Michalitsch 2006: 18f.).

Doch woher kommt diese „Wunderstrategie“, die sich im Laufe des letzten Jahrzehnts etablieren und gegenüber anderen gleichstellungspolitischen Maßnahmen durchsetzen konnte und sich allgemeiner Beliebtheit erfreut? Einerseits wird GM als genuin frauenbewegtes feministisches Projekt gesehen, das seine Wurzeln bei der UN-Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking hat (vgl. Frey 2004: 24)³⁶ und dessen

³⁴ Zitiert nach Frey 2003: 9

³⁵ Zitiert nach Michalitsch 2006: 18

³⁶ Dass der „frauenbewegte“ Ursprung in der UN-Frauenkonferenz in *Peking* gesehen wird deutet auch darauf hin, dass mit frauenbewegt in diesem Kontext nicht eine *autonome* Frauenbewegung (mit)gemeint ist, sondern ausschließlich institutionalisierte und parteipolitische Frauenorganisationen. „Klassische“ autonome Frauen und Frauengruppen hatten (und haben) wohl kaum Geld und Möglichkeiten, mal geschwind nach China zu reisen (abgesehen von den autonom Organisierten aus Peking selbst). Auch sind UN-Konferenzen nicht gerade das politische Feld, das von einer autonomen Frauenbewegung als spannend erachtet wird. (*Dank an Claudia für das nette Gespräch und Interesse!*)

Das heißt in Peking waren nur die spezifischen und eher reformerischen Teile einer Frauenbewegung anwesend, die nicht gerade für ihre radikalen feministischen Sichtweisen bekannt sind. Das ist auch nicht

Protagonist_innen darauf hinarbeiten, „Frauen- und Geschlechterpolitik zum Querschnittsthema zu machen“ (ebda.). Die Kategorie *Gender* erlaube endlich einen „ganzheitlich-kritischen Blick auf die Geschlechterverhältnisse“ (ebda.: 29) und *Mainstreaming* beziehe sich auf die Strategie, „Geschlechterpolitik als Querschnittsaufgabe in die jeweiligen institutionellen Strukturen zu tragen, um der Ghettoisierung von Frauenförderung zu entgehen“ (ebda.: 34). Andererseits gilt GM als Komponente des *Diversity Managements*, also einer Management Strategie, deren neoliberales Ziel die optimale (Aus-)Nutzung jeder Humanressource – selbst der Frau – ist. Dabei geht es um die ökonomische Verwertung – und damit Anerkennung und Reproduktion – von Differenzen, seien diese nun ethnische, geschlechtliche, soziale oder sexuelle. So soll eine effizientere und effektivere Auslastung der Mitarbeiter_innen erreicht werden um einen ökonomischen Wettbewerbsvorteil des einzelnen Unternehmens bzw. der einzelnen Institution zu erlangen. Dieser entsteht nicht nur durch das innovative Potential „anderer“, bisher „vergeudeter“, Ansichten, „Werte“ und Interessen – „auch Du bist WERTvoll!“ Durch die Gleichstellung und damit Ent-Marginalisierung von Differenzen soll auch die Motivation und Leistungsbereitschaft aller Arbeitnehmer_innen steigen. „The managing-diversity approach is aimed at creating a working environment in which all employees can be motivated to fully develop their potential.“ (Krell³⁷) Denn diese können sich nun alle „gleich“ in den kapitalistischen Produktionsprozess einbringen, etwaige Differenzen werden nicht als *hemmend*, sondern als *produktivitätssteigernd* begriffen. Keine potentielle Ressource geht mehr verloren. Gleichstellung und Gleichbehandlung wären hier zwar notwendige betriebliche *Nebeneffekte*, GM als Strategie aber wenig emanzipatorisch. Indem Frauen – und andere „Differenzen“, die vor allem darüber definiert sind, dass sie *nicht* der weiß-männlich-bürgerlich-heterosexuellen Norm entsprechen – zur Ressource werden, können sie auch als Ware behandelt und kapitalistisch verwertet werden. GM wäre so eine Strategie, bisher nicht markttaugliche „Komponenten“ in „Form zu bringen“ um sie so in einen neoliberalen Kapitalismus zu integrieren. Gleichzeitig werden diese Differenzen, die nun verwertet werden sollen, als

weiter verwunderlich, handelte es sich doch immerhin um eine UN-Konferenz. Zusätzlich zur Problematik der An- bzw. Abwesenheit bestimmter frauenbewegter Kontexte und Inhalte, teilen einige Feministinnen die Einschätzung, dass sich auch unter dem engen Zirkel der eher angepassten und etablierten Anwesenden die konservativeren Sichtweisen durchsetzen konnten. Es kam, so Joan W. Scott, zu einem „Triumph der Konservativen in Beijing“ (Scott 2001: 58). Und vor genau diesem Hintergrund konnte Gender Mainstreaming Fuß fassen.

³⁷ Zitiert nach Schunter-Kleemann/Plehwe 2006: 189

objektivierbare Tatsachen anerkannt und somit reproduziert. Dass Differenzen selbst Produkte gesellschaftlicher Machtverhältnisse sind findet keine Beachtung. So kommt es zur paradoxen Situation, dass durch die Förderung und Aufwertung derjenigen Zuschreibungen und Kategorien, vermittels derer Ungleichheit überhaupt erst hergestellt und legitimiert wird, versucht wird, Gleichheit zu schaffen.

Egal welche „Ursprungsgeschichte“ – beide haben so irgendwie ihre Berechtigung – für richtig gehalten wird, so lässt sich jedenfalls sagen, dass GM aktuell wirkungsvoller Teil einer neoliberalen Strategie ist. Es lässt sich problemlos integrieren und hat selbst auch integrierende und modernisierende Effekte. Diese werden aber kaum (kritisch) hinterfragt. Dazu Eva Kreisky (2007: 31)

Gender Mainstreaming ist zwar eine geschlechterpolitische, jedoch keineswegs ideologieneutrale Innovation. Das Konzept zog seine Bedeutung aus frauen- und geschlechterpolitischen Erfahrungen von Bewegungen, aber auch von neokonservativen und antifeministischen *Gegenbewegungen* zur gleichstellungspolitischen Reformwelle zwischen 1970 und 1990. (...) Überraschend ist aber, wenn in frauen- und geschlechterforscherischen Aufarbeitungen der veränderte ideologische Rahmen des Gender Mainstreaming ausgespart, die Bedeutung neoliberalen Kurswechsels unangesprochen bleibt.

Doch eben dieses Zusammenpassen und Zusammenspiel von neoliberaler Transformation und GM ist der Grund für den Etablierungserfolg und die politische *Niederlage* von GM. Erfolg in dem Sinne, als dass kaum wer etwas gegen die Strategie hat, weder Regierungen noch Wirtschaftsverbände, und sie sich – zumindest rhetorisch – etablieren und durchsetzen konnte. Eben weil GM aktuellen ökonomischen Entwicklungen nicht widerspricht stößt es selbst auf ebenso wenig Widerstand. Dass GM so anerkannt ist, liegt aber auch an dessen Undefiniertheit, die alle möglichen und unmöglichen konkreten Inhalte und Maßnahmen zulässt. Die politische Niederlage bezieht sich darauf, dass von einer emanzipatorisch-feministischen Strategie nicht (mehr) die Rede sein kann. Das heißt selbst wenn ich die emanzipatorisch- frauenbewegte Geschichte in Rechnung stelle, so ist „der emanzipatorische Gehalt der Strategie“ heute nicht nur „in Bürokratien ‚verdampft‘“ (Frey 2004: 34). GM selbst trägt *als Konzept*, und nicht weil es von Brüsseler Bürokraten „böse“ gedeutet und umgesetzt, also absichtlich missverstanden, wurde, dazu bei, einerseits potentiell progressive Maßnahmen abzudrehen und andererseits Frauen (endlich) in den neoliberalen Arbeitsmarkt zu integrieren. Selbstredend geht es hierbei nur um eine *bestimmte* soziale Gruppe von Frauen, deren Potential als *wertvoll* anerkannt wird. Nicht nur um der Gleichberechtigung und dem in Verruf geratenen EU-Versprechen der

europäischen Integration wegen, sondern auch aufgrund „klassisch“ kapitalistischer Interessen, des standortgebundenen Wettbewerbsvorteils beispielsweise (vgl. Schunter-Kleemann/Plehwe 2006: 188 bzw. 191), erfreut sich GM größter Beliebtheit. GM hat primär modernisierende Effekte, die neoliberal-kapitalistischen Verhältnissen in die Hände spielen und – aktiv – zu deren Durchsetzung und Erweiterung beitragen. Feministinnen, die den emanzipatorischen „Ursprung“ von GM betonen, müssen sich der widersprüchlichen Diskurse, in denen GM verhandelt wird, bewusst sein. Die womöglich frauenbewegte Geschichte kann GM keinesfalls von seiner neoliberalen Verquickung „freisprechen“. Aber was GM zuerst war – frauenbewegt oder neoliberal – bzw. ob es nicht beides gleichzeitig sein kann – auch der Feminismus befindet sich schließlich nicht außerhalb von neoliberal-kapitalistischen Diskursen – ist, jedenfalls wenn es um einen kritischen Blick auf aktuelle politische Verhältnisse geht, eine sekundäre wenn nicht gar irrelevante Frage.

Ein in der feministischen politikwissenschaftlichen Zeitschrift *femina politica* abgedrucktes Streitgespräch zum Thema *Geschlechterdemokratie: Feministischer Aufbruch oder institutionelle Anpassung?* zwischen Halina Bendkowski, Sabine Hark und Claudia Neusüß veranschaulicht oben angerissen Debatte über GM – Frauenbewegung oder neoliberale Managementstrategie – meines Erachtens nach gut (Gesamttext nachzulesen in: Bendkowski/ Hark/ Neusüß 2002: 29-40). Auch weil zum Ausdruck kommt, dass es auf die Frage keine eindeutige Antwort gibt. In dem Interview geht es zwar primär, wie der Titel schon sagt, um das Konzept der Geschlechterdemokratie, aber GM wird von allen Diskutantinnen immer wieder ins Gespräch gebracht. Weil sich einige Ähnlichkeiten und Parallelen aufzeigen lassen – sowohl was die beiden geschlechterpolitischen Konzepte und Grundlagen als auch ihre institutionelle Etablierung und Anpassung betrifft. Einige Ausschnitte seien im Folgenden zusammenfassend und ausführlich zitiert.

Sabine Hark weist in dem Gespräch darauf hin, dass sowohl Geschlechterdemokratie wie auch GM nur dann nicht-normalisierende Konzepte sind, wenn sie feministisch konkretisiert werden und mit feministischen Analysen in Verbindung stehen. „Problematisch aus meiner Sicht ist daher die weitere institutionelle Geschichte von

‚Geschlechterdemokratie‘, in der versucht wurde, daraus in bewährter Hausfrauen-Manier eine Art ‚Allzweck-Lösungsmittel‘ zu machen.“ (ebda.: 32) Diese Tendenz ist bezüglich GM auch festzustellen. Und „[g]efährlich wird es aus meiner Sicht dort, wo – eine durchaus beliebte Strategie – Geschlechterdemokratie bzw. GM im Sinne einer Modernisierungsoffensive gegen Feminismus in Stellung gebracht wird.“ (ebda.) Weniger wesentlich erscheint hier die politische Herkunft des Konzeptes als die diskursive (Macht-) Position, die es nun innehat. Einerseits wird GM losgelöst von jeglichem emanzipatorischem Kontext als ultimative Lösung verkauft, gewinnt aber nur in emanzipatorischen Kontexten einen feministischen Inhalt. Das hat andererseits zur Folge, dass, weil GM scheinbar alle Probleme des Geschlechterverhältnisses löst, für andere Frauenpolitiken und Feminismus kein Raum mehr bleibt.

Claudia Neusüß hingegen betont den frauenbewegten Aspekt von GM:

Begrifflich wohl vertraut ist übrigens den meisten der Begriff des Gender Mainstreaming, wird er doch zu Recht als Erfindung der international agierenden Frauenbewegungen bewertet. Dieses zeitgeschichtliche Wissen vermisste ich gelegentlich in der Wahrnehmung des Gender Mainstreaming in Deutschland, wenn es mehr als Erfindung Brüsseler Bürokraten wahrgenommen wird, denn als Bewegungsgeburt, die ihre politischen Auswirkungen auch auf regionale Bündnisse, hier über die EU, entfaltet hat. Eine politische Aneignung und Ausgestaltung empfiehlt sich nachgerade. (ebda.: 32)

Sie fordert damit zu einer erneuten feministischen Auseinandersetzung und Rückeroberung der Strategie auf. Ungeklärt bleibt allerdings der für mich wesentliche Aspekt, nämlich, wie es denn sein kann, dass eine „Frauenbewegungsgeburt“ problemlos als „Erfindung Brüsseler Demokraten“ durchgeht. Unter der nicht allzu gewagten Annahme, dass Brüsseler Demokraten nichts mit Feminismus am Hut haben, muss die Schlussfolgerung sein, dass die „Geburt“, also das Konzept des GM, von Anfang an nicht allzu feministisch war, jedenfalls aber in keinem Widerspruch zu politisch-patriarchalen Konventionen stand. Darauf geht *Sabine Hark* nicht genauer ein, sondern kommt auf die Frage der aktuellen Anwendung von GM, und in welchem Kontext diese zu sehen ist, zurück. Denn auch die Betonung der frauenbewegten Herkunft kann

(...) nicht darüber hinwegtäuschen, dass es (GM; *Anm. NiSt*) in der Verwandlung etwa durch die Brüsseler EU-Bürokratie zu einem Top-down-Instrument geworden ist; Gleichstellung ist hier ein Qualitätssicherungsmerkmal neben anderen, Teil von organisationellen Steuerungsinstrumenten. Das ist richtig und wichtig, kann aber nicht als feministische Emanzipation ‚von unten‘ ausgegeben werden. Im Übrigen mehren sich mittlerweile international aus frauenpolitischen und feministischen Kontexten die Kritik an Gender Mainstreaming und der Politik, die mit dem Begriff Gender betrieben wird.“ (ebda.: 33)

Das Konzept GM und die damit verbundenen Politiken sind also umstritten in frauenbewegten/feministischen Zusammenhängen, feiern die einen den Durchbruch der Frauenpolitik so betrauern die anderen deren Ende (Gubitzer/ Schunter-Kleemann 2006: *Gender Mainstreaming – Durchbruch der Frauenpolitik oder deren Ende?*). Spannender erscheint mir aber die Frage, was an GM kritisch ist. Denn seine Etablierung und Institutionalisierung schreitet trotzdem voran. Und allein dieser Erfolg und Anerkennungsgrad macht das Konzept irgendwie „verdächtig“. Vorerst sollte aber noch geklärt werden, was GM eigentlich, abgesehen von seiner politisch-ideologischen „Herkunft“, ist. Und was es bedeutet, wenn GM etabliert wird und wie seine konkrete institutionelle Erfolgsgeschichte aussieht. Diese soll im Folgenden beispielhaft anhand der österreichischen Bundesregierung aufgezeigt werden.

„Gender Mainstreaming ist eine Strategie und kein Inhalt!“ So fulminant startet eine Broschüre des *Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen* aus dem Jahr 2002. Die Strategie ist, eine Geschlechterperspektive in alle gesellschaftlichen Bereiche zu tragen, um so als langfristiges Ziel Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen. Im Gegensatz zu Politiken der Frauenförderung, so die gängigen Definitionen, soll nicht die (Un)Gleichberechtigung der Frau(en) im Mittelpunkt stehen und Ansatzpunkt für Veränderung sein, sondern die Interaktion und das (Macht)Verhältnis der Geschlechter zueinander sollen in den Blick geraten. Und dies weniger auf einer theoretischen oder strukturellen Ebene als „vor Ort“, also an den spezifischen institutionellen Orten, in den spezifischen Arbeitssituationen, an denen Ungleichheiten durch beispielsweise die androzentrische Voraussetzung einer männlichen Norm, hergestellt werden. Ausgangspunkt ist immer eine Ist-Situation, wie es zu dieser gekommen ist, welche Personen an welchen Arbeitsplätzen (nicht) vertreten sind, steht außer Frage. Geschlecht soll Querschnittsthema sein und *Genderspekte* sollen im alltäglichen Handeln in den Institutionen oder Unternehmen mitreflektiert werden. Deswegen ist eines der ersten Anliegen bei der Umsetzung von GM zumeist die *Gendersensibilisierung* der Mitarbeiter_innen. Denn erst das Erkennen von (geschlechterspezifischen) Ungleichheiten macht es möglich, diesen entgegenzuwirken. GM ist eine Top Down Strategie, das heißt, sie kann nur „von oben“, also von den höchsten Hierarchieebenen einer Institution, umgesetzt werden. Durch Leitlinien, Best Practice Beispiele, Evaluationen, Gender

Trainings etc. soll die Reflexion über Geschlecht in jede Entscheidungsfindung hineinragen werden um so geschlechtliche Ungleichheiten erfassen und verändern zu können, denn „Gender Mainstreaming ist der Weg und nicht das Ziel!“ (BMSG 2002). Was GM ist, liegt aber nicht zuletzt an den jeweiligen Orten und Verantwortlichen seiner konkreten Umsetzung. Der Inhalt ist weitgehend offen gelassen, konkrete Maßnahmen sind nicht vordefiniert.

Und wie hat sich GM – bei einer klassische Top Down Strategie lohnt es sich beim „Top of the country“, der Bundesregierung, anzusetzen – in Österreich etabliert? Erst einmal, und das scheint mir nicht unwesentlich zu sein, in einem Kontext *nicht existierender* staatlicher Frauenpolitik. Zur Erinnerung an schwarz-blau-orange Unzeiten seien hier nur einige Stichworte genannt: Streichung des Frauenministeriums (bzw. dessen, was als solches galt), ein Tierarzt als für Frauenagenden zuständiger Minister, Gleichsetzung von Frauen- und Familienpolitik, Männerabteilung 666 und sonstiger Antifeminismus (vgl. Staritz 2007). Nach einem entsprechenden Antrag von Elisabeth Sickl (FPÖ, Bundesministerin für soziale Sicherheit und Generationen) bekannte sich die österreichische Bundesregierung in einem Minister_innenratsbeschluss am 11. Juli 2000 zum Konzept des GM. „Gender Mainstreaming ist eine internationale Verpflichtung Österreichs und Regierungsaufgabe“ hieß es damals und gleichzeitig wurde die Einrichtung einer *Interministeriellen Arbeitsgruppe für Gender Mainstreaming* (IMAG GM) beschlossen. In der IMAG GM, deren Aufgabe die Koordination, Evaluation und Information für die Umsetzung von GM in der österreichischen Verwaltung ist, sind alle Bundesministerien sowie die obersten Organe vertreten. Den Vorsitz hat die/der für Frauenagenden zuständige Minister/In inne (vgl. www.imag-gendermainstreaming.at). Die IMAG GM ist zentraler Motor und Angelpunkt für GM in der Bundesregierung und dementsprechend hilfreich bei der Erfassung des Themenkomplexes. Am 3.4. 2002 – diesmal unter „Frauenminister“ Herbert Haupt (FPÖ, später BZÖ), der Elisabeth Sickl als *Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen* folgte – kam es zu einem weiteren Beschluss bezüglich GM im Minister_innenrat. Der Beschluss beinhaltete Empfehlungen der IMAG GM zur Umsetzung von GM in allen Politikbereichen. Seither gab es keine wesentlichen Beschlüsse bzw. (Neu)Positionierungen zum Thema GM seitens der

Bundesregierung. Die Umsetzung von GM verläuft je nach Ministerium mehr oder weniger schleppend und ist jeweils auf der Homepage der IMAG GM nachzulesen.

Im Gegensatz zur *praktischen* Umsetzung von GM in den einzelnen Ministerien ist die Etablierung des *Begriffes* GM im „Regierungsspeech“ alles andere als schleppend vor sich gegangen. Auch wenn es inhaltliche wie begriffliche Überlappungen und Durchsetzungen mit anderen frauenpolitischen Begrifflichkeiten (wie Frauenförderung, Gleichstellungspolitik etc.) gibt, so ist bei Betrachtung von Veröffentlichungen, Medienberichten etc. eine Dominanz des Konzeptes GM im frauenpolitischen Diskurs der letzten und der aktuellen Bundesregierungen zu verzeichnen. Vielleicht ist GM gar zur wesentlichsten Begrifflichkeit der Frauenpolitik geworden, denn es scheint alle anderen Themen, die der Bereich Frauenpolitik umfasst, zu überlagern. Oder wie Ursula Haubner (FPÖ, später BZÖ, Ex-Bundesministerin für soziale Sicherheit, Generationen und Konsument_innenschutz) es in einer OTS- Presseaussendung schöner ausdrückte: „Gender Mainstreaming ist die Frauenbewegung der Bundesregierung“. Bei Betrachtung des Themenkomplexes GM lässt sich dementsprechend viel über den frauenpolitischen Diskurs einer Regierung aussagen. Und das Beispiel der Etablierungsgeschichte von GM in der österreichischen Bundesregierung wiederum spiegelt Anerkennungsrad und Verwendungsbreite des feministischen/frauenpolitischen Projektes GM wider.

Ähnlich wie bei den Gender Studies haben auch bei GM gesellschaftspolitische Brüche dazu beigetragen, dass sich das Konzept schnell und erfolgreich etablieren und gegenüber anderen frauenpolitischen Maßnahmen durchsetzen konnte³⁸. Einerseits war „klassische“ Frauen(förderungs)politik – auch von feministischer Seite – in Kritik geraten und andererseits passen Theorie und Praxis des GM viel besser in eine sich transformierende und „neu“ gestaltende Organisations- und „Betriebsführungs“landschaft als bisherige Gleichstellungspolitiken. Gerade an den Universitäten harmoniert GM perfekt mit den betriebswirtschaftlich orientierten neoliberalen Universitätsreformen. Autokratische *top down* Hierarchien, ohne Möglichkeiten auf demokratische Mitbestimmung und -gestaltung, brauchen auch adäquate Gleichstellungsinstrumentarien, die ebenso autokratisch und *top*

³⁸ Dass GM *parallel* zu anderen Frauenförderungs- und Gleichstellungsmaßnahmen läuft ist leider ein widerlegbarer Mythos. Keine Institution "leistet" sich mehrere gleichstellungspolitische Projekte und Instrumente, auch widersprechen sich diese inhaltlich und praktisch.

down funktionieren (Kahlert 2003: 76). Gleichzeitig schafft GM, alias *Managing Gender Diversity*, die optimalen Bedingungen zur „Entfaltung“ – und damit Ausbeutung – aller Potentiale. Es ist "ein personalpolitisches Instrument, dass ungenutzte Personalressourcen [erschließt] und Chancengleichheit für qualifiziertes Personal [herstellt]" (ebda.: 81). Maximal. Dass dies kein Widerspruch zu neoliberalen Wirtschaften ist liegt auf der Hand, ebenso wie dass es kein Zufall ist, dass sich GM etablieren konnte und viele andere Projekte nicht. Überraschend ist hingegen, dass dieses genderpolitische Instrument von vielen Feministinnen getragen wird und als feministisch gilt. Aber GM steht, weil es mit neoliberalen Wirtschaften harmoniert, in einem ambivalenten Verhältnis zum gesellschaftskritischen Projekt des Feminismus.

1.2.4. Eine Erfolgsstory? Oder doch nicht.

In Zeiten wie diesen wird unmissverständlich der Irrtum aufgeklärt, es gäbe für Frauenprojekte über den Weg der Anpassung und Professionalisierung maßgebliche Blumentöpfe zu gewinnen. Diese Strategie verschaffte im besten Fall einigen Projekten die Mittel zum Überleben (was notwendig ist und nicht gering zu schätzen). (Hänsch 1993: 14)

„Kann deshalb eine Erfolgsstory der Frauen- und Geschlechterforschung erzählt werden?“, fragt sich Gudrun-Axeli Knapp vor dem Hintergrund sich etablierender feministischer Projekte in Bezug auf die universitäre Verankerung feministischer Wissenschaft. Sie meint, dass, vom Gesichtspunkt der *Institutionalisierung* aus, nichts anderes übrig bleibt. Denn wir sind umgeben von „länger werdenden Listen von *Gender Studies*- Einrichtungen an Hochschulen im deutschsprachigen Raum (...): Forschungszentren, Zentraleinrichtungen, Koordinationsstellen, Interuniversitäre Vernetzungen, Forschungsschwerpunkte, *competence centers*, *centers of excellence*“ (Knapp 2006:194). Allgemeiner gesagt konnten feministische/frauenpolitische Projekte Fuß fassen und sich in bestehende Strukturen integrieren. Dies in all seiner Widersprüchlichkeit aufzuzeigen habe ich in diesem Kapitel versucht.

Doch wie sieht die „Bilanz“ unter einem politisch-gesellschaftskritischen Blickwinkel aus? Hierzu bemerkt Knapp – das ist auch bezüglich der Gender Studies an der Universität Wien festzustellen –, dass sich die oben erwähnten institutionellen „Neugründungen (...) auf professionell gestalteten *homepages* oder im Hochglanz viel versprechender Broschüren mit einfallsreichem Marketing [präsentieren]. *Gender Studies* erscheinen in

dieser Perspektive als eine der Speerspitzen der Hochschul- und Verwaltungsmodernisierung und recht erfolgreich im Kampf um Ressourcen“ (ebda.). Es gilt mittlerweile als *Wettbewerbsvorteil* für einen Universitätsstandort, wenn dieser auch Gender Studies anzubieten hat und – meist nur – rhetorisch stehen auch ansonsten konservative CEOs/Rektor_innen³⁹ hinter dem Projekt. Nun ist diese inhaltlich-strategische Vereinnahmung ja nicht unbedingt der „Verdienst“ derer, die die Entwicklung institutionalisierter Curricula vorantrieben, zumeist Frauen aus feministischen und frauenbewegten Kontexten, reflektiert wird sie allerdings auch dort kaum. Es scheinen ganz im Gegenteil viele feministisch Aktive mit der professionellen und unpolitischen Aufmachung und der (neoliberalen) Integration und Anpassung kein Problem zu haben und es wird bereitwillig mitgespielt. Aber „[a]ls Form einer kritischen Wissenschaft, die sie (die Frauen- und Geschlechterforschung *Anm. NiSt*) nach wie vor zu sein beansprucht, wird sie (...) unglaubwürdig - und letztlich uninteressant -, wenn sie nicht die gesellschaftlichen Entwicklungen reflektierte, in die sie selbst als modernisierende, reformierende und rationalisierende Praxis verwickelt ist“ (ebda.). Bei anderen sich als feministisch begreifenden „funktionierenden“ Projekten ist Ähnliches festzustellen. GM ist akzeptiert und seine Implementierung verschafft Unternehmen ein besseres Image und ist so *auch* Werbung für eine Institution und nicht unbedingt eine Kritik an dieser. Beweist GM doch, vergleichbar mit scheinheiligen Konzepten der *Corporate Social Responsibility* (CSR), wie sozial und verantwortungsbewusst Unternehmen handeln. Mit genau diesem Wissen wird von Seiten feministischer Protagonistinnen – ich drücke es einmal positiv aus – gespielt. Um Institutionen zur Umsetzung von GM oder Universitäten zur Entwicklung von Gender Studies Studiengängen zu motivieren und zu verpflichten werden eben diese Effekte betont, dass es beispielsweise im Interesse von Unternehmen sei, GM umzusetzen, da es ihnen Vorteile verschaffe, oder die Universitäten das innovative Potential der Gender Studies nützen sollten.

³⁹ War es bis vor wenigen Monaten noch klar, nicht splitten zu müssen (bzw. zu dürfen), wenn es um (öffentliche) Universitäten in Österreich ging, da es keine einzige Rektorin gab, so ist dies nun, Boku sei Dank, nicht mehr der Fall. Bemerkenswert und nahezu amüsant ist der – wirklich zufällige – Zufall, dass, kaum gibt es eine weibliche Rektorin, die Rektorenkonferenz – sie müsste ja nun Rektor_innenkonferenz heißen – umbenannt wurde in „österreichische Universitätenkonferenz“. So dass es nur ja nicht sichtbar ist... Angeblich hat das *Christoph Badelt* (Rektor der Wirtschaftsuniversität Wien; Vorsitzender der Universitätenkonferenz) im *Standard* sogar einmal wörtlich gesagt, überprüfen konnte ich das leider nicht.

So kann zwar im Sinne von Hornung & Co gesagt werden, dass, weil einige Projekte wie GM und Gender Studies institutionalisiert und normalisiert sind, diese auch dazu beitragen, dass etwa feministische Forschung und Gleichstellungspolitiken im Allgemeinen bessere und breitere Akzeptanz finden und nicht mehr als *anders-spezifisch-besonderer* Extra-Sonderfall wahrgenommen werden. Gleichzeitig fristen feministische Projekte trotzdem eine randständige Existenz in der Normalität, auch wenn sie noch so etabliert sind und allerorts gelobt und hervorgehoben werden. Ihre Etablierung kann so nur als *partiell* bezeichnet werden. Es stellt sich aber vor allem die Frage, „was ‚subversiv‘ und ‚politisch‘ einmal bedeutete und inwieweit dies – angesichts deutlicher Normalisierungsprozesse – überhaupt noch möglich ist“ (Hornung/Gümen/Weilandt 2001: 13). Und ob der Anspruch, herrschafts- und strukturkritisch zu sein, noch besteht. Wo bleibt das kritische Verhältnis des sich etabliert habenden Feminismus, die Infragestellung herrschender patriarchaler Machtverhältnisse und hegemonialer Konzepte und Denkweisen? Oder anders gefragt: welche Inhalte vertreten und welchen (politischen) Konzepten wider- bzw. entsprechen diese „länger werdenden Listen“ feministischer Institutionalisierungserfolge? *Welche Kritiken werden produziert, welche verwischt, welche vergessen zu Gunsten einer erfolgreichen Institutionalisierung? Was bedeutet es überhaupt für Feminismen, die immer auch ein kritisches Verhältnis zu Bestehendem sind, „erfolgreich“ zu sein bzw. sich mit Projekten konfrontiert zu sehen, die es sind? Kann in Anbetracht dessen noch von einem (herrschafts-)kritischen Verhältnis gesprochen werden?*

Noch einmal: ich will hier nicht be- und verurteilen, Zugänge und Konzepte gegeneinander ausspielen und damit so manches pauschal und zwangsläufig oberflächlich delegitimieren und so tun, als wüsste ich wie es konkret anders und besser sein könnte. Wiewohl ich mir bewusst bin, dass so manche – zumindest rhetorische – Ver- und Beurteilung im Laufe des Schreibens nicht zu vermeiden sein wird, ich auch nicht vermeiden *will*. Aber nicht des Bewertens wegen, sondern weil ein Diskurs kritisch hinterfragt werden soll, der meines Erachtens nach viele politische Gefahren in sich birgt und bei mir Unbehagen auslöst. Es ist nämlich kein „Sachzwang“, dass Feminismus, so er sich Raum bspw. an den Universitäten erkämpfen will, seinen politisch-kritischen Inhalt aufgeben muss. Das käme einer Selbst-Aufgabe gleich und würde Feminismus als Gesellschaftskritik ad absurdum führen. Deswegen müssen Tendenzen, die in diese unkritische Richtung gehen, kritisiert

werden – denn „[d]ass sich die feministische Forschung immer tiefer in die normalisierenden Strukturen der herrschenden Normalwissenschaft verstrickt, ist (...) nicht Schicksal sondern Politik. Und Politik, auch Wissenschaftskritik, kennt alternative Zukunftswege, wenn die *Gegenwart* präzise wahrgenommen wird“ (Holland-Cunz 2001: 54).

Was mich zum nächsten Punkt führt: hat diese immerhin partielle Etablierung einiger Projekte etwas an den Institutionen, den Normen, den Machtstrukturen geändert, innerhalb derer sie stattfand? Was ist nun mit den angesprochenen „normalisierenden Strukturen“, den herrschenden Normen, dem Patriarchat passiert? Haben diese ebensolche Transformationen hinter sich wie die diversen feministischen Projekte? Deren „Etablierungsgrad“ ist wie wir gesehen haben zwischen Konkurs und Mainstream auszumachen. Sie haben viele Erfolge zu verbuchen. Einige von ihnen – zum Beispiel *Gender Mainstreaming* und die *Gender Studies* – konnten sich hegemoniale Akzeptanz und Anerkennung verschaffen und ihre inhaltlich-politisch-(un)kritischen Veränderungen wurden teilweise schon angedeutet und werden genauer noch im späteren Verlauf der Arbeit zur Debatte stehen.

1.3. Patriarchales Kontinuum. Alles beim Alten.

Ging es oben im weitesten Sinne um „Veränderungen“, um veränderte Konzepte, Kontexte, Erfolge, Strategien, (Selbst-)Ansprüche und Bedingungen feministischer/frauenpolitischer Praxis – seien diese auch noch so widersprüchlich wie Institutionalisierungserfolge, Etablierungen, Einsparungen, Ausgrenzungen, Anpassungen, Marginalisierungen, Anerkennungen und Vereinnahmungen –, so geht es in diesem Teil mehr um „Kontinuitäten“. Denn bezüglich patriarchaler Verhältnisse hat sich, wie ich aufzeigen möchte, nicht allzu viel verändert. Nichtsdestotrotz soll nach möglichen Transformationen dominanter Herrschaftsverhältnisse gefragt werden. Gerade das Wissen um feministische Etablierungserfolge ließe annehmen, dass sich einiges getan hat. Was ist mit den patriarchalen Verhältnissen passiert, die – jedenfalls dem feministischen Anspruch nach – kritisiert und in die interveniert wurde und innerhalb derer sich mittlerweile einige feministische Projekte erfolgreich etablieren konnten? Repräsentiert „das Zahlenverhältnis“ wirklich „das Geschlechterverhältnis“, wie es Doris Ingrisch und

Brigitte Lichtenberger-Fenz (1999: 83) andernorts schreiben? Ja, wenn ich mir die minimale Zahl von Frauen in „höheren“ beruflichen Positionen ansehe, so ist das Ausdruck einer immer noch männerdominierten patriarchalen Landschaft. Ist aber auch eine quantitativ relativ hohe Zahl an frauen- bzw. gleichstellungspolitischen/ feministischen Institutionen und Projekten Ausdruck eines gleicher und „feministischer“ gewordenen Geschlechterverhältnisses? Oder muss Barbara Holland-Cunz zugestimmt werden, wenn sie meint, dass immer noch „[d]ie Normalwissenschaft weitgehend mit dem male stream identisch [ist]“ (Holland-Cunz 2001: 49f.). Denn „[t]rotz Frauenförderung und Frauenforschung haben sich die Strukturen und die Akteure der scientific community in den vergangenen zwei Jahrzehnten nur wenig in Richtung tatsächlicher Gleichheit bewegt, auch wenn die Sexismen insgesamt subtiler geworden sind“⁴⁰ (ebda.). Um die Beantwortung dieser Fragen soll es im Folgenden gehen.

Vorweg möchte ich allerdings eine mir wichtig erscheinende politisch-theoretische Frage klären. In feministischen Zusammenhängen ist ständig die Rede vom Patriarchat und das ist nicht immer unproblematisch. Die Implikationen und Annahmen, die meist unartikuliert vorausgesetzt werden, sind oftmals zu hinterfragen. Das erscheint mir unter anderem deshalb wichtig, weil auch ich den Begriff des Patriarchats bzw. der patriarchalen Verhältnisse zentral verwende, ich ihn wichtig und unumgänglich finde aber nicht jeden seiner Verwendungskontexte politisch unterstützen kann und will. Hierbei kann es nicht darum gehen, zu klären, was *denn das Patriarchat sei* – das wäre nicht nur aufgrund diverser feministisch-theoretischer Perspektiven und Zugänge unmöglich zu definieren, sondern auch nicht sinnvoll, da es das *eine* universale Herrschaftsverhältnis nicht gibt und sich patriarchale Verhältnisse auf diversen Wegen äußern, die nicht alle gleich (be)treffen. Vielmehr soll das beleuchtet werden, was durch die *Rede* vom Patriarchat politisch zur Debatte stehen kann, welche Konzepte vorausgesetzt werden und welche Konsequenzen das gerade für ein politisch-kritisches Projekt haben könnte. Besonders wichtig erscheint mir, zu diskutieren, was ich persönlich (nicht) implizieren will, wenn ich von Patriarchat und patriarchalen Verhältnissen rede. Und dass kein Weg daran vorbei führt,

⁴⁰ Nicht einmal die Behauptung, dass Sexismen subtiler geworden sind, würde ich bestätigen – nur weil mittlerweile etwas wie „Frauen sind dümmer als Männer“ nicht mehr laut gesagt werden „darf“, ist der Sexismus noch lange nicht subtil. Aussagen wie: „Die könnte doch ein Kind bekommen, die können wir nicht anstellen“, sind Gang und Gebe und gelten nicht als sexistisch, weil’s ja doch `ne „Tatsache“ ist, dass Frauen `ne Gebärmutter haben (vgl. dazu Dawid 1999).

Herrschaftsverhältnisse konkret zu benennen, auch wenn diese Benennungen jeweils immer nur einen Aspekt zeigen und somit zwangsläufig anderes ausklammern und entnennen.

1.3.1. Die Rede vom Patriarchat. Eine „adäquate“ Begrifflichkeit?

Die politische Annahme, dass der Feminismus eine universale Grundlage haben müsse, die in einer quer durch die Kulturen existierenden Identität zu finden ist, geht häufig mit der Einstellung einher, dass die Unterdrückung der Frauen eine einzigartige Form besitzt, die in der universalen und hegemonialen Struktur des Patriarchats bzw. der männlichen Herrschaft auszumachen sei. (Butler 1991: 18)

Die ubiquitäre und homogenisierende Verwendung und Konzeptionalisierung des Begriffes *Patriarchat* ist in feministischen Debatten schon seit geraumer Zeit in Kritik geraten. Die Kritikpunkte beziehen sich unter anderem auf die scheinbare Universalität geschlechtlicher Unterdrückung, die der Begriff suggeriere, und das Negieren machtvoller Differenzen jenseits des Geschlechts, die Gesellschaften ebenso strukturieren wie das Geschlechterverhältnis und auch dem Feminismus eingeschrieben sind. Denn Feminismus ist in zweierlei Hinsicht gesellschaftlich: er kritisiert gesellschaftliche Verhältnisse, ist selbst aber auch deren Produkt. Wenn der Begriff Patriarchat also eine Form der Geschlechterherrschaft meint, wo „der Mann“ als überlegene Norm und alles andere als Abweichung gilt, und Feminismus die Kritik an dieser ist, so impliziert das, dass andere Herrschaftsverhältnisse nicht thematisiert werden und also womöglich in feministischer Theorie und Praxis reproduziert werden und Feminismus auch Hegemonien absichern kann. Zum Beispiel wird, wenn nationale Differenzen, die sich aus Hierarchisierungen und Ausgrenzungen ergeben, nicht mitreflektiert werden, eine nationale Norm vorausgesetzt und damit reproduziert. Das ist wenig emanzipatorisch und schon gar nicht subversiv, denn nur „[d]as Bestehende braucht keine Mäuler“ (Schernikau 2001[1989]) und muss nicht genauer erläutert werden. Deshalb meint Regina Becker-Schmidt, dass mit dem Konzept des Patriarchats das „auf unterschiedlichen Machtquellen beruhende Herrschaftsgefüge (...) nur ungenügend erfasst“ (Becker-Schmidt 1991)⁴¹ werden könne. Deswegen seien andere Begriffe zu finden, welche das sein sollen bleibt allerdings offen.

Zu problematisieren ist auch ein oftmals zu Grunde liegendes mechanisch-funktionalistisches Verständnis einer Dichotomie von Macht (Täter) und Unterdrückung

⁴¹ Zitiert nach Gerhard 2007 [1991]: 106, dort leider keine genaueren Quellenangaben

(Opfer). Frauen werden gleichgemacht, indem sie alle als passive Opfer ein und derselben, weil patriarchalen, Unterdrückung gelten. Es wird von einem undifferenzierten Machtbegriff ausgegangen, der negiert, dass Frauen immer auch (aktiver) Teil und involviert in Machtverhältnisse sind und nicht jenseits dieser stehen (können)⁴². Eine angenommene patriarchale Omnipotenz verneint nicht nur Differenzen unter und verschiedene Betroffenheiten von Frauen, sondern verschleiert auch das Gewordensein, die historisch differenten und konkreten Produktionsbedingungen patriarchaler Verhältnisse und konstituiert sie als ausweglos, allmächtig und damit *notwendig*. Weil mit dem Patriarchat *alles* erklärt werden will, wird *verklärt* und *vereinfacht*. Nicht, weil die Feststellung, dass wir in patriarchalen Verhältnissen leben, nicht zutreffen würde, sondern weil der Anspruch, mit *einem* politischen Konzept Gesellschaft erfassen und erklären zu wollen, absurd und nicht einlösbar ist, es auch nicht sein soll. Der Versuch, mithilfe des Begriffs des Patriarchats universelle und allgemeingültige Herrschaftsverhältnisse aufzeigen zu wollen, ist zu kritisieren. Denn er läuft notwendiger Weise parallel mit Ausgrenzungen und Marginalisierungen, denn ebenso wie es das *eine* Herrschaftsverhältnis nicht gibt, gibt es auch das *eine* universale Patriarchat nicht. Will die feministische Rede vom Patriarchat also nicht selbst essentialistisch, ausschließend, hierarchisierend und normierend sein, also Teil eben des gleichen Diskurses sein, der hinterfragt werden soll, so muss der Blick „auf die brüchigen, widersprüchlichen und ungleichzeitigen Herstellungsprozesse von Geschlecht“ (Gümen 2007 [1998]: 152) verschoben werden. Ein weiteres Argument gegen eine scheinbar „alleserklärende“ Verwendung ist, dass „[d]ie konkrete Aussagekraft eines Begriffes oder Konzeptes (...) zwangsläufig umso geringer [wird], je breiter damit die Palette der erfassbaren historischen und aktuellen Wirklichkeiten ist“ (Hausen 1986: 19)⁴³.

Weiters wird, so *Ute Gerhard*, das Patriarchat gerne als vormodernes Relikt angenommen, das es im Zuge sich ausweitender Modernisierung zu beseitigen gelte. Negiert wird, dass patriarchale Herrschaft systemimmanent ist und auch einer modernen Gesellschaftsordnung strukturell und konstitutiv zu Grunde liegt. Sie wird sich eben deswegen im Zuge kapitalistischer Modernisierung und Ausweitung nicht einfach „von

⁴² Diese wesentliche Überlegung ist vor allem im Kontext dieser Arbeit und bezüglich des Nachdenkens über „etablierten Feminismus“ relevant.

⁴³ Zitiert nach Knapp 2007 [1988]: 278

selbst“ erledigen. Auch wenn einige das gerne glauben würden und begeistert die feministischen Modernisierer_innen spielen. Denn „[d]er neuzeitliche, spezifisch bürgerliche und keineswegs nur ‚ständische‘ Patriarchalismus ist der modernen Gesellschaftsordnung systematisch eingeschrieben und zugleich von ihrem Anspruch her überholt.“ (Gerhard 2007 [1991]: 108) Und weil das patriarchale Geschlechterverhältnis kein „externes“ Relikt, sondern in westlich-bürgerlich- „modernen“ Gesellschaften strukturell erwünscht und konstitutiv ist, ist es auch Teil des Sozialen und so von „weiteren Ungleichheit strukturierenden Differenzierungs- und Hierarchisierungsprozesse[n] geformt“ (Gümen 2007 [1998]: 154). Ebenso wie umgekehrt weitere gesellschaftliche Klassifikationen, wie beispielsweise Klasse, Nation, Sexualität und Ethnizität, geschlechterhierarchisch markiert sind.

Die Rede vom Patriarchat birgt also oftmals Probleme in sich. Ist es deshalb sinnvoll, sich von ihr zu verabschieden? Ich denke nicht, da kein anderer Begriff die spezifische *politische Verfasstheit* von Gesellschaften benennt und im selben Zuge die *feministische Kritik* an dieser zum Ausdruck bringt. Er verweist auf verschiedene politische Ebenen und Orte feministischer Theorie und Praxis, er kann ebenso Teil wissenschaftlicher Analyse wie frauenbewegter Gesellschaftskritik sein, er ist ebenso in Hochschulschriften wie auf Transparenten auf Demonstrationen anzutreffen. Und weil er für die differenten Organisirungen und Konzepte feministischer Politiken steht, wird durch seine Verwendung auch ein kritisches Verhältnis zum Ausdruck gebracht und er ist mehr als „nur“ deskriptiv. Von patriarchalen Verhältnissen zu sprechen impliziert in diesem Sinne nicht nur, Geschlechterverhältnisse als wesentliche Herrschaftsverhältnisse einer Gesellschaft zu beschreiben, sondern auch die Notwendigkeit einer feministischen Kritik und Veränderung. Deshalb ist es kein Zufall, dass etwas als „patriarchal“ zu beschreiben eher eine Fremd- als eine Selbstbezeichnung ist. Denn wer will sich schon selbst mit einem Namen schmücken, der gleichzeitig dazu auffordert, am eigenen Ast zu sägen? Es ist vor allem die eindeutige *politische* Positionierung, die den Begriff „Patriarchat“ so notwendig macht.

Wovon wir uns aber verabschieden müssen, ist, zu denken, dass die Rede vom Patriarchat selbst erklärend und universal gültig wäre, dass es reichte, auf das „böse Patriarchat“ zu

verweisen um sozioökonomische Ungleichheiten und herrschende Normen zu erklären und einen „Schuldigen“ dafür zu finden. Das bedeutete einerseits, Geschlecht als einzige mächtige Strukturkategorie anzuerkennen, und andererseits, einen Täter (Macht/Mann) – Opfer (Ohnmacht/Frau) Dualismus aufrecht zu erhalten. Dieser wird aber einer widersprüchlichen Gegenwart, in der Aus- und Einschlüsse Hand in Hand gehen, nicht gerecht, und lässt geschlechtsspezifische und essentialistische Zuschreibungen und Kategorisierungen unhinterfragt. Unkritisch in solchen binären Dichotomien zu denken ist nicht nur verkürzend, weil immer nur *eine* Achse, entlang derer soziale An- und Unterordnungen passieren, gedacht werden kann und einzelne Subjekte spezifischen Positionen eindeutig zugewiesen werden, sondern (re)produziert ein grundlegendes kategorisierendes und normierendes Denk- und Ordnungssystem, das selbst konstitutiv für Herrschaft ist. Denn eben diese binären hierarchischen Kategorien und die damit verbundenen Bedeutungen (z.B. Mann und Macht und Stärke oder Frau und Opfer und Schwäche etc.), auf die sich auch der Feminismus gerne beruft, sind Produkte von Herrschaft und konstituieren jeweils eine Norm und das von ihr abweichende markierte „Andere“. *DIE Frau* ist eine patriarchale Konstruktion.

Aber

[w]ie soll man sich anders gegen eine gesellschaftlich aufgezwungene Kategorie auflehnen als dadurch, dass man sich in einer Kategorie organisiert, die gemäß dieser Kategorisierung konstituiert worden ist, und so genau den Klassifikationen und Restriktionen zum Dasein verhilft, denen sie sich widersetzen will? (Bourdieu 2005: 204)

Darauf kann es keine befriedigende Antwort geben, als dass die eigene Involviertheit, der eigene Beitrag zur Aufrechterhaltung des „Status Quo“ ständig (selbst)kritisch befragt werden muss. Denn auf den Rückgriff auf Kategorien, entlang derer Ungleichheit herrscht, egal wie konstruiert und System stabilisierend diese sein mögen, zu verzichten, ist nicht möglich, wenn weiterhin systematische Marginalisierungen und Diskriminierungen im Blick behalten und kritisiert werden sollen. Es ist aber notwendig, ständig zu (hinter)fragen, wie kritisch bzw. affirmativ mit bestehenden patriarchalen Kategorien, Zuschreibungen und Konzepten umgegangen wird. Wann ist die Anrufung einer „Kategorie Frau“ sinnvoll, wo strategisch nützlich, wann politisch unumgänglich? An welchen Punkten kann darauf verzichtet werden? Was bedeutet das und wann kann Kritik in Affirmation umschlagen? Wann ist die Berufung auf herrschende Kategorien subversiv und emanzipatorisch, wann werden damit Hegemonien reproduziert? All diese Fragen

können nur *kontextuell*, je nach Ort, politischem Inhalt und Interesse, geklärt werden. Es gibt unzählige verschiedene Politiken des Umganges mit diesem Dilemma, das feministischer Theorie und Praxis nun mal zu Grunde liegt. Diese Widersprüchlichkeiten gilt es zu bedenken, wenn von patriarchalen Verhältnissen die Rede ist. Regina Becker-Schmidt fasst diese Schwierigkeit treffend zusammen:

Wir müssen deshalb zwar die Konstruktionen von ‚Weiblichkeit‘ und ‚Männlichkeit‘ durchschauen und bekämpfen, wenn wir die Gesellschaft zu unseren Gunsten verändern wollen; wir haben damit aber deren Wirklichkeit noch nicht außer Kraft gesetzt. (Becker-Schmidt 2007 [1993]: 123)

In diesem Wissen gilt es sich zu bewegen, und das ist nicht möglich, wenn ich in Dichotomien von Ein- und Ausschlüssen oder in starren gegensätzlichen Oppositionen von Opfern und Tätern denke, wiewohl deren „Wirklichkeit“ damit nicht in Frage gestellt werden soll. Letztlich sind auch die Verhältnisse, die kritisiert, analysiert und verändert werden wollen, selbst ambivalent und widersprüchlich.

Das Patriarchat ist weder homogen noch nur repressiv, es ist weder universal noch schon-immer-da-gewesen, weder das böse „Andere“ noch indifferent gegenüber politischen Klassifikationen und sozialen Unterschieden. Für mich fungiert dementsprechend der Begriff gar nicht so sehr als konkreter Inhalt, der etwas zu definieren trachtet, das unter dem einheitlichen „Banner des Patriarchats“ allein nicht fassbar ist, da Herrschaftsverhältnisse komplexer sind. Stattdessen ist sich gegen patriarchale Verhältnisse zu wenden Ausdruck eines je spezifischen kritischen *Verhältnisses*, das sich gegen normierende und diskriminierende Strukturen richtet, in denen sich Herrschaft und Macht unter anderem vermittelt einer Frauen ein-, be- und damit ausgrenzenden heteronormativen Gesellschaftskonstitution äußert. In dem Sinne ist „[d]ie Kritik an patriarchalischen Geschlechterverhältnissen (...) Kritik am politischen System und im weiteren Sinn an der Verfasstheit der Gesellschaft generell“ (Dölling 1991)⁴⁴, aber erübrigt sich nicht darin. Denn

angesichts zunehmender sozialer Differenzierungen unter Frauen und neuer Ungleichzeitigkeiten von Gleichstellungsgewinnen einerseits und anhaltender Benachteiligung andererseits kann man fragen, ob die wissenschaftliche und politische Annahme, dass Geschlechtszugehörigkeit als ein *dauerhafter* und alle *gesellschaftlichen Bereiche gleichermaßen* prägender ‚sozialer Platzanweiser‘ noch angemessen ist. Insbesondere gewinnt die alte Frage neue Aktualität, wie soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern mit weiteren Formen sozialer Ungleichheit vermittelt ist. (Karin Gottschall 2000:15⁴⁵, *Hervorhebungen NiSt*)

⁴⁴ Zitiert nach Gerhard 2007 [1991]: 104, dort leider keine genaueren Quellenangaben

⁴⁵ Zitiert nach Hark 2007: 95

1.3.2. Behauptete Emanzipationsgewinne. Strukturelle Kontinuitäten.

Der „Faktor Geschlecht“ ist eine von *mehreren* – sich widersprechenden oder verstärkenden – Achsen, aufgrund deren sich Norm und Abweichung, Differenz, soziale Hierarchisierung und dem folgend strukturelle Benachteiligungen und Marginalisierungen konstituieren. Andere politisch-ökonomische Verhältnisse, die die Gesellschaft und damit ihre Subjekte in Klassen, Sexualitäten, Kulturen, Ethnien, Nationen und andere „Gruppen“ einteilen, und damit gleichzeitig Subjekte als vergeschlechtlichte, klassenspezifische, sexualisierte, kulturalisierte, ethnisierte, rassisierte, nationale etc. überhaupt erst schaffen, sind ebenso relevant. Vor allem weil all diese Herrschaftsverhältnisse miteinander verwoben sind, aber nicht von einander abzieh- und auch nicht addierbar sind. Sie sind auch nicht unbedingt vergleichbar und funktionieren nach differenten Logiken. Es macht deshalb Sinn, sich einzelnen und ihren spezifischen Dynamiken zu widmen, auch wenn Verkürzungen damit nicht zu vermeiden sind.

Das Geschlechterverhältnis ist *ein* Herrschaftsverhältnis. Immer noch, trotz diverser behaupteter „Gegenmaßnahmen“, wird nicht irgendeine (womöglich gar plurale) Differenz geschaffen, sondern eine dichotome Hierarchie, die Frauen – als Frauen – strukturell zum anderen macht, abwertet und die privilegierten Positionen – und auch die Definitionsmacht darüber, was als wichtig gilt – in der Hand von Männern belässt⁴⁶. Patriarchale

⁴⁶ Das ist in einem normativen Sinne gemeint. Es geht nicht um einzelne Männer und Frauen, sondern um eine hegemoniale Konzeption dessen, was als idealtypisch männlich und damit Erfolg versprechend und überlegen gilt. Dem entsprechen nicht alle Männer, im Endeffekt tun es die wenigsten, daran zeigt sich die Konstruiertheit scheinbar natürlicher Identitäten. Andererseits wird deutlich, dass Geschlecht als Gesellschaftskategorie durch andere soziale Differenzierungen gebrochen ist. Aber dass nicht alle Männer dieser „hegemonialen Männlichkeit“ (Raewyn Connell) entsprechen, ist nicht der Punkt. Denn Frauen *könnten* dieser Norm *prinzipiell* gar nicht entsprechen und im „Klub dabei sein“, weil selbst *wenn* sie faktisch das gleiche täten wie „männliche“ Kollegen, würde es – *weil sie als Frauen gelten* – anders bewertet werden (z.B. gelten allseits gefragte und geforderte „Fähigkeiten“ wie Ellenbogenmentalität und Durchsetzungsvermögen bei Frauen als egoistisch und „karrieregeil“, also jedenfalls negativ, während sie bei Männern als Stärke, Leistungsbereitschaft und Selbstverständlichkeit, also positiv, durchgehen). Das macht den Unterschied aus, denn sozial konstruiert sind Männlichkeit *und* Weiblichkeit. Nur das eine ist herrschende Norm, und „Männer“ haben auch dann etwas davon, wenn sie dieser Norm nicht unbedingt entsprechen. Wie ich später zu zeigen versuchen werde, bietet eine patriarchale Gesellschaft Männern eine win-win-situation. Sowohl wenn sie sich an männliche Normen anpassen, als auch wenn sie von ihnen abweichen, profitieren sie davon. Übernehmen aber Frauen die ihnen auferlegten patriarchalen Zuschreibungen sind sie marginalisiert, brechen sie aus ihnen aus, gelten sie als karrieregeil, kalt, frustriert,...etc, werden jedenfalls auch abgewertet. Das ist eine patriarchale loose-loose-situation. Das ist der springende Punkt, und deswegen ist meines Erachtens nach eine Frauenbewegung notwendig und politisch berechtigt und eine Männerbewegung *nicht*. Weil der Blick aus der privilegierten Position einfach nicht

„Männlichkeit“ ist die gesellschaftliche Norm. Geschlecht bleibt eine wirkmächtige gesellschaftliche „Strukturkategorie“ (Ursula Beer), die Ungleichheit und Abweichung festlegt und als „sozialer Platzanweiser“ (Gudrun-Axeli Knapp) fungiert. Es braucht nicht unbedingt die allseits beliebten Rückgriffe auf statistisches Material (Männer- und Frauenstatistiken, Gleichstellungsberichte⁴⁷ etc.) um erkenntlich zu machen, dass sich aktuell zwar einiges in Transformation und Erosion befindet (z.B. Arbeitsverhältnisse, Stichwort Prekarisierung, und universitäre Bildung), aber an Geschlechterungleichheiten und anderen Marginalisierungen (z.B. Lohn und Professorinnenanteil) weitgehend festgehalten wird.

Wie in Kapitel 1.1.1. gesehen, wird gerne behauptet, dass patriarchale Verhältnisse Schnee von Gestern seien und geschlechtliche Gleichberechtigung erreicht sei. Welche konservativen und auch neoliberalen Interessen hinter diesem Diskurs stehen und was damit politisch bezweckt wird, wurde ebendort (an)diskutiert. Hier soll der so genannte „Emanzipationsmythos“ auf einer weiteren Ebene dekonstruiert und widerlegt werden, indem nämlich die Kontinuität patriarchaler Verhältnisse aufgezeigt werden soll. In einigen Zusammenhängen wird aktuell eine Aufweichung patriarchaler Verhältnisse und das Entstehen neuer Möglichkeiten für Frauen behauptet. Zwei Debatten möchte ich im Folgenden skizzieren und hinterfragen: Erstens die veränderten (Aus-)Bildungschancen für Frauen und die daraus abgeleiteten vermeintlich neuen und gleichen Berufs- und Karrierechancen, da ja Frauen nun endlich *qualifiziert* genug seien, und zweitens die angeblich neuen (Lebens-)Gestaltungsmöglichkeiten und Freiheiten, die im Bereich des (vermeintlich) „Privaten“ entstanden seien.

Von der Ungleichheit der „gleichen Qualifikation“

Die Rede von einer steigenden Beteiligung und Einbindung von Frauen an „höherer“ Bildung ist zwar statistisch gesehen richtig, Frauen haben zumindest die formale Möglichkeit, sich die „gleiche Qualifikation“ wie Männer anzueignen. Wobei auch hier gesagt werden muss, dass, je „höher“ die universitäre Bildung, desto weniger Frauen anzutreffen sind. Der viel zitierte „Flaschenhals“ ist bei Abschlüssen, aber viel

umkehrbar ist.

⁴⁷vgl. hierzu Gleichstellungsbericht 2008 (Daten von 2006) der EU-Kommission www.ec.europa.eu/employment_social/gender_equality

eindrücklicher bei prestigeträchtigen und karrierefördernden (Assistenz-)Stellen, nachzuweisen. Wozu haben „die inzwischen wesentlich erweiterten Ressourcen der Frauen, höhere Qualifikationen, eindeutiger Erwerbsorientierungen“ (Gerhard 1995: 266) geführt? Es herrscht ein breiter Konsens über die Richtigkeit des Kriteriums der *Gleichen Qualifikation von Bewerber_innen unterschiedlichen Geschlechts*. Weitgehender Konsens besteht auch darüber, dass diese Gleichbehandlung schon längst Realität ist. Mehr noch, Männer nun schon benachteiligt seien aufgrund der behaupteten „Bevorzugung“ von Frauen bei gleicher Qualifikation. Eigentlich müssten wir uns also, sofern solchen Reden Glauben geschenkt wird, mit einer Realität konfrontiert sehen, in der Chefinnensesseln mindestens ebenso häufig sind wie Chefsesseln. Da dem aber nicht so ist stellt sich die Frage, woher dieser Konsens kommt. Es ist rätselhaft, denn er ist weder zu bestätigen, wenn betrachtet wird, wer welche Jobs hat, noch wenn strukturelle Überlegungen darüber angestellt werden, was das Kriterium der „Gleichen Qualifikation“ bedeutet und auf welchen Grundlagen es basiert. Denn gerade die Auslegungen und Anwendungen der vor allem arbeitsmarkt- und personalpolitischen Prämisse der „gleichen Qualifikation“ zeigen, dass sich eben doch *nichts* geändert hat. Denn was meint „gleiche Qualifikation“?

Das Konzept ist im Zuge neoliberaler Qualitätssicherung aber auch unter dem Vorwand, die Willkürlichkeit männerbündischer Netzwerke durch ein scheinbar „objektives“ Kriterium *der Qualifikation* zu verunmöglichen, eingeführt worden. Nachgefragte und angebotene „Leistungen“ und „Qualitäten“ sollen offen gelegt und verglichen werden, so dass etwaige Ungleichbehandlungen, die angeblich nichts mit dem konkreten Jobprofil zu tun haben, ersichtlich und so verhindert werden. Das Geschlecht soll keine Rolle mehr spielen, nur die individuelle Qualifikation soll zählen. Aber was ist Qualifikation? Behauptet wird eine Offenheit und Neutralität, die allen die gleichen Möglichkeiten verschaffe (das kann auch gut, gern und risikolos behauptet werden, können sich doch alle sicher sein, dass die Struktur nicht so beschaffen ist, dass die Gleichberechtigung aller überhaupt möglich wäre). Die behauptete Gleichheit bezieht sich sowohl auf den Erwerb von Qualifikationen als auch darauf, was überhaupt als Qualifikation gilt und was als angeblich neutrale Bemessungsgrundlage herangezogen wird (Ranftl 1990: 73). Gleichzeitig wird die Möglichkeit von Karriere und Erfolg aber an männliche Lebensentwürfe gebunden, die erstens viele Frauen real ausschließen und zweitens einer

patriarchal- neoliberalen Leistungs- und Effizienzgesellschaft entsprechen, der womöglich nicht entsprochen werden kann oder will (vgl. Kreisky 2007: 29f). Und indem „gleiche Qualifikation“ zum Garanten einer „gleichberechtigten Gesellschaft“ wird, und diese erst möglich wurde, nachdem Frauen nun „aufgeholt“ haben und endlich „gleich qualifiziert“ sind, wird die – wohl auch noch selbstverschuldete – „schlechte Qualifikation“ von Frauen zur Ursache einer ungleichen Gesellschaft, und damit zur Ursache ihrer eigenen Unterprivilegierung, erklärt. Gleichheit wie auch Ungleichheit liegen so in der Verantwortung der Frauen – sie sind für beides selbst verantwortlich. In dem Sinne ist die Rede von der „gleichen Qualifikation“ neoliberal.

Das verdeutlicht nicht zuletzt, dass mit so stark vermachteten und in Patriarchat und Kapitalismus verankerten Begriffen wie „Objektivität“, „Qualität“ oder eben „Qualifikation“ von frauenpolitischer/feministischer Seite nichts zu gewinnen ist. Denn selbst *wenn* (sic!) Qualifikation ein „objektives“ und „gleiches“ Kriterium wäre (ich bezweifle stark, dass dies – auch „Objektivität“ generell – überhaupt möglich ist) und auch so gehandhabt würde, wäre damit ja die *Gesellschaft* immer noch nicht *gleich*. Frauen tauchten selbst dann noch „auf diesem von Kräfteungleichheiten gekennzeichneten Markt nicht als ‚Gleiche‘ in der Konkurrenz um Arbeitsplätze auf“ (Gottschall 1995: 1).

Aber zurück zur Anwendung des Begriffes Qualifikation. Recht willkürlich wird adaptiert, was unter „gleicher Qualifikation“ je nach konkretem Anlassfall zu verstehen ist, so dass letztlich die Anforderungen tendenziell männlichen Biographien, „maskulinistischem Arbeitsethos“ („schaffe, schaffe, trink 10 Bier“) und vor allem bestehenden Männernetzwerken entsprechen und zugute kommen. Lange Publikationslisten in noch jungen Jahren können meist nur die liefern, die einerseits klassenspezifisch privilegiert sind und schon lange Netzwerke, auch über Eltern und Umfeld, aufbauen konnten (dies könnten zwar gleichermaßen Söhne wie Töchter bildungsnaher Schichten, sie verstehen es trotzdem nicht im gleichem Maße (aus)zunutzen, und das hat strukturelle, keinesfalls individuelle Gründe). Und die andererseits Zugang zu etablierten akademischen Netzwerken finden können, was z.B. die Möglichkeit im Verlag von „Kollegen“ zu publizieren, bei Projekten gefragt zu werden, Beiträge für etablierte Zeitschriften zu verfassen oder unter dem „großen Namen“ eines „Kollegen“ Anerkennung zu finden, impliziert. Und genau

diese etablierten Netzwerke sind von Männern dominiert, und diese männliche Dominanz wird strukturell reproduziert. Es fällt Männern – spezifisch weißen, bürgerlichen, heterosexuellen – leichter, Eingang in diese prestigeträchtigen und Zukunft sichernden Strukturen zu finden. Nicht weil es dafür einen essentialistischen Grund gäbe (weil Männer kämpferisch, durchsetzungskräftig und Frauen solidarisch und genügsam sind usw. usf.), sondern weil die Struktur so verfasst ist und *nicht* der (männlichen) Norm Entsprechendes nicht, oder nur in Ausnahmesituationen, zugelassen wird. Wenn also das, was als Qualifikation gilt, zutiefst maskulinistisch ist, so haben Männer weiterhin strukturelle Vorteile gegenüber Frauen, die sich ihre Position einerseits – aufgrund traditioneller Unterrepräsentanz – mehr erkämpfen müssen und andererseits in dem Habitus, der sie potentiell zum Erfolg bringt, weniger Übung haben. Dieser erfolgreiche, berufliche Habitus ist nämlich nur scheinbar neutral und professionell, stattdessen männlich und damit Frauen weiterhin ausschließend und wird „konstruiert und vollendet (...) in Verbindung mit dem den Männern vorbehaltenen Raum, in dem sich, *unter Männern*, die ernstesten Spiele des Wettbewerbs abspielen“ (Bourdieu⁴⁸). Anpassungen an scheinbar „nur“ kapitalistisch/neoliberale Konzepte von Leistung und Karriere (schlimm genug!) sind wenig „Erfolg“ versprechend für feministische Projekte. Es gibt, wie Ulrike Hänsch blumig formuliert, über „den Weg der Anpassung und Professionalisierung“ keine „maßgebliche[n] Blumentöpfe“ zu gewinnen (Hänsch 1993: 14). Weil kapitalistische Kategorien so vergeschlechtlicht sind, dass sie Frauen – egal ob dezitiert ausgesprochen oder nicht – strukturell an andere Orte verweisen und ihre Tätigkeiten mit anderen Bewertungen versehen und damit von „gleicher“ Behandlung ausschließen und somit Gleichheit im Allgemeinen systemisch unmöglich ist. Ähnlich vergeschlechtlicht wie das Verständnis von Qualifikation ist die scheinbar objektive „Leistung“, die auch gerne angeführt wird, wenn von angeblichen Gleichstellungsgewinnen die Rede ist. „Brillieren können (...) [aber] nur Studierende, die die bürgerlichen Sprachnormen und Verhaltensmuster beherrschen. Student_innen, die diesen Vorzug von Haus aus mitbringen, sind denen voraus, die diese gekünstelte akademische Sprache und das Umgehen damit erst erlernen müssen.“ (Haslinger/Patek 2007: 156) Das hat weiterhin seine Gültigkeit und Frauen fehlt zusätzlich der wichtige und notwendige Bonus, männlichen Geschlechts zu sein.

⁴⁸ Zitiert nach Kreisky 2007: 28

Was als neutral gilt, entspricht einer männlichen Norm und ist so Ausdruck einer androzentrischen Gesellschaft. Die feministische Rechtswissenschaftlerin Catharine MacKinnon formuliert diesbezüglich:

Männer erzeugen die Welt von ihrem Standpunkt aus, was dann zur Wahrheit wird, die es darzustellen gilt. Dies ist ein geschlossenes System, nicht der Irrtum von irgendjemandem. Die Macht, die Welt gemäß den eigenen Vorstellungen zu schaffen, ist Macht in ihrer männlichen Form. Der männliche epistemologische Gesichtspunkt, welcher der von ihm kreierten Welt entspricht, ist die Objektivität: der angeblich unbeteiligte Standpunkt, die Sicht aus keiner bestimmten Perspektive, für die konstruierte Realität anscheinend transparent. Dieser Standpunkt erkennt seine eigene Perspektivität nicht (...). (MacKinnon 1989: 105f).

Die Rede von gleichen Möglichkeiten von Männern und Frauen mittels der Umsetzung der Prämisse der „gleichen Qualifikation“ ist also ein Gleichberechtigungs-Mythos. Einerseits weil der Begriff Qualifikation Neutralität und Objektivität nur vorgaukelt, stattdessen ist er ideologisch in einer kapitalistischen Leistungsgesellschaft verhaftet und entspricht einer männlichen Norm und ist dementsprechend mit wenigen Ausnahmen nur von Männern zu erfüllen. Frauen werden als defizitär konstituiert, sie hätten im Zuge ihrer „nachholenden Entwicklung“ nun langsam endlich aufgeholt und sich an Leistungsstandards angepasst. Dass sie diesen aber – weil sie das „andere“ Geschlecht haben – nie völlig entsprechen können, wird gerne verheimlicht. Ebenso wie das Konzept der gleichen Qualifikation vertuscht, wie der Begriff „Qualität“ entstanden ist, werden basale und strukturelle Ungleichheiten und Herrschaftsverhältnisse gar nicht erst angesprochen. Das Kriterium der gleichen Qualifikation setzt irgendwo an, an einem spezifischen Punkt, in einer spezifischen z.B. Bewerbungssituation. Wie es zu der Situation kam, wer schon gar nicht mehr bei einem Bewerbungsgespräch anzutreffen ist, welche strukturellen Bedingungen dazu geführt haben, wird ignoriert. Zu behaupten, es wären hier Emanzipationsgewinne zu verbuchen, ist dementsprechend hochgradig absurd.

Strukturell und historisch vergeschlechtlichte Strukturen werden von Statistiken bis zu einem gewissen Grade verschleiert, da Fragen des (Mehr)Aufwandes, der Widerstände und des Anerkennungskampfes um in bestimmte Positionen zu gelangen, nicht in den Blick geraten. Frauen hätten, so Ranftl, nur zwei Möglichkeiten, Anerkennung zu erlangen. Entweder sie sind „Supermann“ oder „sexy weiblich“ – in beiden Sphären wird ihnen Überdurchschnittliches abverlangt. Einerseits als Wissenschaftlerin mehr zu leisten als Männer, um zu beweisen, dass sie auch *als Frau* legitimiert ist, hier zu sein, oder in

Berufung auf ihre Differenz in Konkurrenz um „Weiblichkeit“ mit anderen Frauen (Ranftl 1990: 69-76). Diese strukturellen Hindernisse sind schwer zu erfassen, trotz alledem sind Statistiken, die das Geschlechterverhältnis zum Thema haben, niederschmetternd genug. Ich denke, ich brauche hier nicht genauer auszuführen, wie es gerade an den öffentlichen Universitäten bezüglich des Geschlechterverhältnisses in den hierarchisch höheren Berufspositionen aussieht. Die marginalen Zahlen sind weitgehend bekannt und auch hinlänglich feministisch bearbeitet und interpretiert worden (vgl. z.B. Kraus 2000: 9-24 oder spezifisch für die österreichischen Universitäten Günther 2007: 248-259). Frauen sind allen Reden zum Trotz weiterhin strukturell marginalisiert. Daran ändert auch das viel gepriesene Kriterium der „gleichen Qualifikation“ nichts, denn, um Ute Gerhard eingangs zitierten Satz fertig zu denken und ein optimistisches Ende zu finden,

selbst die inzwischen wesentlich erweiterten Ressourcen der Frauen, höhere Qualifikationen, eindeutige Erwerbsorientierungen, Geburtenrückgang und veränderte Lebensstile, haben die über die Arbeitsteilung befestigten Herrschaftsverhältnisse in ihrem Kern nicht berührt. Gleichzeitig haben Frauen inzwischen aus den individuellen und historischen Erfahrungen gelernt, dass der Weg zur Emanzipation der Frau ganz und gar nicht allein über ihre Integration in den Arbeitsmarkt führt. (Gerhard 1995: 266)

Lebe, wie du willst... aber bitte so wie immer!

Ein weiterer Kontext, in dem emanzipatorische Veränderungen behauptet werden, ist der der „persönlichen Lebensgestaltung“⁴⁹. Hier geht es vor allem um Partner_innenschaften und Sexualitäten. Dass genau diese Themen als „privat“ gelten, möchte ich gar nicht weiter kommentieren. Die Debatte ist unter einigen Schlagworten zusammenzufassen: Neue Lebensverhältnisse seien nun möglich, es gäbe mehrere Familienarrangements zur freien „Wahl“, ein eheähnliches Konstrukt für homosexuelle Paare wird in vielen Staaten diskutiert, Frauen könnten sich ihr Leben selbst gestalten, Frauen *mit* Sexualleben gelten nicht mehr als ganz so abnormal wie „früher“, Kinderbetreuung und Hausarbeit seien keine ausschließliche Frauenarbeit mehr, Beziehungen und Sexualität jenseits romantischer

⁴⁹ Ich bin weder der Meinung, dass Fragen der Sexualität, des Zusammenlebens sowie der Reproduktionsarbeit, dem „Privaten“ zuzurechnen und demzufolge nicht politisch und gesellschaftlich relevant sind, ganz im Gegenteil. Noch halte ich etwas von der ideologischen Trennung und Konstruktion der polaren Sphären von Öffentlichkeit und Privatheit, die fundamentaler Bestandteil patriarchaler Gesellschaft ist, verweist sie doch argumentativ Frauen aus „dem Politischen“ und setzt sie in „der Familie“ fest. Diese Trennungen und Zuschreibungen sind Produkt von Machtverhältnissen und dementsprechend zu kritisieren. Aber hier soll ein Diskurs über angebliche Emanzipationsgewinne wieder gegeben werden, und in diesem werden solche Fragestellungen ins „Private“ verwiesen. Und gerade die Betonung des „Eigenen“, der „eigenen Entscheidung und Wahlfreiheit“ etc. konstituiert den (neoliberalen) Mythos der individuellen Freiheit, die einer demokratischen Individualgesellschaft gerecht würde. Das ist ein wesentlicher Punkt dabei und in dem Sinne übernehme ich auch das „Vokabular“.

Zweier“liebe“ scheinen – nun gar auch für Frauen – eine Möglichkeit zu sein, heiraten ist nicht mehr „Pflicht“, starre und einengende Beziehungsstrukturen befänden sich in Auflösung usw. Zentrale Bestandteile patriarchaler Herrschaft – die bürgerliche Kleinfamilie mit all ihren Geschlechterarrangements, die Ehe, heterosexuelle Zweierbeziehungen auf Lebenszeit – befinden sich, wenn dem oben Gesagten Glauben geschenkt wird, in Auflösung. Wahlfreiheiten bezüglich der Organisation des eigenen Lebens, der eigenen Sexualität und Beziehungen, seien endlich gegeben.

Leider muss aber festgestellt werden, dass dies ein individualistischer Wahl- und Freiheitsmythos ist. Denn die kontinuierlichen Gewalterfahrungen, z.B. „allein“ (ergo ohne „männliche“ Begleitung) ausgehender oder sich „in der Öffentlichkeit“ küssender lesbischer Frauen, sprechen eine andere Sprache. Nicht der patriarchalen Norm entsprechende Menschen und „Verhaltensweisen“ werden weiterhin marginalisiert und diskriminiert, tanzende Frauen von Männern sexistisch angemacht⁵⁰ und sich küssende Frauen des Lokales verwiesen oder homophob und sexistisch – übrigens eine sehr wirkmächtige und funktionierende Diskriminierungs-Kombination – angepöbelt. Die Gewalt im sozialen Nahraum bleibt konstant hoch, von den gepriesenen Freiheiten und Auflockerungen starrer Machtverhältnisse scheinen nur einige wenige zu „profitieren“.

Auch die Kinderbetreuung ist trotz *Erwin Buchingers* (SPÖ, Ex- Bundesminister für *Soziales und Konsument_innenschutz*) Werben für die Väterkarenz weitgehend Frauensache geblieben. Und selbst *wenn* Männer Betreuungspflichten wahrnehmen, so wird dies anders diskutiert, als wenn Frauen dies – selbstverständlich – tun. Da ist dann die Rede von den coolen, emanzipierten Vätern (welche Mutter am Spielplatz gilt als „cool“?), die ja ach’ so viel Verständnis für Frauen haben und die Väterkarenz erscheint in dem Zusammenhang wie ein Jahr Karibikkreuzfahrt – Urlaub mit vier Rädern. Und nachher heißt es, „warum regen sich die Frauen denn immer so auf? Ist doch ’ne feine Sache diese Hausarbeit! Also ich, ich hab’s genossen, das war total schön und stressfrei mit dem Kindchen. Ich würde es sofort wieder machen, nur kann ich jetzt – leider, leider – nicht

⁵⁰ Nicht erst seit dem Film *Angeklagt* mit Jodie Foster (1998) wissen wir um die Akzeptanz und Funktionsweise eines „Denkens“ à la: „Wer (welche Frau!) so tanzt und sich so anzieht will ja nur männliche Aufmerksamkeit und angebraten werden und ist ja nur auf Sex, und zwar genau mit mir, aus!“

mehr und muss wieder arbeiten.“⁵¹ Auch wird für die Väterkarenz mit beruflichen Benefits geworben: „Väter haben durch eine Karenz auch die Gelegenheit, ihre Arbeit neu zu bewerten und Grundlagen für Änderungen oder Weiterentwicklungen zu schaffen. (...) [Sie] haben im täglichen Umgang mit ihren Kindern Fähigkeiten gestärkt, die auch am Arbeitsplatz wertvoll sind: Teamfähigkeit, Stressresistenz, Konfliktbewältigung, Flexibilität und Problemlösung“ (BMSK [23.4.08]). Sie gelten wahrscheinlich als besonders nett, „frauenfreundlich“ und sozial kompetent. Kinderbetreuung erscheint in dem Kontext wie eine berufliche Auszeit mit Weiterbildungsfaktor, für die es auch finanzielle Anreize gibt (vgl. ebda.). Allerdings nur für Männer, also 2% der Menschen, die eine Karenz in Anspruch nehmen. Die restlichen 98%, die Frauen, haben nichts davon – weil es als selbstverständlich gilt, dass sie beim Kind zuhause bleiben und es dementsprechend nichts Besonderes ist, das auch keiner Würdigung bedarf. Zusätzlich wird zumeist aus dem einen Jahr Karenz ein ganzes Leben Verantwortung, während Männer nach einem Jahr „zurückkehren“ in die Arbeitswelt. Es scheint als befänden sich Männer in patriarchalen Systemen in einer *win-win-situation* – wie sie’s auch anstellen, sie profitieren davon. Das heißt, sogar *wenn* offensichtlich ungleich verteilte gesellschaftliche Aufgaben geschlechtlich gleich verteilt wären, würde die *Bewertung* dieser Tätigkeit, der die geschlechtlichen Zuschreibungen zugrunde liegen und in denen sie wirkmächtig werden, immer noch different bleiben. Die wirkende männliche Norm würde womöglich noch mehr verschleiert werden. Weiter gedacht bedeutet das, dass selbst eine tatsächlich vorhandene Wahlfreiheit⁵² und Pluralität immer noch nicht – jedenfalls nicht automatisch – sexistische Zuschreibungen, Ungleichheiten und binäre Geschlechterdifferenzen außer Kraft setzen würde. Denn Geschlechterrollen sind nicht austauschbar. Sie sind Ausdruck

⁵¹ Vergleiche auch die Werbung für Väterkarenz auf der Homepage des *Bundesministeriums für Soziales und Konsument_innenschutz*: „Väter, die in Karenz waren, berichten von der Freude, die sie am ständigen Kontakt mit ihren Kindern hatten. (...) Karenzen können eine kreative Auszeit für den Beruf und damit ein wichtiges Element der Burn Out-Prävention sein.“ (BMSK [23.4.08]). Im Wissen darum, dass gerade die Doppelbelastung von Beruf und Familie bei vielen Frauen zu Burn Outs und sonstigen psychischen wie physischen Zusammenbrüchen führt, ist diese Aussage Zynismus pur. (*Dem C.I., Klaus und Steffi sei hier Dankeschön gesagt: für die alkoholträchtige Atmosphäre langer und spannender Gespräche und Diskussionen.*)

⁵² Diese „Freiheit“ meint meist leider nur die Wahl zwischen den beiden äußerst verlockenden Lebenszielen *Kind* oder *Karriere*. Jetzt, liebe Frau, musst du dich entscheiden...Alles andere – Tätigkeiten etwas abseits von Reproduktion und totaler Arbeitsverwertung, Kollektive, Selbstorganisation, autonome Projekte, Arbeitsverweigerung etc. – ist als Perspektive von vornherein ausgeschlossen. Gleichzeitig wird in der Rede von Kind und/oder Karriere gerne vergessen, dass nur eine Minderheit überhaupt in der Lage ist, sich diese Frage zu stellen. Denn es werden wohl nicht allzu viele (Frauen) tatsächlich Karriere machen können. Das liegt in der Substanz der Sache Kapitalismus.

von Machtverhältnissen, und wenn diese patriarchalen Grundstrukturen unverändert bleiben, wird sich strukturell wenig ändern.

Da aber patriarchale Verhältnisse eine unglaubliche Kontinuität zu haben scheinen, sind wir noch nicht einmal annähernd an einem Punkt angelangt, wo Arbeit zumindest gleich verteilt ist und „klassischen“ geschlechtlichen Zuschreibungen nicht entsprochen wird. Gertraud Diem-Wille und Judith Ziegler schreiben in einer Studie über das „Privatverhalten“ von Männern und Frauen in Spitzenpositionen – Manager_innen und Politiker_innen – mit einem wie ich finde durchaus kritischen Unterton, dass „[d]er Diskurs über den Wandel der Lebensformen im ausgehenden 20. Jahrhundert (...) auf die zunehmenden Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten [verweist]“. Die Frage „wie ein liebendes (?) Paar sein Zusammenleben organisiert [ist] heute nicht mehr selbstverständlich sondern muss diskursiv verhandelt werden“ (Diem-Wille/ Ziegler 1999: 175). Mit der Organisation des Zusammenlebens meinen sie Entscheidungen wie z.B.: wer bleibt daheim, wird gemeinsam gelebt, gibt es Kinder, wird geheiratet oder nicht. Souverän klammern sie in ihrer Aufzählung alles, was jenseits von Heterosexualität und trauter Zweisamkeit ist, aus. Auch allein erziehende Frauen geraten aus dem Blick. Das sei, wiewohl gerade diese Ausklammerung in feministischen und frauenpolitischen Debatten ständig (re-)produziert wird, nur am Rande bemerkt. Jedenfalls gäbe es, so Diem-Wille und Ziegler, durch Gleichstellungspolitiken, Frauenförderung, andere *affirmative action* Maßnahmen und den – theoretischen – Abbau von sexistischen beruflichen Hindernissen eine – theoretische – Auflockerung der klassischen patriarchalen *male-breadwinner/female-homemaker* Familie. „Theoretisch“ in dem Sinne, als dass überhaupt irgendetwas anderes als *möglich* erscheint. Was das dann real bedeutet, was sich heterosexuelle Männer und Frauen tatsächlich aus-verhandeln, für welche der Lebensformen sie sich entscheiden, was das Ergebnis der angeblichen Wahlfreiheit ist, ist schockierend aber gleichzeitig zu erwarten. „Die Erwartung, dass Spitzenkräfte in Politik und Wirtschaft ihre private Lebensform innovativ gestalten (wer hätte das erwartet? Also ich nicht..., *Anm. NiSt*), wurde durch die Ergebnisse dieser Vergleichsstudie nur teilweise erfüllt. Zwischen den Geschlechtern ergaben sich jedoch relevante Unterschiede. Bei den Männern in Toppositionen zeigt sich ein divergentes Bild: Obwohl sich die Mehrzahl nach wie von an der traditionellen patriarchalischen Aufgabenteilung in der Familie orientiert,

entspricht eine Subgruppe dem Modell der *double-career-couples*, da sie mit berufstätigen Partnerinnen leben.“ (ebda.: 193) Die angebliche Wahlfreiheit ändert an den Geschlechterarrangements recht wenig, es sei denn, die heterosexuelle Partnerin ist auch Teil der Karriereelite. Am Ende aber – und spätestens wenn es Kinder gibt – ist dann auch dort „alles beim Alten“. Das Verhandeln über verschiedene, möglicherweise alternative, Formen der Lebensgestaltung, führt zu nichts Neuem, sondern zu einer Reproduktion der bekannten Geschlechterordnung – Papi Karriere, Mami betreut Kind(er).

Das bedeutet entweder, dass die Behauptung einer relativen Wahlfreiheit eine Illusion ist, oder selbst die potentielle Wahlfreiheit eingefahrene patriarchale Verhältnisse nicht zu verändern vermag. Beides führt die euphorische Verkündung von Emanzipationsgewinnen für *die Frauen* (gemeint sind in dem Falle auch nur die gutbürgerlichen, heterosexuellen und in Pärchenbeziehungen lebenden unter *den Frauen*) ad absurdum. Das Abfeiern neuer, sich ergebender Lebensmöglichkeiten ist in dem Sinne zwar berechtigt, weil allein die gedankliche Möglichkeit neu ist, wiewohl selbst die theoretischen Möglichkeiten auf ein bestimmtes Spektrum beschränkt bleiben, gleichzeitig aber auch falsch, weil sich de facto bezüglich der Geschlechterverhältnisse, und den ihnen eingeschriebenen Hierarchien und Zuschreibungen, nichts ändert.⁵³ Dass sich strukturell durch die scheinbare Aufweichung bürgerlicher Lebenskonzepte vermittels des „plötzlichen“ Auftauchens „neuer“ und „anderer“ Lebensgestaltungsmöglichkeiten nichts ändert, liegt nicht zuletzt daran, dass strukturelle Machtverhältnisse gar nicht zur Disposition stehen. Dass sich behauptete Freiheiten als Mythos entpuppen ist auch kein Zufall, sondern hat System und solche angeblichen frauenpolitischen Errungenschaften sind Produkte spezifischer politischer Konzepte und Interessen. Deren Ziel ist weder feministische Emanzipation noch Kritik und Veränderung patriarchaler Verhältnisse, sondern die Reformulierung „verstaubter“ Lebenskonzepte im Kontext eines sich flexibel und individualistisch gebenden neoliberalen Kapitalismus. Und eben „diese Konzepte, die die Vereinbarkeitsproblematik, Qualifizierungsprobleme oder aber vermeintliche spezifisch weibliche Fähigkeiten zum Ausgangspunkt nehmen“ sind unzulänglich „weil sie das traditionelle, inzwischen brüchig

⁵³ Ich beschreibe dies deswegen so ausführlich, weil genau das der gesellschaftliche Punkt ist wo *Gender Mainstreaming* schwerpunktmäßig ansetzt – bei tendenziell eher gehobenen beruflichen Positionen wird eine geschlechtliche Sichtweise in alle Entscheidungsprozesse einzuführen versucht, die sich meist darin erübrigt, „das Private“ der Frauen, ergo Hausarbeit und Kinderbetreuung, mitzudenken.

gewordene Familien- und Erwerbsmuster und die darin eingelagerten Machtstrukturen nicht in Frage stellen“ (Gottschall 1995).

1.3.3. Und täglich grüßt das Patriarchat. Diversität als Machttechnik?

Es grüßt also weiterhin täglich das Patriarchat, wenn auch anders. Strukturelle Herrschaftskontinuitäten zu behaupten impliziert nicht unbedingt die Annahme, dass diese sich nicht verändert hätten. Auch in den obigen Beispielen zeigen sich Verschiebungen. Allerdings – und das ist der Punkt – keine Verschiebungen bezüglich der prinzipiellen Hegemonie und kontinuierlichen Wirkmächtigkeit patriarchal-kapitalistischer Verhältnisse. Die bürgerliche Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit verweist Frauen an bestimmte (unterbewertete) Orte, Frauen bleiben etliche Möglichkeiten, die Männern offen stehen, verwehrt. Scheinbar neutrale Kriterien spiegeln männliche Dominanz wider. Die Aufweichung einer geltenden männlich-weißen-heterosexuellen Norm ist nicht näher gerückt. Geschlecht spielt weiterhin eine wesentliche, Gesellschaft strukturierende Rolle, und zwar nicht irgendeine, sondern eine hierarchisierende und ausgrenzende. Dementsprechend bleibt das Geschlechterverhältnis ein Herrschaftsverhältnis. Jegliches Handeln wird aufgrund der Zuordnung, und damit Zugehörigkeit, zu einem der beiden Geschlechter bewertet und kategorisiert. Diese definitorische Zuweisung ist konstitutiv und hat Zwangscharakter, ist niemals pluralistisch, austauschbar, beliebig oder frei wählbar, und jenseits dieser Geschlechterbinarität kann keine_r sein. Wenn dies im Hinterkopf behalten wird, können auch Gleichberechtigung vortäuschende Trugschlüsse, wie der Glaube daran, dass wenn beispielsweise Kinderbetreuung zwischen Männern und Frauen „gleich“ verteilt wäre sich Marginalisierung, Abwertung und Sexismus gegen Frauen und spezifisch Mütter erledigt hätten, verhindert werden. Denn jegliches Handeln wird durch die patriarchale Brille je nach Geschlecht anders bewertet, beschrieben, wahrgenommen und zugeteilt. Es gibt kein *gleiches Tun* – auch wenn „von den Handgriffen her“ das gleiche gemacht wird, Teller abwaschen zum Beispiel – von Männern und Frauen in einer Gesellschaft, die diese – Männer und Frauen – grundsätzlich als anders und different, also *ungleich*, konstituiert. Die „andere“ Bewertung des „anderen“ Geschlechts markiert immer eine Differenz, die Frauen zu Frauen und damit anders als Männer und ungleich macht. Auf der Schaffung dieser mächtigen Kategorien basieren patriarchale Herrschaftsverhältnisse unter anderem.

Herrschaft benötigt zu ihrer Aufrechterhaltung dementsprechend, und das lässt sich gerade bezüglich der oben beschriebenen Veränderungen des Geschlechterverhältnisses zeigen, nicht unbedingt den Ausschluss des „Anderen“, in dem Falle den Ausschluss der Frauen. Denn die „radikale Verleugnung der Gleichheit“ (Hito Steyerl) durch das Beharren auf eine hierarchische Dichotomie der Geschlechter, und damit die Konstruktion einer Geschlechterdifferenz, ist völlig ausreichend, um patriarchale Machtverhältnisse aufrecht zu erhalten. Die Aufhebung prinzipieller Ausschlüsse täuscht jedoch manchmal feministischen/frauenpolitischen „Fortschritt“ vor. Aber dass einzelne Frauen nun – immer noch selten – Supermangerinnen werden können als Emanzipationsgewinn zu bezeichnen, ist absurd, wiewohl es selbstverständlich sein sollte. Denn ihr Betrachtet- und Bewertet-Werden „als Frau“ macht sie nicht-gleich wie ihre Kollegen auch wenn sie den gleichen Job hat. Den Einschluss bisher Marginalisierter und „Ausgeschlossener“⁵⁴ zu fordern greift zu kurz für eine feministische Kritik und viel grundlegendere Konstruktionen von Identitäten und Kategorien, entlang derer Gesellschaft sich organisiert und Herrschaft ausgeübt wird, geraten aus dem Blick. Feministisches Ziel kann schließlich nicht sein, dass „Frauen“ auch *anerkannt* werden, sondern Forderung sollte sein, dass Kategorien wie das Geschlecht oder die Herkunft oder die Sexualität oder die Hautfarbe oder die Arbeit völlig egal sind, dass sie keine Rolle spielen und nichts herrscht außer unhierarchische Pluralität. *Das* wäre eine Aufweichung patriarchaler Verhältnisse. Ganz im Gegensatz zu dem, was aktuell als Emanzipationsgewinn verkauft wird, letztlich aber patriarchale Verhältnisse prolongiert.

Es hat sich – verglichen mit, sagen wir vor 100 Jahren, – zwar vieles geändert, aber nur was die patriarchalen *Machttechnologien* und weniger was die patriarchal- kapitalistische Verfasstheit von Gesellschaft betrifft. Hito Steyerl beschreibt diese Transformation trotz patriarchaler Kontinuität zusammenfassend und treffend:

Es ist, als beruhte die herrschende Ordnung nicht mehr auf dem Ausschluss der Anderen, sondern auf der radikalen Verleugnung ihrer Gleichheit. Und auch wenn die Forderung nach Gleichheit noch so

⁵⁴ „Ausgeschlossen sein“ meint nicht, dass die betreffenden Gruppen jenseits von Macht stünden. Das implizierte auch, dass sie sich jenseits der Definitionsmacht befänden und so ja wiederum nicht ausgeschlossen seien. Ausschluss meint Teil derer zu sein, die aufgrund herrschender Definitionen von Norm nicht zu dieser zählen und so keinen Zugang zu bestimmten Räumen und Positionen haben und sich auch nicht so einbringen und artikulieren, nicht sprechen, können wie es den der Norm Entsprechenden möglich ist.

deutlich artikuliert wird, verhält sie in einer Hegemonie, die Diversität zur imperialen Machttechnik verfeinert hat. (Steyerl 2008: 14)

„Dabei sein dürfen“ ist in dem Sinne kein Indiz für kritische Veränderung, sondern Ausdruck einer Machttechnik, die Differenz und damit strukturelle Ungleichheit schafft, in dem sie sie integriert. Und eben diese „Diversität als imperiale Machttechnik“ spielt, wie ich finde, eine zentrale Rolle bei Betrachtung etablierter feministischer Projekte – sie ist nur ein Moment von vielen, die vielleicht einen Beitrag zur Aufklärung der schwierigen und widersprüchlichen Frage leisten kann, warum sich einzelne feministische Projekte etablieren konnten aber patriarchale Kontinuitäten ebenso weiterhin Realität sind.

1.4. Konformität. Feministische Etablierung *und* patriarchales Kontinuum.

Der „gute“ Engel: *„It`s a new year! A decade full of changes, I might add! The earth is purging herself!! All conflicts are being brought to the surface for reconciliation! Yuppies are going bankrupt! (...) Why dontcha quit being such a hateful on-sight bigot! There`s more and more people every day changing their evil ways – and some oft them are men – white ones, even!!“*

Wenige Sekunden, drei „alltägliche“ sexistische Zeitungsberichte und drei feministische Wutanfälle später:

Hothead: „I have to admit, sometimes I get tired of being so pissed-off... but there`s so many good reasons!!“ (Comic von Diane DiMassa 1999)

Und was lässt sich nun ableiten aus diesen skizzierten Szenarien? Erst einmal gar nichts außer Widersprüche: Alles bleibt strukturell beim patriarchalen Alten, (fast) alle reden (positiv) von Feminismus und feministische Wissenschaft sowie einige feministische/frauenpolitische Projekte sind institutionalisiert, etabliert und verbreitet wie nie zuvor. Es hat sich viel getan und (positiv) verändert, nichtsdestotrotz ist alles gleich (schlecht) geblieben. Wie geht *das* zusammen?

1.4.1. Unkritisch. Affirmation – Normalisierung – Modernisierung.

Das Szenario ist womöglich deshalb so widersprüchlich und doch passend, weil es kaum Berührungspunkte gibt zwischen politischer/medialer/hegemonialer Vereinnahmung, etablierten frauenpolitischen/feministischen Projekten und strukturellen Herrschaftsverhältnissen. Wenn etablierte feministische Projekte keine politische Kritik an herrschenden Verhältnissen üben, sie also in keinem kritischen Verhältnis zum Status Quo stehen, dann ist ihre Etablierung trotz patriarchaler Kontinuität und konservativ/neoliberaler Vereinnahmung kein Widerspruch. Womit ich bei meiner These wäre, nämlich dass die aktuell teils gehypten, erfolgreichen feministischen Projekte, die,

die sich etablieren und Akzeptanz verschaffen konnten, mit bestehenden Normen weitgehend *konform* gehen. Konform in dem Sinne, dass keine Weigerungen und Widersprüche zu herrschenden Konzepten zu erkennen sind, diese ganz im Gegenteil aktiv und affirmativ übernommen und – maximal – mit neuem Inhalt versehen werden (so hat zum Beispiel das universitäre sowie arbeitsweltliche Leistungsprinzip ungebrochen auch in feministischen Projekten Geltung). Unter diesem Gesichtspunkt passen die widersprüchlichen Dynamiken von neoliberal/konservativer Vereinnahmung, erkämpfter feministischer Etablierung und patriarchalem Kontinuum, die zwar, wie könnte es anders sein, alle jeweils viel miteinander zu tun haben und sich in manchem Falle überschneiden aber auf *keinen Fall* gleichzusetzen oder in einen kausalen Zusammenhang zu setzen sind, auch relativ harmonisch zusammen. Wenn ein durch Anpassung affirmatives Verhältnis feministischer Projekte zu Bestehendem festzustellen ist, bedeutet das unter anderem auch, dass Fragen nach strukturellen Verhältnissen und herrschenden Normen gar nicht gestellt werden und in Folge auch nicht (selbst-)kritisch beleuchtet werden können. Diese etablierten feministischen Projekte haben so mit Struktur- und Herrschaftskritik recht wenig am Hut, bzw. andersrum: sie haben womöglich nur deswegen im *Mainstream* Erfolg, weil dieser und die mit ihm transportierten Diskurse und Politiken nicht (mehr) zur Diskussion stehen. Als wichtige Konsequenz gerät auch die eigene widersprüchliche Rolle nicht (mehr) in den Blick.

Weder Erfolg noch Anpassung noch Affirmation sind auf „externe“ Vereinnahmungen und vom „bösen“ System „erzwungene“ Kompromisse, denen sich Feministinnen anzupassen gehabt hätten, zurück zu führen. Das würde schließlich die Annahme voraussetzen, dass Frauen nicht aktiv Mit-Gestalten können und über keinerlei Autonomie verfügen, sondern ausschließlich Opfer sind. Diese duale Machtkonzeption ist problematisch und greift zu kurz. *Worum es meiner Meinung nach eher geht, und was das politisch spannendere Moment ist, ist der Aspekt des Mitspielens, der aktiven Gestaltung und Involvierung. Also die feministischen Projekte selbst und ihre unkritische Affirmation patriarchaler Gesellschaftskonzepte und damit der selbstverschuldete Verlust einer doch so notwendigen kritischen Perspektive und eines politisch-emanzipatorischen Anspruches.* Denn die feministischen Projekte und ihre Protagonistinnen müssen sowohl für den unglaublichen „Erfolg“ als auch für die damit verbundene Entpolitisierung und Anpassung zur

Verantwortung gezogen werden. Damit meine ich in erster Linie, dass sie kritisch hinterfragt und ein frauenpolitisch/feministischer Konsens angefochten werden muss. Und gerade GM und Gender Studies sind meines Erachtens exemplarische Beispiele „dafür, wie eine emanzipatorische soziale Bewegung der Frauen, die auf demokratische Gesellschaftsveränderung, auf Selbstbestimmung und individuelle Autonomie ausgerichtet ist, in einem neoliberalen Projekt aufgegriffen und herrschaftskonform reformuliert wurde“ (Schunter-Kleemann 2006: 59)⁵⁵. Bemerkens- und betrachtenswert, weil keinesfalls zufällig, ist insbesondere die Gleichzeitigkeit von neoliberaler Re-Organisation im Sinne sich ausweitender Individualisierung und Ökonomisierung und der Etablierung *bestimmter* feministischer Projekte wie GM und Gender Studies. Das hat einerseits, wie schon in Bezug auf feministische Wissenschaft und GM in Kapitel 1.2. festgestellt wurde, damit zu tun, dass gesellschaftliche (Um-)Brüche eher Möglichkeiten bieten, Neues zu verankern und einzuschreiben – auch im *Mainstream*. Andererseits bleiben die feministischen Projekte selbst, ihre Ansprüche, Ziele und Inhalte, auch nicht vor Brüchen und neoliberalen Transformationen verschont.

Wenn dem so ist, dann muss konstatiert werden, dass Feminismus in dieser Form eher *normalisierende* und *modernisierende* denn kritische und emanzipatorisch-transformierende Effekte hat. Die Verbindungen mit dem politisch-*kritischen* Projekt des Feminismus wären damit gekappt und es müsste zu Kenntnis genommen werden, dass Feminismus auch dazu in der Lage ist, entgegen Etwas zu *funktionieren*, das ihm doch eigentlich konstitutiv zu Grunde liegt und sein primäres politisches Anliegen ist und war – nämlich die politische Kritik herrschaftlich verfasster Geschlechterverhältnisse. Eine Perspektive verliert dann ihr kritisches Verhältnis, wenn strukturelle Grundlagen und damit auch Macht- und Herrschaftsverhältnisse nicht mehr zur Disposition stehen, sondern maximal deren Effekte⁵⁶. Nancy Fraser bezeichnet in diesem Sinne Politiken als *affirmativ*

⁵⁵ Susanne Schunter-Kleemann formuliert dies nur bezüglich Gender Mainstreaming, worum es in dem zitierten Text auch ausschließlich geht. Ich bin der Meinung, dass sich die Aussage auf andere Konzepte wie Gender Studies problemlos erweitern lässt.

⁵⁶ Was nicht unbedingt zu unterscheiden ist – was ist die „*Wurzel*“ eines Problems und was „nur“ ihr *Effekt* – und sich wenn keinem deterministischen und funktionalen Weltbild angehangen wird als sinnvolle Frage auch oftmals gar nicht erst stellt. Ich verstehe das für mich jetzt aber in dem Sinne, und da macht wie ich finde die Unterscheidung Sinn, dass z.B. wenn der normative Ausschluss von Frauen aus Spitzenpositionen, also Sexismus und geschlechtliche Diskriminierung, zum Politikum gemacht werden die Lösung nicht Frauenquoten sein können. Dass Frauen unterrepräsentiert sind ist zwar ein Faktum, dass unbedingt zu ändern ist, aber nur eine von vielen Folgen eines größeren Problems, einer grundlegenden gesellschaftlichen

oder *transformativ*. Als Affirmation bezeichnet sie „remedies aimed at correcting inequitable outcomes of social arrangements without disturbing the underlying framework that generates them. By transformative remedies in contrast, I mean remedies aimed at correcting inequitable outcomes precisely by restructuring the underlying generative framework.“ (Fraser 1995: 8)⁵⁷. Bei dieser Unterscheidung, und das finde ich besonders wichtig, geht es nicht darum, ob der *Weg* zur Erreichung des Zieles schrittweise und allmählich ist oder „apokalyptisch“, also plötzlich und in einem revolutionären Umbruch. „The nub of the contrast is end-state outcomes versus the processes that produce them.“ (ebda.) Unter Normalisierung und Modernisierung verstehe ich Aspekte und Folgen affirmativer Politiken – Normalisierung in Bezug auf die politischen Ansprüche und (ehemals) subversiven Konzepte feministischer Projekte und Modernisierung in Bezug auf die Verhältnisse, in die Projekte sich integrieren (lassen). Ein kritisches Verhältnis ist hier nur mehr schwerlich aufrecht zu erhalten. Diese Entwicklung ist bei einigen feministischen Projekten festzustellen.

1.4.2. Die Notwendigkeit von struktureller (feministischer) Kritik

„Will man *andere* Verhältnisse schaffen und nicht bloß verbesserte Herrschaft“ (Agnoli 2004: 200) so kann es aber nicht darum gehen, die Produkte einer ungleichen Gesellschaftsstruktur, die logischerweise immer ungleich sein müssen, zu verbessern zu trachten. In bestehenden patriarchal-kapitalistischen Strukturen *bessere* (weil geschlechtergerechtere, fairere, unhierarchischere...⁵⁸) Politik zu machen führt maximal zu einer „Herrschaft mit menschlichem Antlitz“ (ebda.: 197) – wäre dem nicht so würde das bedeuten, es genüge die Protagonist_innen und Inhalte auszutauschen und schon wendeten sich ehemals herrschaftliche Strukturen zum „Guten“. Aus einer gesellschaftskritischen Perspektive ist es umso aussichtsloser, wenn affirmative Politiken Veränderungen unter Zuhilfenahme herrschender Konzepte, Normen und Ideologeme zu erreichen versuchen. Stattdessen müsste die Beschaffenheit der Struktur, der Norm, der Politik, innerhalb derer frau sich bewegt zur Zielscheibe der Kritik werden. Dann gerieten auch die Prozesse, die

Norm (essentialistische Weiblichkeitsbilder, Abwertungen von Frauen, struktureller Sexismus etc.), die durch Frauenquoten nicht einmal zur Diskussion steht, vielleicht sogar verschleiert wird. Zu einer fundierten Auseinandersetzung mit den Begriffen *Affirmation* und *Transformation* vergleiche Nancy Fraser (1995).

⁵⁷ Die Seitenangaben beziehen sich auf den mir zur Verfügung stehenden Ausdruck. Nachzulesen unter: www.newleftreview.org

⁵⁸ Und das tun auch m.E. nach zu problematisierende feministische Projekte wie Gender Mainstreaming allemal, „schlimmer“ hätte die Etablierung von GM männerbündische Strukturen auch nicht machen können.

Ungleichheit *produzieren* in den Blick, ebenso wie die Produktionsbedingungen herrschender Normen und was als „abweichend“ konstituiert und in Folge ausgegrenzt und marginalisiert wird.

Ich will nicht behaupten, dass es möglich wäre, sich jenseits bestehender Strukturen und Diskurse, also jenseits und außerhalb patriarchaler und kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse, zu bewegen. Aber gerade *weil* ich nicht außerhalb ihrer sein und agieren kann ist ein kritisches Verhältnis – auch wenn sich dieses manchmal nicht anders als in einem schlichten „Nein“ äußert – umso wichtiger und notwendiger. Oftmals aus dem einfachen und nahezu pragmatischen Grund, dass *es das einzige ist, was übrig und möglich bleibt*. Was ich allerdings behaupte und problematisieren will, ist der Verlust dieses kritischen Verhältnisses in feministischen Konzepten⁵⁹. Umso mehr als sich einige Projekte mittlerweile recht erfolgreich in bestehenden Verhältnissen bewegen und etablieren konnten und diese *Integration* selbst schon Teil herrschaftlicher Prozesse (der Normalisierung, Anerkennung, Anpassung, Vereinnahmung ...) ist und dementsprechend hinterfragt und kritisiert werden müsste⁶⁰. Ansonsten blieben Feminismen darauf beschränkt, im besten Falle (sic!) modernisierende und optimierende Kraft hin zu einem „frauenfreundlicheren Patriarchat“ zu sein⁶¹. Denn nur weil sich *endlich auch* einige feministische Projekte „normalisiert“ haben wird die Norm nicht weniger kritikwürdig. Die aktuelle Integration einiger feministischer Projekte gibt vielmehr Aufschluss über veränderte Machttechniken – sowohl der etablierten Institutionen als auch der feministischen Projekte.

⁵⁹ Ich hoffe in Kapitel 1.2. klargelegt zu haben, dass ich natürlich nicht alle feministischen Projekte oder Feminismus „als Ganzes“ meine, sondern nur spezifische Teile, nämlich die, die ich unter dem Schlagwort „etablierter Feminismus“ zusammenfasse. Zur Sicherheit möchte ich es hier noch einmal festhalten.

⁶⁰ Rolf Schwendter weist darauf hin, dass eine erfolgreiche (Re-)Integration gesellschaftskritischer Bewegungen selten (nur) als „Erfolg“ der jeweiligen Subkultur zu werten ist, sondern vielmehr als Erfolg der Herrschaft, deren oberstes Ziel es ja sein muss (bis auf ein paar notwendige Anti-Beispiele) Norm herzustellen, zu verteidigen und damit „anderes“ zu integrieren und zu normalisieren (Schwendter 1978 [1973]: 22).

⁶¹ Modernisierend deswegen, weil ausschließlich patriarchal erzeugte Ungleichheiten und sich daraus immer wieder aufs neue ergebende Probleme und Widersprüche kurzfristig zu beseitigen und damit zu befrieden versucht werden, so dass die kapitalistische Geschlechterherrschaft künftig effizienter, reibungsloser und moderner funktionieren kann, alle das „Gefühl“ haben, dass sich ständig etwas „zum Guten“ ändert und sich Kritik und Widerstand gar nicht bezahlt machen. Diese Versuche müssen im Endeffekt scheitern und „erfolglos“ bleiben, denn geschlechtliche Ungleichheit ist systemimmanent und das System selbst, mit all seinen Herrschaftsstrukturen und – verhältnissen, wird ja nicht in Frage gestellt, sondern nur einzelne „Systemprodukte“. Im Großen und Ganzen werden herrschende Konzepte aber übernommen.

Wenn also die „erfolgreichen“ Feminismen ein affirmatives, unkritisches Verhältnis zu Bestehendem haben, so hätte dies als mächtigen „Nebeneffekt“ weitreichende Folgen für „andere“ – kritische und transformatorische - feministische Politiken. Denn durch die affirmative Integration und die daraus folgende Normalisierung und Entpolitisierung einiger feministischer/frauenpolitischer Projekte werden Brüche unkenntlicher, Widersprüche auch personell verwischt und Widerstände schwieriger. Feministischem *Widerspruch* wird bis zu einem gewissen Grad der Boden unter den Füßen weggezogen – und das obwohl feministische Projekte etabliert sind wie noch nie zuvor. Vielleicht gerade *weil* sich einige wenige so erfolgreich etablieren konnten verliert Herrschaftskritik an Legitimität, wirkt nahezu unangebracht, da behauptet werden kann, dass es schon so viel Frauenpolitisches/Feministisches *gibt*. Die paradoxe Folgerung wäre, dass feministische Kritik aufgrund und unter dem Vorwand der eigenen Etablierung zum Schweigen gebracht wird. In dem Sinne können Projekte wie GM und Gender Studies, so sie denn Bestehendes affirmieren und unhinterfragt lassen (die Antwort darauf findet sich hoffentlich in Kapitel 3), auch nicht einfach unkritisiert neben anderem stehen gelassen werden, sondern müssen einer kritischen Revision unterzogen werden. Nicht zuletzt um feministisch-politische Kritik wieder ins Zentrum zu rücken (einen Einblick in feministische Kritiken wird es in Kapitel 2 geben). Denn diese ist notwendig wie eh und je.

Auch bezüglich der herrschenden Normen hat die Integration feministischer Projekte Effekte. Die Beschaffenheit und – auch eigene – (Re-)Produktion kapitalistischer Geschlechterherrschaft gerät bei „etablierten“ feministischen Projekten aus dem Blick und bestehende Verhältnisse werden als notwendige, weil unhinterfragte, Grundlage anerkannt. Unbeachtet bleibt, dass „[e]ine Assimilation in den Mainstream, ohne dessen Sexismus und Rassismus zu reflektieren, (...) ein implizites in Kauf nehmen seiner Ausgrenzungspraktiken“ (El-Tayeb 2004: 22) bedeutet. Diesen Praktiken wird indirekt zugestimmt und sie werden damit (feministisch) legitimiert. Feministische Kritik, Kritik überhaupt, muss aber „vielmehr die Frage nach dem herrschaftssichernden Charakter aller Reformen“ (Agnoli 2004: 198) stellen. Auch und gerade bei den eigenen Erfolgen. So bleibt vor allem die widersprüchliche Erkenntnis, dass jede unter dem Mantel der Emanzipation geglückte Reform gleichzeitig zu *er-* als auch zu *bekämpfen* ist. Die eigene Politik auf die Umsetzung modernisierender Reförmchen zu *reduzieren* bedeutet aber, dass

an den herrschenden Verhältnissen und Herrschaftsmechanismen, in deren Rahmen die Reformen ja geschehen, nicht gerüttelt wird⁶². Diese werden affirmativ anerkannt und so kann von einem kritischen Verhältnis nicht die Rede sein.

Es ginge jedoch, so *Johannes Agnoli*, nicht „darum, die Verfälschung der Norm durch die Politik aufzuzeigen“, und als emanzipatorisches Projekt danach zu trachten, diese Norm und diese Politik in Einklang zu bringen durch eine *andere* und *bessere* Politik. Im Falle feministischer Wissenschaft kann es also nicht darum gehen, die *bessere* weil „realitätsnähere“, „objektivere“ und „allumfassendere“ Wissenschaft zu sein, die kompetenter und qualitativ höher stehend ist. Eben diese wissenschaftlichen Normen – Qualität, Kompetenz, Realität, Elite, Objektivität, Universalität, Exzellenz etc. – sollten Referenzpunkt einer sich als kritisch verstehenden politischen Intervention sein und hinterfragt werden. Und das Ziel von Politiken wie GM, die Geschlechtergerechtigkeit herstellen wollen, kann nicht sein, die bessere Verwertung von Humanressourcen zu erkämpfen und binäre Geschlechterdifferenzen aufzuwerten. Indem „weibliche“ Potentiale behauptet werden, die es nur zu entdecken gelte um sie am Arbeitsmarkt aufwerten und dann erfolgreich *verwerten* zu können, werden weder kapitalistische Ausbeutung noch patriarchale Geschlechterdifferenzen in Frage gestellt. Bewiesen werden soll nur, dass Frauen ebenso produktiv/kreativ/effizient etc. sind wie Männer. In dem Sinne wird als Ziel Gleichstellung behauptet wo viel eher von Anpassung und Assimilierung die Rede sein müsste. Stattdessen gelte es aber die grundlegenden *Normen* zu kritisieren, und es kann emanzipatorischer Politik nicht darum gehen, das Gegenteil zu tun, nämlich diese Normen zu affirmieren und zu übernehmen, sich ihnen also anzupassen, um dann die Norm *besser* zu erfüllen, einfach *bessere* Wissenschaft oder *bessere* Einstellungspolitik zu betreiben. Denn Widerspruch ist notwendig und „[d]as Risiko des Einspruchs, des Widerspruchs, der Kritik ist nicht so gewaltig, als dass nicht von Feministinnen erwartet werden könnte, dieses Risiko immer wieder einzugehen“ (Holland-Cunz 2001: 51).

⁶² Damit soll nicht in Abrede gestellt werden, dass diese auch viel verändern können und für einige einiges besser machen können.

1.4.3. Affirmation vs. kritisches Verhältnis? Eine Fragestellung.

Was lässt sich vor diesem Hintergrund also sagen über „etablierte“ feministische Konzepte und Projekte? Wird „mitgespielt“ und ein kritisches Verhältnis zu bestehenden Strukturen aufgegeben – vielleicht gar überhaupt der Anspruch, dass Feminismus in erster Linie ein politisches, gesellschaftskritisches und emanzipatorisches Projekt sein muss und soll? Auf welchen Konzepten und Begriffen basieren sich etabliert habende feministische Projekte und stehen diese im Widerspruch zu bestehenden hegemonialen patriarchal-neoliberalen Verhältnissen? Wurde Kritik durch Affirmation ausgetauscht und ist eine „erfolgreiche“ kritische Perspektive nicht ein Widerspruch in sich? Das führt zu einem weiteren Widerspruch: was haben etablierte Projekte dann noch mit Feminismus zu tun. Denn warum sollten Feminismen den Anspruch haben, zu funktionieren, wenn ihr politisches Ziel doch eher ist, ein ständiger Sabotageakt und Sand im Getriebe zu sein? Und Feminismus zeichnet sich in all seinen differenten und widersprüchlichen Ansätzen und theoretischen wie praktischen Konzepten doch immer wesentlich dadurch aus, dass die bestehenden (patriarchalen und kapitalistischen) Verhältnisse kritisiert und zu verändern versucht wurden und werden. Feminismus „weigert [sich immer], den Status quo zu bedienen“ (Scott) und gesellschaftlich „nützlich“ zu sein - es sei denn „nützlich“ für die Emanzipation der Frau(en) und damit für die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse⁶³. In welcher Radikalität und Konsequenz Gesellschafts- und Herrschaftskritik geübt wird, aus welchen Gründen, aufgrund welcher theoretischen Annahmen und mit welchen Alternativen und Zielvorstellungen vor Augen auch immer, da sind Feminismen auf keinen gemeinsamem Nenner zu bringen. Aber das prinzipielle Vorhandensein und das wesentliche Augenmerk auf politische Kritik am Bestehenden – um so in gesellschaftliche Verhältnisse verändernd eingreifen zu können – ist etwas, das *alle* Feminismen teilen. Und es ist auch das, was seine politische Sprengkraft ausmacht. Doch zu Debatten um feministische Kritik im nächsten Kapitel mehr...

⁶³ So zum Beispiel Ulrike Prokop 1986 über den Weiberrat: „Der Weiberrat hatte nicht die Absicht, sich *nützlich* zu machen – außer für die Frauen selbst“. (Hervorhebung NiSt. Zitiert nach Hark 2005: 226) „Nützlich“ im Sinne von „im Hier und Jetzt“ anwend- und verwertbar. Aufgabe feministischer Politiken kann es nicht sein, Gesellschaft zu modernisieren oder zu optimieren, sich also für „das System“ nützlich zu machen.

2. *Dagegensein*. Feministische Debatten um Kritik(verluste).

Wo das Einverständnis so überwältigend ist, hat man genug mit der Aufgabe zu tun, ‚nein‘ sagen zu müssen. (Steinert 1989: 178)

*Und er schrie: „Ich revolüzzze!“
Und die Revoluzzermütze
schob er auf das linke Ohr,
kam sich höchst gefährlich vor.
(Erich Mühsam: Der Revoluzzer. Ausschnitt)*

Um Debatten über Feminismen als Kritik, bzw. feministische Auseinandersetzungen um den „eigenen“ Kritikverlust, soll es im nächsten Kapitel gehen. Um dann im dritten und letzten Teil die Affirmationen feministischer Projekte aufzuzeigen, die ein widersprüchliches und ambivalentes Szenario, wie das im ersten Kapitel gezeichnete, erst möglich machen. Wer sich in diesem Kapitel Definitionen erwartet, oder wünscht zu erfahren, was *die* feministische Kritik – oder auch die feministischen Kritiken – denn sei, den oder die muss ich schon jetzt enttäuschen. Darum wird es im Folgenden nicht gehen – zu sagen, dies geschehe aus Platz- und Zeitmangel, stimmt nur teilweise. Ich finde es einfach unmöglich und nicht zuletzt für die Themenstellung dieser Arbeit nicht notwendig, etwas festzumachen und zu vereinheitlichen zu versuchen, was nicht festzumachen und zu vereinheitlichen ist.

Worum es hier gehen soll, ist, einige Debatten und theoretische Grundlagen zu klären, die wesentlich sind für das Sprechen über Kritik und auch den Verlust von Kritik in feministischen Projekten. Das Thema des Kritikverlustes ist in feministischen Kontexten kein unbearbeitetes. Der Bogen der behandelten Dilemmata – was auch immer als solches definiert wird, das variiert nach Zugang, Standpunkt und Erkenntnisinteresse – ist breit und es geht meist, ebenso wie in meinem Szenario, um die Ambivalenz zwischen Aufstieg, Etablierung und „Erfolg“ *einiger* feministischer Projekte im Mainstream und der Kontinuität patriarchaler Herrschaft. Die Interpretationen und Begründungsversuche allerdings divergieren. Ich halte nicht wenig für problematisch, was im Zusammenhang mit feministischer Kritik und deren „Veränderung“ und „Verlust“ innerfeministisch diskutiert wird. Manche Schlüsse und Versuche, zu erklären, wie es zu einer Situation wie dieser gekommen ist, sind allzu einfach und eher feministische Hegemoniekämpfe widerspiegelnd, als kritisch gegenüber dem, was allzu selbstverständlich und affirmativ (geworden) ist.

2.1. Kritik. Ein kleiner aber feiner gemeinsamer Nenner.

Gegenstand feministischer Theorie ist das Geschlechterverhältnis als Herrschaftsbeziehung, feministische Gesellschaftskritik ist insofern immer zugleich Macht- und Herrschaftskritik. Die feministische Theorie besitzt allerdings keinen eindeutigen Begriff von Macht und Herrschaft. Die Verwendung dieser Kategorien ist so vielfältig wie die theoretischen Ansätze innerhalb des Feminismus. (Maltry 1998: 299)

Doch zuerst einmal einen Schritt zurück. Meine Weigerung, Definitionen abzugeben und trotzdem von einem ganz kleinen Gemeinsamen feministischer Theorien und Praxen zu sprechen, braucht, denke ich, eine etwas präzisere Erklärung. Die Unmöglichkeit, von dem einen Feminismus zu sprechen macht auch die Rede von der einen feministischen Kritik an Verhältnissen, Macht und Herrschaft, kurz gesagt: von *der* feministischen Gesellschaftskritik und von *dem* feministischen Anspruch, unmöglich. Trotzdem lässt sich meines Erachtens nach eine Gemeinsamkeit bei all den verschiedenen, unüberschaubaren, sich auch widersprechenden Theorien und Praxen des Feminismus festmachen: das prinzipielle Vorhandensein von Kritiken – wie auch immer diese konkret aussehen in all ihren Vielfältigkeiten, Widersprüchlichkeiten, radikaleren oder pragmatischeren Zugängen, Problematiken und verschiedenen Schwerpunktsetzungen – an bestehenden Strukturen und (Macht-)Verhältnissen. Sie stehen also in einem kritischen (nicht unbedingt ablehnenden) Verhältnis zum hegemonialen System (wie auch immer dieses definiert wird). Das sagt inhaltlich nun noch recht wenig aus, ist aber ein wesentlicher gemeinsamer Punkt von ansonsten kaum auf einen Nenner zu bringenden feministischen Theorien. *Regina Becker-Schmidt* und *Gudrun-Axeli Knapp* schreiben diesbezüglich in ihrem Buch *Feministische Theorie- zur Einführung* (Becker-Schmidt/Knapp 2000: 7):

Das interdisziplinäre Feld feministischer Theoriebildung wird allerdings durch ein gemeinsames Band zusammengehalten: das wissenschaftlich-politische Interesse an der Verfasstheit von Geschlechterverhältnissen und die Kritik an allen Formen von Macht und Herrschaft, die Frauen diskriminieren und deklassieren.

Das impliziert als Gemeinsamkeit feministischer Theorien und Praxen dreierlei: erstens, dass die herrschende Gesellschaft als patriarchale definiert wird, zweitens, dass Feminismen in mannigfaltigen Weisen politische Kritik an eben diesen patriarchalen Machtverhältnissen üben, und drittens, dass als Perspektive aktiv versucht wird, die herrschenden patriarchalen Verhältnisse durch feministische Kritik(en) und Politik(en) zu verändern. Sie tun dies als Intervention zu Gunsten einer alternativen, gerechteren,

emanzipatorischen, gleichberechtigten Gesellschaft oder in Form einer kritischen Theorie, die permanent hinterfragt, was als selbstverständlich und was als Norm gilt. Über ersteres herrscht unter Feministinnen noch weitgehend Einigkeit, jedenfalls ist mir von keiner Seite bekannt, dass bestehende Gesellschaftsverhältnisse als nicht (mehr) patriarchal, wünschenswert und feministisch bezeichnet würden, wenn sich auch das, was als patriarchale Gesellschaft und ihre „Ursprünge“ und Wirkungsweisen begriffen wird, extrem unterscheidet. Auch der Begriff des Patriarchats ist zu Recht nicht mehr unumstritten (vgl. Kapitel 1.3.1.).

Die Kritik an patriarchal- herrschaftsförmigen Strukturen, sowie die politische Intervention in diese, ist da schon differenzierter zu betrachten. Das, was von den einen als Möglichkeit der Transformation von Machtverhältnissen, als mögliche Emanzipation, gesehen wird, wird womöglich von anderen als genau kontraproduktiv und Bestehendes reproduzierend und anerkennend erachtet. Eine *spezifische* Kritik, ein spezifischer Inhalt, ist also nicht das gemeinsame feministischer Theorien und Praxen, aber der aus der Notwendigkeit heraus, dass wir in patriarchalen Verhältnissen leben und diese zu verändern sind, entstehende Anspruch, kritisch zu sein und das kritische Verhältnis zu Etabliertem, da dieses patriarchal ist. Dieses kritische Verhältnis ist umso wichtiger, als dass allein die Vorstellung eines „anderen“, besseren, einer „feministischen Alternative“⁶⁴ immer mit der Schwierigkeit behaftet ist, dass sie in einem „Jetzt“ nicht denkbar ist, denn „Wissenschaft (und auch andere gesellschaftliche Felder, *Anm. NiSt*) jeglicher Provenienz kann immer nur ‚kritische‘ sein, weil stets eingebunden in gesellschaftliche Praxis und in deren Ideologeme, denen sie sich niemals, eben weil sie Bestandteil von Gesellschaft ist,

⁶⁴ Selbst wenn so etwas gefunden werden könnte wie eine *gemeinsame feministische Vorstellung* dessen, was denn Perspektive sein sollte, auf die sich verschiedene feministische Zugänge einigen könnten, was ich sehr bezweifle, würde ich es aufgrund der Existenz auch vieler meinem persönlichen Zugang und Verständnis widersprechender und nicht als politisch unterstützenswerter feministischer Konzepte auch nicht begrüßen. Überhaupt ist die fast *mythisch* anmutende Suche nach *dem Gemeinsamen* – und die daraus oft folgende *Verteufelung* von Widersprüchen und Streit – meines Erachtens nach hinten zu stellen und nicht nötig, ja lenkt gar ab von Inhalten und Differenzen, deren Betrachtung ich im Sinne notwendiger feministischer Kritiken als wesentlicher erachten würde. Unvereinbares nebeneinander stehen zu lassen finde ich jedenfalls kritischer und produktiver als die krampfhaft – wenngleich immer unmögliche – Suche nach Harmonie. Vor allem da dies in jedem Falle dazu führt, unter dem *Motto der Gemeinsamkeit* die einen Ansichten unter die andern unter zu ordnen, und damit innerfeministische Machtverhältnisse herzustellen, da bei völlig unterschieden feministischen Theorien auch gar kein anderer Kompromiss gefunden werden kann. Es sei denn in punktuellen Bündnissen – da kann gemeinsam politisch agiert werden ohne dass es zu abstrusen innerfeministischen Machtkämpfen – was ist *die* feministische Theorie? Was ist *Nicht-Feministisch*? Wer ist radikaler? Wer vertritt *die* Interessen *der* Frau besser? – kommt.

vollständig entziehen kann“ (Beer 1989: 7). So bleibt als wichtigstes politisches Mittel die Kritik, wie different sie auch aussehen mag, und wenn diese Kritikfähigkeit feministischer Theorien und Praxen verloren ginge, dann bliebe nicht mehr viel emanzipatorisch-transformatorisches Potential über. „Die Kritik an allen Formen von Macht und Herrschaft“ (Knapp/Becker-Schmidt) ist das, was Feminismen ausmacht. Und nicht die durch Feminismen, vor allem die weniger strukturkritischen, teilweise ausgelösten und von anderen Seiten gelobten und bejubelten „Modernisierungseffekte“, die entstehen, da, so *Andrea Truman* kritisch, die „Frauenbewegung trotz ihres kritischen Potentials nicht mal in ihrer Theoriebildung ein Ort von Emanzipation und Befreiung [war], sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse [affirmierte], die sie – vermittelt durch den Druck der Anpassung an die herrschende Ordnung – oft genug sogar zu optimieren half.“ (Truman 2002: 12f.) Dem stimme ich partiell zu, in dieser Allgemeinheit und Universalität behauptet negiert Truman allerdings, dass jedwede Intervention in bestehende Ungleichheiten, die immer systemisch produziert sind, irgendwie modernisierende und befriedende Momente hat. Denn indem ich auf etwas reagiere, anerkenne ich es. Die zu erreichenden „Verbesserungen“ können auch optimierend wirken, ebenso wie ich Strukturen anerkenne, wenn ich Zugang zu ihnen fordere. Wie legitim diese Forderung auch immer ist, wie selbstverständlich auch immer es sein sollte, dass in einer sich Demokratie nennenden Gesellschaft alle zumindest die gleichen Chancen haben, so hat sie doch System stabilisierende Effekte. Trotzdem – und darauf muss beharrt werden – gibt es enorme Differenzen zwischen feministischen Projekten, die in dieser Universalkritik wie sie Truman übt, nicht in den Blick geraten. Es gibt die einen, um die es auch in dieser Arbeit geht, deren Ziel bis zu einem gewissen Grade nichts anderes ist als „Modernisierung“, aber auch andere, deren kritisches Verhältnis sie zwar nicht davor feilt, in ebensolche patriarchalen Fettnäpfen zu tappen, die sich aber niemals darin erübrigen würden. Diese Differenzen zeigen sich nicht nur auf der Ebene des „Selbstanspruches“, sind dort aber am plakativsten aufzuzeigen.

Kritik hat, ob sie will oder nicht, immer auch und grundlegend mit dem (dialektischen) Zusammenspiel von Anpassung und Widerstand, Ausstieg und Integration, Reproduktion und Transformation, „dabei sein“ und „dagegen sein“, mitspielen und verweigern zu tun. Fragen nach Ambivalenzen zwischen Kritik und Anpassung treten nicht erst auf, seitdem

sich einige feministische Projekte etablieren konnten, sondern sind konstitutiv für einen kritischen Gesellschaftsanspruch und sind gerade in feministischen Theorien und Praxen „schon immer“ Streit- und Diskussionspunkt. Anders gesagt stellt sich folgende Frage: wie wird mit einer herrschaftlichen Ordnung umgegangen, die von keiner gewollt wird, aber existiert und herrscht, die also nicht negiert werden kann, innerhalb derer wir uns – zwangsläufig – bewegen, die wir aber zu verändern trachten und zu der ein kritischer Standpunkt bezogen werden will? Schon diese Ausgangsposition – sich in gesellschaftlichen Strukturen zu befinden und diese gleichzeitig zu transformieren zu versuchen – zeigt Widersprüchlichkeiten, ist sie doch eine Gleichzeitigkeit sich eigentlich ausschließender Dynamiken von „dabei“ und „dagegen“ sein. Umgelegt auf die zu übende Kritik bedeutet das, dass sie sich „mithin immer schon im Spannungsfeld der Aporie [bewegt], sich als Kritik in bereits regulierten Formen artikulieren zu müssen, weshalb niemals eine sichere Grenze zwischen Kritik und Regulierung existieren wird“ (Hark 2005: 202). Artikulierte ich Kritik „anders“, jenseits anerkannter und damit lesbarer Formen (was auch immer das heißt und sofern das überhaupt möglich ist), käme sie wohl nicht an und würde nicht verstanden werden, wäre aber immerhin davor gefeit, reproduzierend und regulierend, also womöglich systemstabilisierend, zu wirken. Doch die Frage stellt sich in der einfachen Form nicht, denn „das Verhältnis von Frauen und Politik ist (...) diffiziler als die Vorstellung von (...) Drinsein und Draußensein“ (Sauer 1994: 111). Nicht zuletzt weil jeder Ausschluss systemisch bedingt ist, also immer von „drinnen“ kommt. Das finde ich eine zentrale Überlegung, wenn von Kritik gesprochen wird, nicht zuletzt, weil so ein allzu vereinfachendes und dichotomes Denken in „Gut“ und „Böse“ umgangen werden kann. Deswegen komme ich auf diese Frage später in einem eigenen Kapitel (2.3.) noch einmal zurück.

Ich werde nicht etwas wie einen „Überblick“ über feministische Herrschaftskritiken zu geben versuchen, denn solch ein Anspruch ist nicht nur nicht umzusetzen, sondern auch nicht wünschenswert. Damit würde nämlich beansprucht werden, Feminismus definieren und abgrenzen zu können, was Ausschlüsse nach sich ziehen würde, die nicht mehr oder weniger als die eigene gesellschaftliche Verortung und Positioniertheit unkritisch widerspiegeln. Und gerade die Anerkennung und kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Situiertheit ist ein wesentliches Moment feministischer Kritiken. Laut *Mona*

Singer und *Johanna Gehmacher* ist es gar ein weiteres mögliches Gemeinsames feministischer Theorien und Praxen:

Wenn es ein zentrales Paradigma feministischer Ansätze gibt, dann ist es die Annahme der Kontextualität und Situiertheit des (wissenschaftlichen) Wissens. Wir alle haben einen bestimmten Ort, eine bestimmte Zeit, eine spezifische Geschichte und Kultur, von denen aus wir sprechen. (Singer/Gehmacher 1999: 24)

Weder kann ich *den* Feminismus definieren – denn den einen gibt es nicht –, noch einen Überblick über *die* Feminismen bieten – das wäre mehr als ein Lebensprojekt und selbst dann womöglich unvollständig und ausgrenzend. Nebenbei hat es sich mit der Verwandlung von Singular-Begriffen in deren Plural noch lange nicht getan, darauf verweist *Sabine Hark* zu Recht (2007b). Die Rede von Feminismus im Plural macht die bestehenden innerfeministischen (Definitions-)Machtkämpfe und Hierarchien noch lange nicht ungeschehen. Manchmal werden durch diese begrifflich suggerierte Pluralität sogar Hegemonien verschleiert. Worum es mir geht, ist meine These, dass die (womöglich einzige, jedenfalls aber meiner Meinung nach wichtigste und spannendste) Gemeinsamkeit feministischer Theorien ein kritisches Verhältnis zu bestehenden Macht- und Herrschaftsstrukturen ist, am Beispiel einiger weniger ausgewählter *feministischer Debatten* aufzuzeigen. Denn wenn sich (inner)feministische Debatten und Auseinandersetzungen zentral um den Begriff der Kritik drehen, so liegt nahe, dass Kritik ein zentrales Moment feministischer Theorien und Praxen ist.

Entscheidend ist, welche Probleme sich im Zusammenhang mit feministischer Kritik stellen, wie über feministische Kritik diskutiert wird, welche Streitpunkte entstehen, welche Ambivalenzen zu Tage treten, ob sich an Diskussionen etwas verändert hat und wie damit umgegangen wird, welche Selbstbilder konstruiert werden und vorherrschen, was ausgeblendet wird und was in den Blick gerät. Betrachtungswinkel der folgenden Überlegungen ist also weniger feministische Kritik in Theorie und Praxis, sondern feministische Debatten *um* Kritik. Über diesen Umweg, also die Meta-Betrachtung im Sinne eines Sprechens *über* das feministische Sprechen *über* feministische Kritik, hoffe ich, einen Einblick in Herrschaftskritik als zentrales Moment feministischer Auseinandersetzungen geben zu können. Dass Kritik ein zentrales – wenn nicht gar das zentrale – Paradigma feministischer Theorie und Praxis ist, wird allein dadurch bestätigt, dass über Kritik und vermeintliche Kritikverluste so viel diskutiert wird, und zwar nicht irgendwie, sondern hitzigst und vor verschiedenen Hintergründen und mit verschiedenen

Intentionen. Diese feministischen Diskurse über Kritik(verluste) möchte ich im nächsten Kapitel beschreiben und auf ihre politischen Hintergründe, die ich oft problematisch finde, befragen. Nicht zuletzt ist so auch einiges zu erfahren über feministische Geschichtskonstruktionen, Hegemonien und Ausgrenzungsversuche, die in frauenbewegten Szenerien ebenso an der Tagesordnung stehen, wie es ihre Kritik und die daraus folgende Auseinandersetzung mit den eigenen Machtverhältnissen sein sollte.

2.2. Verlustgeschichte(n). Wahn und (Un)Sinn feministischer Selbstkonstruktionen.

Ich möchte ein paar allgemeine Fragen, bzw. Assoziationen und zu einfache Schlüsse klären, die mir in der momentanen feministischen Diskussion um Gesellschaftskritik auffallend erscheinen und die Debatte in einem hohen Maße kennzeichnen. Mir scheint es wichtig, die Diskurse entlang derer gerade „heiß“ diskutiert wird, die – widersinnigerweise – aber wiederum viele sinnvolle und produktive Diskussionen verunmöglichen, offen zu legen. Auch um Missverständnisse zu vermeiden und zu sagen, worum es meiner Ansicht nach *nicht* geht, wenn zu Recht von vielen feministischen Seiten „beanstandet“⁶⁵ wird, dass viele vermeintliche Feminismen oder feministische Projekte „heute“ nicht kritisch (genug) seien. Drei Argumente tauchen in solchen Debatten immer wieder auf und spiegeln eher Machtverhältnisse und –verständnisse innerhalb feministischer Szenerien wider, als dass damit einer politischen (Selbst-)Kritik Raum eröffnet werden würde. Das Triangel setzt sich aus den folgenden Begriffen zusammen: die „Postmoderne“, die „Praxis“ bzw. die „Bewegung“ und die „Generationen“. Zusammenzufassen sind sie alle unter einem Motiv, dem der nostalgisch verklärenden Verlustgeschichte.

2.2.1. „Postmoderne“. Vom angeblichen Verschwinden von Herrschaftskritik.

Wenn vom Problem des Kritikverlustes die Rede ist, dauert es selten lange, bis ein Wort fällt: die *Postmoderne*⁶⁶. Wenn auch nie klar ist, welches Denkfeld mit diesem Begriff

⁶⁵ Wiewohl ich das Wort – das sollen die Anführungszeichen zum Ausdruck bringen – furchtbar finde, ist es in diesem Kontext leider passend. Denn genau auf dieser Ebene moralischer „Beanstandung“ laufen viele Diskussionen um Kritik und deren Verlust ab.

⁶⁶ Ich kann mit all diesen vermeintlich eindeutigen Kategorisierungen wenig anfangen und finde sie immer eher Ausdruck politischer Grenzziehungen, als dass damit etwas passend „beschrieben“ werden könnte. In der Debatte, die ich hier nachzeichnen will, geht es aber in hohem Maße um eben solche Bezeichnungspolitiken, die meist im gleichen Zuge Abwertung und Delegitimierung nach sich ziehen. In

umrissen werden soll, was darunter zu verstehen ist, jeweils darunter verstanden wird und bezeichnet werden soll, so erscheint die damit verbundene Aussage umso klarer und dezidierter. Zum Ausdruck gebracht werden will damit, dass in „neueren“ (feministischen) Theorien – auch unter dem meist abwertend verwendeten Label „postmoderne feministische Theorien“ oder *Queer Theory* bekannt – Struktur- und Herrschaftskritik keine Themen mehr seien, stattdessen zum (neoliberalen) Individualismus getanzt und dessen (ökonomische) Beliebigkeit und Differenz, egal ob sich diese aus strukturellen Ungleichheiten oder Autonomie ergibt, abgefeiert werden würde. Diese „Entwicklung“ feministischer Theorie wird letztlich für die wenig kritische Haltung vieler feministischer Projekte, wie auch das Stagnieren „der Bewegung“ und die Entpolitisierung „der Jungen“, zur Verantwortung gezogen. Die „böse Postmoderne“ ist eine vermeintlich alles erklärende Antwort mancher auf das in Kapitel 1 gezeichnete Dilemma, dass sich als feministisch bezeichnende Projekte etablieren konnten, ohne dass es zu strukturellen Veränderungen gekommen wäre, was auf eine affirmative Haltung dieser „erfolgreichen“ Projekte hindeutet. Dieser allzu einfachen Antwort muss ich vehement widersprechen. Die Anpassung feministischer Projekte kann damit nicht erklärt werden, das Problem der Affirmation sitzt tiefer und ist strukturelle Begleiterin feministischer Etablierung. Durch die Konstruktion einer „Sündenziege“⁶⁷ ziehen sich viele aus der Verantwortung. Nebenbei ist „die Postmoderne“ – whatever it is – auf keinen *einen* Nenner zu bringen. Und selbst wenn dies möglich wäre, so wäre der gemeinsame Nenner, jedenfalls bezogen auf die feministischen Rezeptionen dessen, was als postmodernes Denken gilt, nicht blinde Affirmation. Viele unter dem *Label* „Postmoderne“ subsumierte Inhalte sind (herrschafts) kritisch, ebenso wie viel Affirmatives zu finden ist. Aber da sehe ich wenig Unterschied zu anderen Kategorisierungen und „Schulen“ feministischen Denkens. Bezüglich des Geschlechterverhältnisses gibt es beispielsweise im weiten Spektrum des Marxismus viel Kritisches, der marxistische Feminismus zeigt, wie ökonomische Klassenverhältnisse mit Geschlechterherrschaft zusammen wirken. Geschlechternormen zementierende oder gar nicht zum Thema machende marxistische Theorien gibt wenig überraschenderweise aber

dem Sinne gebrauche ich diese kategorisierenden Bezeichnungen wie „Postmoderne“, „Poststrukturalismus“ oder „Queer Theory“, finde deren Gebrauch aber eigentlich nicht unterstützenswert.

⁶⁷ Für diese feministisch korrekte Bezeichnung danke ich Angelika. Auch weil unsere wöchentlichen Gespräche, die beginnend bei unseren Diplomarbeiten meistens ganz wo anders und vor allem in Gesprächen über frauenbewegte Kontexte mündeten, mich einen Sommer begleiteten, schön waren und viel dazu beigetragen haben, dass ich doch irgendwann fertig wurde.

auch. Zweitere sind gar leider in der Überzahl. Ebenso ist die „Postmoderne“ nicht per se feministisch, und feministische postmoderne Theorien sind nicht alle gleich. Es existiert eine Breite an Ansätzen und Konzepten, die mehr oder weniger kritisch und je nach eigenem, politischen Denken zu unterstützen oder abzulehnen sind. Das liegt auf der Hand, umso mehr verwundert die homogenisierende und in einem Aufwischen abstempelnde Rede über „die Postmoderne“ und deren Beitrag zur Zerschlagung „der feministischen Kritik“. An einigen wenigen Beispielen möchte ich in diesem Kapitel Ausschnitte und Argumentationen dieser „Anti-Postmoderne-Debatte“, die vorgibt, Anpassungen und Kritikverluste feministischen Denkens und feministischer Projekte erklären zu können, aufzeigen. Mir geht es darum, offen zu legen, dass diese Debatten am Problem feministischer Affirmation vorbei gehen, sich stattdessen enorme Machtkämpfe sowie diskriminierendes und marginalisierendes Denken und Handeln im feministischen Feld zeigen.

Das folgende kurze Zitat steht für die politische Bedenklichkeit der Argumente und der Sprache, die eine sehr verletzende und diskriminierende ist. Es veranschaulicht plakativ die Problematik und spricht gleichzeitig viele Bereiche und Vorurteile an, die in der Diskussion eine Rolle spielen. *Ursula Kubes-Hofmann* liefert eine höchst eigenwillige, nichtsdestotrotz von sich selbst überzeugte, Definition davon, was *Queer Politics* bedeuten:

Seit Lesben mit Feminismus nichts mehr am Hut haben, wird nunmehr von queer politics gesprochen. So sehe ich das. (Ursula Kubes-Hofmann alias die Moderatorin in: dies./ Wohofsky, Elisabeth 1998: 93)

Und weiter geht's:

Diese Form der Bündnispolitik („diese“ meint selbstredend „die“ queere, *Anm. NiSt*) steht besonders im Zusammenhang mit ästhetischen Moden und Selbstdefinitionen und ist auch der Effekt eines gesellschaftlichen Diskurses zur Ästhetisierung des Politischen im allgemeinen. (...) Gibt es einen Sprung in der jüngeren Generation des Umgangs mit dem andren Geschlecht? Ich war ja immer gegen jede Art der Bündnispolitik mit Männern, egal ob sie nun schwul sind, asexuell oder heterosexuell. (ebda.: 92, *Hervorhebungen NiSt*)

Das ist ein Zitat aus den späten 90-ern, steht aber wie ich finde für mehr und kann in feministischen Zusammenhängen (über andere möchte ich gar nicht reden) auch heute noch genauso gelesen und gehört werden. Denn ähnliche Aussagen über das, was mit *queer* oder *postmodern* bezeichnet wird, finden sich viele und die grundlegenden Muster der Argumentation ähneln sich weitgehend. Die hier unter *queer* zusammengefassten

feministischen Ansätze werden vor allem durch fünf Faktoren beschrieben, die sich von etwas, das vorher war (dem als homogen imaginierten „Feminismus“?) abzugrenzen scheinen: ausgehend von *den* Lesben (1) seien „sie“ eine ästhetische Mode (2) *der* jungen Generation (3), äußern sich in erster Linie durch Bündnisse mit Männern (4) und ein Nicht-Feministisch-Sein (5)⁶⁸. Einige dieser vermeintlichen „Faktoren“, die als queer bezeichnete Theorien angeblich von solchen, die als feministisch gelten, „abgrenzen“ und dementsprechend dazu beitragen, dass erstere nicht mehr kritisch seien, möchte ich, um ihre Absurdität und Problematik unter Beweis zu stellen, ausführen.

Wer auch immer das sein soll, diese homogene Gruppe *der Lesben*, so wird sie in obigem Zitat eher nicht deswegen bemüht, um ein legitimes Interesse – und vor allem eine notwendige Kritik – zum Ausdruck zu bringen, sondern dieses – *das* Interesse *der* Lesben, was auch immer das wiederum sein soll – abzuwerten und damit auch das Lesbisch-Sein. *Diese Lesben* hätten weiters, so Kubes-Hofmann, mit *dem Feminismus* gebrochen und deswegen gäbe es nun diese unsägliche und postmoderne Queer Theory. Selbst wenn – wenn! – dies so wäre, so stellte sich doch gerade dann die Frage, was es denn für einen Feminismus bedeutet, wenn er scheinbar nicht in der Lage ist, Sexualität als wesentliches strukturierendes Gesellschaftsmoment mitzudenken. Denn das liegt als Kritik zu Grunde, wenn „*die* Lesben mit *dem* Feminismus nichts mehr am Hut“ haben wollen. Diese Kritik an einer heterosexistischen Gesellschaft – wovon Feminismus ein Teil ist – ist wohl auch eher das entscheidende Politische, das queere Theorien konstituiert, und nicht die konkrete (und damit individualisierte und essentialisierte) Sexualität von Frauen, die deswegen – wegen *ihrer* Sexualität – mit *dem Feminismus* nicht mehr könnten. Soviel zu *den* Lesben, *dem* Feminismus und *dem* Widerspruch, der hier konstituiert wird und der sich auch in einer enorm diskriminierenden und ausgrenzenden Sprache äußert. Abwertend wird das vermeintlich „Andere“ konstruiert, festgemacht und ein Beitrag zur Stabilisierung der heterosexuellen Norm geleistet. Fragen des Begehrens und der Sexualität, also Fragen von Norm und Herrschaft, werden aus feministischen Debatten auszuschließen versucht, in dem „*die Lesben*“ auf ihr eigenes Politikfeld, das sich dann queer politics nennt, „verwiesen“ werden.

⁶⁸ Dass der Ausdruck queer-feministisch eigentlich eher Tautologie als Widerspruch ist, sei nur am Rande bemerkt. Zur Verwendung und Konzeption der Bezeichnung *queer-feministisch* siehe Engel 2002 und 2007.

Dass poststrukturalistische/postmoderne Theorien als „ästhetische Mode“ bezeichnet werden geht noch direkter in die Richtung, dass ein kritischer und politischer Zugang prinzipiell abgesprochen wird – es ist eben *nur eine Mode*, die gerade „in“ ist und wieder vergehen wird. Da ist es mit der Beliebigkeit auch nicht mehr weit, noch dazu wo es sich um eine „rein ästhetische“ Mode handle. Ästhetik fungiert hier als Ausdruck von Oberflächlichkeit – es ist eine Mode, die nicht an die Substanz, an die Wurzeln, gesellschaftlicher Herrschaft geht, sondern nur deren ästhetisch-abstrakte Kruste, aber nicht deren „reale“ Fundierung, kratzt. Das verkennt nicht nur einen Begriff von Ästhetik, sondern auch das, was damit be(ver?)zeichnet werden soll – die „Postmoderne“. Laut Kubes-Hofmann steht die strukturelle und herrschaftliche Verfasstheit von Gesellschaften nicht im Zentrum und damit zur kritischen Diskussion, wiewohl sie nicht behauptet, wie dies einige andere tun würden, dass diese Frage gar keine Rolle mehr spielen würde oder in *queeren Politiken* aufgelöst sei. Anzunehmen ist, dass die Mode-Metapher auf die queere Kritik an Identitätspolitik und Konzeptionen von Identität als abgeschlossen, wesen- und naturhaft verweisen soll. Diese (falsch verstandene) Kritik wird vom Tisch gewischt, indem behauptet wird, bei poststrukturalistischen Theorien sei Identität so individuell, beliebig und frei wählbar wie ein T-Shirt, das je nach Lust und Laune (aber auch je nach Geld, Geschlecht, Klasse und sozialem Status!) gewählt, angezogen und wieder abgelegt werden kann. Aber nicht einmal bei Mode ist diese totale Beliebigkeit und Losgelöstheit von gesellschaftlichen Verhältnissen und Zwängen festzustellen, schon gar nicht aber bei dem, was als Identität begriffen wird.

So ist Identität bei *Judith Butler* Effekt konkreter Macht- und Herrschaftsbeziehungen. Das Denken heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit selbst ist schon herrschaftsförmig, da die Geschlechtsidentität nicht abbildet, was „immer schon da ist“, sondern eine „Kopie ohne Original“, also immer Produkt von Gesellschaft und den sie konstituierenden Machtverhältnissen, ist (vgl. Butler 1991; Butler 1997). In der Folge ist zwar Geschlecht in dem Sinne diskursiv produziert, als es nicht vorgängig und quasi-naturhaft jenseits von gesellschaftlichen Verhältnissen zu begreifen ist, jedoch stellt dies in keiner Weise gesellschaftlichen Zwang, Herrschaft und Körper, sowie Materialität im Allgemeinen, in Frage. Herrschaft übt sich ebenso in materiellen Körpern wie in Normen des Begehrens aus, aber eben nicht erst da, weil gerade Körper in all ihren Bedeutungen erst produziert

werden mussten, nichts Gegebenes und Neutrales sind, das im Laufe einer gesellschaftlichen Sozialisation „beschrieben“ und dann erst mit Bedeutung versehen wird. Das vermeintlich „Biologische“ steht zur Disposition und wird seiner geglaubten „Natürlichkeit“ beraubt. Gerade weil Körper, ebenso wie Geschlechtsidentitäten, Produkte einer patriarchalen heterosexuellen Matrix sind, kann aus diesen zugeschriebenen Identitäten nicht „beliebig“ und „einfach“ ausgestiegen werden. Denn das würde bedeuten, dass es möglich wäre, jenseits von Macht zu stehen. Dass Herrschaft und strukturelle Begebenheiten in den feministischen Theorien, die als queer und/oder postmodern bezeichnet werden, keine Rolle spielen und es ausschließlich, so der oft zu vernehmende Vorwurf, um „Einzelsubjekte“ und „Individualität“ gehe, ist einfach nicht zutreffend. Die Behauptung, dass dem so sei, erfüllt eine andere Funktion.

Die feministische Rede vom Verlust der Herrschaftskritik – „die in postmodernem Geiste gerittene Attacke gegen Konzepte wie Patriarchat, Herrschaft oder Geschlecht“ (Klinger 1998: 247) – ist selbst eine, die bestimmte, aber nicht-artikulierte, Konzeptionen von Herrschaft zu verteidigen sucht, indem andere/erweiterte/differente Zugänge als nicht mehr herrschaftskritisch bezeichnet und damit ausgegrenzt und an den Rand verwiesen werden. So wird Definitionsmacht über feministische Kritik und in Folge Feminismus beansprucht. Am einfachsten geht das, indem *Unpassendes* als *unfeministisch* abgestempelt wird und so unter Feministinnen gar nicht mehr zur Diskussion zu stehen hat – weil es von vornherein als außerhalb einer politisch-feministischen Debatte stehend, also nichtfeministisch, begriffen wird⁶⁹. So ist oft die Rede davon, dass sich zwar *auch* Feministinnen mit

⁶⁹ Ähnliche Mechanismen stellt *Sabine Hark* bezüglich der Disziplinwerdung feministischer Wissenschaft bzw. der Gender Studies fest (Vgl. Hark 2005: 269-362). Gerade Grenzziehungen und Ab/Ausgrenzungen sind wesentliche und machtvollere Elemente einer wissenschaftlichen Disziplin und zeichnen diese aus (siehe z.B. Kanon-Diskussionen: was gilt als legitimes disziplinäres Wissen, was nicht, wer entscheidet?). An feministischen Debatten, die sich an *Judith Butlers* Buch *Gender Trouble* – und, wie Hark einleuchtend und schockierend aufzeigt, in hohem Grade auch an der „Person Judith Butler“ – aufhängen, lässt sich diese Grenzsicherungsfunktion etablierter Disziplinen gut aufzeigen. Dass diese Debatte seitens der sich-abzugrenzen-und-verteidigen-zu-müssen glaubenden „eingesessenen“ Feministinnen nicht „nur“ polemisch und ausgrenzend geführt wurde, sondern zusätzlich extrem homophob, hasserfüllt und persönlich, zeigt nicht nur die Richtigkeit und Notwendigkeit der von Butler geübten Kritik an der Heteronormativität auch feministischer Theorien, sondern die Macht etablierter Wissenschaften – zu der sich Gender Studies trotz marginaler Position doch irgendwie zählen dürfen. Auf welcher – tiefen – Ebene diese Debatten abliefen war mir vor der Lektüre Harks Buch in keiner Weise bewusst (Vgl. ebda.: 304ff.). Als ob die ausschließlich polemischen, persönlichen, entweder-oder Auseinandersetzungen, die bis heute die einzige Möglichkeit zu sein scheinen, wie über verschiedene Zugänge feministischer Theorien in frauenbewegten Zusammenhängen diskutiert wird, nicht schlimm und nervtötend genug wären. Als ob der Anlass für feministische Existenzängste und Verteidigungskämpfe nicht woanders liegen würde, als in feministischen

poststrukturalistischen Theorien beschäftigen und diese in Folge auch Eingang in einige feministische Theorien gefunden hätten, *der* Feminismus und *die* Postmoderne werden aber immer als prinzipiell getrennte und gegensätzliche Sphären behandelt – „hier der Feminismus, dort das ‚Andere‘, Wechselwirkungen nicht ausgeschlossen aber nicht sonderlich erwünscht!“ Eine weitere delegitimierende Strategie ist, poststrukturalistische feministische Theorie(n) als „Machwerk“ einer „neuen Generation“, die von der Politik und Kritik einer angeblich homogenen „Alten“ abgesprungen sei, zu imaginieren. Doch über das energiegeladene Gerede von „den Generationen“ und chronologischen Erzählweisen in feministischen und frauenbewegten Auseinandersetzungen andernorts mehr (Kapitel 2.2.3.).

Feministische Theorien und ihre Praxen stehen also nicht nur nach „Außen“ (als wäre das nicht genug), sondern auch miteinander in einem Konkurrenzverhältnis und unter starkem Legitimationsdruck, der zu gegenseitigen Ab-, Auf- und Verwertungen führt. Ihre auch in den Wissenschaften immer noch marginalisierte Position scheint dies noch zu verstärken. Aktuelle Debatten in frauenbewegten Szenen, die sich meist an der schlichten Frage „Dürfen Transgender-Personen bei ‚uns‘ rein oder nicht?“ aufhängen, und damit einerseits zwar theoretische Diskussionen widerspiegeln, diese aber andererseits banalisieren, reduzieren und letztlich ad absurdum führen, werden in einer Art und Weise geführt, die – wenn schon ein *Miteinander* aus womöglich guten Gründen nicht möglich ist – auch ein produktives *Nebeneinander* unmöglich machen. Stattdessen sind Spaltungen, Sprachlosigkeit und die Verschwendung politischer Energien, in Form gegenseitiger (persönlicher) Bekämpfungen und Delegitimierungen, die Folge. Mit Gesellschaftskritik hat all das dann nichts mehr zu tun, vielmehr wird durch Konkurrenzverhalten und ausgrenzendes Sektiererintum den gesellschaftlichen Verhältnissen, die es zu kritisieren und zu verändern gelte, in die Hände gespielt. Neid- und Machtspiele, das Absichern eigener Positionen und das Nichtloslassen-Können tragen ihr übriges dazu bei, dass unter dem Vorwand, über verschiedene theoretische Zugänge und feministische Kritik zu streiten, ein ganz anderer wohlbekannter Film namens „Wer hat die Definitionsmacht über das feministische Feld“ abläuft. Das Streiten oder Diskutieren selbst wäre nicht das Problem, es wird jedoch zu einem, wenn es im Endeffekt um Ausschließlichkeiten geht,

Zusammenhängen selbst, als ob der ganze patriarchale Rest nicht genug „Grenze“ wäre.

eigene Hierarchien nicht nur zu Tage treten und *nicht* zur Debatte gestellt werden, sondern zu Gunsten der jeweils eigenen Position ausgenutzt werden. *Doch wenn Räume feministischer Auseinandersetzungen, die aufgrund der beständigen patriarchalen Verhältnisse immer noch und immer wieder schwer zu ermöglichen bzw. zu erhalten sind, Widersprüchlichkeiten und feministische Pluralität nicht zulassen können, wenn sie trotz diverser politischer Unterschiedlichkeiten keine Räume für kollektive und gleichberechtigte Debatten sind, so begeben sie sich in ein politisches Dilemma: denn bei gelebten und ausge- bzw. erstrittenen Widersprüchlichkeiten beginnt auch der Widerspruch und damit das Widersprechen. Wenn der eigene Widerspruch unter den Tisch fällt, wird auch Widerspruch „nach Außen“ schwierig. Auch die Kritik an und Abgrenzung zu „wirklich“ affirmativen Politiken gerät so ins Hintertreffen, obwohl sie dringlich anstünde.*

Doch vor welchem Hintergrund werden innerfeministische Diskussionen um den Verlust der Gesellschaftskritik geführt? Ich denke, dass sich vor allem drei Stränge herauskristallisieren lassen – jedenfalls in den Texten und Diskussionen, die mir bekannt sind –, die immer wieder in Variationen zu finden sind. Erstens wird „festgestellt“, dass etwas wie ein feministischer/frauenpolitischer *Backlash* zu verzeichnen ist. Angriffe auf bis zu einem gewissen Grade erreicht und umgesetzt geglaubte feministische Forderungen, wie das Recht auf Abtreibung in herunternivellierter Form der Fristenlösung, werden wieder lauter und aggressiver. In Österreich kandidieren radikale Abtreibungsgegner_innen gar bei Nationalratswahlen und versuchen wieder vermehrt, sich Raum für christliche und menschenverachtende Propaganda zu nehmen, sei es an den Universitäten, in den Medien oder via institutionalisierter Politik. Zweitens wird dieser Backlash auch für die „neuen“, jungen und emanzipierten Frauen konstatiert. *Deren* Sache sollte es doch eigentlich sein, den feministischen Kampf weiter zu führen, stattdessen aber würden sie lieber ihrer Individualität und den sich ihnen ergebenden Karrieremöglichkeiten frönen. Professionalisierung und Pragmatismus innerhalb der frauenbewegten Szenen, sowie der folgende Verlust an Autonomie, der Kritik an herrschenden Verhältnissen ins Hintertreffen geraten lässt, zu Gunsten einer Konzeption von Frauenbewegung und Feminismus als „emanzipationssteigernder Dienstleistung“, bilden den dritten Strang.

Für diese Phänomene wurde ein innerfeministischer Grund gefunden, der scheinbar alle oben genannten Problemfelder in sich vereint und scheinbar erklärbar macht: die Postmoderne, bzw. das feministische Denken, das poststrukturalistische und so genannte postmoderne Konzepte mit- und weiterbearbeitet hat. Für postmoderne Feministinnen, so die Kritiker_innen, würden materielle Verhältnisse und Strukturen nicht mehr zählen, da alles nur abstrakter und wirkung(sohn)mächtiger T e x t sei. Diese „ästhetische Mode“ (Kubes-Hofmann) sei anziehend, fast verführerisch, und hyper-akademisch, weil abstrakt und damit professionell. Das „Übertreiben der konstitutiven Rolle von Sprache und das Fehlen eines ‚materialistischen Gegengewichts‘“ (Knapp 1998b: 66) führe zu einer Unterbelichtung „tatsächlicher“, „realer“ und „materieller“ Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse. Auch die Betonung von Differenzen unter Frauen führe letztlich dazu, dass strukturelle Verhältnisse überhaupt nicht mehr in den Blick geraten. So schreibt zum Beispiel *Cornelia Klinger*, der sonst kaum Undifferenziertheit vorzuwerfen ist, über *den* postmodernen Feminismus:

Nun mag es zwar sein, dass die Aufmerksamkeit für die universale Existenz der Geschlechterherrschaft in feministischer Theorie und Forschung lange den Blick auf die partikulare Gestalt, die sie jeweils annimmt, verstellt hat. Aber vor lauter Respekt vor den vielen verschiedenen „Bäumen“ die Existenz des „Waldes“ zu leugnen, führt zu absurden Konsequenzen; wie etwa, wenn uns Sherry Ortner in dem Bestreben universale Aussagen zu vermeiden, auffordert, an der Existenz universaler Strukturen einfach vorbei zu sehen: „(...) even though men are universally „dominant“ vis-à-vis women, we should stop paying so much attention to this point.“ Solchen Ratschlägen zu folgen, käme einer Selbstaufgabe des Feminismus überhaupt gleich. (Klinger 1998: 245f.)

Der Aussage, dass solchen „Ratschlägen“ nachzukommen politischer Wahnsinn sei, kann ich nur zustimmen. Nicht verstehen kann ich aber, wieso derartige Aussagen als stellvertretend für *den* postmodernen Feminismus herangezogen werden. Das impliziert nämlich die Annahme, dass es sich hierbei um ein homogenes zu definierendes Feld handeln würde, das durch ein einzelnes Beispiel repräsentiert werden könnte. Lustig ist, dass sich ja gerade die als postmodern bezeichneten feministischen Theorien und Praxen gegen solche und andere Repräsentationspolitiken, die immer Homogenität und Wesenhaftigkeit voraussetzen, wenden. Um bei der von Klinger ins Spiel gebrachten Wald-und-Baum Metapher zu bleiben: es sollte der postmoderne Wald – der sicher keine Monokultur ist – nicht als einzelner Baum begriffen werden, der jederzeit mit einem Axthieb umgeholt werden könnte. Jenseits inhaltlich womöglich berechtigter und stimmiger Argumente und Kritiken ist eine polare Gruppenbildung zu verzeichnen, die sich jeweils gegenseitig mit einigen wenigen abwertenden Zuschreibungen definieren zu

können glaubt – hier die universalistisch-essentialistischen „Wir-Frauen“ und da die beliebigen „nix ist fix, alles ist konstruiert, Macht IST nicht“-Verfechter_innen. Dass dies den politisch-theoretischen Inhalten queerer und feministischer Theorien nicht genüge tut, hoffe ich oben ausreichend beschrieben zu haben. Und dass der „restliche“ Feminismus sich darauf homogenisieren und reduzieren lässt, dass er ein Kollektivsubjekt *der Frauen* voraussetzt, gilt es auch unbedingt in Frage zu stellen. Im Singular – *der Feminismus, die Postmoderne* – wird, so scheint's, sowieso nur dann von Etwas geredet, wenn der Sache nichts Gutes gewollt wird.

Einerseits muss die Notwendigkeit zur *Differenzierung* innerhalb feministischer Debatten festgestellt werden und andererseits, daraus folgend, eine *differenzierte Kritik* geübt werden. Diese wäre in vielen Zusammenhängen mehr als angebracht. Pauschalisierende Urteile, die bewerten und zumeist *verurteilen*, tragen recht wenig dazu bei, einen spannenden, sowohl selbst- als auch herrschaftskritischen, Diskurs über feministische Theorien und Praxen zu führen. So gibt es Konzeptionen aus dem Fundus postmoderner Theorien, die von Zwang und Strukturkritik tatsächlich nichts wissen wollen, ebenso wie die Differenz und ihr teilweise unkritisches Abfeiern keine Neu-Erfindung der letzten Jahrzehnte ist. Schon viel zu lange herumgeisternde Matriarchatstheorien stützen sich auf eine *verherrlichte* weibliche Differenz, was dazu führt, dass das patriarchal fest- und vorgeschriebene Muttersein nicht mehr zum gesellschaftlichen Identitätszwang, sondern zum genuin weiblichen Traumleben hochstilisiert wird. Das ist eine Form feministischer Kritik, mit der viele zu Recht *nichts* anfangen können und wogegen sich zu wenden nötig ist. Wichtig bleibt mithin der Blick auf Machtstrukturen, die Differenzen ebenso produzieren und zementieren, wie sie diese manchmal gleichmachen und verwischen. Beides gilt es zu hinterfragen, zuallererst aber gilt es zu unterscheiden. *Gudrun Axeli-Knapp* bringt in folgendem Zitat die „Postmoderne-Debatte“ und die Diskussion um ihre „Kritik(un)fähigkeit“ auf eine Ebene, auf der meines Erachtens nach spannend und produktiv miteinander diskutiert werden könnte. Was ja leider, wie wir oben gesehen haben, nicht immer der Fall war/ist.

Es ist ein in Konflikten entwickeltes Unterscheidungsvermögen, das Zusammenhängen von kultureller Differenz und sozialer Ungleichheit nachspürt, anstatt Ungleichheit in Differenz aufzulösen. (...) Dieses Unterscheidungsvermögen unterscheidet die feministische Rezeption und Kritik postmoderner Ansätze grundlegend von einer postmodernen kulturellen Strömung, die Differenz „an sich“ feiert und sich letztlich indifferent verhält. Solche Postmoderne spielt das Spiel des Neoliberalismus, der

euphemistisch von „Pluralismus“, „Individualität“ und „Differenz“ spricht, wo Ungleichheit, Gewalt und Unterdrückung entproblematisiert und entnannt werden sollen. (Knapp 1998b: 67)

In diesem Sinne könnte auch, in Rekurs auf *Gayle Rubin*, von einer doppelten Aufgabe feministischer Theorie die Rede sein: Es gelte „die Unterdrückung von Frauen in ihrer endlosen Varietät und monotonen Ähnlichkeit zu analysieren. Dies beinhaltet Fragen nach verobjektivierten gesellschaftlichen Herrschaftszusammenhängen ebenso wie die Frage, wie sie Frauen unterschiedlicher Herkunft betreffen, wie diese sie erfahren und interpretieren“ (Knapp 1992: 291). Diese Conclusio aus der sogenannten Postmoderne-Debatte ermöglicht einen Blick auf Debatten um (Herrschafts-)Kritiken, der nicht in vereinfachende und lähmende Dichotomien kippt.

Eine Kritik der feministischen Postmoderne-Debatte, wie ich sie hier versuchte, ist auch deshalb von Nöten, weil sie direkt auf Diskussionen um GM verweist. Gerade einige Vertreterinnen der GM-Strategie betonen die Nähe von GM zu so genannten postmodernen feministischen Kritiken, da die Rede von *Gender* anstatt von *Frauen*, sowie der Blick auf *alle* Beteiligten (hiermit sind Männer und Frauen gemeint), angeblich Türen öffne, von einem essentialistischen Geschlechterverständnis abzugehen. GM hat jedoch, das versuche ich in Kapitel 3.1. aufzuzeigen, mit einer Kritik an Identitätspolitik oder an Geschlechterdifferenz nichts am Hut. Aber auch von Seiten der Kritikerinnen wird GM in den Kontext des „postmodernen Feminismus“ gesetzt⁷⁰. Manchmal scheint's, als wolle alles, was wie GM im Kontext feministischer Konzepte furchtbar unkritisch und angepasst ist, was neoliberaler Individualisierung und Karrieredenken nahe steht, einer vermeintlich überhand genommenen Postmoderne und der „neuen Generation“ in die Schuhe geschoben werden. Doch ist das Problem feministischer Affirmation damit weder zu erklären noch in den Griff zu bekommen. Der Kritikverlust ist im Kontext einer allgemein zu konstatierenden Professionalisierung, „Dienstleistungsierung“, Verwertungsorientierung und damit einhergehenden Entpolitisierung (ehemals) autonomer Projekte zu sehen.

2.2.2. „Bewegung“. Theorie und/oder/trotz/nicht/obwohl/statt/mit/ist Praxis.

Meines Erachtens nach zu Recht wird ein Abgehen von Macht- und Herrschaftskritik, sowie die fehlende Infragestellung bestehender Strukturen, in Zusammenhang mit einer

⁷⁰ Ausführlicheres dazu in der Zeitschrift *Koryphäe* (2008)

Entpolitisierung und Anpassung feministischer Projekte gebracht. Wenn eine Entpolitisierung und ein Verlust transformatorischer und emanzipatorischer Ansprüche des Feminismus festgestellt werden, so wird allerdings oft als Ursache das immer weitere Auseinanderklaffen von *Theorie* und *Praxis* genannt. Die „Verselbstständigung“ feministischer Theorie von „der Bewegung“ also, der eine Ver-Theoretisierung und damit eine Ver-Wissenschaftlichung bzw. ein sich ins Unverständliche steigendes Abstraktionsniveau vorgeworfen wird, gibt Anstoß zur Kritik. Dies sei zugleich Ursache und Wirkung einer fehlenden personellen wie inhaltlichen Anbindung an die politische Frauenbewegung bzw. ein aus den Augen verlieren dessen, was als *reale* Interessen und Probleme *der* Frauen definiert wird. Es wird – selten hinterfragt – einfach angenommen, dass das nun – im Gegensatz zu früher – so sei, und meist eine fragwürdige, weil allzu banale und polare, à la hier die demonstrierenden und da die schreibenden Feministinnen, Trennung von Theorie und Praxis vorausgesetzt. Hierzu zwei Sachen: Überraschenderweise fällt der Vorwurf der Akademisierung und Abstraktion vor allem im Kontext einer Kritik an so genannten postmodernen feministischen Theorien. Das ist nicht ganz erklärlich, da keine Tendenz zu erkennen ist, dass „postmoderne“ Feministinnen eher Karriere machen, eher einen Job an der Uni bekommen, sich eher wissenschaftlich betätigen, mehr theoretisieren oder weniger politisch aktiv sind als beispielsweise marxistische Feministinnen. Der leider festzustellende Karrierismus, die Entpolitisierung und Professionalisierung, zieht sich durch alle Kreise, hat also andere Gründe als den jeweiligen feministisch-theoretischen Zugang. Auch die Dichotomie von Theorie und Praxis sagt nicht unbedingt etwas über die Kritik bzw. Affirmation eines Projektes aus. Praxen können genauso affirmativ sein wie Theorien. Ob etwas affirmativ oder kritisch ist, entscheidet sich nicht aufgrund der gewählten Politikform. Und es ist, denke ich, angebracht, sowohl das, was in der Debatte als „Theorie“ gilt, als auch das, was mit „Praxis“ etikettiert wird, als verschiedene Politikformen, die jeweils Schwächen und Stärken haben und auf unterschiedlichen Ebenen arbeiten, aber sich alles andere als widersprechen, zu begreifen.

Die Kritik an allzu angepassten und entpolitierten Feministinnen an den Universitäten ist berechtigt, doch geht sie nicht selten mit einem problematischen Anti-Intellektualismus einher. Anti-Intellektualismus ist ein linken Bewegungen nicht unbekanntes Motiv, das

verschiedenste – zumeist bedenkliche – Funktionen erfüllt⁷¹, unter anderem die Bestätigung des antifeministischen Vorurteils, dass die intellektuelle Tätigkeit der Frauen Sache nicht sei (vgl. Krüger 1989: 73). In feministischen Kontexten zeigt sich Anti-Intellektualismus oftmals in solch oben erwähnten platten Dichotomien von Theorie und Praxis, oder daran, was als politische Aktivität definiert wird, was dementsprechend als legitim gilt und was nicht. Doch ist beispielsweise das Verfassen von Texten auch eine Form politischer Tätigkeit. Sowohl was die Gestaltung des feministischen Feldes betrifft, denn wir haben es mit Politiken zu tun, „die regulieren, wer welche Geschichte(n) erzählen kann und welchen Geschichten die Autorität zukommt, das Feld ‚angemessen‘ zu repräsentieren“ (Hark 2005: 37), als auch die Möglichkeiten betreffend, sich politisch zu engagieren und in Verhältnisse verändernd einzugreifen. Schreiben nicht als politisches Engagement in Betracht zu ziehen, konstituiert ein vereinfachendes Konzept von Theorie und Praxis. Es schwingt die Behauptung mit, dass Theorien für sich keinen emanzipatorischen bzw. transformatorischen Anspruch haben können, sondern sich dieser erst bei der „Umsetzung“ in die Praxis ergäbe. Als ob es jemals Theorie ohne irgendeine Form von Praxis, oder Praxis ohne irgendeine Form von bewusster oder unbewusster Theorie gäbe. Dagegen würde ich sagen, dass es (herrschafts-)kritischere und emanzipatorischere feministische Theorien gibt, genauso wie es weniger kritische, oder für mein politisches Verständnis gar reaktionäre, Ansätze – wiewohl der jeweilige Selbstanspruch sicher anders lauten würde – auch gibt. Diese Differenz ergibt sich nicht aufgrund unterschiedlicher praktischer „Umsetzungen“, sondern aus den politischen Zugängen. Diese entstehen nicht erst in einer sogenannten Praxis, sondern sind für Theorie *und* Praxis konstitutiv. Die Kritikfähigkeit einer Theorie wird nicht durch ihre konkrete Anbindung an eine soziale Bewegung definiert – das würde ja auch bedeuten, dass es in Zeiten wenig vorhandener und, wichtiger noch, gesellschaftlich nicht *wahrgenommener* sozialer Bewegungen keine kritischen Theorien geben könne. Inhalte – der Anspruch, die Analyse und die Perspektive einer Kritik und Transformation bestehender Macht- und Herrschaftsverhältnisse und ein daraus folgendes Eingreifen in diese – sind die Faktoren, die das eine Denken und Handeln, die eine Praxis und Theorie, kritisch und andere Politiken affirmativ machen. Kritik und politischen Anspruch kann und muss auch Theorie

⁷¹ Von der Etablierung politischer Verhaltensnormen über die Kritik an bevormundender hierarchischer Organisation durch „Vordenker_innen“ bis zu Antisemitismus verstecken sich viele politische Inhalte hinter dem Anti-Intellektualismus (spannend dazu Bering 1978).

„leisten“ und nicht erst das, was als Praxis gilt. In dem Sinne ist Theorie immer eine Praxis.

Auch ist das ambivalente Verhältnis von Frauenbewegung(en) und feministischer Wissenschaft nichts Neues – die „(un)geliebten Schwestern“ (Metz-Göckel 1987) sind lange schon Thema. Darauf verweisen viele Texte und geführte Auseinandersetzungen, so zum Beispiel die Debatte um *Maria Mies' Methodische Postulate* (1978), denen zum Beispiel *Christina Thürmer-Rohr* schon 1988 vehement widerspricht. Unter anderem, weil Mies Frauenbewegung und Geschlechterforschung gleichsetzt, keinen Raum für Widerspruch und jeweils eigene Dynamiken zulässt, letztlich also kein Platz für die (eigene) kritische Reflexion bleibt. Die Behauptung, dass Unterschiede und Spannungen zwischen universitärer und frauenbewegter Theorie und Praxis ein noch junges Phänomen seien, verweist eher auf einen weiteren und anderen (Verlust)Diskurs. Dieser dreht sich um die „Generation(en)“ und ist Thema der nächsten Seiten.

2.2.3. „Generation(en)“. Wider Nostalgie und chronologische Erzählungen.

*I'm not trying to cause a b-big s-s-sensation
I'm just talkin' 'bout my g-g-generation
This is my generation
This is my generation, baby
(The Who - My Generation)*

Once, there was the hope, that revolutionary movements would, with their long march through institutions, establish their goals and thus revolutionize the whole society. The opposite happened: the second minority movements gained a handful of institutional benefits and gave up the revolutionary projects. (Velikonja 2008: 78)

Was *Nataša Velikonja* hier für die lesbisch-schwule Bewegung feststellt, kann auch auf die Frauenbewegung umgelegt werden. Dass heute eine Institutionalisierung feministischer und frauenpolitischer Initiativen und Positionen recht weit fortgeschritten ist, fällt ebenso auf, wie dass dies nicht unbedingt mit einer Ausweitung und Verstärkung politischer Kritik an den Strukturen, in denen sich mittlerweile auch feministische Projekte bewegen, verbunden ist. Institutionelle Verankerung, um dann aus einer gefestigten, stärkeren, inneren Position heraus bestehende Verhältnisse zu verändern, was auch die Kritik und Transformation der eigenen Institutionalisierung mit einschließen würde, scheint nicht der Anspruch zu sein. Viel eher geht es um eine Institutionalisierung der erfolgreichen

Institutionalisierung wegen – *Dabeisein* des *Dabei-Seins* und nicht der politischen Kritik und strukturellen Veränderung wegen.

Obiges Zitat schildert aber nicht nur eine aktuelle (un-)politische Situation – Prozesse der Institutionalisierung und des Verlustes politischer Kritik und eines emanzipatorisch-transformatorischen Anspruches sozialer Bewegungen –, es gibt auch einen Einblick, wie überhaupt aus einer Innensicht über Veränderungen in einer politisch-emanzipatorischen Bewegung *gesprochen* wird. Beginnend mit „once, there was the hope...“ und endend mit „and now the opposite happened...“, wird eine Verlust- und Verfallsgeschichte erzählt, bei der das Motiv des „damals war alles besser“ immer wieder durchschimmert. Nicht nur, dass eine derartig linear-teleologische Entwicklungsgeschichte wohl kaum in der Lage ist, politische Verhältnisse und sich dagegen formierende widerständige Praxen, mit all ihren jeweiligen und sich ändernden Widersprüchlichkeiten, zu erfassen, ist es auch politisch gefährlich und möglicher Weise kontraproduktiv, eine – berechnete – Kritik an einer aktuellen Situation feministischer Politik(en) in dieser *Form* zu üben. Nicht nur, weil damit widersprüchliche Phänomene auf eine Sache verkürzt werden und ein nostalgisch-verklärendes, quasi paradiesisches *Früher* herauf beschworen wird, angesichts dessen dann alle andächtig-melancholisch an damals denkend und ob der Hoffnungslosigkeit des *Heutes* und der unpolitischen, jungen und neuen *Generationen*, ins frustrierte Nichtstun verfallen – als ob es jemals so ein ideales Früher gegeben hätte. Es wird auch eine Geschichte konstruiert, bei der die politisch-produktive Kritik an aktuellen (wie auch früheren!) feministischen Verhältnissen ins Hintertreffen gerät. Zu Gunsten einer Abstempelung alles kritischen Handelns und Denkens als zweck- und hoffnungslos – weil’s damals eben schon mal besser war. Gleichzeitig übermittelt wird die selbst erhöhende und heroisierende Botschaft, dass „wir damals“ besser (radikaler, kritischer, politischer etc.) gewesen seien. Die Rede von den Generationen und den Generationenkonflikten – den kämpfenden „Alten“ und den nutznießenden „Jungen“ – ist hierbei ein beliebtes Motiv. Um durch diese zeitliche Objektivierung Veränderungen individuell, aber auch kollektiv, verständlicher und nahvollziehbar zu machen, ohne die eigene Position, auch die eigenen Veränderungen und Anpassungen, reflektieren und in Frage stellen zu müssen. Diskussionen beginnend mit Sätzen wie „Damals in den Frauenzentren war noch was los...“ machen widersinniger Weise Gespräche über

Frauzentren selbst – als politische Orte feministischer Selbstorganisation und eine mögliche (Selbst-)Kritik daran – unmöglich, während sie eine über den (Um-)Weg der Nostalgie in die Vergangenheit greifende Kritik an jetzigen feministischen Organisationen in den Vordergrund stellen. Ich will damit nicht sagen, dass die eigene Geschichte, feministische Erfahrungen, Kritiken und Veränderungen nicht wesentlich, notwendig und spannend wären, nicht zuletzt weil nur dadurch auch eine potentiell kritische Auseinandersetzung mit Feminismen möglich wird. Die Frage ist aber, wofür Erzählungen von „Vergangenem“ eingesetzt werden und inwieweit sie nicht Macht- und Autoritätsverhältnisse widerspiegeln und konstituieren.

Diedrich Diederichsen beschreibt diese individuelle, sich über-sich-selbst versichernde, Funktion der chronologischen Erzählung über die Generationen in der *jungle world* bezüglich der Konstruktion „der 68-er“: „Die Erfindung der Generation dient dem Individuum dazu, sich selbst über ein historisches Datum zu vergewissern, sei es durch Romantisierung oder durch die Kritik“ (Diederichsen 2008). Diese Dynamik ist oft festzustellen bei historisierten „politischen Daten“, denen Gewicht zugesprochen wird, und die unter anderem vermittelt der Konstruktion der Generation sowohl durch „Verteufelungen“ als auch „Heroisierungen“ eine fast mythische Gestalt annehmen können. Und wie es Mythen so an sich haben, sind sie schwer widerlegbar und funktionieren trotz Gegenbeweisen, sind aber für eine politisch-kritische Debatte nicht zu gebrauchen.

Ihre Beschwörung dient wie alle Beschwörungen von Generationengemeinsamkeit der schmeichelnden Versicherung, ihre Teilnehmer (und Teilnehmerinnen, *Anm. NiSt*) seien bei etwas Großem dabei gewesen. (...) Man kann sagen, dass diese Generationen-Konstruktionen helfen sollen, real machtlosen Personen das Gefühl zu geben, nicht ganz ohne Verbindung zur historischen Realität gelebt zu haben. (ebda.)

Im gleichen Zuge wird aktuell bestehenden Politiken Legitimität abgesprochen. Es unterstützt eine so formulierte historische Erzählung über frauenbewegte Zusammenhänge – damals gut, heute nimmer – letztlich ein „There Is No Alternative“-Denken, welches einem neoliberalen Kapitalismus eher entgegen kommt, als dass sie dazu beiträgt, Kritik an diesem zu formulieren und zu leben. Der „distinktive (...) Habitus, die Entwicklung seit den frühen siebziger Jahren als permanente Verfallsgeschichte zu werten“ muss so „selbst ein Moment neoliberaler Verhältnisse“ genannt werden, „weil er die akzeptable Form ist, widerständiges Verhalten als zwecklos auszuschließen“ (Dittmar 1998: 194).

All diese knapp umrissenen Argumente und Motive kommen in Debatten um Veränderungen feministischer Kritik, also in feministischen Debatten um Feminismus selbst, immer wieder und in den verschiedensten Variationen zum Vorschein. Doch weder die dichotomen Setzungen „Postmoderne vs. Feminismus“, noch „Theorie vs. Praxis“, noch „Jung vs. Alt“ können meines Erachtens nach einen spannenden Beitrag zur Auseinandersetzung um die stattfindende verstärkte Involvierung und Verstrickung feministischer Projekte in den Mainstream, sowie den damit einhergehenden Entpolitisierungen und Kritikverlusten, leisten. Das strukturelle Problem feministischer Affirmation gerät durch auf solch Ebenen geführte Diskussionen vielleicht sogar eher aus dem Blick, anstatt ins Zentrum feministischer Kritik. Denn solche Auseinandersetzungen scheinen Machtkämpfe und Streitigkeiten um Definitionsmacht in diesem Feld widerzuspiegeln ohne (Selbst)Kritik zu üben. Die Konsequenz ist, dass einem Teil Legitimität abgesprochen wird, während andere sich in ihrer eigenen Autorität bestätigt wissen. Das ist gerade vor dem Hintergrund, dass der Erfolg einiger feministischer Projekte gezeigt hat, dass auch wo Feminismus drauf steht, Anpassung und die Reproduktion herrschender Verhältnisse drin sein kann, zynisch, da auf Konkurrenz und Ausschluss basierende Strukturen nicht zuletzt Kennzeichen dieser patriarchal-kapitalistischen Gesellschaft sind, der es zu widersprechen gelte. Debatten wie die oben Beschriebenen, die sich vermeintlich kritisch um den eigenen Kritikverlust drehen, sind selbst Teil des affirmativen Verhältnisses, das manche Feministinnen zum Bestehenden haben. Denn Feministinnen agieren in diesen Auseinandersetzungen „der Norm entsprechend“, sie verhalten sich strukturell genauso und produzieren die gleichen Ungleichheiten und Ausschlüsse wie alle anderen. In solchen be- und abwertenden Diskussionen, die weit am kollektivistischen, basisdemokratischen und emanzipatorischen Anspruch feministischer Politiken vorbei gehen, werden herrschende Verhaltenskonventionen gelehrt und gelernt. Dass diese auf Prinzipien der Exklusion, der Ellenbogenmentalität, der Autorität, Hierarchie, Elite, Leistung und Konkurrenz, sowie der Definitionsmacht über andere, aufbauen, und meterweit von Fragen der Selbstbestimmung entfernt sind, scheint nicht von Interesse zu sein. Es geht nicht darum, Streit in feministischen Kontexten zu verteufeln. Ganz im Gegenteil müsste viel mehr *tatsächlich* gestritten werden. Aber indem auf diese oben Aufgezeigte Art und Weise nicht

miteinander, sondern *übereinander*, gesprochen wird, werden Auseinandersetzungen eher verunmöglicht, als kritische Reibung und Diskussion forciert.

Doch der (problematischen) Dichotomien nicht genug – auch im nächsten Kapitel wird es um die Diskussion und versuchte Dekonstruktion einer scheinbar selbstverständlichen Dichotomie gehen. Für mein Thema – feministische Projekte zwischen Erfolg, Kritik und Affirmation – ist die Frage nach dem auf Strukturen und Normen, also im weitesten Sinne „Macht“, bezogenen „Drinnen“ und „Draußen“ von besonderer Relevanz. Und als etwas zu einfach erscheint es, damit das Dilemma vom „Dagegen-“ und „Dabeisein“ erklären zu wollen.

2.3. Vom Drinnen und Draußen. Oder: Die Unmöglichkeit eines außerhalb.

Kritisch zu sein, Kritik zu üben ist nicht gleichbedeutend damit, ein wie-auch-immer-aussehendes „Anderes“ zu behaupten. Sei dieses „Anderere“ der Ort, von dem aus gesprochen wird, oder die Utopie, die es zu realisieren, oder der es sich zumindest anzunähern, gelte. Die Vorstellungen dieses „Anderen“ implizieren oftmals einen herrschaftsfreien Raum fern „*der Macht*“, in dem die in der herrschenden Gesellschaftsformation vorzufindenden und unterdrückerischen Regulative keine Gültigkeit hätten. Behauptet wird also etwas wie ein „Jenseits“, ein Ort, der außerhalb gesellschaftlicher Verhältnisse mit all ihren Ideologien, symbolischen Ordnungen, Ausbeutungsverhältnissen, Ungleichheiten, Definitionen und Kategorien, stünde. Doch steht auch feministische Kritik, wie jede Kritik, nicht außerhalb der Hegemonie und ist, nicht zuletzt aufgrund ihrer Reaktion auf und Kritik an Gesellschaft, ihres Befindens und Agierens in gesellschaftlichen Dispositiven, und damit ihrer, wenn auch kritischen, Verwobenheit in Bestehendes, Teil der Verhältnisse, die kritisiert werden. Macht ist, in Anschluss an *Michel Foucault*, nicht ausschließlich repressiv und unterdrückend (Repressionshypothese), kein festmachbares, veräußer- und verdinglichtes Etwas, gegen das sich Kritik zu wenden hat. Normen werden nicht nur durch das repressive Verbot „des Anderen“ implementiert, sondern auch durch das *Sprechen* darüber. Beispielsweise wurde Sex in den Diskurs integriert, indem zum Imperativ wurde, alles über seinen oder ihren Sex zu sagen⁷² (Foucault 1983: 34f.) und nicht in dem seine (diskursive wie auch nicht-

⁷² So etwa in Form der Beichte: „Die christliche Seelsorge hat aus der Aufgabe, alles was sich auf den Sex

diskursive) Präsenz verboten wurde. Nur dadurch kann kontrolliert und können bestimmte Wirkungen erzielt werden. Macht ist also hervorbringend, letztlich auch die eigene Kritik (mit)produzierend, welche sich deshalb nicht außerhalb der Diskurse der Macht befindet. Dies zu denken wäre politisch gefährlich, weil die Repressionshypothese oftmals „als Befreiungspotential feiert, was in Wahrheit Produkt der Macht ist, von der sie uns befreien will“ (Fink-Eitel 2002: 85) und deshalb „immer schon in der Falle“ (ebda.) sitzt. Kritik ist *Bestandteil* gesellschaftlicher Dispositive und nicht außerhalb dieser und deren Negierung. Sie ist ebenso notwendig um Ordnungen zu reifizieren und immer schon in Machtverhältnisse integriert, wie zur Verschiebung und Veränderung ebendieser.

Doch wieso, abgesehen davon, dass ich solcherlei Überlegungen immer wichtig und vor allem interessant finde, erwähne ich das im Kontext dieser Arbeit? Wenn vor allem „innerfeministischer“ Widerspruch geübt wird an aktuellen Praxen und Politiken institutionalisierter frauenpolitischer/feministischer Projekte, wie beispielsweise GM oder Gender Studies, so wird dies seitens derer, die meinen „ihre“ Projekte verteidigen zu müssen, oftmals als utopische Naivität abgetan – „ja ihr, ihr netten kleinen, aber politisch nicht ernst zu nehmenden, Utopistinnen, ihr glaubt ja noch an das gute „Andere“. Dahinter steckt der Vorwurf der „Realitätsfremdheit“, des „Eskapismus“, des Partizipations- und damit Politikverzichtes, und in jedem Falle das vermeintliche Wissen darum, was denn die *eine* Lösung für das patriarchale Dilemma sei. Kritik wird als „utopisch“ bezeichnet um sie zu delegitimieren und einen pragmatisch-machbaren Zugang als das einzig Mögliche und Denkbare darzustellen⁷³. Als ob es zwischen einem kritiklosen Gang in die Institutionen und der tatsächlich etwas schwierigen Behauptung eines „totalen Außerhalbs des Feminismus und der Feministinnen“ nicht Welten dazwischen gäbe. Hier kommt der in feministischen Szenerien oft und mühsam konstruierte und zelebrierte, polarisierende Gegensatz von *autonomer* Frauenbewegung („die“ stehen außerhalb, mischen sich nicht ein, ziehen sich zurück, sind nicht politisch (sic!)) und institutionalisierter Frauenpolitik („die“ sind mit Haut und Haaren „dabei“, lassen sich von der Macht der Institutionen völlig unterkriegen) zum Tragen. Nicht nur diese sich vermeintlich ausschließende

bezieht, durch die endlose Mühle des Wortes zu drehen, eine fundamentale Pflicht gemacht.“ (Foucault 1983: 31)

⁷³ Warum auch immer utopisch als Schimpfwort und nicht als Kompliment gilt, das ist eine andere Geschichte, denn gerade die Utopie verkommt in diesem Zusammenhang zu einem negativen Synonym für als irrelevant, weil als unrealistisch, eingestufte Kritik.

Gegensätzlichkeit im Allgemeinen, ganz besonders der Vorwurf der politischen Indifferenz gegen autonome Feminismen, ist absurd. Autonomie heißt alles andere als politische Indifferenz, auch nicht, es sich in „lila Kuschelecken“ (Schmid-Bortenschlager 1990: 118) bequem zu machen in ansonsten recht beschissenen patriarchalen Verhältnissen. „[D]ie Losung von der ‚Autonomie‘ (...) vertrug sich im Rahmen der Frauenbewegung zu *keiner* Zeit mit politischer Abstinenz, klagte sie doch gerade die Unterordnung der Frauen als Geschlechtswesen mit dem Ziel ihrer Emanzipation, als Selbst-Befreiung aus aller Fesselung, an.“ (Nienhaus 1993: 47)

Doch sind die Problematiken feministischer Projekte diffiziler als Fragen des „Drin-“ und „Draußenseins“ (Sauer 1994: 111). Auch gibt es nicht den einen Weg, der „gut“ ist und andere, die es zu verteufeln gelte. Weil feministisches Denken und Handeln ebenso situiert in den jeweiligen gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen ist, wie die Strukturen und Inhalte, die Ziel der Kritik sind, kann einerseits nicht universalisierend verallgemeinert werden, und andererseits nicht davon ausgegangen werden, dass nur weil Feminismen Position für eine marginalisierte und nicht privilegierte gesellschaftlich konstituierte Gruppe ergreifen, bzw. „als Frauen“ von Unterprivilegierung und Marginalisierung betroffen sind, vor eigener Machtausübung und Unterdrückung, sowie der Reproduktion herrschender Verhältnisse, gefeit wären (vgl. Holland-Cunz 2003). Feministinnen, bzw. Frauen, ständen, wenn so gedacht wird, jenseits der Macht und müssten diese – als Ausdruck des patriarchalen „männlichen“ Prinzips – per se ablehnen und könnten dies auch. Dem zu Grunde liegt eine recht enge und funktionalistische Machtdefinition, die *Angela Dunker* (1996: 18f.) als für die Anfänge der autonomen Frauenbewegung in den 70-ern charakteristisch beschreibt, in polarisierenden Debatten um Autonomie und Institution aber immer wieder aus der Mottenkiste gezaubert wird. Angenommen wird hier nämlich, dass Macht nicht mehr oder weniger sei, als die Herrschaft „der Männer“ zur Schaffung und Erhaltung des Patriarchats (und/oder anderer Herrschaftszusammenhänge). Macht sei ausschließlich unterdrückend und spezifisch ein Instrumentarium zur Unterdrückung von Frauen. Daraus folgt die Prämisse, dass das Verhältnis von Feministinnen zur Macht immer ein ablehnendes sein müsse, um sich jenseits von Macht (= Männergewalt) positionieren und ihr entkommen zu können. Jede Teilhabe an Macht – und Institutionalisierung bedeutet ein solches Hineingehen in vorhandene Strukturen und

damit Partizipation – komme bei dieser Machtkonzeption einem zu verurteilenden „Verrat“ an feministischen Positionen gleich. Gefordert werden müsste stattdessen Autonomie und Separation. Autonome Räume seien Weg und Ziel feministischer Politiken. Doch ist Macht differenzierter zu betrachten, und Frauen standen und stehen nie außerhalb, da ihre „ambivalente Integration“ notwendig und grundlegend für die Organisation von Gesellschaft ist (Sauer 1994: 111 in Rekurs auf Carole Pateman). Gerade ihre Marginalisierung und die Abwertung der von Frauen vollzogenen Tätigkeiten beweist, wie sehr sie „integrierter“ (weil mitgedachter, notwendiger und gerade von (Definitions-)Macht nicht ausgeschlossener) Teil von Gesellschaft sind. „Integration“ hat nichts mit Gleichheit zu tun. Die Konstruktion der „Klasse Frau“, ihre Subordinierung, sowie die Hierarchisierung und damit Konstituierung „Anderer“ mit spezifischen Bedeutungen und Zuschreibungen versehenen Personengruppen aufgrund sozialer, ökonomischer, sexueller, „körperlicher“, rassistischer... Kategorien, ist Teil und Produkt der Gesellschaftsstruktur. In dem Sinne stehen Frauen alles andere als jenseits von Macht (vgl. ebda.). Ansonsten würde ja ihre Unterdrückung auch nicht fruchten! Mächte sind „Produzenten eines Produktes“ (Foucault 1999: 178) und hervorbringend. Die oben genannten Kategorien selbst (Frau, Mann, Klasse, Ethnizität, Sexualität...), sowie ihre gesellschaftliche Positionierung in einer ökonomischen wie auch symbolischen Ordnung, sind Produkte gesellschaftlicher Machtverhältnisse und nicht deren Grundlage.

Abgesehen von der oben beschriebenen prinzipiellen Problematik des Denkens eines „Außerhalb“ fungiert die Polarität von Institution (drinnen) und Autonomie (draußen) als Werkzeug, um von Kritiken abzulenken. Wie so oft ist auch diese vermeintlich banale Polarität alles andere als einfach und eher konstruiert sich gegenseitig bekämpfender politischer Positionen. Dahinter stehen meist recht wenig reflektierte Begriffe und Politikverständnisse. Ein Beispiel für die Funktion bzw. Funktionalisierung der Dichotomie sei zur Anschauung angeführt. *Gertraud Jungblut* (Kubes-Hofmann/Wohofsky 1998: 34f.) schreibt, dass der Autonomie-Gedanke bei vielen zu einem totalen Rückzug in „Landhäuser“ und „Spiritualität“ geführt hätte und damit der Anspruch auf gesellschaftliche Veränderung aufgegeben worden wäre. Ich bin alles andere als eine Freundin von Spiritualität und Esoterik, der Aussage, dass Spiritualität und teilweise auch der Rückzug in Landhäuser nichts mit Kritik und Gesellschaftsveränderungen zu tun

haben, stimme ich absolut zu. *Jungbluts* Begriff von Autonomie aber verstehe ich nicht. Mir scheint, als würde sie das Verhältnis von Institution und Autonomie denken wie die patriarchale Dichotomie von Öffentlich und Privat, mit all ihren geschlechtlichen Implikationen: hier die Politik, die Institutionen und der Staat, dort Landhäuser und Selbstfindung, sprich Politikverzicht⁷⁴. Durch die so begriffene Dichotomie werden einerseits viele gesellschaftliche Felder von vornherein als „privat“, unpolitisch und damit nicht beachtenswert eingestuft. Das Politikverständnis auf der anderen Seite bleibt „klassisch“ und sehr eng, beschränkt auf die Strukturen, Institutionen und „traditionellen“ Themenbereiche des Staates. Mit solch einer einem patriarchalischen Denken verhafteten, unzulässig vereinfachenden, Konzeption von Autonomie und Institution können Fragen, wie die nach der Affirmation feministischer Projekte, meines Erachtens nach nicht geklärt werden. Die Frage der Institutionalisierung ist ein Faktor neben anderen und keinesfalls selbst erklärend. Eine Reduktion der Probleme des Kritikverlustes und der Affirmation auf die Institutionalisierung der betreffenden Projekte würde meiner Meinung nach eher verharmlosen und vereinfachen, als Probleme anzusprechen, zum Thema zu machen und Möglichkeiten für Widerspruch zu schaffen. Institutionalisierung ist nicht per se „böse“. Schließlich kann es theoretisch gesehen auch subversiv sein, staatliche Stellen „anzuzapfen“, um finanzielle Mittel für feministische Projekte zu sichern. Im Sinne gesellschaftlicher Umverteilung von Reichtum und Ressourcen zu Gunsten von Frauen und feministischen Projekten wäre dies notwendig und unterstützenswert. Vor allem dann,

wenn sie (die Institutionalisierung, *Anm. NiSt*) einher geht mit gleichzeitigen radikalen Forderungen und kompromisslosen Regelverletzungen auf gerade nicht ausgehandelten Politikfeldern. Sie (die Anpassung um des lieben Geldes Willen, *Anm. NiSt*) muss, bewusst reflektiert und kritischer Überlegung ausgesetzt, nicht notwendig zur Anpassung an die oder zur Integration in die etablierten Politikformen, -organisationen und -inhalte und damit zur gesellschaftlichen Wirkungslosigkeit führen. (Nienhaus 1993: 52f)

Es geht nicht darum, das eine – Institutionalisierung und Frauenpolitik – gegen das andere – Autonomie und autonome Frauenbewegung – auszuspielen oder die beiden Wege als jeweils ausschließlich und jeweils „einzig wahr“ zu begreifen. „Opposition und Beteiligung müssen (...) nicht als unvereinbare Strukturen des Umganges mit dem Prinzip männliche Herrschaft betrachtet werden“. (Kurz-Scherf 2002: 43) Unter anderem, weil Frauen immer auch in die Strukturen involviert sind, „gegen die sie opponieren“ (ebda.).

⁷⁴ Kritisch zu dieser dichotomen Setzung vgl. auch Nienhaus 1993: „Die ‚institutionelle‘ Unabhängigkeit der Frauenprojekte von den bisherigen Formen und Organisationen des Politischen aber als ‚Gleichgültigkeit gegenüber Politik, als Politikverzicht‘ (Kraushaar 1978, 51) oder als Eskapismus mißzuverstehen, bedarf es schon einiger abstrahierender Überanstrengung.“ (Nienhaus 1993: 47f)

Auch kann das eine schwer mit den Maßen des anderen gemessen werden. Frauenpolitik-Verfechter_innen werfen autonomen Frauen vor, naiv (weil nicht pragmatisch), unkonstruktiv (weil nicht involviert), ablehnend, nichts verändernd und also nicht „erfolgreich“ zu sein. Autonome Frauen kritisieren an den Institutionen-Frauen, dass sie sich an den „herrschenden Spielregeln und Maßstäben“ (Bernhard in Kubeshofmann/Wohofsky 1998: 83) ausrichten⁷⁵. Doch ist die „Unkonstruktivität“, im Sinne eines widerständigen Nicht-Mitarbeitens an einer patriarchal-kapitalistischen Gesellschaft, und die Verweigerung, ein funktionierendes Rädchen einer ungleichen Gesellschaft zu sein, der einen, sowie das Mitspielen der anderen, eine Grundüberlegung der jeweils gewählten Politikstrategie von autonomer Frauenbewegung bzw. Frauenpolitik. Sich genau diese Strategien gegenseitig vorzuwerfen, erweckt letztlich den Eindruck, dass es darum geht, sich gegenseitig die Existenzberechtigung abzuspochen. Das geht jedoch am Ziel vorbei und es gäbe Wesentlicheres zu kritisieren, als die prinzipielle Existenz des jeweils anderen. Denn diskutiert werden müssen die Inhalte, die eigenen Ansprüche und die Frage, ob die vertretenen Politiken überhaupt noch dem Vorhandenen gegenüber kritisch sind, sie feministisch sind, und ob die eigene Beteiligung und Involviertheit, die eigene stabilisierende Rolle, reflektiert wird. Und ob sich das, was als Ziel gesetzt wurde, verändert hat und womöglich unbemerkt und unhinterfragt mittlerweile in eine ganz andere Richtung geht und in Affirmation umgeschlagen hat. Wenig wesentlich erscheint mir vor dem Hintergrund all dieser anstehenden politischen Fragen das Festhalten an Dichotomien und Revierkämpfen. Denn das Problem der Affirmation herrschender Verhältnisse beschränkt sich nicht nur auf die feministischen Projekte, die als institutionalisiert gelten, wiewohl die Frage sich dort dringlicher stellt. Spannender wäre es, von der ausschließenden Dichotomie von Institution und Autonomie, Drinnen- und Draußensein, wegzugehen, und die Notwendigkeit feministische Strukturkritik ins Zentrum der Debatten zu rücken – diese kommt wie ich finde überall zu kurz. Weder sind autonome feministische Zusammenhänge aufgrund ihrer Nicht-Integration „per se“ Horte kritischen Denkens, noch bedeutet jedwede Form von Institutionalisierung die aufopfernde Aufgabe jedweden feministischen Anspruchs. „Inklusion“ reifiziert immer in einem bestimmten

⁷⁵ Alice Pechriggl (2002: 164) weist darauf hin, dass der Anspruch auf Autonomie und Selbstbestimmung es eigentlich „erlauben“ müsste, dass Frauen Karriere machen und „Mitspielen“, sofern sie das wollen und sich selbst dafür entscheiden. Solche inneren Widersprüche werden aber selten zum Thema gemacht, lieber wird auf die „Innenfeindin“ Institution bzw. Autonomie geschimpft.

Maße herrschende Ordnungen, in dem diese als solche anerkannt werden, kann aber auch mehr sein. Zum Beispiel ergibt sich daraus die „reale Chance zur Durchsetzung politischer Strategien“ (Lang 1994: 224). Diese Chance auf Veränderung wird sich allerdings nur dann ergeben, wenn institutionalisierte feministische Politiken kritisch bleiben:

Chancen werden feministische Anliegen, Theorien und Praxen nur dann haben, wenn sie institutionen- und strukturkritisch die bestehenden Formen auf ihre impliziten Exklusionsstrategien hin analysieren und die in Formen geronnenen patriarchalen Spielregeln entschlüsseln und skandalisieren. (Lang 1994: 223f.)

Strategien der Teilhabe sind nicht gleichzusetzen mit der Aufgabe eines kritischen Verhältnisses. Wenn im Zuge solcher Strategien aber eine strukturkritische Perspektive, die Normen hinterfragt, vernachlässigt wird, oder vergessen wird, dass gerade Teilhabe „notwendigerweise der Ergänzung durch und der Einbindung in Opposition“ (Kurz-Scherf 2002: 43) bedarf, so schlägt eine Institutionalisierung schnell in Affirmation um, aus einem strategischen Mitspielen wird dann ein Dabeisein zum Selbstzweck. Wenn herrschende Spielregeln – die strukturellen Garantinnen für Patriarchat, Kapitalismus und sonstige Ungleichheitsregime – nicht hinterfragt werden, führt dies dazu, dass bestehende Exklusionsstrategien bestätigt werden und ihnen zugestimmt wird (El Tayeb 2004). Und diese kritische (Selbst-)Hinterfragung ist das, was aktuell bei vielen feministischen Konzepten, die alles andere als zufälliger Weise dann auch recht „erfolgreich“ im Sinne ihrer Integration in den *Mainstream* sind, nicht festzustellen ist.

Weil das Verhältnis von Drinnen und Draußen, von Partizipation und Opposition, von Mitspielen und Kritik ein ambivalentes ist, es keine Garantien dafür gibt, sich nicht affirmativ zu verhalten und einen Status Quo mit all seinen Ungleichheiten zu reproduzieren, ist ein kritisches Verhältnis – sich selbst gegenüber wie umso mehr alldem gegenüber, was als hegemonial und selbstverständlich gilt, und dazu zählen mittlerweile auch einige frauenpolitische/feministische Aspekte, und seien diese auch auf Fragen der *Political Correctness* reduziert – ständig von Nöten. Würden Feministinnen aufgrund ihres Geschlechtes oder ihrer Politiken außerhalb des Patriarchats stehen, so wären sie auch nicht von dessen Zwängen und Normen betroffen. Da sie das aber sind, sind sie notwendiger, weil z.B. ausgebeuteter, Teil der Gesellschaft. Das ermöglicht überhaupt erst eine Sprechposition, birgt aber immer die Gefahr, Bekanntes und Sozialisiertes zu affirmieren, anstatt sich kollektiv, so weit möglich, kritisch mit den eigenen Selbstverständlichkeiten auseinanderzusetzen. Denn genau da beginnt eine

Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Normen, die sich uns allen einschreiben und als symbolische Ordnung Denken, Handeln, Bedeutungen und spezifische Lesarten nahe legen und andere verwerfen. Wenn institutionalisierte Feminismen aufgrund ihrer Angepasstheit kritisiert werden, so muss es darum gehen: um eine kritische Auseinandersetzung mit Normen, die übernommen und affirmiert werden. Und nicht darum, ein vermeintliches konstruiertes „Anderes“ vorzuhalten, das als völlig autonomer und autarker Raum einem „Gang in die Institutionen“ vorzuziehen wäre. Von dem Weg, in die Institutionen zu gehen, um diese zu transformieren und/oder zu unterwandern, kann frau halten was sie will. (Wie meist gibt es auch dazu Alternativen, von „Sachzwängen“ kann also keine Rede sein, wohl aber von verschiedenen politischen Strategien, die sich nicht unbedingt ausschließen, sondern auch nebeneinander stehen können.) Darüber wurde und wird, wie ich finde zu Recht, viel diskutiert. Doch geht es bei einer Kritik an institutionalisierten feministischen Projekten auch nicht *immer* um die viel geliebte „Grundsatzfrage“, also um den gewählten Weg der Institutionalisierung. Das ist oft gar nicht der primäre konkrete Vorwurf – es wäre auch tautologisch einem institutionalisierten Projekt seine Institutionalisierung vorzuwerfen. Zumeist geht es doch um das „Wie“. Denn ein Weg kann kritisch begangen werden oder eben auch nicht, „Erfolg“ kann bedeuten, gesellschaftliche Veränderungen erreicht zu haben, oder aber auch schlicht und einfach die Anerkennung im Mainstream.

Wenn schon feministische Partizipation, dann müsste sie also eine *dissidente* sein (zur treffenden Wortkonstruktion *Dissidente Partizipation* siehe Sabine Harks gleichnamiges 2005 erschienenes Buch), eine, die nicht blind zustimmt, sondern kritisch hinterfragt und auch „nein“ sagen kann. Keine Frage, das ist ein ziemlich schwieriges und anstrengendes Unterfangen. Eine Partizipation, die trotz aller Widersprüche ein kritisches Verhältnis nicht aufgibt, indem sie Widerspruch übt. Darin zeigt sich aber gleich die nächste Ambivalenz. Ist, im Sinne *Pierre Bourdieus*, nicht jede Partizipation auch eine Anerkennung vorhandener Strukturen und Bedeutungen? Selbst dann, wenn Personen darauf aus sind, „die Kräfteverhältnisse in diesem Feld umzustürzen“ (Bourdieu 1998: 142⁷⁶), erweisen sie diesem Feld, und damit auch seinen Normen und Bedingungen, ihre Anerkennung. Denn „[i]n einem Feld Revolution machen zu wollen, heißt, das Wesentliche anzuerkennen, das

⁷⁶ Zitiert nach Hark 2005: 60

von diesem Feld stillschweigend vorausgesetzt wird, nämlich dass es wichtig ist, dass das, was dort auf dem Spiel steht, wichtig genug ist um einem (und/oder einer, *Anm. NiSt*) Lust auf Revolution zu machen“ (ebda.⁷⁷). Aber gerade deswegen, gerade weil die Frage von Zustimmung und Ablehnung eine schwierige und ambivalente ist, müssen feministische Projekte, umso mehr wenn sie als erfolgreich und etabliert gelten, zur (Eigen-)Verantwortung gezogen werden. Feministische Projekte sind letztlich „kritisch an ihren eigenen Ansprüchen zu messen“ (Nienhaus 1993: 49), nicht um einer abwertenden und vereinfachenden Dichotomie Vorschub zu leisten, sondern um sich einen kritischen Blick zu bewahren. Sie sind

daraufhin zu beobachten, wie es um die Setzung eigener Normen, die positive Identifikation mit Frauen, die individuelle Selbstverwirklichung, die Absage an Hierarchie und zentralistische Organisationsformen um die Konkretisierung von Utopie herrschaftsfreien Lebens und Arbeitens bestellt ist. Wer aber solche Prüfung vornimmt, misst selbstverständlich auch mit ihrem bzw. seinem eigenen Maßstab auf dem Hintergrund eigener Utopien, pragmatischer Ansprüche und/oder Anpassungen an die bestehenden gesellschaftlichen Realitäten. (ebda.)

2.4. (K)Eine Definition(en). Zu den Begriffen Feminismus und Gender.

Gender can be means of distinguishing one's work from the special pleading associated with feminism, or it can serve to disguise the explicit feminist aims of scholarly projects – in either case it is “feminism”, not “gender” that is at issue. (...) Gender does not pose comparable controversy. (Scott 2001: 31)

Auffällig und keineswegs zufällig mag erscheinen, dass in diesem Kapitel, in dem es um Kritik bzw. Debatten um Kritik geht, öfters von Feminismen oder dem Attribut feministisch zu lesen ist, als zuvor. Die Projekte, anhand derer politische Ambivalenzen, Entpolitisierungen und eine „affirmative Wende“ beispielhaft aufgezeigt werden sollen, nennen sich bezeichnenderweise *Gender Studies* und *Gender Mainstreaming* und nicht *Feminist Studies* oder *Feminism Mainstreaming*. Was implizieren diese Begrifflichkeiten, was will damit zum Ausdruck gebracht werden und welche Debatten, Widersprüche und Transformationen zeigen sich? Einige Überlegungen dazu habe ich schon andernorts angestellt, ich denke aber, dass hier Raum dafür sein sollte, diese Überlegungen zusammenzufassen und noch einmal explizit zu machen, auch auf die Gefahr hin, mich zu wiederholen. Denn die Frage der Verwendung der Begriffe *Feminismus* und *Gender* hat viel mit Debatten um feministische Kritik bzw. deren Transformation bzw. der Transformation von Feminismus „itself“ zu tun.

⁷⁷ Zitiert nach Hark 2005: 60

Im Gegensatz zu Feminismus, dessen politischer – zumeist abwertend als „ideologisch“ bezeichneter – Inhalt und dessen transformatorischer Gesellschaftsanspruch nicht zu bestreiten sind, und auch nicht bestritten werden, tritt Gender oftmals als vermeintlich „neutrale“ Bezeichnung für ein Forschungsgebiet, empirisch fassbare – „beobachtbare“ – Phänomene oder eine spezifische Perspektive in Erscheinung. Damit ist ein schwieriges Verhältnis benannt, das zumindest die „neue“ Frauenbewegung seit ihren Anfängen beschäftigt. Lange bevor sich die Debatte um Begriffe wie Gender und Feminismus zuspitzte, wurde Ähnliches unter den Begriffen *Politik* versus *Wissenschaft* diskutiert. Politik und Wissenschaft fungieren hier zwar als abgrenzende Begriffe zwischen zwei von einander getrennt gedachten gesellschaftlichen Feldern, was auch immer von dieser Trennung gehalten werden will, und unterscheiden sich dadurch von dem Verhältnis, in dem Gender zu Feminismus steht, da dieses eher unterschiedliche politische Zugänge beschreibt, denn versucht, Gesellschaftsbereiche voneinander zu trennen und ihre jeweilige Autonomie und Eigenlogik zu betonen. Doch lassen sich die gebrachten Argumente und geführten Diskussionen vergleichen.

So zum Beispiel die in Anschluss an die Postulate von *Maria Mies* (1978) entstehende Diskussion über das Verhältnis von Frauenbewegung als politische Praxis und Frauenforschung als kritische Wissenschaft. Während Mies die völlige Aufhebung der Trennung von Wissenschaft und Politik forderte, kritisierten andere⁷⁸, dass damit den produktiven und sich ergänzenden, aber nicht gleichzusetzenden, Eigenlogiken feministischer Politik und feministischer Wissenschaft nicht gerecht würde (z.B. Thürmer-Rohr 1988) und eine kritische Wissenschaft sich selbst beschränkt, wenn sie sich einem politischen Primat unterwirft, das darauf hinausläuft, dass Wissenschaft „nur“ mehr der Praxis hinterher forscht (vgl. Holland-Cunz 2003⁷⁹). Feministische Wissenschaft wäre

⁷⁸...neben vielen anderen problematischen Aspekten in Mies' Postulaten, wie beispielsweise dem Rekurs auf ein homogenes Subjekt „Frau“ oder dem Voraussetzen einer gemeinsamen und universellen „weiblichen“ Erfahrung, die es allen Frauen ermögliche, füreinander Partei und Standpunkt zu ergreifen. Damit wird jedwede ökonomische und aufgrund von Herkunft geschaffene Differenz zwischen Frauen ignoriert und reproduziert.

⁷⁹ *Barbara Holland-Cunz* (2003: 16) meint auch aktuell noch eine „Dominanz des Politischen“ als Anspruch im Kontext der Frauen- und Geschlechterforschung auszumachen. Diese bestehe, so Holland-Cunz, unerschwerlich fort und werde weder kritisch reflektiert noch revidiert. Ich selbst würde ja das gegenteilige Attest ausstellen, dass nämlich gerade im Zuge der Etablierung der Gender Studies eine enorme Entpolitisierung passiert ist. Und zwar keine reflektierte, die, wie es Holland-Cunz fordert, sich und die frauenbewegte Praxis selbst reflektiert und sich damit auch von ihrer „ungeliebten Schwester“ (Metz-Göckel 1987) namens Frauenbewegung emanzipieren muss. Die festzustellende Entpolitisierung ist nicht mehr und

dann nichts anderes als Politikberatung und Unterfutter für die Frauenbewegung. Gleichzeitig sollte feministische Wissenschaft aber auch nicht auf „herkömmliche“ patriarchale Wissenschaft und ihre Behauptung unpolitischer und universaler Objektivität zurück geworfen werden. Feministische Wissenschaft tanzte also von Anfang an zwischen zwei Abgründen: der Reduktion auf ihre Beraterinnenfunktion für feministische Praxis/Bewegung und der Reduktion auf Kriterien „objektiver“ patriarchaler Wissenschaft, also der Reproduktion eines herrschenden Wissenschaftsverständnisses und -betriebes. Innerfeministische Auseinandersetzungen liefen auf verschiedensten Ebenen:

Zwischen „Staatsfeminismus“ und Frauenbewegung, aber auch zwischen denjenigen, die Frauenforschung zu betreiben begannen, ohne ihre Orientierung an Zielen der Frauenbewegung und ihren Zusammenhang mit politischen Aktionen und praktischer Arbeit in Frauenprojekten ernst zu nehmen, stattdessen erstrangig das Ziel der Institutionalisierung und der curricularen Strukturierung „frauenspezifischer“ Lehre verfolgten; und denjenigen, die die Impulse ihres wissenschaftlichen Interesses und Engagements primär aus einer außeruniversitären feministischen Praxis bekamen: Nur scheinbar ein Konflikt zwischen Theoretikerinnen und Praktikerinnen. (Thürmer-Rohr 1988: 123f.)

Aktuell diskutierte Fragen von Feminismus als politisch-kritischem Denken und Handeln und Gender als „erfolgsversprechender“, weil im herkömmlichen Wissenschaftsbetrieb eher integrierbarer, Forschungskategorie sind alles andere als „neu“, sondern altbekannt und begleiten als strukturelle, aber auch produktive und spannende, Ambivalenz feministisches Agieren, wenn auch immer (wieder) anders⁸⁰. Ebenso wie der Konflikt nur scheinbar entlang der Achse Theoretikerinnen versus Praktikerinnen verläuft, verläuft er zwischen „Politik“ und „Wissenschaft“ – was auch immer unter dieser meiner Meinung nach problematischen Trennung, die ein abgrenzbares Politikfeld und eine politiklose Wissenschaft suggeriert, verstanden wird. Viel eher ist ein Konflikt zwischen *Kritik* und *Affirmation* auszumachen. Und kritisch bzw. affirmativ können sowohl Frauenbewegung als auch feministische Wissenschaft sein. Passend erscheint hier wieder einmal die von *Nancy Fraser* so treffend beschriebene Unterscheidung zwischen affirmativen und transformativen Politiken (Fraser 1995 bzw. 2001). In dem Sinne ist die Behauptung, dass „Frauenforschung (...) gleichbedeutend mit Widerstand [war]“ (Thürmer-Rohr 1988: 123) ebenso absurd, wie das Denken, dass Hierarchien aufgelöst werden, nur weil sie in einem

nicht weniger als ein Kritik- und Gestaltungsverlust. Es ist die Aufgabe des Anspruchs, engagierte Wissenschaft zu sein. Von der von *Donna Haraway* geforderten Blasphemie ist in den Gender Studies leider nichts zu finden. Es ist viel mehr eine Loyalität zu universitär- patriarchalen Strukturen festzustellen, disloyal wird sich höchstens zu feministischer Strukturkritik verhalten.

⁸⁰ Umso absurder erscheinen die Diskussionen, die meinen, der mit dem Begriffswechsel zu Gender vollzogene unkritische *Turn* sei auf das urplötzliche Auftauchen „postmoderner“ Theorien und Praxen zurück zu führen.

Forschungsprozess zu Gunsten einer vermeintlich gemeinsamem „Frauensolidarität“ ignoriert werden, oder dass mit Gebrauch des Wortes *Gender* automatisch jedwedes kritische Anliegen verfolgt sei.

Und trotzdem kommt mit dem Wechsel der Begriffe, mit dem festzustellenden Gender-Hype, eine Veränderung zum Ausdruck, die allerdings, was aber oft so vermittelt wird, keine gänzlich neuen Ambivalenzen auf den Tisch bringt. Vielleicht aber zeigen sich hier Transformationen des feministischen Feldes in einem neuen und bisher nicht gekannten Ausmaß. Das ergibt sich auch aus der Situation, dass bestimmte feministische Wissenschaften und Politiken so institutionalisiert sind, wie noch nie zuvor. Aufgrund dieser vorangeschrittenen Institutionalisierung schlagen Veränderungen mittlerweile etwas größere Wellen. Der Bezeichnungswechsel von Feminismus zu Gender steht nicht nur für theoretische Einsichten und das Eingehen auf berechtigte Kritiken am Bezugsobjekt „Frau“⁸¹, weswegen das Weggehen von Begriffen wie „*Frauenforschung*“ und „*Frauenförderung*“ erklärbar ist, aber nicht der Verzicht auf die *politische* Kategorie des Feminismus. Die Kritik an vermeintlich biologischen Kategorien scheint manchen sogar nur als Vorwand zu dienen, um sich vom politischen Projekt des Feminismus begrifflich, und in einem nächsten Schritt völlig, verabschieden zu können. Ohne allerdings diese wichtige Kritik, die in erster Linie eine politische Kritik ist, allzu ernst zu nehmen. Denn eine tatsächlich spannende Weiterentwicklung und Ausweitung feministischer Kritik im Sinne einer produktiven Auseinandersetzung mit verschiedenen und ambivalenten feministischen Denk- und Handlungskonzepten, ist leider rar. Da dies der Fall ist, bleibt nur noch eines, nämlich dass der Gender-Hype Symbol für einen Politikwechsel ist, der eng mit Entpolitisierungen und Affirmation verbunden ist. *Gender Studies* verstehen sich in Selbst- wie auch in Fremdefinitionen nicht primär als *politische* Intervention, deren Ziel die Abschaffung Frauen und andere diskriminierender ökonomischer, symbolischer und kultureller Ordnungen ist. „Vom Anfangs leidenschaftlich vertretenen Anspruch der

⁸¹ Darauf, dass dieser Anti-Biologismus und Anti-Essentialismus durch die Trennung von Sex (vermeintlich biologisches Geschlecht) und Gender (soziales Geschlecht) sogar eher bestätigt, jedenfalls nicht unbedingt hinterfragt wird, verwies unter anderem *Judith Butler* (2001). Auch *Joan Scott* plädiert deswegen mittlerweile dafür, das Denken von „Gender“ aufzugeben. „Die Unterscheidung in biologisches Geschlecht und soziales Geschlecht, wie sie von der Mehrheit der US-Feministinnen entwickelt und angewandt wurde, ließ die Körper, auf denen die sozialen Konstruktionen aufbauten, als irgendwie ‚natürlich‘ und entsprechend unhinterfragt links liegen. Damit aber blieb deren ‚naturhafter‘ Status unbestritten. Die Folge davon war, dass die Vorstellung eines biologischen Geschlechtes weiterhin die Klarheit unterlief, die man sich von der Vorstellung eines sozialen Geschlechtes – von Gender – versprochen hatte.“ (Scott 2001: 43)

„Herrschaftsabsage“ beziehungsweise Herrschaftskritik (...) ist in diesen (...) Selbstbeschreibungen nur noch vage die Rede“. (Hark 2005: 257f.) Diese Kritik und Absage an herrschende Normen war aber der politische Impetus, weswegen Feministinnen in die Universitäten zu gelangen versuchten und weswegen es zu den ersten Frauensommeruniversitäten kam (ebda.: 259). Denn Emanzipation wurde nicht nur als Verknüpfung individueller sowie gesellschaftlicher Veränderung gedacht (ebda.: 251), sondern konstitutiv für das „Projekt feministischen Wissens war (...), dass ein Zusammenhang besteht zwischen den herrschaftsförmig verfassten Gesellschafts- und Geschlechterverhältnissen und der modernen Wissenschaft“ (ebda.: 254). Doch eben dieser Zusammenhang scheint in Vergessenheit geraten zu sein, wenn heute oftmals der Eindruck entsteht, dass Gender deswegen Begriffe des Feminismus ersetzt, weil damit eher der Anschein wissenschaftlicher Adäquatheit erfüllt wird. In dem Sinne ist Gender auch eine Positionierung gegen Feminismus, dem sein politisch-ideologischer und damit wissenschaftlich „verwerflicher“ Zugang vorgehalten wird. Gender bezeichnet dann den unpolitischen, also „neutralen“ und einem patriarchalen Wissenschaftsverständnis entsprechenden, Forschungszugang. Dessen Themen sind zwar womöglich immer noch Geschlechterverhältnisse als Herrschaftszusammenhänge; Struktur, Methoden, Wissenschaftspolitiken und institutionelle wie inhaltliche Einbettung in altbekannte Zusammenhänge und vermeintlich unpolitische Objektivität, haben aber nichts mehr mit der von Feministinnen postulierten Herrschaftsabsage gemeinsam. Gender ist also auch ein Begriff der Anpassung und Anerkennung wissenschaftlicher Standards, oder wie es Joan Scott ausdrückt:

[F]or the most part, gender has acquired exactly that allure of social scientific neutrality that is meant to distinguish it from the politically engaged project of feminism and that guarantees its academic respectability. It has become a way of taking (or not taking) a position on the question of feminism, which is the contested term these days. (Scott 2001: 31)

Auch *Sabine Hark* stellt fest, dass die Bezeichnung Gender Studies vor allem dann benutzt wird, „wenn es gilt, wissenschaftliche Dignität zu demonstrieren oder eine im Unterschied zu Frauenforschung oder feministischer Wissenschaft größere analytische Reichweite, aber auch einen umfassenderen Gegenstandsbereich (...) zu behaupten“ (Hark 2005: 255f.). Die Gender Studies können sich so im inneruniversitären Ringen um Legitimität ihr eigenes Forschungsterritorium schaffen, ohne jedoch die damit vollzogenen eigenen Ausschlüsse und die damit affirmierten Gepflogenheiten „moderner“ westlicher Wissenschaft in Frage zu stellen oder auch nur zu bedenken. So wird auch im Kontext der Gender Studies das

antifeministisch Klischee, bei Feminismus handle es sich ja nur um platte Ideologie und politische Vereinnahmung, weswegen Feminismus in den hehren Hallen objektiver und neutraler – unpolitischer – Wissenschaft keinen Raum haben solle, gerne zur Steigerung der eigenen Akzeptanz bedient (vgl. Hark 2005: 256). Wenn auch selten klar ist und explizit gemacht wird, was jeweils unter dem Begriff Gender verstanden wird – da unterscheidet sich die Verwendung des Begriffes Gender übrigens nicht vom Begriff Feminismus –, so ist der politische Hintergrund, warum von Gender und nicht Feminismus geredet wird, doch meist klar. Gender Studies zum Beispiel präsentieren sich „wahlweise als wissenschaftliche Fundierung, historische Fortführung oder auch kritische Überwindung von Feminismus bzw. Frauenforschung“ (ebda.). Angezeigt werden soll damit also vor allem eines: dass es sich bei den Gender Studies *nicht* um ein politisches, sondern um ein wissenschaftliches Interesse handelt. Die Entpolitisierung passiert nicht nur auf einer strategischen Ebene um möglichst viel Raum an beispielsweise den Universitäten zu gewinnen, sondern scheint auch der tiefsten Überzeugung der meisten Protagonistinnen zu entsprechen.

Wiewohl die Gründe, von *Gender* und nicht (mehr) von *Feminismus* zu sprechen divers sind, so ist die Konsequenz doch eher zu fassen und auf den Punkt zu bringen. Was passiert, ist, dass das Anmelden eines kritisch-politischen An- und Einspruches, was Feminismen in all ihren Widersprüchlichkeiten doch immanent ist, in der Rede von Gender nicht mehr „automatisch“ der Fall ist. Die politischen Kontroversen, die Begriffe von Feminismus produzieren, können durch diesen Begriffswechsel verloren gehen bzw. müssten weitaus stärker explizit gemacht werden. Ansonsten besteht die Gefahr, dass Gender nicht mehr oder weniger ist/bleibt/wird als ein Forschungsfeld neben anderen wie Numismatik oder Rechtsgeschichte, mit einem Schwerpunkt auf ein spezifisches gesellschaftliches „Detail“ – Gender –, aber ansonsten „klassische“ Wissenschaft ist. Oder dass Gender nicht mehr oder weniger ist als ein statistisches Moment, das festzuhalten und zu untersuchen ist, wenn die aktuelle „Realität“ adäquat erfasst werden will. Herrschaftsverhältnisse geraten so eher nicht in den Blick, ganz zu schweigen von ihrer Kritik. Ein kritisches Verhältnis ist dem Begriff Gender nicht eingeschrieben, ebenso wenig ein politischer und gesellschaftlich engagierter Anspruch. Das heißt nicht, dass alles

wo Gender drauf steht unkritisch und dem eigenen Anspruch nach unpolitisch sei⁸². Es heißt aber, dass die „Karriere“ des Gender-Konzeptes damit leicht erklärbar wird und nicht unbedingt viel mit dem Ankommen feministischer Kritiken im „Herzen“ der Gesellschaft zu tun hat.

Nach diesem kurzen – mir aber wesentlich erscheinenden – Ausflug in feministische Auseinandersetzungen um Kritik möchte ich nun wieder zu „meinen“ Projekten – den Gender Studies und GM – zurückkommen. Obige (theoretische) Diskussionen finden sich teilweise im nächsten Teil auf einer beispielhafteren Ebene wieder. Bei anderen Inhalten ging es mir darum, vereinfachende und allzu grob verallgemeinernde Schlüsse zu vermeiden, indem ich manchen Debatten mehr Raum gebe und sie expliziere. Nicht zuletzt um ihnen so widersprechen zu können. Um kurz zusammenzufassen und in das nächste – und letzte – Kapitel überzuleiten: Entscheidend ist für mich, wie schon gesagt, das prinzipielle Vorhandensein von Strukturkritiken in feministischen Theorien und Praxen. Das heißt nicht, dass ich prinzipiell alle Debatten um Kritik, sowie all die Varianten feministischer Herrschaftskritik unterstützenswert finde, sehr vieles (z.B.: „Weiblichkeit“ zementierende Matriarchatstheorien oder essentialistische Zweigeschlechtlichkeit zelebrierende Differenztheorien) finde ich äußerst kritikwürdig. Aber auch wenn ich mit vielen Ausformungen und Auslegungen dieses kritischen Verhältnisses, das Feminismen zum Bestehenden haben, wenig anfangen kann, ja vieles problematisch und reaktionär finde, so ist es doch ein anderes Dilemma und ein qualitativer Unterschied, wenn nun ein Projekt wie GM als feministisch gilt, das sich um ein kritisches Verhältnis gar nicht schert, bei dem Normen nicht einmal von Interesse sind und also *zwangsläufig* unberührt bleiben. Genau bei diesem „kritischen Punkt“ tun sich nämlich die Ambivalenzen auf zwischen Feminismus als politischer Kritik und „etablierten“ feministischen/frauenpolitischen Konzepten und Projekten⁸³, denen, so meine These im nächsten Kapitel, Strukturkritik und

⁸² Joan Scott dagegen meint, dass eine potentiell kritische Lesart des Begriffes Gender nur da noch zulässig ist, wo das Konzept Gender weniger debattiert und weniger konkret mit Inhalten befüllt ist, es auch keine adäquaten Übersetzungen gibt: “Gender may still provide a critical wedge in other countries, where there have been fewer feminist inroads in politics and the academy, particularly where there is no exact translation of the word“ (Scott 2001: 31).

⁸³ Die begriffliche Trennung von Frauenpolitik und feministischer Politik, bzw. das, was ich hier in dieser Arbeit so bezeichne und damit zum Ausdruck bringen will, ist nicht einfach. So ist *Gender Mainstreaming* kein sich konsequent und dezidiert als feministisch verstehendes und bezeichnendes Projekt – weder als Fremd- noch als Eigenbezeichnung. Doch wird betont, dass es in einer *Tradition feministischer und emanzipatorischer Politik* steht, sowie die Ideen und Konzepte der *politischen Frauenbewegung*

das kritische Verhältnis zum Bestehenden, und damit ein politisch transformativer und emanzipatorischer Anspruch, fehlen. Oder zumindest die Kritik soweit ins Hintertreffen gerät zugunsten eines relativ unkritischen Mitspielens in patriarchalen Strukturen und einer affirmativen Übernahme kapitalistisch- patriarchaler Konzepte, dass sie unsichtbar wird. Was im Endeffekt auf das gleiche hinaus läuft. Das führt in einem weiteren Schritt dazu, dass Hegemonien (re)produziert werden und herrschende Verhältnisse an Legitimität und Anerkennung gewinnen. Im Folgenden soll das affirmative Verhältnis der Projekte Gender Studies und GM an einigen Beispielen, einigen Begriffen und Konzepten und wie mit diesen (nicht) umgegangen wird, wie sie verwendet und wie ihnen (nicht) widersprochen wird und was das bedeuten kann, aufgezeigt werden.

entstammen. Dem würde ich persönlich zwar inhaltlich nicht zustimmen – oder mich jedenfalls fragen, so das denn so sei, was das dann noch zu bedeuten habe – übernehme dieses politische „Zugehörigkeitsgefühl“ zu feministischer Theorie und Praxis anfangs aber insofern, als ich im Laufe der Arbeit ja zu argumentieren versuche, welche Ambivalenzen eben das aufwirft. Sich einerseits in einer feministischen Tradition stehend begreifend aber andererseits die meiner Meinung nach wesentlichsten Aspekte dieser „Tradition“ – nämlich die strukturelle Kritik an politischen Verhältnissen – nicht übernehmend und ins Gegenteil zu verkehren. Da ich mich aber nicht ganz damit abfinden kann, Projekte wie *Gender Mainstreaming* oder *Gender Studies* als feministisch zu bezeichnen – auch wenn dies nur interimistisch ist – ist oft – wenn auch nicht durchgehend – von „feministisch – Schrägstrich – frauenpolitischen“ Projekten die Rede. Um einerseits auf diese Ambivalenz hinzuweisen aber andererseits auch aus dem einfachen Grund, dass ich es nicht anders zu bezeichnen wüsste.

3. Affirmation. Der ganz normale Wahnsinn?

GM ist ein „bahnbrechendes, ja revolutionäres Konzept der Geschlechtergleichstellung“ (Ute Behning 2001: 18⁸⁴)

*Aber unser Revoluzzer schrie:
„Ich bin der Lampenputzer
Diesen guten Leuchtenlichts.
Bitte, bitte, tut ihm nichts!“
(Erich Mühsam: Der Revoluzzer. Ausschnitt)*

Strukturelle Bedingungen herrschender Verhältnisse und damit auch – das scheint mir besonders wichtig – die eigenen Bedingungen, Kontexte und Verstrickungen zu hinterfragen und als Feld politischer Auseinander- und Widersetzung zu erachten, ist also untrennbar mit dem Projekt Feminismus verknüpft. Das bedeutet nicht, dass gerade der Aspekt der Selbstreflexion besonders verbreitet ist, auch feministische Politiken lassen diesen oftmals ins Hintertreffen geraten. Und doch ist er dem Projekt *theoretisch* eingeschrieben. Denn wenn ich Normen und Herrschaftsverhältnisse kritisch hinterfrage, also in einem kritischen Verhältnis zu Bestehendem stehe, so bleibt mir aufgrund der eigenen gesellschaftlichen Situiertheit im Endeffekt nichts anderes übrig.

Der Wille zum Funktionieren

Doch was passiert, wenn strukturelle Gesellschaftsverhältnisse aus dem Blick geraten? Das äußert sich vor allem darin, dass das, was als gesellschaftliche Norm gilt, nicht hinterfragt wird sondern versucht wird, Teil dessen zu sein, was als anerkannter Mainstream gilt. Normen zu übernehmen bedeutet, sich diese selbst zur Norm zu machen und in einen an ein feministisches Projekt gesetzten (Selbst-)Anspruch zu übernehmen. Damit integrieren sich diese Projekte aber gleichzeitig in die herrschenden (Un-)Verhältnisse, denen die affirmierten Normen entspringen, wie ungleich sie auch sein mögen. Dass dies der Fall ist, möchte ich versuchen, in diesem Kapitel beispielhaft aufzuzeigen. *Welche wohlbekanntesten kapitalistischen, patriarchalen, neoliberalen, an Leistung, Geschlechterdifferenz, Verwertungslogiken und Nützlichkeitsmaximen orientierten „Standards“ einer Mainstream-Gesellschaft finden sich in Konzepten, (Selbst-)Beschreibungen und Praktiken der Gender Studies und des GM wieder?* Diese Normen werden aufgrund ihrer unhinterfragten Übernahme in vermeintlich feministischen Projekten in ihrem natur- und sachzwanghaften Status nur bestätigt und weitertransportiert. Anstatt sie im Sinne

⁸⁴ Zitiert nach Schunter-Kleemann 2006: 39

feministischer Kritik zu subvertieren, zu unterwandern und zu verändern zu versuchen. Und vermittelt Kritik ihren Status zu ent-normalisieren und patriarchale – wie auch kapitalistische – Logiken als herrschende Ideologie und politische Ungleichheitsregime zu enttarnen und damit Lücken und Brüche aufzuzeigen, an denen Widerstand ansetzen könnte. Wenn dies feministische Projekte nicht tun, so sind sie, wie absurd dies auch klingen mag, *Öl im Getriebe des Patriarchats* und funktionierende, fleißige Rädchen in einer von Marginalisierung, Prekarisierung, Ökonomisierung, Individualisierung sowie von kontinuierlicher Ungleichheit und Diskriminierung, Ausbeutung und Unterdrückung gekennzeichneten Gegenwart. Sie helfen gar mit bei der Reformulierung und Modernisierung herrschender – zumeist alles andere als „moderner“ – Normen, die in Zeiten ökonomischer und sozialer Transformation neu angepasst werden müssen⁸⁵.

Ein kritisches Verhältnis besteht womöglich (sic!) zwar zu manchen *Inhalten* etablierten Wissens (vgl. Hark 2004: 76) – diese werden ergänzt (durch eine Genderperspektive), ausgetauscht und bestenfalls teilweise unterwandert –, allerdings viel weniger zu den *strukturellen* Mechanismen und Bedingungen der gesellschaftliche Felder, in denen GM und die Gender Studies aktiv sind. Wie Wissen zum Beispiel überhaupt entsteht, was wie wann und warum als Wissen und wissenswert und damit *wertvoll* gilt und sich etablieren und norm(alis)ieren kann, welche Ausschlüsse und Ausgrenzungen dies nach sich zieht und welche Herrschaft stabilisierende Funktion Wissen(schaft), jedenfalls unkritisch betrachtet (aber auch eine kritische Wissenschaft ist davon nicht ausgenommen), hat, ist nicht von Interesse. Ebenso wenig die herrschenden bolognakonformen Wissenschaftspolitiken oder eine verstärkte Prekarisierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Auch das Wissen um Geschlecht kann dazu beitragen, dass sich (Geschlechter)Herrschaft und vor allem heterosexuelle Zweigeschlechtlichkeit fortschreiben, ist alles andere als „per se“ subversiv. Stabilisierend ist es nämlich dann, wenn strukturelle Verhältnisse nicht hinterfragt und damit ent-normalisiert werden, wenn ein affirmatives Verhältnis zu Bestehendem besteht, wenn maximal Effekte zum Ausgangspunkt von Kritik werden, aber nicht deren historisches Gewordensein, wenn die

⁸⁵ Nur damit keine Missverständnisse entstehen: *Diese* Reformulierung stellt keine strukturellen Ungleichheiten und Ausschlüsse in Frage, sondern adaptiert sie um weiterhin funktional, effizient und profitabel zu sein, um also den Standards bestehender Gesellschaftsordnungen zu entsprechen und einen gesellschaftlichen „Konsens“ aufrecht zu erhalten. Mit Veränderung im Sinne emanzipatorischer Kritik hat dies freilich nichts zu tun.

Verhältnisse und Strukturen, die die politische, ökonomische und soziale Grundlage für gegenwärtige Ungleichheitsszenarien sind, als gegeben akzeptiert und damit (re)produziert werden (vgl. Fraser 2001: 23-66).

Ausflug I: Affirmation und/oder Mitspielen? Zwei Begriffe.

Ausdruck eines unkritischen, alles andere als subversiven Verhältnisses ist beides. Und trotzdem „lohnt“ eine kleine Unterscheidung⁸⁶, nicht zuletzt um klar zu machen, in welche Dimension von Kritikverlust sich begeben wird, wenn ein affirmatives Verhältnis konstatiert wird. Denn Affirmation bedeutet weit mehr, als „dabei sein“ und mitspielen. Was meine ich mit Affirmation? Verhältnisse zu affirmieren heißt, diese aktiv zu reproduzieren. Das geht noch einen Schritt weiter, als Grundlegendes „einfach“ unhinterfragt zu lassen (schlimm genug!). Denn Normen werden übernommen und in das eigene Denken und Handeln integriert. So werden (Herrschafts-)Verhältnisse bejaht und maximal einzelne Aspekte auszugleichen bzw. zu modernisieren getrachtet um als Kitt einer widersprüchlichen Gesellschaft zu fungieren. Feministische Projekte ordnen sich nicht „nur“ dem Mainstream unter, sondern gehen auch in ihm auf. Ein patriarchal-kapitalistischer Mainstream oder Teilaspekte von ihm sind nicht mehr zu trennen und zu unterscheiden vom feministischen Projekt selbst, da diese im Projekt unkritisch übernommen werden und zu einem Teil von diesem werden.

Was meint mitspielen, bzw. „normal“ im Sinne einer reibungslosen Integration in Bestehendes zu werden? Damit kommt ebenfalls eine Anpassung an hegemoniale Normen zum Ausdruck und doch ist der Ausdruck etwas schwächer als Affirmation. Es könnte zwar dasselbe gemeint sein, jedoch lässt „mitspielen“ auch die – selbstredend ebenso zu kritisierende – Möglichkeit offen, sich „durchzuschummeln“, also nicht kritisch (ergo unangenehm) aufzufallen, um letztlich Raum und Ressourcen für die eigene Kritik zu gewinnen. Mitspielen ist nicht unbedingt gleichbedeutend damit, nicht mehr kritisch zu sein. In bestehende Verhältnisse wird sich zwar ein- und untergeordnet, aber die damit verbundenen Ideologeme und Normen müssen nicht unbedingt aktiv internalisiert und in die eigenen Konzepte übernommen werden. Die eigene Aktivität, die eigene politische

⁸⁶ Für eine von vielen hilfreichen Diskussionen, unter anderem über diese kleine aber feine Unterscheidung, hier stellvertretend: merci Lena (und andere Freitags-Post-16h Kaffeetrinker_innen).

Entscheidung sowie der eigene stabilisierende Beitrag kommen nicht so deutlich zur Geltung wie wenn ich davon rede, dass feministische Projekte patriarchale Verhältnisse tatsächlich *affirmieren*. „Mitspielen“ und „Affirmieren“ sind zwei verschiedene Aspekte des Willens zu funktionieren und der „Absage an die Herrschaftsabsage“.

Gefragt werden muss also im Anschluss an Sabine Hark, die sich diese Frage bezüglich der „Disziplinierung“⁸⁷ von *Queer Theory* stellt, ob Gender Studies, GM bzw. feministische Projekte im Allgemeinen, „im Prozess (...) [sind], eine ‚normale‘ Disziplin (allgemeiner gesagt ein ‚normales‘ Anliegen oder Thema, eine ‚normale‘ Strategie oder Dienstleistung etc. *Anm. NiSt*) zu werden bzw. ob es bereits triftige Gründe gibt, die dafür sprechen, Queer Theory (oder andere dem Anspruch nach normalisierungskritische Projekte, *Anm. NiSt*) als ‚normale‘ Disziplin zu beschreiben?“ (Hark 2004: 68) „Normal“ in dem Sinne, als dass diese Projekte kritik- und reibungslos „dabei sind“, sie dem entsprechen, was zuvor schon die normativen Anforderungen waren und damit problemlos im Mainstream integriert erscheinen und zu einer patriarchal-kapitalistischen Normalität in keinem Widerspruch stehen. „Normal“ zu werden impliziert aber auch, Teil der Norm geworden zu sein und damit nur mehr schwer in einem kritisch-politischen Verhältnis zu herrschenden Verhältnissen stehen zu können. Das widerspricht dem auch (angepassten) feministischen Projekten zu Grunde liegenden politischen Anspruch, *feministisch* zu sein und damit die Universität, die Arbeitsverhältnisse, die Gesellschaft usw. von den Füßen auf den Kopf zu stellen, sie subversiv zu unterwandern und mit neuer Bedeutung zu versehen, traditionelle Konzepte über den Haufen zu werfen, herrschaftsstabilisierende Kategorien zu sabotieren. Kurz gesagt, das, was Norm ist und als normal gilt eben nicht zu übernehmen, sondern zu kritisieren und sich selbst quer – oder zumindest ablehnend – dazu zu positionieren. Und im Endeffekt strukturell Prozesse der Normalisierung – die immer einhergehen mit Ausschluss und Marginalisierung, mit Privilegierung und Hierarchisierung sowie Ungleichheit – in Frage zu stellen zu Gunsten pluraler, gleichberechtigter und kollektiver Politiken, in denen Widersprüche und Uneindeutigkeiten genauso Raum und Akzeptanz haben wie strukturelle Gleichheit und Hierarchiefreiheit Voraussetzungen sind. Wenn Projekte wie GM und Gender Studies dies nicht sind,

⁸⁷ Disziplinierend im Sinne des Werdens zur akademisch-universitären Disziplin aber auch bezogen auf ihre politische Anpassung, „Zähmung“ und damit Lähmung und den Verlust von subversiver Kritik.

stattdessen affirmieren,⁸⁸ was es zu kritisieren gilt, dann sind sie keine feministischen herrschafts- und normalisierungskritischen Projekte.

Basierend auf diesen Überlegungen stellen sich also (unter anderem) folgende Fragen: *Sind erfolgreiche feministische Projekte wie GM oder Gender Studies „normal“ (geworden)? Was – welche Konzepte, Verhältnisse, scheinbaren Sachzwänge, welcher gesellschaftliche kapitalistisch-patriarchale „Konsens“ – wird affirmiert? Sind GM und Gender Studies im Sinne Frasers affirmative Politiken? Wie äußert sich der Wille zum Funktionieren, der – so meine These – die in Kapitel 2 beschriebene feministische Gesellschaftskritik ersetzt? Wo wird die Absage an die Herrschaftsabsage offensichtlich?* Diesen Fragen entlang sollen sich die nächsten Kapitel schlängeln um letztlich heraus zu bekommen, inwieweit ein kritisches Verhältnis aufgegeben wurde und dadurch auch als feministisch bezeichnbare Projekte patriarchale Verhältnisse affirmieren und damit reproduzieren. Da auch eine beständig patriarchale Ideologie nicht unbedingt statisch und unverändert bleibt sondern sich je nach Anforderungen verschiebt und nachbessert, um ein möglichst⁸⁹ widerspruchsfreies und greifendes zweigeschlechtliches und hierarchisches Geschlechterarrangement zur Verfügung stellen zu können, bieten erfolgreiche und normalisierte feministische Projekte gar den Hintergrund, vor dem solche Transformationen relativ sanft, mit der scheinbaren Zustimmung und Einbindung „aller“ und ohne Widerstände über die Bühne gehen können. Diese leisten also ihren spezifischen Beitrag zu gesellschaftlichen Transformationen. Allerdings leisten sie keinen Beitrag zu kritisch-emanzipatorischen Veränderungen, die zu erreichen ja unterstützenswertes Ziel ist und wofür Feministinnen sehr wohl sein müssten, sondern vielmehr zu „zeitgemäßen“ Anpassungen und Re-Formulierungen kapitalistisch-patriarchaler Strukturen an veränderte Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse. Diese Veränderungen wären unter den Schlagworten Individualisierung – das „unternehmerische Selbst“ –, Ökonomisierung bisher als nicht ökonomisch geltender Bereiche und die Integration bisher nicht (aus)genützter (Human)Ressourcen in kapitalistische Verwertungszusammenhänge⁹⁰ zusammen zu

⁸⁸ Dieser Beistrich verdankt, wie viele andere auch, seine Existenz Vera, die diesen Teil lektoriert hat. Danke!

⁸⁹ ...und „natürlich“ nur scheinbar...

⁹⁰ Das betrifft sowohl Frauen – und andere Andere – als Personen und Arbeitskräfte, als innovative und arbeitswütige neue Zielgruppe, als auch feministisches Wissen bzw. Wissen über und von Geschlecht als nutz-, verwert- und anwendbare Kompetenz.

fassen. Die sowohl durch Gender Studies als auch GM forcierte „Integration von Frauen“ lässt Bestehendes außer Frage. Indem nicht hinterfragt wird, *worin* Frauen integriert werden sollen. Noch viel weniger wird die Ideologie der „Integration“ einer Kritik unterzogen, dabei wäre dies mehr als angebracht. Auch passiert diese Integration, wie die oben angeführten Schlagworte demonstrieren, maximal scheinbar unter dem Deckmantel eines Gleichheit predigenden demokratischen Humanismus, stattdessen aber vor dem Hintergrund kapitalistisch „notwendiger“ Kapitalakkumulation und zu Gunsten der Integration aller in das neoliberale „Ich-AG-Versprechen“.

Ausflug II: Sind GM und Gender Studies feministische Projekte?

Dass Projekte wie Gender Studies oder GM als feministisch gelten, ist, wie in Kapitel 1.2 beschrieben, in frauenbewegten und/oder feministischen Szenen umstritten. Das heißt, ein feministisch-politischer Anspruch gilt für sie nur partiell. Für einige liegt diesen und ähnlichen als „feministisch“ verkauften Projekten prinzipiell *keine* Gesellschaftskritik zu Grunde, sondern ihr Ziel wird darin gesehen, Gesellschaft zu modernisieren und effizienter zu gestalten indem Frauen nun endlich in neoliberal-kapitalistische Verhältnisse zu integrieren versucht werden. Solche Projekte als feministisch zu bezeichnen, wäre in diesem Sinne nur ein absurdes Label, das von konservativer Seite aufgestempelt wurde, um Feminismus als politisches Anliegen umzudeuten und von der anderen Seite der Medaille, nämlich der „gefährlichen“, weil Strukturen thematisierenden feministischen Herrschaftskritik, abzulenken. Und doch betonen viele andere, dass „erfolgreiche“ Projekte wie GM und Gender Studies sehr wohl in einem feministischen Kontext zu verorten sind, sie jedenfalls eine Form frauenpolitischen Agierens sind, welche die gleichen Ziele verfolgt wie Feminismus: Gleichberechtigung, die Zerstörung patriarchaler Verhältnisse und anderer Frauen diskriminierender und zurichtender Strukturen. Gender Studies und GM werden hier also feministische Interessen zugeschrieben. Dass sie zumindest frauenpolitische *Potentiale* haben, wird ihnen zumeist auch von Kritikerinnen zugestanden. Doch schauen wir uns an, inwieweit diesen Ansprüchen Genüge getan wird und lassen die Frage offen, ob diese feministischen Ansprüche, die, wie in Kapitel 2 gesehen, immer ein

Im Endeffekt ist das nichts anderes als die späte Einlösung eines demokratisch-kapitalistischen Versprechens, nämlich scheinbar alle gleich zu beteiligen an einer Gesellschaft, die aber auf unhinterfragten strukturellen Verhältnisse basiert, die durch weiter bestehende Ungleichheiten, Marginalisierungen und Ausschlüsse immer wieder aufs Neue garantieren, dass eben diese postulierte Gleichheit niemals erreicht werden kann.

wie-auch-immer kritisches Verhältnis implizieren, bei Projekten wie GM und Gender Studies überhaupt jemals bestanden haben. Denn diese Frage ist erstens nicht eindeutig zu klären, dafür ist das Feld zu divergierend und die politische Meinungsvielfalt zu breit, und zweitens auch nicht so zentral. Denn Projekte auf ihre herrschaftsstabilisierenden Momente, ihre Normalisierung und damit Reproduktion von Norm sowie ihre Affirmation bestehender und Ungleichheit (re)produzierender Verhältnisse und Konzepte hin zu befragen, ist in jedem Falle notwendig. Umso mehr, als sie in Diskursen (vor allem des Mainstreams) als feministisch gelten. Die dahinter stehende neoliberale Ideologie kann so womöglich entlarvt werden und mit dem Mythos aufgeräumt werden, dass diese Projekte kritisch und damit feministisch seien.

Doch bevor ich das affirmative Verhältnis an einige Beispielen demonstrieren werde, möchte ich noch kurz klären, welche Materialien ich hierfür (nicht) heranziehe und warum (nicht). Denn dies ist, wie immer, eine politische Entscheidung.

Zu den verwendeten Texten

Der wachsende Skandal aber besteht darin, dass dergleichen nicht durch böse Gegner bewerkstelligt wurde, sondern durch Menschen guten Willens. (Kamper 1987: 37⁹¹)

Mir geht es nicht darum, zu fragen, warum feministische Projekte wie Gender Studies oder GM von Seiten „des hegemonialen Mainstreams“, ganz im Gegensatz zu den meisten anderen feministischen Projekten und Positionen, anerkannt und integriert werden. Mir geht es um den innerfeministischen Diskurs, warum also Feministinnen solche Projekte forcieren und unterstützen und diese als Folge überhaupt als feministisch gelten können. Daraus ergeben sich auch die Texte und Quellen, die in dieser Arbeit von Relevanz sind. Es handelt sich um Selbstbeschreibungen feministischer Projekte und Protagonistinnen, Homepages von Gender Studies und GM-Institutionen, um Auseinandersetzungen in feministischen Medien, Sammelbänden oder auf Kongressen. Texte feministischer, frauenpolitischer und/oder gender-, frauen- und geschlechterforscherischer Provenienz stehen im Zentrum. Es geht um den eigenen Beitrag, die eigene Affirmation und die eigene Aktivität, die von Projekten ausgeht und nicht darum, was quasi „von einem patriarchalen Außen“ daraus gemacht wird. Damit würden feministische Protagonistinnen und Debatten

⁹¹ Zitiert nach Krondorfer 1996: 65

in eine passive Opferrolle gedrängt und das würde der Problematik nicht gerecht. Dies ginge gar, wie ich finde, an dieser vorbei. Denn dass etwas mit einer solchen Einfachheit für neoliberale und/oder konservative Zwecke vereinnahmt werden kann, muss zumindest bis zu einem gewissen Grade in der Grundformulierung und Konzeption des Projektes, und damit bestimmter feministischer Zugänge selbst, liegen. Jedenfalls aber liegt es an einer Nicht-Reflexion herrschender Diskurse, in denen nun einmal bestimmte Begriffe und Konzepte, die womöglich vor 30 Jahren noch anders – vielleicht subversiv – konnotiert waren, bestimmte Ideologien mit sich tragen. Dies nicht zu reflektieren, dem nicht zu widersprechen, kommt der angepassten Affirmation herrschender Normen gleich. Die Strategien und Argumentationen, die GM und Gender Studies zu Grunde liegen, müssen so gar nicht erst von anderen in „ihr Gegenteil verkehrt werden“. Der Skandal ist, wie Kamper pathetisch und metaphernschwer schreibt, dass es eben *nicht* die „bösen Gegner“ sondern die „Menschen guten Willens“ sind, die Verantwortung dafür tragen, dass sich vieles „ins Schlechte verkehrt“. Auch die feministischen Selbstbeschreibungen liefern schon fast all das an Affirmation und Kritiklosigkeit, was zur Anerkennung in herrschenden Verhältnissen notwendig ist. Die Frage ist also: Was affirmiere ich, bzw. wie viel Affirmation braucht's zum Erfolg? Erfolg meine ich im Sinne hegemonialer Anerkennung, nicht im Sinne der Voranbringung feministischer/frauenpolitischer Politiken. Und andersrum: Wie viel Affirmation verträgt ein feministisches Projekt um noch irgendwie kritisch zu sein? Wir werden sehen. Doch wer sich nicht anpassen will an „institutionalisierte Konventionalität“ (Krondorfer 1996: 62), der bleibt weiterhin nicht viel übrig: doch in die Institutionen gehen oder eine selbstaussbeuterische partikuläre Randprojekteexistenz (von und für immer die Gleichen). Die Frage danach, wie weit Konventionen übernommen werden müssen, um Macht haben und etwas ändern zu können, bzw. wie weit Konventionen übernommen werden können, ohne alle politischen Ansprüche ad absurdum zu führen, ist weiterhin unbeantwortet (vgl. ebda.). Auch kann es die *eine* Antwort darauf wohl nicht geben.

Doch genug der einleitenden Worte. Ich möchte nun anhand einiger mir wichtig erscheinender ausgewählter Normen, die zentral für die vorherrschenden patriarchal-kapitalistischen Verhältnisse sind – und dementsprechend aus kritischer Perspektive eigentlich zu hinterfragen wären –, zeigen, wie diese in Konzepten und Praxen von GM

und den Gender Studies, die für mich beispielhaft für einen leider auch in feministischen Kontexten zu findenden *Willen zu Funktionieren* stehen, (re)produziert werden. Über diesen Weg will ich ein Bild davon zeichnen, welche kritischen Möglichkeiten (nicht) in diesen Projekten stecken oder anders gefragt, wie viel Affirmation in im Mainstream relativ etablierten „erfolgreichen“ vermeintlich feministischen Projekten steckt.

Wie gehe ich dabei vor? Das Folgende ist weder als Detailanalyse noch als „empirischer Teil“ zu verstehen, Debatten und Konzepte sollen umrissen und weitergedacht werden, um zu zeigen, was hinter so manchen einfach „daher gesagten“ Begriffen steckt, welches Denken und Handeln damit forciert wird und was dies politisch bedeuten könnte für vermeintlich kritische, weil feministische, Projekte. Vieles bewegt sich auf einer sprachlichen, konzeptionellen Ebene. Verantwortlich dafür sind auch die verwendeten Materialien, und ich denke, dass sich anhand dessen auch das eigene Selbstverständnis am ehesten erschließen lässt. Gender Studies und GM fungieren, um es noch einmal zu betonen, als *Beispiele* und werden auch nicht einzeln und sorgfältig getrennt voneinander behandelt sondern je nach Inhalt und Aussage für Argumentationen herangezogen. Schließlich ist das Thema dieser Arbeit in erster Linie keine kritische Revision von GM und den Gender Studies sondern *feministische Projekte zwischen Erfolg, Kritik und Affirmation*, wofür GM und Gender Studies symptomatisch sind. Auch trenne ich nicht zwischen dem vermeintlich objektiven Aufzeigen der Affirmation herrschender Normen und der – meiner – Kritik daran. Dies soll, sofern möglich und sofern es mir gelingen will, in einem Schritt passieren – weil Objektivität einerseits Illusion und Probleme zu benennen andererseits sowieso schon eine kritische Intervention ist. Das Beispielhafte ist mir auch deshalb wichtig, weil eine kritische Bewertung konkret von GM und Gender Studies nur Nebeneffekt sein sollte, das Problem feministischer Affirmation bewegt sich aber in einem größeren, abstrakteren Rahmen. Feministische Projekte bedürfen heute einer verstärkten kritischen Perspektive. Nicht, weil sich durch „Postmoderne“ und „Generationenwechsel“ sowie neu entfachte „Karrierelüste“ so viel verändert hätte, sondern weil sich aktuell einige Projekte etablieren konnten und sich daraus folgend feministische Ansprüche vermehrt am Mainstream orientieren. Feministische Projekte sind also auch Teil der Verhältnisse geworden, die es zu kritisieren gilt (bis zu einem gewissen Grade waren sie das „natürlich“ immer schon). Und je größer die eigene – aktive! – Verwobenheit in Strukturen ist, desto

vehementer müsste die eigene (Selbst-)Kritik sein. Vor Affirmation patriarchaler Verhältnisse schützt die Tatsache, ein feministisches Projekt zu sein, schon lange nicht mehr. Wollen Projekte also emanzipatorisch bleiben, so müsste politische Kritik an herrschenden Normen und gesellschaftlichen Selbstverständlichkeiten (wieder?) zu einem viel zentraleren Punkt feministischen Denkens und Handelns werden, als es aktuell der Fall ist. Das ist die Aussage dieser Arbeit, über den nun folgenden Umweg des Aufzeigens dessen, was *ist*, wenn Kritik *nicht* der Fall ist.

3.1. Geschlecht als Ressource? Geschlechterdifferenz und Verwertung.

GM „bedeutet eine weiter gefasste Definition des Begriffs Gleichbehandlung, die Unterschiede und Vielfalt als Werte beinhaltet“. (BMSG 2002: 5)

Ein zentrales Verhältnis herrschender (Un)Ordnung ist das patriarchale Geschlechterverhältnis, dessen Produkt und Grundlage die Geschlechterdifferenz ist. Diese wiederum setzt sich aus Zweigeschlechtlichkeit und als „natürlich“ vorausgesetzter Heterosexualität zusammen, basiert also auf den Kategorien „Mann“ und „Frau“ sowie den damit implizierten Konnotationen, Wertungen und Hierarchisierungen, deren als gegeben angenommenen Unterschiedlichkeiten sowie ihrem sexuellen und (re)produktiven Verhältnis zueinander. Deswegen sind Geschlechterdifferenz, normative Zweigeschlechtlichkeit sowie Zwangsheterosexualität wesentliche Zielscheiben feministischer Kritiken. Diese finden sich im Konzept GM nicht wieder, und auch in den meisten Selbstbeschreibungen der Gender Studies sind sie nicht zu finden, wiewohl diese Kritiken in einzelnen Programmen und Lehrveranstaltungen, die im Rahmen der Gender Studies über die Bühne gehen, oft Thema sind. Doch hängt dies dann vom mehr oder weniger zufälligen Zufall ab, wer wann wo welchen Lehrauftrag bekommt und sagt dementsprechend über das Konzept Gender Studies, dessen Strukturen und Selbstbeschreibungen wenig aus. Bezogen auf GM ist der, euphemistisch gesagt: unkritische, Umgang mit Geschlechterdifferenz sowie Differenz im Allgemeinen jedoch kaum zu übersehen sowie zentral für die strategischen und konzeptionellen Überlegungen. Deswegen wird es in diesem Kapitel hauptsächlich um GM und weniger um die Gender Studies gehen. GM ist, wie ich finde, nicht „nur“ unkritisch, hinterfragt Geschlechternormen also nicht „nur“ nicht, sondern affirmiert patriarchale Ungleichheiten indem Geschlechterdifferenz zur positiven Humanressource wird. Anstatt

Geschlechterdifferenz zu ent-normalisieren gilt es, sie zu verwerten und damit zu „kultivieren“. Wissen *von* und Wissen *über* Frauen wird so als „anders“ und „abweichend“ konstituiert. Das treibt eine Essentialisierung der Kategorie Frau ebenso voran wie deren erfolgreiche „Integration“ in kapitalistische Verwertungs- und Arbeitszusammenhänge. Bezogen auf diese Wissensproduktion mischen auch die Gender Studies kräftig mit. Folge ist neben einer Nicht-Thematisierung und damit Prolongierung patriarchaler Verhältnisse auch deren weitere Legitimierung, indem patriarchale Grundideologien aktiv zu einem zentralen Bestandteil vermeintlich feministischer Projekte werden. Doch wie und wodurch wird Geschlechterdifferenz reproduziert? Wie und wodurch werden Wertschöpfungs- und Verwertungszwänge erfüllt? Wie verknüpfen GM und teilweise auch die Gender Studies „innovativ“ die Reproduktion von Geschlechterdifferenz und kapitalistische Verwertung?

3.1.1. Die Rede von den „Weiblichen Potentialen“

In beiden Konzepten (Gender Mainstreaming und Managing Diversity, Anm. NiSt) ist die Unterschiedlichkeit von Frauen und Männern der Dreh- und Angelpunkt aller Überlegungen. (...) Das neue Zauberwort, das die Brücke zur Gleichstellungspolitik schlagen soll, heißt dabei einmal mehr: Potentiale von Frauen. (Wetterer 2003: 136 bzw.135)

Das Besinnen auf das Potential der Konsumentinnen, der Wählerinnen, auf die Möglichkeiten der Erzieherinnen, auf die Macht der Mehrheit schlechthin, wenn diese Mehrheit in ihrer ganzen Vielfalt ihre ähnlich gelagerten Interessen definiert und vertritt – die andere Hälfte der Menschheit darf mitgehen... (Plöger 1996: 141)

Frauen *haben* also Potentiale, als Konsumentinnen, Wählerinnen und Erzieherinnen zum Beispiel⁹². Im Gegensatz zu Kompetenzen geht es, wenn von Potentialen die Rede ist, weniger um das Erlernen und sich-Aneignen spezifischer Fähigkeiten. Potentiale werden als etwas verhandelt, das Menschen einfach *haben*. Sie besitzen es „von Anfang an“ und den einen eröffnen sich durch ihre bestimmten Potentiale bestimmte Möglichkeiten, die anderen scheinen davon ausgeschlossen zu sein. Ob die jeweiligen gegebenen Potentiale genutzt werden oder nicht, liegt wiederum in der Hand des Individuums, „Potential“ oder „Potenz“ beschreibt „die noch nicht realisierte Möglichkeit, zu der aber ein Vermögen bzw. eine Fähigkeit oder Disposition besteht“ (wikipedia „Potential“: 23.6.08). Was lässt sich aus diesem kleinen Begriffsexkurs ablesen? Einiges, wie ich finde. Erstens wird verdeutlicht, dass, wenn die Rede von Potentialen ist, es immer um essentialistische

⁹² Diese nicht zufällige, weil allzu klassische Auswahl sei kurz kommentiert. Dass Frauen gerade als Wählerinnen und nicht als beispielsweise Politikerinnen, bzw. als Konsumentinnen, nicht aber Produzentinnen oder Unternehmerinnen, bzw. als Erzieherinnen, nicht aber Mechanikerinnen, „Potential“ hätten, entspricht patriarchalen Geschlechtsstereotypen.

Zuschreibungen geht, die wie unabänderliche, determinierende und quasi natürliche „Grundfähigkeiten“ erscheinen. Die einen haben – als Gruppe oder Individuen – diese Fähigkeiten, die andern haben sie nicht. Es geht also auch immer darum, Gruppen abzustecken indem ihnen Potentiale zugesprochen bzw. abgesprochen werden und dadurch zwischen den einen Menschen und den „anderen“ zu differenzieren. Potentiale schaffen also Differenz und Gruppenzugehörigkeit. Im gleichen Zug kommt es zu einer Bewertung und Hierarchisierung – die einen haben die gewünschte Möglichkeit und die gefragte Fähigkeit, die anderen haben sie nicht und stehen dementsprechend nicht so gut da. Bei Potentialen geht es auch darum, diese anzuwenden und unter Beweis zu stellen. Je nachdem, was gefragt oder als wertvoll anerkannt ist, werde ich meine Potentiale einsetzen können oder nicht. Und abgeleitet davon, wie das meinige Potential gesellschaftlich bewertet ist, ergibt sich der jeweilige soziale Status. Potentiale entfalten also erst durch ihre Verwertung in einem größeren – ökonomischen – Zusammenhang ihre volle Wirkung, sind gleichzeitig aber davon abhängig, was gesellschaftlich als gewinnbringendes Potential gilt und bewertet wird. Potentiale sind tendenziell kein subversives Wissen sondern adäquates, also der Norm entsprechendes. Wenn ich von Potentialen spreche, so ist gleichzeitig auch von identitären Zuschreibungen, die sich nicht selten auf etwas wie „Biologie“ beziehen sowie einem Verwertungs- bzw. Wertschöpfungszusammenhang die Rede. Wie sieht das also aus, wenn sich gleichstellungspolitische Konzepte und feministische Wissensprojekte – zumindest rhetorisch – auf „Potentiale“ beziehen?

Beginnen wir bei GM und wie in diesem Zusammenhang von Potentialen die Rede ist. Folgendes Zitat umreißt die Problematik treffend und bietet einen dementsprechend passenden Einstieg:

Sie (die Institutionen und Unternehmen, *Anm. NiSt*) steigern ihre organisationale Effizienz und damit ihre nationale wie internationale Wettbewerbsfähigkeit durch die Ausschöpfung der bisher vernachlässigten Potentiale von Frauen. (Kahlert 2003: 9)

Dieser positiven „Herausforderung“ müssten sich die deutschen Universitäten bei der Umsetzung von GM stellen. Neben anderen Aspekten wie Imagegewinn und dem daraus resultierenden Standortvorteil bzw. allgemeiner Qualitätssteigerung sei dies ein wesentlicher Motor für die flächendeckende Implementierung der Gleichstellungsstrategie GM, so Heike Kahlert im Anfangskapitel ihres Buches – *nomen est omen* – *Gender Mainstreaming an Hochschulen: Anleitung zum qualitätsbewussten Handeln*. Es gehe bei

GM darum, die vorhandenen Potentiale der Frauen zu erkennen, aufzuwerten und dann zu nutzen, um durch die Einbeziehung und Nutzbarmachung aller Ressourcen effizienter agieren zu können. Dies führe letztlich zu höherer Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter_innen, einer Integration „neuer“ und „anderer“ Perspektiven und zum wirtschaftlichen Vorteil der jeweiligen GM umsetzenden Institution. Ein Unternehmen müsste sich also eigentlich aus „rein ökonomischen“ Gründen freuen, GM umsetzen zu dürfen. „[J]ede Organisation habe deshalb (so der Ausgangspunkt von *GM und Diversity Management* (DM), *Anm. NiSt*) ein genuines Interesse daran, diese Mitarbeiter_innen (gut ausgebildete, hochqualifizierte, die in der Wissensgesellschaft zu einem immer wertvolleren Kriterium für den Erfolg eines Unternehmens geworden sind, *Anm. NiSt*) an sich zu binden, sie zu motivieren und ihre Kreativität und Leistungsbereitschaft zu steigern“ (Wetterer 2003: 134). So wird GM einerseits nach „Außen“ verkauft und schmackhaft gemacht, andererseits ist das Ziel der ökonomischen Nutzenmaximierung vermittels der gewinnbringenden Verwertung von Differenzen für das Konzept GM grundlegend und ihm eingeschrieben. Dies gilt in noch stärkerem Maße für die „gleichstellungspolitische“ (Personal)Managementstrategie des *Managing (Gender) Diversity*⁹³ (M(G)D). Hier gibt schon der Titel preis, um was es geht, nämlich das (kapitalistische) Managen von (patriarchaler, klassenspezifischer, sexueller, rassierter, ethnischer, nationaler) Diversität. Das Problem dabei aber ist, dass der Begriff „Diversität“ strukturell Differenzen zementiert, anstatt diese aufzulösen.

All dies kann aus dem kurzen Zitat Kahlerts abgelesen werden und sie bringt damit – wohl ungewollt – die recht offensichtlichen und äußerst problematischen Interessen und Hintergründe für die bei GM zentrale Rede von den „Potentialen“ auf den Punkt. Denn es werden zumindest zwei zutiefst ideologische und feministisch zu Recht umstrittene Annahmen vorausgesetzt und nicht hinterfragt, ja, gar auch noch verstärkt. Einerseits wird Zweigeschlechtlichkeit und Geschlechterdifferenz als grundlegende Norm nicht hinterfragt und damit reproduziert, ja, gar als förderungswert anerkannt. Die Existenz einer

⁹³ „*Managing Gender & Diversity* befähigt zum bewussten Umgang mit sozialen Differenzen in Organisationen, zur Reflexion eigener Werte, Kommunikationsstile und handlungsleitender Annahmen. Das Abweichende, Fremde wird als Chance für ein Nachdenken über alltägliche Normalitäten und als Impuls für Innovationen genutzt. *Managing Gender & Diversity* bedeutet, kulturelle Vielfalt als Ressource zu erkennen, zu verstehen, zu moderieren, zu akzeptieren und zu vernetzen. Dies erweitert die soziale Kompetenz und eröffnet neue Handlungsspielräume in der Gestaltung komplexer sozialer Systeme und Beziehungen.“ (Quelle: *Managing Gender and Diversity*. www.gender-diversity.net, 22.3.07)

patriarchalen Geschlechterdifferenz zwischen *den* Männern und *den* Frauen, die einerseits Gleichheit strukturell nicht zulässt und andererseits abseits von heterosexueller Zweigeschlechtlichkeit nichts anderes denkbar macht, wird nicht als machtvolleres Produkt von Herrschaftsverhältnissen sondern als selbstverständliche und „natürliche“ Grundlage begriffen. Andererseits wird versucht, eben diese konstruierte Differenz nun wirtschaftlich fruchtbar, sie als zusätzliche ökonomische Ressource verwertbar zu machen. Das Prinzip kapitalistischen Wirtschaftens, der Anspruch effizienter und gewinnbringender Wertschöpfung zugunsten von Konkurrenz und dem Vorteil weniger, gilt weiterhin als quasi natürliche, weil unhinterfragte und alternativlose, Voraussetzung menschlichen – auch gleichstellungspolitischen – Handelns.

Auf die Affirmation und (Re)Produktion dieser zwei normierenden und die herrschende Gesellschaft strukturierenden Konzepte möchte ich im Folgenden eingehen. Doch zuvor noch mal zurück zum Anfang. Genauer unter die Lupe genommen werden im Eingangszitat von *Heike Kahlert* drei Behauptungen aufgestellt, die es offensichtlich nicht der Mühe wert sind – auch im Laufe des gesamten Buches nicht – begründet zu werden, so „normal“ scheinen sie zu sein: Es gäbe *die* Frauen und diese hätten als homogene Geschlechtsgruppe andere, sich von *den* Männern unterscheidende, spezifische – folgerichtig: weibliche – Potentiale (*Differenz*). Ziel müsse es sein, dass Institutionen – Gesellschaft im Allgemeinen – künftig – zum Wohle aller? – effizienter funktionieren, um so ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Dies sei zu erreichen unter anderem, indem die – bisher vergeudeten und spezifisch weiblichen – Potentiale endlich genützt, also kapitalistisch verwertet würden (*Verwertung*).

Bezüglich der Gender Studies ist vergleichsweise selten die Rede von *den* Potentialen *der* Frauen, die es zu entfalten und zu entdecken gelte. Jedenfalls nicht so offensichtlich, wie es bei GM oder DM festzustellen ist. Es ist aber aus Konzepten, Beschreibungen und Diskussionen zu den Gender Studies teilweise (sic!) herauszulesen, dass von spezifischen weiblichen Potentialen ausgegangen wird, die es zu fördern und aus den Frauen herauszukitzeln gelte. Indem zum Beispiel mit den Gender Studies organisatorische Rahmenbedingungen geschaffen würden, die speziell Frauen und ihren Bedürfnissen (sic!) entsprächen. So scheint es außer Frage zu stehen, „dass sich die Ansprüche und

Bedürfnisse von Frauen an ein Studium von denen von Männern unterscheiden“ (Degethoff de Campos 2005: 303). Dies treffe „nicht nur auf die konkrete Studiensituation zu, sondern (...) auch auf den Erwerb entsprechend differenzierter Kompetenzen“ (ebda.). Frauen hätten also nicht nur andere Bedürfnisse, sondern brächten auch andere Potentiale mit und entwickelten so andere – differente – Kompetenzen. Diese in die Wissen(schaft)produktion und den Wissenschaftsbetrieb zu integrieren, müsse Ziel sein. Denn das durch die steigende Zahl von Frauen mitgebrachte „Andere“, die Einbindung von „Fragen des Geschlechts“ überhaupt, sei hoch *innovativ* und es wäre eine glatte Ressourcenvergeudung, würde dieses neue – und andere – Wissen nicht endlich in die hegemoniale Wissenschaft integriert, neu bewertet und wissenschaftlich verwertet werden. Als „Nebeneffekt“ würden nicht nur Frauen an den Betrieb und seine Spielregeln gebunden, es würde auch Wissen über und von Frauen produziert werden, das auch jenseits von Wissenschaft (z.B. zielgruppenorientierte Werbung) Relevanz besäße und so auch von ökonomischem Interesse sei (vgl. dazu Kapitel 3.1.5.). Die dahinter stehenden Interessen und Effekte sind erkennbar, wenn „der innovative, ja zukunftssträchtige Charakter jenes wissenschaftlichen Wissens betont [wird], das mit Hilfe der Kategorie Geschlecht neues Wissen produziert sowie Bestehendes revidiert und umordnet“ (Kahlert 2005: 23). Und wenn behauptet wird, dass dieses Wissen – im Vergleich zum Althergebrachten „männlichen“ – *per se* innovativ sei, also ganz egal wie affirmativ oder kritisch ich die Kategorie Geschlecht einsetze und mit ihr arbeite, so liegt dies auch darin begründet, dass angenommen wird, dass Geschlecht *per se* „anders“ *make*. Frauen also anders denken bzw. sind und ihre Integration *allein* schon „Bestehendes umordne“. Das annehmen kann ich wiederum nur, wenn ich von einer essentiellen Geschlechterdifferenz ausgehe. Täte ich dies nicht, so müsste ich hier differenzieren, zum Beispiel nach Geschlechterforschung, die Normen stabilisiert und Auseinandersetzungen, die Normen subvertieren. Nur die Reproduktion der Kategorie Frau als *per se* anderes in einem System heterosexueller Zweigeschlechtlichkeit macht ihre Integration *per se* zu etwas Kritischem. Das bedeutet übrigens nicht, dass die Einbeziehung zuvor ignoriertem Verhältnisse wie des Geschlechterverhältnisses nicht zu fordern und notwendig sei. Ganz im Gegenteil, es ginge darum, die Integration als Selbstverständlichkeit voraussetzen zu können. Die Kritik daran hätte sich damit aber nicht erledigt und müsste mindestens ebenso forciert werden. Von

einer fruchtbar zu machenden Differenz ist also auch im Kontext der Gender Studies zu lesen, auch wenn von „weiblichen Potentialen“ selbst wenig die Rede ist.

Ein weiterer Berührungspunkt von Gender Studies und „weiblichen Potentialen“ ist, dass einige Geschlechterforschungseinrichtungen Studiengänge anbieten, die im weitesten Sinne *Gender- und Diversitymanagement* zum Inhalt haben, so zum Beispiel die FU Berlin. Dort wird unter dem Motto „Die Vorteile der Vielfalt nutzen lernen!“ ein „bundesweit einmaliger Masterstudiengang Gender- und Diversity- Kompetenz“ (FU Berlin) angeboten. Völlig unkritisch wird in der Studiengangsbeschreibung die Grundidee von DM beschrieben: „Beim Diversity Management steht eine Personalpolitik im Zentrum, die sich die geschlechterbezogene und kulturelle Vielfalt von Mitarbeitenden einer Organisation oder eines Unternehmens zunutze macht“ (ebda.). Befähigen soll das anwendungsorientierte Studium dazu, künftig im Bereich des DM oder des GM zu arbeiten. Erreicht werden soll dies durch einen starken Praxisbezug und die Einbindung von „Gender Trainings und Coachings durch Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und dem Bereich von Gender-Trainings für Organisationen, Hochschule und Wirtschaft“⁹⁴ (ebda.). Soweit auf Homepages ersichtlich, wird die Möglichkeit, aktuell dominante Gleichstellungspolitiken im Rahmen eines universitären Projektes wie der Gender Studies zu hinterfragen oder zumindest zu reflektieren, nicht in Betracht gezogen. Als Fakten präsentiertes Wissen um Funktionsweisen, Prinzipien und Umsetzungen von DM stellt den einzigen Studieninhalt dar. Schließlich geht es einzig allein darum, in diesem Bereich *ausgebildet* zu werden und sich adäquates und am Arbeitsmarkt verkaufbares Wissen – Kompetenzen – anzueignen (dazu mehr in Kapitel 3.2.1.).

3.1.2. Discover your potential! Differenz.

Sowohl GM und MD als auch Teile der Gender Studies gehen davon aus, dass Frauen – als Frauen – spezifische Potentiale besäßen. Doch was bedeutet das, weiter gedacht, bezogen auf die Zementierung und damit Affirmation von Geschlechterdifferenz?

⁹⁴ Allein die verwendeten Begrifflichkeiten, die verwendete Sprache, wäre es wert, einer genaueren Analyse unterzogen zu werden. Nicht aufgrund der vielen „neudeutschen“ Anglizismen, was überraschender- und problematischerweise oftmals der Ausgangspunkt auch feministischer Kritik an sprachlichen Konventionen ist (z.B. Rabe-Kleberg 2002: 8), sondern ob der pragmatischen Funktionalität, die kaum Raum für subversive Deutungen oder emanzipatorische Interpretationen lässt.

Das „Andere“

Einerseits impliziert die Art und Weise, wie von „den Potentialen der Frauen“ gesprochen wird, dass die Potentiale von Frauen sich unterscheiden würden von denen anderer, und zwar nicht irgendwelcher anderer. Die „weiblichen“ Potentiale schaffen offensichtlich ein relationales anderes zu den „männlichen“ Potentialen. Zweitens werden zwar nicht unbedingt als männlich markiert, fungieren weiterhin als ungeschlechtliche Norm, umso mehr werden erstere hervorgehoben und mit einem geschlechtlichen – weiblichen – Stempel versehen. So schreibt sich unhinterfragt eine androzentrische Norm fort. Frauen gelten weiterhin als extra zu benennender Sonderfall. Was als „weiblich“ und was als „männlich“ gilt, welche sexistischen Zuschreibungen existieren sowie die Frage, warum Geschlecht überhaupt eine machtpolitische Relevanz hat und ob solche Herrschaftsverhältnisse nicht prinzipiell in Frage gestellt werden sollten, gerät nicht einmal in den Blick. Männlicher Dominanz werden die *auch* zu berücksichtigenden, *auch* wertvollen und *auch* zu verwertenden „weiblichen Potentiale“ entgegengesetzt, ohne die männliche Hegemonie (Hegemonieverhältnisse im Allgemeinen) auch nur in Zweifel zu ziehen. So gesellt sich zur unkritischen Reproduktion patriarchaler Geschlechterdifferenz durch die mythische Anrufung des weiblichen anderen (vgl. z.B. Sauer 1994: 112-118) auch noch die Annahme, es genüge, Frauen bzw. „weibliche Sichtweisen“ bzw. „weibliche Potentiale“ überall hinein zu kämpfen um Veränderungen zu erreichen (vgl. Krondorfer 1996: 57f.). Doch würde sich nichts ändern, wenn Frauenbewegungen „eine einfache Umkehrung hinsichtlich des Besitzes der Macht anvisieren und derart die Struktur jener unangetastet lassen“ (Irigaray 1979: 83), womöglich würde Herrschaft dadurch gar noch subtiler funktionieren. Solche Forderungen spielen mit der „Naivität, es genüge Frau zu sein um sich außerhalb der phallischen Macht zu befinden“ (ebda.).

Die Frau ist eine Frau ist eine Frau...

Weiters werden Frauen als homogene Gruppe inszeniert, die allesamt einzig und allein aufgrund ihres „weiblichen Geschlechtes“ die gleichen Potentiale hätten. Machtverhältnisse wie Klassenunterschiede oder nationale Ausgrenzungen werden so weitgehend ignoriert. Warum Frauen gleiche oder auch nur ähnliche Potentiale haben sollten, weswegen sich ihre Integration als gewinnbringend erweise, wird von Seiten derer, die auf die Potentiale der Frauen schwören, nicht erläutert. Sind diese denn „genetisch bedingt“?

Argumentationen auf einer biologistischen Ebene sind bei Texten zu GM, DM und Gender Studies glücklicherweise weitgehend auszuschließen. Dennoch bleibt der Essentialismus, die Annahme, Frauen hätten bestimmte und distinguierte Fähigkeiten, Potentiale, Charakteristika, Einstellungen, Vorlieben etc., hoch problematisch. „Nur“ weil er womöglich „sozial“ argumentiert wird, ist dieser Essentialismus um nichts weniger zurück zu weisen. Nicht erst seit *Judith Butler*, *Carol Hagemann-White* und *Rosa Mayreder* ist bekannt, dass Zuschreibungen an eine soziale Gruppe, die noch dazu selbst immer erst Produkt gesellschaftlicher Verhältnisse ist, nichts „natürliches“ sondern Produkte patriarchaler Verhältnisse sind. Umso politisch prekärer wird es, wenn sich diese Gruppen strukturell in einer nicht privilegierten Position befinden. „Frauen sind...“ beschreibt eine homogenisierende Verkürzung, durch die Frauen, die sich nicht zuletzt durch ihre sozialen und kulturellen Kontexte und Positionen extrem unterscheiden, unzulässiger Weise aufgrund ihres zugewiesenen Geschlechts auf einen Singular gebracht werden.

Think positive! Von Ungleichheit zu Diversität.

Dass Frauen manchmal uniform *erscheinen*, ist eher Ausdruck ihrer strukturellen Unterdrückung als Abbild homogener „Weiblichkeit“ (Knapp 2007: 281). Es ist also mehr als rätselhaft, warum sich feministische/frauenpolitische Projekte auf „weibliche Potentiale“ berufen, wenn damit maximal patriarchale Unterdrückung und Subjekte zurichtende Zuschreibungen perpetuiert werden. Geschlechterdifferenz und die damit untrennbar verbundene Hierarchie – Mann ist Norm, Frau das unterbewertete „Andere“ – werden in keiner Weise außer Kraft gesetzt, wenn ich die Anerkennung der „Potentiale *der* Frauen“ fordere. Die Frauen sexistischer Weise als geschlechtshomogene Gruppe zugeschrieben Tätigkeiten und Fähigkeiten, die, selbst wenn sie auf manche Frauen zutreffen, Produkt von Machtverhältnissen und dementsprechend zu ent-normalisieren sind, werden damit legitimiert. Indem sie als positiv und förderungswert, als Ausdruck einer „Multisex“-Gesellschaft eingestuft werden, wird die „Vereinschaftung der Geschlechterdifferenz“ (Knapp 1998: 78)⁹⁵ nun etwas, womit frau sich identifizieren kann

⁹⁵ Damit beschreibt *Gudrun-Axeli Knapp*, hier zitiere ich *Angelika Wetterer*, wenn „empirisch vorgefundene Unterschiede zwischen Männern und Frauen nicht auf die sozialen Strukturzusammenhänge zurückgeführt werden, sondern statt dessen verstanden werden als Ausdruck einer Verschiedenheit, die in den Frauen als Frauen bzw. Männern als Männern selbst begründet liegt“ (Wetterer 2003: 143). Ziel einer „theoretisch fundierten Gleichstellungspolitik“ (Knapp 1998: 74f.) müsse aber sein, dass „Fluchtpunkte der Argumentation (...) nicht die Geschlechtskategorie ‚Frauen‘ und Eigenschaften der Personen, die darunter

und darf. Wenn der GM-Euphorie geglaubt werden will, könne sie gar davon profitieren. Gleichstellungspolitiken „weiterhin über Geschlechtseigenschaften zu begründen“ (ebda.: 77) ließe die strukturellen Bedingungen – damit gemeint ist „der strukturelle Zusammenhang des Geschlechterverhältnisses, die in der Geschlechterstruktur von Institutionen und deren Verflechtungen geronnene Geschichte von Diskriminierungen, Differenzierungen und Hierarchisierungen“ (ebda.) – außer Acht. Folgen sozialer Ungleichheit und struktureller Marginalisierung als „spezielle Potentiale“ oder als Ausdruck von nutzbar zu machender gesellschaftlicher „Diversität“ zu beschreiben, ist geradezu zynisch. Der – nicht nur semantisch – bedeutungsvolle Wandel, gleichstellungspolitisches Handeln nun als *managing* oder *mainstreaming* zu bezeichnen, wäre damit aber nachzuvollziehen: Während Gleichstellungspolitik zumindest rhetorisch die Feindin von Ungleichem ist, bekommt dieses Ungleiche nun eine erfolgreiche Managerin zu Seite gestellt um künftig auch im Mainstream überleben zu können. Warum GM trotzdem als Gleichstellungsstrategie gilt, steht in den Sternen:

Gleichstellungsrhetorik schmückt eben derzeit auch: Aber Gleichstellungspolitik kann ich in dem Ziel der „optimalen Nutzung aller menschlichen Potentiale für die Organisation“ beim besten Willen nicht entdecken und dies umso weniger als diese „menschlichen Potentiale“ implizit als typisch „weibliche“ und typisch „männliche“ Potentiale gedacht sind. (Wetterer 2003: 144)

Mechanismen der geschlechtlichen Differenzierung, die basale Voraussetzung für strukturelle Ungleichheit sind, müssen zwangsläufig unbrauchbar sein als Garanten für Gleichheit, legitimieren und mit(er)schaffen doch Differenzen eben diese von Marginalisierungen, Hierarchisierungen und Ausschlüssen gekennzeichnete Gesellschaft. Solange „Männer und Frauen“ unterschieden werden⁹⁶, kann es keine Gleichheit geben. Denn warum, wenn nicht um eine bedeutungsvolle und mit sozio-ökonomischen Folgen verbundene Differenz zu schaffen, sollte auf angebliche Unterschiede so dermaßen beharrt werden wie bezüglich der – wie auch immer argumentierten und legitimierten – Verschiedenheit „der Geschlechter“. Aber wenn von Geschlechterdifferenz ausgegangen wird, gibt es ein „Gleichheitstabu“ (vgl. zu dem Begriff Gildemeister/Wetterer 1992: 226-229). Strategien der Herstellung von Gleichheit über die Betonung von Differenz – und zwar nicht irgendeiner pluralen Differenz, sondern der herrschenden Binären –, ohne diese in erster Linie als Produkt von Herrschaftsverhältnissen zu betrachten, sind zwangsläufig

fallen [sind], sondern das in Strukturen der Arbeits- und Machtverteilung sedimentierte hierarchische Verhältnis zwischen den Genus-Gruppen und damit einhergehende Konfliktkonstellationen und Benachteiligungen, die qua Geschlechtszugehörigkeit eher Frauen als Männer treffen“ (ebda.: 78).

⁹⁶ Und damit als Kategorien überhaupt erst zum Leben erweckt werden.

schizophren. Und „[u]nter der Hand wird aus der symbolischen Konstituierung des Weiblichen die positive Bewertung patriarchal hergestellter weiblicher Rollen und Arbeitszusammenhänge“ (Pinl 1993: 180). Versteckt wird diese Politik hinter dem „modischen Begriff der Differenz“ oder Diversität und erscheint „als frauenpolitischer *Dernier cri*“ (ebda.).

Die „wahre“ Differenz

Auch große Teile feministischer Wissenschaft leisten ihren Beitrag zur Affirmation von Geschlechterdifferenz und Zweigeschlechtlichkeit. Wenn auch mit vielem kritisch gebrochen wird, was „herkömmliche“ androzentrische Wissenschaft als Selbstverständlichkeit betrachtet, so wird zumindest eine Sache perpetuiert: „die Tradition des Denkens in zweigeschlechtlich strukturierten Deutungsmustern“ (Gildemeister/Wetterer 1992: 203). Dadurch kommt es zu „einem ungewollten Konservatismus in der Grundstruktur der politischen Entwürfe“ (ebda.). Und auch hier ist wieder die Rede von Potentialen, vermittels derer die patriarchal produzierte „weibliche Differenz“ zu positivieren versucht wird.

Die Versuche der Positivierung des „Weiblichen“, die Suche nach den Emanzipationspotentialen, über die Frauen gerade aufgrund ihres „Andersseins“ verfügen, stellen sich uns schließlich als eine feministische Variante der alten Frage dar, was „hinter dem Vorhang ist“. (Gildemeister/Wetterer 1992: 204)

Feministische Wissenschaft trägt so auch ihren Teil dazu bei, geschlechertypische Selbstverständlichkeiten zu stützen und einen Herrschaftszusammenhang zu legitimieren, der gerade vermittels der Verschleierung der Produktionskontexte von Zweigeschlechtlichkeit durch dessen Naturalisierung unwidersprochen als „normal“, weil „biologisch“, wahrgenommen wird. Sie steht nicht unschuldig daneben sondern ist aktiv an der sozialen Konstruktion von Zweigeschlechtlichkeit beteiligt. Dass feministische Wissenschaft diesen Herrschaftszusammenhängen bezüglich anderer Aspekte zu Recht kritisch gegenüber steht, tut dem keinen Abbruch. Denn eben das leistet der Annahme, gerade bei Zweigeschlechtlichkeit und Geschlechterdifferenz handle es sich um „authentische Natürlichkeit“, Nährboden (vgl. dazu Gildemeister/Wetterer 1992: 204). Auf der Suche nach der feministisch authentischen Geschlechterdifferenz, der „wahren“ und „guten“ Differenz hinter dem patriarchalen Vorhang, scheint die Kritik an und die Problematik von Differenzierungen im Allgemeinen – also „die Konstruktion von

Differenz selbst“ (ebda.: 229) – bei feministischer Wissenschaft und Gender Studies zu oft auf der Strecke zu bleiben. Und „[o]hne Neubewertung von Geschlecht (...) besteht die Gefahr, dass die von Gender Mainstreaming grundsätzlich angestrebte Anerkennung von Differenzen letztlich lediglich der Bekräftigung patriarchaler Zuschreibungen dient“ (Michalitsch 2006: 21).

Die „Durchschnittsfrau“

Doch es passiert noch mehr. Denn wenn von *den* Potentialen *der* Frauen gesprochen wird, so muss von einem bestimmten normativen Bild der Frau ausgegangen werden. Dieses grenzt sich nicht nur gegen das ab, was als „männlich“ gilt, sondern schafft auch ein hegemoniales Frauenbild. Ein bestimmter „Frauentyp“ wird als Orientierungsmaßstab herangezogen, wenn danach gefragt wird, *wie* sich etwas auf *wen* auswirkt oder *wessen* Potentiale als wertschöpfungswert, und damit gegenüber anderen privilegiert, anerkannt werden. Dass sich bei dem, was im Rahmen von GM oder DM als Potential der Frauen verhandelt wird, herrschende Hegemonieverhältnisse reproduzieren, überrascht kaum, da ja auch sonst strukturelle Rahmenbedingungen nicht in den Blick genommen sondern ungefragt affirmiert werden. Es interessieren nur die Potentiale der „Wertschöpfungsstarken“. Schließlich sollen diese zum Wohle und zum Profit der Institution nutzbar gemacht werden. Gut (aus)gebildete, weiße, heterosexuelle, bürgerliche Mittelschichtsfrauen entsprechen diesen Anforderungen eher als strukturell marginalisierte Frauen, mit Migrationshintergrund zum Beispiel. Was als verwertbares Potential und als in das Unternehmen bzw. die Institution integrationswürdig gilt, bestimmen letztlich die Chef_innenetagen, womöglich gemeinsam mit den für die Implementierung von GM Verantwortlichen. Da wird entschieden, was und wer, welches und wessen Potential, Wert für das Unternehmen hat. Es wird ausverhandelt, was überhaupt unter Potentialen zu verstehen ist – welche Potentiale also Potential haben.

Es wird das Management sein, das, unterstützt durch Genderexpertinnen, definiert, *welche* unterschiedlichen Potentiale der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Unternehmenskultur in Zukunft stärker berücksichtigt werden sollen, wo ihr Ort im Unternehmen ist und *welchen Beitrag* sie dort zu leisten haben. (Wetterer 2003: 136)

Es ist stark anzunehmen, dass zuvor bestehende soziale Segregierungen und Bewertungen nicht durchbrochen werden. Im Mainstream anzutreffende weiß-bürgerlich-heterosexuelle Hegemonien reproduzieren sich. Struktur und Werte der „Unternehmenskultur“ selbst zu

ändern ist letztlich auch nicht das Anliegen von GM. Es geht um die *Integration* bisher nicht erkannter Potentiale. Der Begriff Integration deutet schon darauf hin, dass die Einpassung recht einseitig ist. Während sich am vorherrschendem Betriebsklima und der Betriebspolitik nichts ändert, bekommen manche als „verwertungswert“ Eingestufte die Chance, sich nun auch in Bestehendes einzubringen. Als „Top-Down“- Instrumentarium, das bei der Managementebene einer Institution ansetzt und von dort aus langsam „nach unten“ sickert, dort aber nur selten ankommt, betrifft GM auch fast ausschließlich Mitarbeiter_innen im oberen Karrieresegment. Da sich dort, wie wir wissen, allgemein wenige Frauen befinden, kommen oftmals nur die Wenigen, die es geschafft haben sich „nach Vorne“ zu kämpfen, überhaupt mit GM in Kontakt. Das ist nicht per se zu verteufeln, mit einer maskulinistischen und männerbündischen „Unternehmenskultur“ sind ja auch die konfrontiert, die hierarchisch höhere Positionen innehaben. Aber für eine sich Gleichstellungsstrategie nennende Maßnahme ist dies zumindest unzureichend. GM ist so eine Strategie, die tendenziell Frauen in oberen Karrierepositionen und sozial in der Mittel- bzw. Oberschicht Situierten, die dem normativen Weiblichkeitsbild entsprechen, zu Gute kommt. GM ist – der Widerspruch liegt auf der Hand – eine Gleichstellungsstrategie für Privilegierte. Es ist nicht alles gleich *wertvoll*, auch wenn tunlichst alles *verwertet* werden soll. Ungleichheit liegt kapitalistischer Verwertungslogik zu Grunde und wird durch diese (mit)produziert. Geschlechterdifferenz ist Produkt patriarchaler Gesellschaften. Vermittels dieser Gleichheit zu erlangen, stellt sich als dementsprechend schwierig heraus.

Zusammenfassung

Wie ich zu zeigen versucht habe, reproduziert und affirmiert GM durch die Rede von den „weiblichen Potentialen“ patriarchale Geschlechterdifferenz. Auch bei den Gender Studies sind diesbezüglich einige politisch problematische Aspekte zu erkennen, allerdings nicht so offensichtlich. Nicht zuletzt, weil nicht allzu oft von *weiblichen Potentialen* bzw. den *Potentialen von Frauen* zu lesen ist. Strukturell liegt aber meines Erachtens ein ähnliches Denken zu Grunde.

Dass Geschlechtszugehörigkeit soziale und politische Konsequenzen hat, ist leider ein Faktum. Als Kritik müsste ich neben anderem eben dies in Frage stellen. Wünschenswert

wäre ja, dass weder Geschlecht, noch Nationalität⁹⁷, noch sonst was eine Rolle spielte, weder bei sozialem Status, ökonomischer Situation, Engagement, Sexualität noch Bildung. Indem „weibliche Potentiale“ ausgemacht und damit als geschlechtsspezifische Zuschreibung konstruiert werden, diese aufzuwerten und zu integrieren versucht werden, wird der „Institution Geschlecht“ ein großer Dienst erwiesen. Die Relevanz von Geschlecht als wesentlichem Identitätsmoment, als sozialem Platzanweiser wird reifiziert und als legitim anerkannt. Und damit wird auch die bestehende Geschlechterordnung prinzipiell, mit einigen wenigen Veränderungsvorschlägen was die *Bewertung* von geschlechtlichen Zuschreibungen betrifft, anerkannt. Ich rede hier nicht von den bei den Gender Studies gelehrteten Inhalten, denn da findet im Allgemeinen mehr Kritik statt. Diese findet sich jedoch selten, und das ist das Unverständliche, in den strukturellen Rahmenbedingungen, den konzeptuellen Grundlagen und den ideologischen Subtexten wieder. Und von diesen ideologischen Konzepten, die Projekten wie GM und Gender Studies normativ zu Grunde liegen, ist hier die Rede.

So werden in Debatten von/über GM, DM und Gender Studies Frauen als „das Andere“ konstituiert. Deswegen hätten sie andere Potentiale, die es nun als „differentes Wissen“ zu integrieren gelte. Es wird dadurch auch eine aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum „weiblichen Geschlecht“ homogene Gruppe der Frauen konstituiert, da ja alle Frauen, so die Argumentation, die gleichen Potentiale hätten. Dass aber gleichzeitig nur die „Potentiale“ einer spezifischen Klasse von Frauen als wertvoll erachtet werden, verstärkt ein weißbürgerlich-heterosexuelles Frauenbild, das gegenüber als abweichend geltenden Lebensrealitäten privilegiert und als „weibliche Norm“ festgeschrieben wird. Während klassenspezifische Differenzen als negativ bewertet werden, wird die patriarchale Geschlechterdifferenz im Allgemeinen durch das vermeintliche Wissen um „weibliche“ und „männliche“ Potentiale nicht nur reproduziert, sondern positiv zu bewerten versucht. So wird einerseits die angenommene „weibliche Differenz“ zum geschätzten und innovativen „anderen Denken“ und andererseits wird aus patriarchal-kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen resultierende Ungleichheit als solche nicht mehr wahrgenommen und schon gar nicht zu verändern getrachtet sondern vermittels der Rede um Diversität als förderungs- und beschützenswertes „Kulturgut“ prolongiert.

⁹⁷ ...besser noch: dass es so etwas wie Nationen, Geschlechter, Klassen und Staaten gar nicht mehr gibt...

Die unhinterfragte Übernahme und (Re)Produktion einer herrschenden Geschlechterordnung – wesentliche Aspekte dieser sind Geschlechterdifferenz, heterosexuelle Zweigeschlechtlichkeit und essentialistische Vorstellungen von Weiblichkeit und Männlichkeit sowie die strukturelle polit-ökonomische Bedeutung von „Geschlecht“ und „Geschlechtszugehörigkeit“ im Allgemeinen – seitens feministischer/frauenpolitischer Projekte verstärkt deren Legitimität und quasi-naturhafte Inszenierung. Vor allem GM nimmt eine affirmative Haltung bezüglich patriarchaler Geschlechterdifferenz ein. An Kritik und Transformation derselben ist bei Lektüre der Selbstdefinitionen und GM-bejahenden Texten nicht zu denken. Die Rede von *den* „weiblichen“ *Potentialen* ergibt letztlich auch nur dann einen Sinn, wenn von Zweigeschlechtlichkeit und Geschlechterdifferenz sowie einer essentialisierten und homogenisierten Geschlechtsidentität *der Frauen* ausgegangen wird. Differenz gilt dann als Ausdruck schöner Pluralität und nicht als grenzziehendes Produkt ungleicher Verhältnisse.

3.1.3. Zwischendurch. Oder: Vom feministischen Dilemma zur Affirmation.

Diese Affirmation von Differenz geht weit hinaus über die generell zu konstatierende Schwierigkeit feministischer Politiken, einerseits auf strukturell erzeugte Diskriminierungen und Differenzen eingehen zu müssen um diesen entgegen zu wirken und politisch Partei zu ergreifen, und andererseits eben diese Differenzen nicht zu reproduzieren. Stattdessen müssen die Verhältnisse und Prozesse, die Differenz überhaupt erst produzieren, angegriffen und immer wieder in Frage gestellt werden. *Ulrike Hänsch* beschreibt die Situation wie folgt:

Die grundlegende Schwierigkeit feministischer Politik, wie überhaupt jeder Politik, die sich für spezielle Gruppen einsetzt, liegt demnach darin, für mehr Rechte und Macht einer spezifischen Gruppe zu kämpfen und gleichzeitig nicht zu vergessen, dass diese spezifische Gruppe als solche ein Produkt sozialer und kultureller Konstruktion ist und das Auffinden und Benennen einer gemeinsamen Identität zugleich normativ und damit ausschließend ist. (Hänsch 2001: 233)

Feministische Politiken begeben sich zwangsläufig in dieses Dilemma, sind aber nicht zwangsläufig affirmativ. GM und die Gender Studies sind affirmativ vor allem deshalb, weil sie sich partout weigern, strukturelle Zusammenhänge in Betracht zu ziehen, sie pragmatisch-anerkenntnisorientiert agieren und eben nicht danach fragen, wie es zu spezifischen politischen Kontexten und Konstellationen gekommen ist. Sie gehen von

einem Ist-Zustand aus, der erstens dadurch erst konstruiert wird und zweitens als selbstverständliche Notwendigkeit, mit einigen zu korrigierenden Fehlern zwar, aber prinzipiell als Sachzwang und einzig mögliches Szenario, anerkannt wird. Das überrascht auch deshalb, weil es mittlerweile einige theoretisch und politisch reflektierte Auseinandersetzungen zu eben diesem zugegebenermaßen ambivalenten Thema gibt. Besonders spannend in diesem Zusammenhang finde ich *Gudrun-Axeli Knapps* „Plädoyer für eine theoretisch reflektierte Gleichstellungspolitik“ (Knapp 1998). Unter anderem in diesem Text beschäftigt sie sich mit der Frage, wie viel Gleichheit, Differenz und Dekonstruktion kritische Frauenpolitik braucht. Der Schluss ist ebenso nahe liegend wie verheerend, werden damit doch bisher als einander ausschließend gedachte feministische Kategorisierungen – zu Recht – über den Haufen geworfen. Und wenn die eine Perspektive fehlt, so ist die Gefahr, dass Politiken in Affirmation umschlagen, groß. Doch ist die Voraussetzung für all dies, also für jedwede feministische Politik und jedwedes feministische Projekt, die Betrachtung von Machtverhältnissen und Herrschaftszusammenhängen. Mit einem Blick auf die Strukturen, der jeder feministischen Kritik, „die bei Verstand ist“ (Dormagen 2008), innewohnen sollte, kann unter anderem der weit verbreitete Fehler „subordinierter Gruppen [vermieden werden], ihre Politiken unter Rückgriff auf vorgebliche Kontrasttugenden zu fundieren“ (Knapp 1998: 77). Die kritischen „Chancen“ für GM stehen dementsprechend schlecht...

3.1.4. Use your potential! Verwertung.

Die Vorteile der Vielfalt nutzen lernen!
(Selbst-Anzeige des Masterstudiengangs Gender- und Diversity-Kompetenz⁹⁸)

Ich bin wertvoll!

Potentiale werden aber nicht nur, das scheint auf der Hand zu liegen, quasi „natürlich“ *besessen*, sondern müssen auch *genutzt* werden. Ansonsten verpuffen sie im Wind und es wäre ein Katzenjammer ob der ungenutzten Möglichkeiten. Während auch andere gleichstellungspolitische/feministische Projekte (leider) die herrschende Annahme, es gäbe zwei eindeutige Geschlechter und diese hätten spezifische und voneinander unterscheidbare Identitäten und Fähigkeiten, unhinterfragt lassen, Diskurse um und durch GM und Gender Studies also mit ihrer Affirmation von Geschlechterdifferenz und

⁹⁸ Dieser wird ausgerichtet von der Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauen- und Geschlechterforschung der Freien Universität Berlin (nachzulesen unter: www.fu-berlin.de/zefrauen).

Zweigeschlechtlichkeit alles andere als allein dastehen, stechen sie doch besonders hervor: Durch ihre wirtschaftlich und personalpolitisch besonders durchdachte Verknüpfung von Differenz und kapitalistischer bzw. wissenschaftlicher *Verwertung* zum Beispiel.

Denn es ist eine Sache, wenn Differenzfeministinnen aufgrund der „weiblichen Differenz“ (was auch immer das ist) fordern, sich eben *nicht* in bestehende Strukturen ein- und anzupassen. Da Frauen sich, wenn sie dies täten, einer phallokratischen Ordnung unterwürfen, würde der Versuch der Integration von Differenz zwangsläufig zur Aufhebung eben dieser führen⁹⁹. Das heißt, die Integration in Bestehendes, dazu zählen unter anderem Verwertungs- und Anerkennungsstrategien, steht für Differenzfeministinnen im krassen Gegensatz zur Geschlechterdifferenz; entweder – oder. Dem ist bei den Gender Studies und GM – dies soll im Folgenden beschrieben werden – nicht so. Denn „[d]as Ziel lautet, *vorhandene* Potentiale besser zu nutzen, den Personaleinsatz *effizienter* zu gestalten und damit zu Chancengleichheit von Frau und Mann im Berufsleben beitragen zu können“ (Busch/Engelbrech 1998: 4, *Hervorhebungen NiSt*). Differenzen müssten, um dies zu erreichen, anerkannt und für bestehende Verhältnisse nützlich gemacht werden¹⁰⁰. Gerade *wenn* sie aus Ungleichheiten resultieren, geht es weder darum, sie kritisch zu hinterfragen noch sie auszuschließen. Stattdessen sollen sie *so* vollkommen „integriert“ werden, dass sie allerortens immer wieder aufs Neue reproduziert werden. Das legitimiert einerseits bestehende Verhältnisse, verstärkt die (individuelle) Identifikation mit (der eigenen) Differenz und die daraus resultierende Individualisierung gesellschaftlicher und damit struktureller Ungleichheitslagen und steigert andererseits die Möglichkeiten, Ungleichheit zu verwerten und aus ehemals ausgegrenzten Ressourcen Wert zu schöpfen. Denn Differenz wird ja nun nicht mehr *ausgeschlossen* und *entwertet*, sondern *eingegrenzt* und *verwertet*. Und das alles geschieht reibungslos im Namen von Gleichstellung und Chancengleichheit.

⁹⁹ Dies Beispiel ist platt, das ist mir klar. Es soll keinesfalls Differenzfeminismus erklären oder abstempeln, schon gar nicht unzulässig vereinfachen, das könnte und wollte ich nicht, aber eine Problemstellung skizzieren.

¹⁰⁰ Differenzen sind per se nützlich für Bestehendes und in dieses integriert, das ist nichts Neues. Schließlich sind Ungleichheiten Produkte herrschender Verhältnisse. Gerade patriarchale Sphären- und Aufgabentrennungen zum Beispiel sind notwendiges und nützlich Unterfutter kapitalistischer Wirtschaftsordnungen. Neu ist, dass sie nun direkt für das Unternehmen bzw. die Institution fruchtbar gemacht werden sollen. Das führt letztlich zu einer verstärkten Individualisierung und Anerkennung von Ungleichheit und Differenz. Schließlich wird „das Andere“ auch nicht mehr ausgegrenzt, sondern endlich in Verwertungsprozesse eingeordnet.

Win-Win. Alle(s) gewinnen, oder was?!?

Durch GM können, so wird gerne behauptet, nur alle gewinnen: Mitarbeiter_innen wie Unternehmer_innen¹⁰¹ (auf Gender Studies und die Wissenschaft komme ich später zu sprechen). Eine Strategie wie GM, begriffen als Teil des Diversity Managements, wird als *win-win* Situation verkauft (vgl. u.a. Wetterer: 2003; Schunter-Kleemann/Plehwe 2006). Denn „[d]ie Gleichstellung von Frauen und Männern ermöglicht eine optimale Nutzung aller menschlichen Ressourcen für die Organisation“ (Bielefelder Kompetenzzentrum¹⁰²). Während die einen (angeblich) endlich gleich in den neoliberalen Arbeitsmarkt integriert werden und so die frauenpolitische/feministische Forderung nach Gleichheit (angeblich) zum Greifen nahe ist, freuen sich die anderen über (Selbst)Ausbeutung, leistungsbereite und willige Arbeitnehmer_innen, Kostenersparnis und Innovation. Denn das bringt das „neue Potential“ der Frauen garantiert mit sich! Und als charmanter Nebeneffekt rückt gesamtgesellschaftliche Gleichberechtigung – nicht aus Zufall durch den Begriff „Chancengleichheit“ ersetzt, doch dazu später – näher. In diesem Kontext ist oft von verschiedenen frauenpolitischen Maßnahmen die Rede. Diese werden untereinander, meiner Meinung nach zu Recht, kaum differenziert. Angefangen bei GM und DM bis zu gendersensiblem Qualitätsmanagement und „Total E-Quality“ stehen wir einem Mix aus differenz- und wertschöpfungsorientierten Gleichstellungsstrategien gegenüber, die sich zwar voneinander unterscheiden, aber nicht bezüglich ihrer affirmativen und zu problematisierenden Grundlagen. In dem Sinne werde ich im Folgenden auch keine konsequenten und analytischen Unterscheidungen treffen, auch weil ein Diskurs gezeichnet werden soll, der sich nicht in den Einzelbeispielen erübrigt.

Gerade Frauen hätten, so Busch/Engelbrech, durch GM und ein betriebliches „Total Quality Management“ mit „E-Quality-Aspekten“ viel zu gewinnen. All diese Maßnahmen werden als „an den Mitarbeiterinnen orientiertes Human Resource Management“ (ebda.: 6)

¹⁰¹ Mir geht es nicht darum, aufzuzeigen, ob bzw. dass dem (nicht) so ist, Unternehmen also von Frauen und Gleichstellungspolitiken profitieren oder nicht und was getan werden müsste, damit dem so ist. Damit würde ich ja die Orientierung an Verwertung bzw. Profit „für Alle“ affirmieren und nur danach fragen, wie es denn am effektivsten zu bewerkstelligen sei. Mir geht es um die feministischen Diskurse und wie unkritisch Projekte sind, die überhaupt so argumentieren und sich damit an hegemonialen Gesellschaftskonzepten orientieren. Anders gesagt geht es mir um das eigene – feministische – Reden *um* Effizienz, nicht um die Effizienz der Projekte *an sich*.

¹⁰² Zitiert nach Wetterer 2003: 144

begriffen. Als „Vorteile aus Sicht weiblicher Beschäftigter“ zählen sie zum Beispiel folgende Aspekte auf: Es komme zu einer „Erweiterung der Kompetenz von Frauen durch gleichwertige Nutzung weiblicher Potentiale“ (ebda.: 7), die allgemein vonstatten gehende Flexibilisierung ermögliche ein spezifischeres Eingehen auf „Wünsche und Möglichkeiten aller Individuen“, auch *der Frauen*, und Diversitätsmanagement verstärke die Identifikation der Mitarbeitenden mit dem Unternehmen und damit auch mit seinen Zielen. Wenn eines der Unternehmensziele GM ist, so steige der Respekt voreinander und es komme zu einer verstärkten Berücksichtigung „des veränderten Selbstverständnisses und individueller Lebensentwürfe von Frauen“. Und – last but not least – das „Engagement von Klein- und Mittelbetrieben zur Beschäftigung qualifizierter Mitarbeiterinnen fördert wohnortnahes Arbeiten“ (ebda.). Warum dies so sein sollte, wird nicht weiter ausgeführt und liest sich als recht vage Zukunftsprognose. Doch das Spannendere ist, warum es gerade für Frauen besonders relevant sein sollte, *wohnortnah* zu arbeiten, warum gerade Frauen von flexibilisierten Arbeitszeiten und -verhältnissen *profitieren* sollten und warum es Frauen zugute kommen sollte, wenn auf die „Wünsche und Interessen *aller*“ eingegangen wird. Ersteres ist nur damit erklärbar, dass davon ausgegangen wird, dass Frauen zusätzlich Hausarbeits- und Betreuungspflichten haben. Dass sie tendenziell Kinder haben und diese auch – im Gegensatz zu Männern – versorgen müssen, weswegen eine wohnortnahe Arbeitsstätte Frauen dabei unterstützen würde, ihre Doppelbelastung besser *managen* zu können. Eben die gleichen Gründe sind ausschlaggebend dafür, dass flexible Arbeitszeiten für Frauen „gut“ seien. Solches Denken spielt auch bezüglich der Gender Studies eine Rolle. Die meisten Studiengänge sind mittlerweile Bologna-konform und im Zuge dessen wird gerne behauptet, dass deren – angebliche – Flexibilität sowie die verkürzte Studiendauer speziell Frauen unterstützen würde (vgl. Degethoff de Campos 2005)¹⁰³. Auch hier wird die Frau als „Anderes“, als Mutter mit daraus folgenden „anderen“ Interessen, festgesetzt. Flexibilität bedeutet dann, sich ein Studium so organisieren zu können, dass die Kinder trotzdem noch pünktlich vom Kindergarten abgeholt werden können. Betreuungsarbeiten werden ausschließlich Frauen zugeordnet und damit werden patriarchale Strukturen festgeschrieben. Es wird davon ausgegangen,

¹⁰³ z.B. Heidi Degethoff de Campos (2005: 302): „Die Studiendauer könnte (im Zuge des *Bologna*-Prozesses, *Anm. NiSt*) verkürzt werden. Dies könnte Frauen im Hinblick auf Familienplanung und –verpflichtung entgegen kommen“. Doch seit wann sind alle Frauen Mütter und ist es etwa zu unterstützen, das sich nur Frauen um Familie/Kinder zu kümmern haben? Aus feministischer Perspektive muss dies lautstark verneint werden.

dass jede Frau (potentielle) Mutter (in spe) ist und als solche auch ihre patriarchal zugeschriebene Mutterrolle zu erfüllen habe. Diese impliziert, dass sich strukturell Frauen um die Reproduktionsarbeit zu kümmern hätten. Hier wird offensichtlich, und das ist symptomatisch für GM&CO, dass es kein Interesse daran gibt, Doppelbelastungen und Zurichtungen von Frauen abzuschaffen. Denn von dieser strukturellen Ungleichheit wird wortlos ausgegangen. So wird eine wirkmächtige Grundlage patriarchaler Gesellschaft als neutraler und selbstverständlicher Status Quo affirmiert und reproduziert. Es wird ausschließlich auf ein *Produkt* dieser basalen Ungleichheit eingegangen, das sich womöglich darin äußert, dass Frauen mit Betreuungspflichten eventuell mehr Interesse an einem wohnortnahen Arbeitsplatz haben. Der Prozess, der zu ungleicher Aufgabenverteilung zwischen zwei Geschlechtern führt, scheint es nicht wert zu sein, in Betracht gezogen zu werden. Genau das ist im Anschluss an Nancy Fraser (1995; 2001) Ausdruck einer *affirmativen Maßnahme*.

Auch der Versuch, „Wünsche und Möglichkeiten aller Individuen“ zu berücksichtigen klingt für mich alles andere als unterstützend für bisher marginalisierte soziale Gruppen. Erstens wurde das Einbeziehen aller auch zuvor schon weitgehend behauptet und trotzdem war letztlich nur das berücksichtigt worden, was einer maskulinistischen Norm entsprach. Dieses wurde dann als Allgemeininteresse verkauft. Warum sollte sich an diesem Androzentrismus etwas geändert haben? Das ist vor allem deshalb unwahrscheinlich, weil der sowohl Institutionen als auch dem Denken vieler eingeschriebene Androzentrismus selbst, der Ausdruck herrschender Machtverhältnisse ist, gar nicht in Kritik geraten ist. Stattdessen wird jetzt im Rahmen vom GM und DM versucht, nicht als Norm geltendes „anderes“ auch einzubeziehen, so dass im besten Falle alles nebeneinander stehen kann. Doch wie können unterschiedliche Wünsche und Fähigkeiten, die Gruppen zugeschrieben werden und Produkt ungleicher Verhältnisse sind, *gleichberechtigt* nebeneinander stehen? Wie kann Differenz, aufgrund derer Ausschlüsse, Marginalisierungen und Diskriminierungen legitimiert wurden und werden auf einmal zum Schlüssel zur Gleichberechtigung werden?

Ebenso wesentlich scheint die Tatsache, dass auch „die Organisation“ Vorteile ziehen kann. Das scheint eine der wesentlichen „Weiterentwicklungen“ und „Erfolgsgarantien“

von GM zu sein. Es werde nicht mehr wie in „klassischen“ Frauenförderungspolitiken nur gefordert und von anderen ein einseitiges „Entgegenkommen“ (mit diesem „Entgegenkommen“ nur einer Seite der Beteiligten ist übrigens, wie zynisch, *Gleichbehandlung* gemeint) erwartet – manch antifeministische Reaktion geht gar so weit zu behaupten, dass „die Frauen“, die Gleichberechtigung einfordern, sich bisher nur die Rosinen aus dem Kuchen picken wollten. Nun wird GM als Kompromiss verkauft, der allen etwas zu bieten hat. Auch feministisch orientierte Umsetzerinnen von GM heben diesen Aspekt besonders hervor und werden nicht müde zu betonen, was GM einem kapitalistischen Unternehmen nicht alles bringen könne¹⁰⁴. „Entdeckung und Einsatz weiblicher Qualifikationen bewirken Synergieeffekte und eine Verbesserung der betrieblichen Gesamtleistung.“ (Busch/Engelbrech 1998:7) Auch profitieren Frauen angeblich nicht nur von allgemeiner Flexibilisierung, sondern sie tragen auch dazu bei (zu ihrer eigenen Prekarität sozusagen). Denn durch die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen gäbe es mehr kompetentes Personal und es steige die „Arbeitsdisponibilität“. Einerseits könnten so Mitarbeiter_innen zu mehr Arbeit angehalten werden, andererseits könnte die Organisation die Arbeitszeiten, je nach Gutdünken und Gewinnspanne, flexibler gestalten. Auch könnte durch stärkere Einbindung von Frauen der „Kund_innenstamm“ erweitert und damit der Absatzgewinn gesteigert werden. Ganz abgesehen von dem positiven Ansehen, das Unternehmen davon trügen, wenn sie zu Gunsten der Mitarbeiter_innen agieren. Denn die „[s]tärkere Integration weiblicher Mitarbeiter (sic!) schafft frauenfreundliches Image (sic!) und erschließt zusammen mit kundinnenorientierter Strukturanpassung neue Absatzpotentiale“ (ebda.). Warum eine recht ökonomisch argumentierbare Integration der Humanressource Frau ein „positives Image“ geben soll, bleibt unerklärt. Eben weil argumentiert wird, dass dies für ein Unternehmen eh gewinnbringend ist, stellt sich die Frage, wo sich die „soziale Verantwortung“ zeigt und was die hochgejubelte „soziale Kompetenz“ ist, die Institutionen, die Maßnahmen wie GM implementieren, attestiert wird. Die Argumentation ist widersprüchlich – Institutionen bekommen den Stempel frauenpolitischen Engagements, während sie laut GM-Werbeslogans nichts anderes tun müssen, als weiterhin möglichst Profit orientiert zu agieren. Dahinter steht neben einer völligen Affirmation kapitalistischer Verhältnisse die

¹⁰⁴ Das hier recht ausführlich zitierte Buch von Busch/Engelbrech kommt zwar gerade nicht aus einer feministischen Ecke, veranschaulicht aber besonders pointiert Problematiken und Diskurslinien, die sich auch in feministischen Um- und Auseinandersetzungen wieder finden.

Annahme, dass ein „totaler Kapitalismus“ männerbündische Strukturen und patriarchale „Überreste“ schon überwinden werde. Als ob das eine mit dem anderen nichts zu tun hätte. Ganz abgesehen davon, dass ein „Kapitalismus mit einem etwas menschlicheren Gesicht“, ein Patriarchat mit „einem frauenfreundlichen Image“, nicht das Ziel und die politische Grundlage feministischer Politiken, auch nicht von pragmatischer Frauenpolitik, sein kann.

Aber Hauptsache, es wird nicht angeeckt, und potentiell (sic!) Alle können mit dem Projekt GM etwas anfangen. Das Heischen um Anerkennung von allen Seiten – Unternehmer_innen wie Mitarbeiter_innen, Männern wie Frauen – unterstreicht den in erster Linie an Anerkennung orientierten Politikweg, der an strukturellen Verhältnissen kaum Interesse zeigt. Das soll nicht heißen, dass es nicht trotzdem genügend Widerstände gebe. Selbst eine auf den oben beschriebenen kapitalistisch-patriarchalen Grundlagen aufbauende gleichstellungspolitische Strategie wie GM findet in dieser – unserer – patriarchalen Gesellschaft noch genügend Gegner_innen. Es ist ja nicht so, als würde keine_r mehr davon überzeugt sein, dass Frauen nun mal anders „drauf“ seien und ausschließlich zu Familie und Herd gehörten. Doch darüber will ich hier schweigen.

Verwertung der Potentiale

Auch Frauen und Männer sollten fortan ihre unterschiedlichen Potentiale entfalten und einbringen, um die Effektivität der Organisation zu erhöhen, zumal Rekrutierungsprobleme zu der Einsicht verholten haben, dass man auf die Frauen in der Zukunft nicht mehr wird verzichten können. (Wetterer 2003: 134)

Im Sinne effizienten Wirtschaftens ist es nur stringent, dass die „Potentiale“ weiblicher Mitarbeiterinnen möglichst nutzbringend in den – wirtschaftlichen wie wissenschaftlichen – Produktionsprozess integriert werden. Ebenso könne es Status, „Allgemeinheitsanspruch“, Nützlichkeit und „Wissenschaftlichkeit“ nur fördern, wenn Frauen, „weibliche Sicht- und Arbeitsweisen“ und Potentiale sowie daraus vermeintlich entstehendes „Wissen über Frauen“ – marginale, aber doch – Teile universitärer Wissenschaftsbetriebe werden. Was auch immer, siehe oben, diese weiblichen Potentiale sein sollen und auf welche Geschlechternormen Bezug genommen wird. Frauen von Lohnarbeit (dazu zählt, eigentlich eh klar, auch wissenschaftliche Arbeit) auszuschließen ist erstens aufgrund jahrzehntelanger Emanzipationskämpfe von Frauenbewegungen im großen Rahmen nicht mehr durchsetzbar und zweitens ökonomisch wie politisch nicht

mehr erwünscht. Das heißt alles andere, als dass Gleichberechtigung in der Arbeitswelt erreicht sei. Weder die EU, noch ihre Mitgliedsländer, noch sonst wer können und wollen es sich weiterhin leisten, „die Qualifikationspotentiale von Frauen brachliegen zu lassen“ (Schmidt 2001: 45¹⁰⁵). Weshalb auch? Kapitalakkumulation braucht neue Humanressourcen – und wer böte sich da besser an als die Frauen, die sich Teile des Weges nicht zuletzt auch schon erkämpft haben und also sowieso nicht mehr ganz zu ignorieren sind? Wenn Frauen schon mal da sind, so scheint der Grundgedanke zu lauten, dann sollen sie auch voll verwertet werden. Unter Beibehaltung und Ausweitung der Geschlechterdifferenz, versteht sich, denn ansonsten bestünde die Gefahr, dass Gleichheit – wenn auch unter traurigen kapitalistischen Vorzeichen – tatsächlich näher rücken würde. Und das kann schließlich nicht von patriarchalem Interesse sein. Und warum dann nicht gleich das, was als Geschlechterdifferenz gilt, selbst verwerten? So wären zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Die effizientere Verwertung der Humanressource Frau durch die Verwertung ihrer patriarchalen und somit strukturellen Unterbewertung. Das Projekt GM forciert die effizientere Nutzung von Humanressourcen, indem die Potentiale „von Frauen“ nun auch anerkannt und betrieblich verwertet werden sollen und können.

Konsequenz daraus ist auch hier ein Konzept des Personalmanagements, das die unterschiedlichen Potentiale von Männern und Frauen in der Verwaltung besser zu nutzen verspricht und so dazu beitragen soll, dass die Arbeitszufriedenheit wächst, die Effektivität steigt, die Personalkosten sinken und bislang vernachlässigte Gruppen für die Personalrekrutierung erschlossen werden, unter ihnen: die Frauen. (Wetterer 2003: 135)

Dass Unternehmer_innen und Universitäts-CEOs dieses Konzept gelegen kommt, sie es auch deshalb gerne übernehmen und eher umsetzen, weil es als Vorwand dient, alle anderen Frauen fördernden Maßnahmen, die sich nicht so gut mit kapitalistischer Wertschöpfung und patriarchalem Kontinuum vereinbaren lassen, abzudrehen, ist wenig überraschend. Doch wie wird von feministischer Seite argumentiert, wenn der Subtext von GM und Gender Studies- Konzepten zumindest (sic!) politisch problematisch ist?

Eine wesentlich Rolle spielt wohl das oben beschriebene Phänomen, dass so manche feministische Politik, um sich aus autonomer Prekarität zu „erretten“ und endlich erfolgreich zu sein, es allen recht machen will. Die Tendenz, Verständnis zu zeigen und sich „in andere hinein-zu-denken“ und als Folge geradezu zu solidarisieren mit neoliberalen Unternehmen oder männerbündisch strukturierten Universitäten und ihren

¹⁰⁵ Zitiert nach Wetterer 2003: 135

Protagonisten, führt zu Schlimmerem als Pragmatismus. „Frau muss das ja auch verstehen, die können ja auch nicht anders“ ist das Motto der Zeit, „Mitarbeiten“ der Weg zum Ziel, wenn nicht gar selbst schon das Ziel. Warum sollte Feministinnen, die GM befürworten, sonst interessieren, ob eine gleichstellungspolitische Maßnahme wirtschaftlichen bzw. sozial-kulturellen Profit für die fast durchgehend männlichen Chefs einer Firma bzw. einer Universität abwirft?

Dass Gleichberechtigung dadurch als Nebeneffekt näher rückt, mag eventuell und partiell sein, allerdings auch nur so weit, als es kapitalistische Ungleichheitsverhältnisse, die weder durch GM noch durch die Gender Studies hinterfragt werden, zulassen. Und da gibt es nur einen sehr begrenzten Spielraum, wenn kapitalistische (Re-)Produktionsverhältnisse, Verwertungszusammenhänge, Leistungszwänge, die Eliten (re)produzierende und legitimatorische Funktion von Wissenschaft übernommen, bejaht und gar noch als Brückenköpfe für die weitere Emanzipation von Frauen missgedeutet werden. Der widerspenstige, Hegemonien und Normen subvertierende und kritisch hinterfragende Anspruch der Frauen- und Geschlechterforschung landet damit ebenso im Mülleimer der Geschichte(n) wie feministische Gesellschaftskritik. Diese analysieren in all ihren Differenzen erstens Patriarchat und Kapitalismus als (wie auch immer) Zusammenhängendes und koppeln dementsprechend die Möglichkeit geschlechtlicher, kultureller und ökonomischer Gleichheit an Kritiken an der Verfasstheit gesellschaftlicher Verhältnisse, und dazu zählt neben patriarchaler Geschlechterherrschaft der neoliberalen Kapitalismus mit seinen Verwertungszwängen ebenso wie die Heteronormativität.

(Weibliches) Brachland ist unleistbar

Die Strategie des GM klingt bislang mehr nach einer Nutzen maximierenden Managementpolitik als nach einem feministischen/gleichstellungspolitischen Projekt. An diesem Eindruck wird sich auch so bald nichts ändern. Bisher vergeudete oder unentdeckte Ressourcen besser in den Produktionsprozess zu integrieren um so optimalere Gewinne zu erzielen, hat schließlich mehr mit kapitalistischem Wirtschaften denn mit der Emanzipation und Gleichberechtigung von Frauen zu tun. Der Verweis auf die „Potentiale der Frauen“ fungiert hier als Vermittlerin: Zwischen kapitalistischen Wirtschaftsinteressen und vermeintlicher Geschlechtergleichstellung. Warum sollten Wirtschafts- und

Gleichstellungsinteressen sich auch nicht treffen können und Hand in Hand für eine bessere, weil gleichberechtigtere *und* profitablere, Welt kämpfen? What's the problem?

Das Problem beginnt ganz am Anfang. Wenn nämlich Gleichberechtigung nur bedeutet, dass Frauen arbeiten gehen „dürfen“ um sich ein ökonomisch relativ unabhängiges Leben gestalten zu können oder sie, einen kleinen Schritt weiter gehend, auch loyaler, akzeptierter, weil integrierter Teil spezifischer „Unternehmenskulturen“ sein können. Ist dies der Fall, so sei Gleichstellungsinteressen entsprochen. Auf der anderen Seite wird Unternehmen ihr ökonomischer Nutzen schmackhaft gemacht: „Man (sic!) appelliert an die Unternehmen verstärkt in die Arbeitskraft ‚Frau‘ zu investieren, so dass bisher immer noch verschleuderte Begabungsreserven und weibliche Talente im weltweiten Wettbewerb besser genutzt werden“ (Schunter-Kleemann 2006: 42). Wenn Gleichberechtigung also nichts anderes bedeutet als die kapitalistische Integration von Frauen – und damit ihre Anpassung an und Anerkennung von patriarchal geprägten und männerbündisch organisierten Organisationsstrukturen, die ihre Partizipation immer nur bis zu einem bestimmten Grade und auf unterer Karriere- und Einkommensleiter dulden werden – dann kann sie tatsächlich reibungslos neben wirtschaftlichen Interessen von Kapitalist_innen (be)stehen. Jedoch ist dies ein recht reaktionärer Begriff von Gleichberechtigung, der nebenbei keine anderen als kapitalistische Verhältnisse kennt, diese als selbstverständlich voraussetzt und nicht hinterfragt. Denn behauptet wird, dass die ökonomische Unabhängigkeit der Frau nur durch die totale Verwertung der Ressource Frau garantiert werden könne. Die notwendige ökonomische Unabhängigkeit – auch als Voraussetzung für Emanzipation – könne nur im Kontext verwertbarer – kapitalistischer! – Arbeit erreicht werden. Da Gleichberechtigung aber mehr als die Anpassung einiger Weniger an herrschende Normen ist und andererseits das Patriarchat durch die kapitalistische Einbindung von Frauen nicht abzuschaffen sein wird, schon gar nicht, wenn strukturell alles beim Alten belassen wird, vertragen sich ökonomische Nutzenmaximierung und Gleichberechtigungsinteressen vielleicht doch nicht allzu gut. Denn wer Gleichheit will, muss zum Beispiel Konkurrenz und Leistungsgesellschaft kritisieren – und da fällt auch die Kritik an herrschenden Arbeitsverhältnissen und -zwängen hinein. Um für Emanzipation und möglichst freies Leben nötige ökonomische Unabhängigkeiten zu schaffen, läge für Feministinnen die Forderung nach einem bedingungslosen

Grundeinkommens wohl näher als der Appell an *Siemens*, doch endlich auch Frauen zu viel arbeiten zu lassen, sie auszubeuten und ihre „Talente“ auszuschlachten und zu verwerten. Doch GM versucht gerade über diese Schiene Unternehmen die Gleichbehandlung von Frauen zu „verkaufen“. Indem nämlich auf die möglichen Profitspannen und Wettbewerbsvorteile verwiesen wird. Zu vermitteln, dass es „out“ ist, Ressourcen von Frauen brach liegen zu lassen, ist – teils mit ähnlicher Rhetorik – das Anliegen von GM-„Verkäuferinnen“. Dadurch komme es zu einer verbesserten Nutzung der Mitarbeiter_innen, die durch die „innovative Kraft“ ihrer geschlechtlichen, nationalen, ethnisierten, sexuellen... Differenzen, die es zu kultivieren und aus denen es Wert zu schöpfen gelte, noch optimiert werden kann. Nun ist es endlich so weit, das feministische Paradies scheint nahe, denn: „*Sogar ich bin wertvoll!*“

Akkumulation. (Wissenschaftliches) Neuland gewinnen.

*Gender avancierte in den letzten Jahren zu einem Schlüsselbegriff des Wissenschaftsbetriebes, der nicht einer einzelnen Disziplin subsumiert werden kann, sondern quer durch die Fächervielfalt neue Forschungsansätze hervorbringt.
(Universität Wien)*

Entsprechungen kapitalistischer Wertschöpfung erfüllen die Gender Studies auf einer anderen, wenn auch vergleichbaren, Ebene. Protagonist_innen und Konzepte der Gender Studies werden nicht müde, die innovative Kraft des „Begriffes Gender“ zu betonen. Gender sei sogar, so ist auf der Homepage der Gender Studies an der Universität Wien zu lesen, zum „Schlüsselbegriff“ des „Wissenschaftsbetriebes“ avanciert. Doch damit nicht genug: Durch die erfolgreiche Etablierung der „Beschäftigung“ mit „Gender“ in Form eigenständiger Curricula entfalte sich nun das „wahre Potential“ der politischen und analytischen Kategorie. Allerdings nicht bezogen auf ihre politische Sprengkraft bzw. ihren kritischen Impetus sondern als Gewinn für den *Wissenschaftsbetrieb*. Neue Forschungsansätze sowie neue und umfassendere Erkenntnisse könnten nun, durch die „integrative Genderperspektive“, entwickelt und erzielt werden. Dies, so der herauszulesende Tenor, könne dem herrschenden Wissenschaftsbetrieb und den damit verbundenen Machtverhältnissen, nur Gutes tun. Und das wiederum könne auch dem feministischen Projekt Gender Studies nur nutzen¹⁰⁶.

¹⁰⁶ Grausliche Assoziationen werden hier geweckt, zu denken ist an Sprüche wie „Geht’s der Wirtschaft gut, geht’s uns allen gut“.

Affirmiert wird hier vielerlei. Einerseits scheint die Frage nach dem Wissenschaftsbetrieb und seiner aktuellen Verfasstheit, die Frage nach den Strukturen, innerhalb derer sich die Gender Studies bewegen und sich „Gender als Schlüsselbegriff“ etablieren konnte, nicht sonderlich zu interessieren. „Der Wissenschaftsbetrieb“ scheint eine neutrale Größe zu sein, an der es nichts auszusetzen gäbe. Feministische Wissenschaft darin zu integrieren sei also erstens *unproblematisch* und zweitens unter Beibehaltung der Rahmenbedingungen *möglich*. Wäre es aber nicht im Sinne feministischer Kritik eher erstrebenswert, den bestehenden Wissenschaftsbetrieb vermittels der Beschäftigung mit Geschlechterverhältnissen aufzumischen und in seinen patriarchalen Grundfesten zu erschüttern anstatt zu feiern, dass Gender – angeblich – *auch* zu einer relevanten und innovativen Kategorie in eben diesem patriarchalen Wissenschaftsbetrieb geworden ist, den es eigentlich abzuschaffen, zu dem es jedenfalls in einem kritischen Verhältnis zu stehen gelte?

Gender bringe „quer durch die Fächervielfalt neue Forschungsansätze“ (Universität Wien) hervor. Die Integration der Gender Studies in den Wissenschaftsbetrieb steigere Diversität und sei gleichzeitig auch Ausdruck einer „vielfältigen“ Universitätslandschaft. Im Sinne wissenschaftlichen Diversity Managements wird so gleichzeitig die ständige Differenz der Gender Studies zu allen anderen – normalen? – Wissenschaftsdisziplinen aufrecht erhalten, gleichzeitig aber werden sie gleich gemacht indem sie als addier- und integrierbar gelten. Eine ambivalente Gleichzeitigkeit von Aus- und Eingrenzung, von Perpetuierung des Sonderfall-Status und Normalisierung, ist festzustellen. Was ich damit meine, ist, dass die Beschäftigung mit Geschlechterverhältnissen – was nichts anderes als die Beschäftigung mit eben dieser Gesellschaft ist – weiterhin als Sonderfall und „spezielle Perspektive“ behandelt wird. Diese sei nicht *strukturell* notwendig und alle gesellschaftlichen und damit auch wissenschaftlichen Felder umfassend sondern einfach eines – noch dazu ein recht ideologisches – von vielen Forschungsfeldern. Innovativ kann aber nur sein, was „neu“ und/oder „anders“ ist, eine Differenz zu Herkömmlichem bietet. In dem Fall allerdings nicht, um auf dieses Herkömmliche rückzuwirken und es zu transformieren sondern um als Abweichung konstituiert und so in ständiger Differenz zur Norm zu bleiben, diese letztlich ständig aufs Neue abzusichern. Gleichzeitig zur Zementierung als Differenz berauben sich Frauen- und Geschlechterforschung sowie Gender Studies ihrer wissenschafts- und damit

gesellschaftskritischen Sprengkraft. Indem sie einfach als „weitere“, ergänzende und addierbare Perspektive neben andere gestellt werden, wiewohl dies eigentlich feministischer Wissenschaft widerspricht. Denn sie kann nicht einfach neben andere, geschlechtsblinde, Disziplinen und Perspektiven gestellt werden sondern widerspricht diesen vehement. Denn Feminismen widersprechen allein durch die Einführung der Kategorie Geschlecht/Gender zwangsläufig allem, was Geschlechterverhältnisse ignoriert oder gar negiert, der gesamten etablierten Wissenschaft also. Sie können *eigentlich* nicht einfach in einem patriarchalen Wissenschaftsbetrieb neben androzentrische Wissenschaft gesetzt werden, da sie diese *eigentlich* strukturell unterwandern.

Wie wird diese Ambivalenz von Differenz und Gleichmachung, von Subversion und Addition, überbrückt? Damit Veränderung nicht passiert, Gender Studies also gefahr- weil kritiklos integriert werden können, gilt es seitens der Gender Studies-Protagonist_innen das produktive Neue, die innovative Kraft, „die neuen Forschungsansätze“ zu betonen. Diese seien gewinnbringend für alle, bisher verkannte und auszuschöpfende Potentiale, die nicht Bestehendes in Frage stellen sondern gemeinsam Neues (er)schaffen und eine ergänzende und integrierende Forschungsperspektive sind. Das ehemals Kritische bzw. das behauptete „Andere“ kann so zum „Neuen“ werden. Nicht um politisch-feministischen Ansprüchen nach Veränderung bestehender Verhältnisse Genüge zu tun sondern als integrier- und verwertbare Innovation innerhalb als Normalzustand anerkannter universitärer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen. Diese Affirmation von Verwertungslogiken, die aktive eigene Unterordnung unter das Diktum ökonomischer, jedenfalls aber hegemonial als adäquat geltender Nützlichkeit, die zwangsläufig zu einer Anpassung des produzierten Wissens und einem Nicht-Stellen bestimmter, nämlich selbst- und strukturkritischer, Fragen führt, ist bezogen auf das Wissenschaftsfeld nicht ausschließlich den Gender Studies vorbehalten. Auch andere kritische Projekte haben diesen vermeintlich „erfolgreichen“ Weg gewählt und zeigen ähnliche Tendenzen. Von einer „Wahl“ zu sprechen, suggeriert die Unterscheidbarkeit und Kalkulierbarkeit von Optionen und frei wählbaren Möglichkeiten. Das ist selten der Fall. Allgemeiner könnte festgestellt werden, dass wir es

mit einer „Normalisierung“ der Universitäten zu tun [haben], verbunden mit einer neuen Form der Integration wissenschaftlichen Wissens in die gesellschaftlichen Produktions- und Ungleichheitsverhältnisse – einmal, als Ausbildungssystem, über den Weg der Verwertbarkeit universitärer Qualifikationen auf einem zunehmend flexibilisierten Arbeitsmarkt, und zudem, als

Forschungssystem und als Beratungsangebot, mit einer neuen Form der Indienstnahme sozialwissenschaftlichen Wissens für die permanente Innovation und Absicherung kapitalistischer Produktion. (Görg/Roth 1998: 9)

Vor diesem Hintergrund verwundert es wenig, dass Universitäten auch „stolz“ darauf sind, wenn sie Gender Studies anbieten, sind sie doch ein konformes Wissensprojekt unter „neuen“ universitären und neoliberalen Spielregeln. Allerdings sind die Gender Studies nur solange Prestigeobjekt, wie sie als politisches Feigenblatt oder zum Aufpolieren des Images verwendet werden können. *Gudrun-Axeli Knapp* beschreibt dies anschaulich:

„Außenpolitisch“ zieren sich die Hochschulen durchaus nicht ungern mit Gender Studies, weil diese zumindest in den vergangenen Jahren als Etikett der Aufgeschlossenheit oder der political correctness gelten; „innenpolitisch“ aber zielt man sich, wenn die Koordinationsstelle verlängert oder eine Professur denominiert werden soll. (Knapp 2006: 195)

Wissenschaftspolitisch und inneruniversitär bleibt die (feministische) Beschäftigung mit Geschlecht also marginal, unterbemittelt und ausgegrenzt wie eh und je. Nach außen geben sich Rektoren (und ganz wenige Rektorinnen) erstens gern weltmännisch und -offen, und dazu gehört die Demonstration der Offenheit für Neues und Innovation. Und da Gender Studies auch in Selbstbeschreibungen als dies gelten, werden sie gerne als Beweis für Aufgeschlossenheit und Modernisierung, jedenfalls als scheinbare Abgrenzung zu den verstaubten, altmodischen, schwerfälligen, muffigen, staatlichen, patriarchalen, alles in allem schlechten, alten Universitätstagen herangezogen. Dass dies nur ein Feigenblatt ist und an der Beständigkeit patriarchaler Verhältnisse und männerbündischer Fundiertheit auch der sterilen, „transparenten“, neuen, autonomen Universitäten nichts ändert, liegt ebenso auf der Hand wie die Vereinnahmung der Frauen- und Geschlechterforschung für die Verwirklichung des neoliberalen, flexiblen, „modernen“ Universitätsunternehmens. Umso mehr als Gender Studies von sich aus auf eben diesen Zug aufgesprungen sind – durch das Rechtfertigen der eigenen Relevanz mittels gesellschaftlicher Adäquatheit und Nützlichkeit, sowie ihre Rolle als modernisierende und innovative Kraft, die für eine Universität gut zu verwerten ist. Und das scheint auch das gesteckte Ziel zu sein: die Verwertbarkeit des „neu“ gewonnen Wissens (ausführlicher dazu Kapitel 3.2.). Gegen verwertbares Wissen haben die bestehenden Universitäten logischerweise nichts einzuwenden, sie wären gar blöd, dieses Angebot auszuschlagen. Zu verlieren gibt es für sie schließlich nichts – denn auf Kritik an Bestehendem wird von Seiten der Gender Studies nicht gesetzt¹⁰⁷. Zu gewinnen gibt es viel: Nicht nur modernes Image, sondern

¹⁰⁷ Übrigens, das scheint gerne vergessen zu werden, ist auch dies – die Kritik – Ausdruck gesellschaftlicher

auch Handfestes: brauchbare und verkaufbare Kompetenzen, die nicht nur am Arbeitsmarkt relevant geworden sind, Wissen von Frauen, das nun endlich auch verwendet und integriert wird, anstatt wertlos im Nichts zu verpuffen, und – last but not least – scheinbares Wissen *über* Frauen, das dazu beitragen kann, diese als konsumierende und wertschöpfende Humanressourcen endgültig ins Boot zu holen.

3.1.5. Wissen über Frauen

Inhalte des Studiums. (...) Reden Männer wirklich eher über Beruf und Sport und Frauen über Familie und Beziehungen? Das Studium der Geschlechterforschung bietet die Möglichkeit, diesen und einer Vielzahl weiterer Fragen rund um die Bedeutung von Geschlecht nachzugehen. (Universität Basel)

Business-Frauen und staubsaugende Männer! - Ein aktueller Wegweiser für Medien führt durchs Genderlabyrinth (Ankündigung für GM-Handbuch auf www.imag-gendermainstreaming.at 9.6.08)

Geschlechterdifferenz und essentialistische Zuschreibungen ebenso wie die Orientierung daran, (feministisches) Wissen über Geschlechterverhältnisse zu verwerten – und damit zu entwerten –, das zeigen die obigen Zitate, kommen nicht ausschließlich über die Rede von *den Potentialen* zum Ausdruck. Auf verschiedenen Wegen werden affirmative Bezüge zu hegemonialen Bildern von „Weiblichkeit“ und „Männlichkeit“, Geschlechterdifferenz im Allgemeinen, hergestellt und in einen kapitalistischen Verwertungszusammenhang gestellt. So zum Beispiel durch die „Erforschung“ von Frauen und das daraus entstehende vermeintliche Wissen um „das Wesen Frau“.

Auf der Suche nach *den* Frauen

Eine wesentliche Voraussetzung für GM, das die geschlechtsspezifischen Auswirkungen jedweder Entscheidung erfassen sowie eine geschlechterbezogene Sichtweise in alle Bereiche einführen und –fordern soll, ist das Wissen *um* Geschlechtsunterschiede. GM ist also zuallererst eine „gewaltige Datenbeschaffung“ (Wetterer 2003: 135). Notwendig ist „das Vorhandensein von (nach Geschlecht aufgeschlüsselten) Statistiken über die gegenwärtige Situation von Frauen und Männern“ sowie „einschlägiger Untersuchungen, die das Wissen über das Verhältnis zwischen den Geschlechtern erweitern“ (BMSG 2002: 8). Es wird nach den Unterschieden, mit denen Männer und Frauen einer Institution bzw. eines Unternehmens konfrontiert sind, geforscht. Ermittelt werden sollen vor allem die

Relevanz und „Nützlichkeit“, allerdings in einem ganz anderen Sinne.

verschiedenen Bedürfnisse und Lebensrealitäten, damit diese künftig bei Entscheidungen mitgedacht werden können und so Geschlechtergleichheit erreicht werden kann. Daraus ergeben sich unter anderem zwei Probleme. Erstens: Wer suchet, die_der findet. Wenn ich Phänomene mit einer Brille der Geschlechterdifferenz betrachte, also nach Unterschieden zwischen Männern und Frauen fahnde, so werde ich jedenfalls fündig werden. Die Kategorien, nach denen betrachtet und analysiert wird, werden schließlich im Vorhinein festgesetzt und stehen nicht zur Diskussion. Das Schema, das angewendet wird, kann sich nur bestätigen. Empirisch „erkannt“ werden Ähnlichkeiten zwischen *den* Frauen und Unterschieden zu *den* Männern (vgl. Hirschauer 2004; Wetterer 2003). Andere strukturelle Differenzen – Klassenunterschiede zum Beispiel – geraten aber nicht in den Blick. Dadurch wird Zweigeschlechtlichkeit und Geschlechterdifferenz nicht „abgebildet“, sondern (re)produziert und mit Bedeutung versehen – „das sozialwissenschaftliche Finden von ‚Geschlechtsunterschieden‘ gehört zu den kulturell elementaren Gebrauchsanweisungen der Geschlechterdifferenz“ (Hirschauer 2001: 215¹⁰⁸).

Und zweitens wird bei den gefundenen „Unterschieden“ zumeist nicht unterschieden zwischen Resultaten struktureller Ungleichheit und nicht veränderungswürdigen „Tatsachen“, die „halt einfach so sind“ und auf die eingegangen werden muss, die es aber nicht abzuschaffen gelte. So werden in GM-Analysen die patriarchalen Betreuungspflichten von Frauen, ein Ausdruck struktureller Ungleichheit, zu dem „weiblichen Bedürfnis“ nach mehr „Zeit zu Hause“. Oder die geringere Anwesenheit von Frauen in Kneipen und an Stammtischen wird zur „weiblichen Unlust“ an Alkoholkonsum, Spaß und Fortgehen. Anstatt dass die vorherrschenden Männerbünde, die es Frauen, gelinde gesagt, nicht allzu einfach machen, „dabei zu sein“ und wenn, dann nur unter erschwerten und/oder degradierenden Bedingungen als struktureller Hintergrund für feststellbares „ungleiches Verhalten“ von Interesse wären. Unterschiede werden im Zuge von GM als empirische Tatsachen hingenommen, und weil strukturelle Verhältnisse nicht in den Blick geraten, als geschlechtliche Zuschreibungen reproduziert, um dann darauf basierend zu arbeiten. Ungleichheiten gelten künftig – und euphemistisch – als „verschiedene Bedürfnisse“ und „verschiedene Lebenslagen“ von Frauen und Männern. Die vollzogene Geschlechteranalyse mündet nicht selten in Fragestellungen wie „Was

¹⁰⁸ Zitiert nach Wetterer 2001: 137

brauchen Männer was Frauen um miteinander in einen ebenbürtigen Dialog zu treten?“ (Trommer 2004: 187). Frauen werden durch das Feststellen „ihrer Bedürfnisse“ unzulässig homogenisiert und essentialisiert. Zwar sind Frauen als Gruppe strukturell marginalisiert, aber sie sind dies in mannigfaltiger Weise. Und wie es überhaupt zu Unterschieden kommt, ist gar nicht Thema.

In diesem Sinne bleibt die Betrachtung geschlechtlicher Differenzen einerseits hochgradig oberflächlich und unstrukturell, problematisch und sexistisch, weil strukturelle Unterdrückung als Eigenschaft erscheint, andererseits werden Differenzen durch ihr scheinbar objektives „Aufspüren“ (re)produziert und schaffen Tatsachen. Kontextualisierungen stehen nicht auf der Tagesordnung, was dazu führt, dass patriarchale geschlechtliche Zuschreibungen reifiziert werden. Differenzen werden unkritisch affirmiert anstatt kritisch ihrer Grundlagen entledigt – „Frauen tun dies und das nun mal (nicht) so gern, deswegen brauchen wir im Namen von GM dies oder das (nicht)“. Leider gibt es

[ke]inen eingebauten Mechanismus (...), der die Weichen so stellt, dass Strukturdefizite in den Blick kommen statt geschlechtsspezifische Eigenschaften oder Vorlieben und daraus politische Konsequenzen gezogen werden, die sich am Abbau dieser Strukturdefizite orientieren (...). (Wetterer 2003: 147)

Ganz im Gegenteil, GM scheint darauf bedacht zu sein, eben dies *nicht* zu tun. Wieso auch? Es geht wohl auch hier weniger darum, kritisch zu intervenieren um strukturelle Veränderungen im Geschlechterverhältnis zu erzielen, sondern darum, möglichst kostengünstig, risikolos und veränderungsarm ein Arrangement „zwischen den Geschlechtern“ im Hier und Jetzt zu schaffen, das ein reibungsloses, produktives und effizientes miteinander Arbeiten ermöglicht. Denn „[w]arum ist GM so wichtig? Weil sowohl Frauen wie Männer eingebunden werden und die vorhandenen Humanressourcen voll genutzt werden“ (BMSG 2002: 7).

Social Studies of Sexual Difference? Geschlechterdifferenz.

Das im letzten Kapitel Gesagte trifft im Großen und Ganzen auch auf die Gender Studies zu. Auch sie suchen nach Differenzen und finden diese, ohne den eigenen geschlechterdifferenten Blick zu hinterfragen. Wichtig scheint mir, anzumerken, dass als wissenschaftlich geltendes Wissen – universitäre Wissensproduktion wie die Gender Studies – eine spezifische politische Dynamik hat. „Die Wissenschaft“ ist ein

gesellschaftliches Feld, das anders wahrgenommen wird, andere Funktionen erfüllt und anderen Gesetzen gehorcht als beispielsweise institutionalisierte Politik wie Gleichheitspolitiken im Allgemeinen oder GM im Speziellen. In dem Sinne ist die Konsequenz der Affirmation kapitalistischer und patriarchaler Konzepte und Strukturen bei den Gender Studies und GM verschieden und womöglich schwierig zu vergleichen. Doch inhaltlich, bezüglich der affirmierten Gesellschaftskonzepte, gibt es Parallelen. Ebenso wie GM müssen die Gender Studies „die Geschlechterdifferenz ontologisch voraussetzen“ (Hirschauer 2004: 19). Es werden „die Wissenschaften den zahllosen empirischen Phänomenen [subsumiert], die (...) mithilfe der Geschlechterunterscheidung beobachtet [werden können], aber ohne dass die Unterscheidung selbst beobachtet wird, wie es sich die Gender Studies zur Aufgaben machten“ (ebda.). Das ist sowohl bei Betrachtung der Strukturen und Konzepte als auch, hier aber aufgrund der prinzipiell breiteren Fächerung und Ausdifferenzierung weniger, der Lehrinhalte der Gender Studies zu bestätigen. Damit wird die Frage danach, „wie die Geschlechterdifferenz durch wissenschaftliche Wissensproduktion mitproduziert wird“ (ebda.) ausgeklammert und somit Geschlechterdifferenz (re)produziert anstatt sie zu ent-normalisieren. Was Joan Scott allgemein für die Ver- und Entwendung des Begriffes *Gender* beschreibt, gilt in besonderem Maße auch für seine institutionalisierte Form, die Gender Studies:

Bücher, die angeblich eine „Geschlechteranalyse“ bieten, sind typischerweise ziemlich voraussehbare Studien über Frauen oder (...) Untersuchungen über die Unterschiede im Status, über die unterschiedlichen Erfahrungen und Möglichkeiten von Frauen und Männern. Kaum jedoch wird danach gefragt, wie die Bedeutungen von „Frauen“ und „Männern“ gebildet und verfestigt werden (...), welche Variationen subjektiv erfahrener „Weiblichkeit“ in verschiedenen normativen Geschlechterregimes sinnfällig gewesen sind (...). Viele feministische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die mit dem Begriff arbeiten, tun dies gar unter ausdrücklicher Ablehnung der Prämisse, dass „Frauen“ und „Männer“ historisch variable Kategorien sind. Dies alles hat zur Verdinglichung der Mann/Frau Opposition als grundlegender und grundsätzlicher Differenz geführt (...), und entsprechend ist der Kategorie *gender* ihre einstmalige radikale akademische und politische Aktions- und Wirkungsmacht abhanden gekommen. (Scott 2001: 59)

So bleibt auch feministische Wissenschaft unter dem „Etikett der Gender Studies“ (Knapp 2006: 197) oft genug Forschung „von Frauen über Frauen“. Damit wird eine maskuline Norm nicht angefochten, was deren Allgemeinanspruch eher verstärkt als dekonstruiert. Gender Studies schaffen sich ihre „anderen“ und „besonderen“ Wissenschaftsnischen. Die grundlegende Frage nach der Funktion, Struktur und Generierung von Geschlechterdifferenz aber wird nicht betrachtet – würde dies der Fall sein, so würden die affirmativen Wirkungsweisen einer Wissenschaft sichtbar werden, die Herrschaftsdispositive wie z.B. die heterosexuelle Geschlechterdifferenz nicht hinterfragt

sondern als gegeben annimmt, indem sie ausgehend von ihr das andere, bisher Ausgeschlossene ins Zentrum setzt, ohne zu hinterfragen, wie dies überhaupt „anders“ wurde und was die Konstituierung von Differenz politisch bedeutet. So verstanden können Gender Studies als Legitimationswissen patriarchaler Geschlechterordnung und -differenz fungieren.

Erinnert sei, dass der Begriff *Gender* eben dies verhindern hätte sollen,

[i]n history and the social sciences, gender pointed the way to what might be called social studies of sexual difference. We asked under what conditions different roles and functions had been defined for each sex; how regulatory norms of sexual deportment were created and enforced, how issues of power and rights played into definitions of masculinity and femininity, how symbolic structures affected the lives and practices of ordinary people, how sexual identities were forged within and against social prescriptions. (Scott 2001: 30)

Dies ist erstens nicht (mehr) der Fall, *Gender* ist „ein Routinebegriff geworden, ein Begriff, der zur Stabilität der Mann/Frau-Opposition eher [beiträgt], als dass er sie erschüttert hätte“ (ebda. 52). Und zweitens ist er zum allgemeinen Liebling geworden, das mal als Synonym für „Frauenbelange“, mal geringschätzig zur Erfüllung einer politisch korrekten Etikette verwendet wird, und das im Gegensatz zum Begriff Feminismus nicht einmal eine politische Kritik und Bewegung nahe legt (vgl. Kapitel 2.4.).

Markt(v)erschließung. Verwertung.

Gender Studies- Was ist das? (...) Bisherige Resultate der Geschlechterforschung zeigen beispielsweise, dass Unternehmen, die Erkenntnisse der geschlechtsspezifischen Kundenforschung (sic!) berücksichtigen und Geschlechtsunterschiede im Kaufverhalten reflektieren, neue Märkte erschließen können. (Universität Basel)

Diese Forschung über Frauen affirmiert nicht nur eine binäre Mann/Frau-Dichotomie, lässt also herrschende Geschlechternormen außer Acht, sondern erarbeitet auch Ergebnisse: Erkenntnisse *über* Frauen. Was tun mit diesen Erkenntnissen über die Hälfte der Erdenbewohner_innen?

Gender Studies müssen sich, wie Wissenschaft in Zeiten neoliberaler Transformationen im Allgemeinen, legitimieren, ihre Notwendigkeit und Nützlichkeit unter Beweis stellen. Und sie tun dies mit Bravour, Selbstbeschreibungen sind dominiert von Beweisführungen über die eigene gesellschaftliche „Relevanz“. Doch was ist mit der gesellschaftlichen „Relevanz“ eines Wissensprojektes in diesem Kontext gemeint? Bildung des Selbstzwecks

oder gar der Gesellschaftskritik, der emanzipatorischen Veränderung, der kritischen Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse und Diskurse wegen? Nein, danke! Die scheinbare Lösung der Frage, was mit Wissen und Studien getan werden kann, wofür sie gut und relevant sind, wozu sie qualifizieren, was „nachher“ mit ihnen anzufangen sei, ist immer öfter: Anwendungsorientierung. Wissen von und über Frauen muss also angewendet werden. Doch nicht irgendwie, sondern ökonomisch wertvoll, sprich profitabel und der bestehenden Gesellschaft *nützlich* (nicht ihrer Subversion). Wissen *von* Frauen im Sinne von Potentialen, die bisher nicht verwendet wurden, zu verwerten, war schon Thema. Doch was passiert mit dem Wissen *über* Frauen? Eine Funktion davon ist, dass Frauen als homogene Gruppe so überhaupt erst konstituiert werden. Nicht nur das Wissen über sie, sondern auch die Kategorie Frau selbst, wird in der Wissenschaftsproduktion der Gender Studies gewonnen. Im gleichen Zuge wird die Geschlechterdifferenz – wissenschaftlich – legitimiert. Denn Erkenntnisse über Frauen markieren immer eine Differenz zur Norm – zu Erkenntnissen über Männer also.

Weiters ist Wissen über Frauen (ökonomisch und politisch) gefragt. Es ist nicht nur anwendbar, sondern auch verwertbar. „Das Besinnen auf das Potential der Konsumentinnen, der Wählerinnen, auf die Möglichkeiten der Erzieherinnen (sic!), auf die Macht der Mehrheit schlechthin“ (Plöger: 141) hat eingesetzt. Frauen sollen als Humanressourcen integriert und kapitalistisch „erschlossen“ werden. Sie sind nicht nur als Produzentinnen innovativer neuer Waren, sondern auch als Käuferinnen derselben, Wählerinnen etc. geschätzt. Um sie als Konsumentinnen zu gewinnen braucht es scheinbares Wissen um Frauen als Zielgruppe: was *sie* interessiert, was *ihre* Bedürfnisse sind, was *sie* beschäftigt, wie *ihre* soziale Position ist, wo *sie* medial „abzuholen“ sind. Auch die Gender Studies produzieren hierfür brauchbares Wissen und sind teils gar noch stolz drauf, dass „Resultate der Geschlechterforschung (...) neue Märkte erschließen können“ (Universität Basel). Medienforschung „unter dem Genderaspekt“ beispielsweise dient weniger der kritischen Analyse geschlechtlich kodierter Kommunikation als der Steigerung der *Effizienz* von Kommunikation. Es wird, um nur einige Beispiele zu nennen, erforscht, wer wie partizipiert, wie was bei wem ankommt, wer wie repräsentiert ist, wie darüber gedacht wird, welche Identifikationen (nicht) hergestellt werden etc. Es wird – egal ob beabsichtigt oder als Nebeneffekt – ein Wissen geschaffen, mittels dessen

Werbung künftig so gestaltet werden kann, dass alle damit erreicht werden können – Männer wie Frauen. Gleichzeitig dient dies der Essentialisierung der Geschlechter. Durch das Mitdenken von Differenz in der Analyse wird diese erschaffen und in Bestehendes integriert. Wissen *über* Frauen ist unter aktuellen Vorzeichen also eher Geschlechterherrschaft stabilisierend und Kapitalismus affirmierend denn kritisch. Wissensproduzent_innen, gerade im Kontext der Gender Studies, sollten sich dieser Problematik bewusst sein und gegensteuern. Sofern sie an einem emanzipatorischen und Strukturen hinterfragenden Gehalt von *Genderwissen* festhalten wollen.

3.1.6. Zwischendurch. Oder: Individuelles Manko vs. strukturelle Herrschaft.

Allgemeiner festzustellen ist weiters, dass Geschlecht in diesen Kontexten vor allem als individueller Faktor begriffen wird. Daraus folgend orientieren sich aktuell Geschlechter- und Gleichstellungspolitiken sowie Geschlechter/Genderforschungen auf Individuen¹⁰⁹ – mit festgesetzten und angenommenen geschlechtlichen „Eigenschaften“¹¹⁰. In Mikrostudien und sonstigen empirischen „Befunden“ werden die Erfahrungskontexte von Frauen „dargestellt“ und selten in ihrem strukturellen Gewordensein kritisch analysiert, stattdessen als abzubildende Realitäten von Frauen als empirische Tatsachen festgesetzt. Politiken, Brüche und Widersprüchlichkeiten des Geschlechterverhältnisses werden so objektiviert und als normative Gegebenheit, die keine Alternative kennt, bestätigt. Individuell und als „Eigenschaft der Frauen“ erscheint dann alles, was sich als Differenz feststellen lässt. Dieser spezifische „weibliche“ Zusammenhang, der sich in Form spezifischer „weiblicher“ Fähigkeiten und Eigenschaften in Frauen einschreibe und individuell äußere, würde letztlich zu spezifischen individuellen Potentialen führen. Durch effiziente Gleichstellungspolitik könne daraus ein individueller „Gewinn“ *der Frauen* in einer „Unternehmenskultur“ werden, oder es könnten neue Erkenntnisse erzielt oder neues Wissen geschaffen werden, das gerade Frauen Expertinentum und damit auch

¹⁰⁹ Die meiste von mir gelesene (kritische) Literatur zum Thema stimmt damit weitgehend überein. Ausnahmen bestätigen die Regeln und so behauptet zum Beispiel Rabe-Kleberg (2002) in einem kurzen Essay genau das Gegenteil: dass durch Gender Studies und GM nämlich endlich Strukturen in den Blick geraten und nicht mehr nur Personen. Das ist wortwörtlich das, was GM-Konzeptionen behaupten – „ENDLICH gerät der Blick weg von Frauen auf das Verhältnis der Geschlechter zueinander“ – und doch konzeptuell nicht tun – indem zum Beispiel Gender Trainings von Manager_innen als Mittel zur Erreichung dieser Ziele gelten.

¹¹⁰ Kritisch zum Begreifen der Geschlechterdifferenz als persönliche „Eigenschaft“ siehe Knapp 1998: 78 oder anders argumentiert Hirschauer 2004: 19f.

Arbeitsmöglichkeiten und Anerkennung verschaffe. Individuelle (prekäre und kurzzeitige) Förderungen (Stipendien, Projekte etc.) oder die Ermöglichung einzelner individueller Karrieren sind ein wesentliches Momentum aktueller feministischer/gleichstellungspolitischer Politiken im Wissenschaftsfeld. Wesentlich bleibt das individualisierte Geschlecht der Protagonistinnen und wie sie dies unter bestehenden Rahmenbedingungen verwerten bzw. Wissen darüber generieren können.

Konsequenz daraus kann, abgesehen von einer starken Entpolitisierung und einem enormen Kritikverlust durch das unhinterfragt-Lassen von allzu Vielem, eine „Verengung feministischer Demokratiekritik (...) auf Fragen des Geschlechterproporztes in politischen Entscheidungsprozessen“ (Kurz-Scherf 2002: 47) sein. So wird etwas wie eine Frauenquote vom wichtigen feministischen *Politikmittel* gegen eingefahrene männerbündische Strukturen auf einmal zur *Zieldefinition*. Messen sich feministische Erfolge tatsächlich an der Anzahl von Frauen auf Mandatar_innenlisten, Universitätsgremien oder Berufspositionen? Haben Frauen etwa eine genetische Veranlagung zum Feminismus? In diesem Falle: leider nein. „Gleichstellung der Geschlechter an den Universitäten kann sich daher nicht in einer gerechteren Zusammensetzung der Personalstruktur erschöpfen; sie muss darüber hinaus (nicht stattdessen, das finde ich wichtig, *Anm. NiSt*) hinwirken auf eine entsprechende Umstrukturierung des Themenkomplexes“ (Knapp 1998: 79). Gleichstellungspolitik wie im Kontext von DM und GM als Personalpolitik bzw. als Förderung von individuellem Genderwissen und –sensibilisierung bisher wenig gendersensibler Mitarbeiter_innen aufzufassen, stößt dementsprechend, ganz abgesehen von der jeweiligen Umsetzung, auf Grenzen. Solche Programme verschleiern und thematisieren weder Hierarchien noch Ausbeutung, indem sie Problemlagen individualisieren. Alice Pechriggl streicht in diesem Zusammenhang speziell *Mentoring-Programme*, die bei GM und DM sowie bei wissenschaftlicher Frauenförderung ein wesentliches Instrumentarium sind, heraus und schreibt:

Die Konkurrenz wird über den personalstrukturellen Status auf die Eintretenden bzw. sich Bewerbenden abgewälzt, die sich im Zuge der Selektionsprozesse oftmals wie gefügige Rädchen verhalten, um einen Platz zu erlangen, über dessen Wert kaum mehr diskutiert wird. (Pechriggl 2002: 165f.)¹¹¹

¹¹¹ ...und fügt den schönen Satz hinzu: „Nach wie vor berechtigt ist die Frage, wozu Frauen an die Schaltstellen der gesellschaftlichen Verteilungs- und Gestaltungsmacht gelangen sollen, wenn diese Macht

Struktur und Räume, in die Individuen eingeführt werden sollen, bleiben unthematisiert und werden damit affirmiert und gewinnen als Norm an Legitimität. Ein Zusammenhang zwischen der Struktur und politischen Verfasstheit eines Feldes und dem Personal wird nicht angenommen. Deswegen erscheint individuelle Unzulänglichkeit als Ursache, individuelle Förderung als Lösung des „Problemfalls Frauenmarginalisierung“.

Ebenso kann es, leicht abstrahiert, das Ziel der Gender Studies nicht sein, zu bestehenden Lehrinhalten und –verflechtungen ein „& Gender“ hinzuzufügen oder – klassischer Weise – in einer Einheit jeder beliebigen Lehrveranstaltung die Quotenabhandlung des „Genderthemas“ oder „Genderaspektes“ zu absolvieren. Denn Fragen von Geschlecht und Feminismus sind weder „Thema“, „Aspekt“, noch einer bestehenden Lehr- und Forschungslandschaft einfach addierbares und willkürlich hinzuzufügendes „Und“-Wissen. Stattdessen sind sie Gesellschaft strukturierende Fragen von Macht und Herrschaft, die herrschende Vorstellungen von Wissenschaft zwangsläufig in Frage stellen und subvertieren sollten. Doch eben „jener Aspekt fröhlicher und leidvoller Anarchie, der im Feminismus als Forschungsterrain unter universitären Bedingungen keinen Platz hat, da sie sich gegen Rituale einer wissenschaftlichen Karriere wendet und die bürgerliche Moral in Frage stellt“ (Kubes-Hofmann 2001[1994]) hat an Terrain verloren, während die Gender Studies und GM sich erfolgreich etablieren konnten.

3.1.7. Zusammenfassung. Differenz + Verwertung + Effizienz = Gleichheit?

GM richtet laut Selbstbeschreibung den Blick auf die Verhältnisse zwischen Männern und Frauen – Geschlechterverhältnisse –, anstatt wie Frauenförderung nur eine Seite der Medaille – Frauen – zu betrachten und begreift Geschlecht als konstruierten sozialen und kulturellen Faktor – Gender. Deswegen ordnet GM sich selbst gerne in eine Reihe mit denjenigen feministischen Theorien ein, die kritisch mit der Kategorie Frau und ihrer Homogenisierung umgehen, indem sie als Produkt einer Ordnung, deren Herrschaftsprinzip auch auf Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität basiert, begriffen wird. Diese Richtung feministischen Denkens wird – verkürzend und problematisch wie jeder Versuch, vielfältiges und widersprüchliches Wissen zu kategorisieren und auf *den*

nur strukturelle Herrschaft über Frauen sowie andere Beherrschte garantiert und reproduziert“ (ebda.).

Begriff zu bringen – als postmoderner Feminismus bezeichnet, auch wenn viele Inhalte weder anders noch neu sind, was ein „post“ als Präfix aber suggeriert. GM ist jedoch alles andere als kritisch gegenüber Geschlechterdifferenz und „typischen“ Vorstellungen von „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“. Ebenso wenig geraten Geschlechterverhältnisse in den Blick, da GM in seiner Umsetzung auf sofortige Anwendbarkeit, Individualisierung, Anerkennung und damit Affirmation setzt.

GM und Managing Gender Diversity gehen konzeptionell von Geschlechterdifferenz und Zweigeschlechtlichkeit aus. Unter anderem, indem sie vermittels der Betonung der Andersheit der Frau versuchen, Unternehmen die Implementierung schmackhaft zu machen. Einerseits wird das Innovative und Neue, das mit der stärkeren Einbindung von Frauen in kapitalistische Produktionsprozesse erreicht werden könnte, betont und andererseits die Effizienz- und Wertschöpfungssteigerung, die die Integration und Verwertung der viel zu lange brach – unbenutzt – liegenden Potentiale der Frauen nach sich zöge. Die Affirmation geht also in zwei Richtungen: Einerseits wird patriarchale Geschlechterdifferenz, eine Garantin für Ungleichheit, reproduziert und positiv zu bewerten versucht und hinter dem Deckmantel der „Diversität“ euphemistisch versteckt, andererseits wird Differenz kapitalistisch zu *verwerten* getrachtet. Das Konzept der weiblichen Potentiale spielt hier eine wesentliche Rolle und schafft die Brücke zwischen der Affirmation ungleicher Geschlechterdifferenz und ungerechter Verwertung. Differenz und Verwertung sollen uns Gleichheit also ein Stück näher bringen? Wie zynisch...

Essentialistische und sexistische Geschlechterbilder werden auch durch die Produktion von Wissen *über* Frauen affirmiert und durch die Anbindung an Marktinteressen verwertet. Diesbezüglich spielen sich die Gender Studies und GM in die Hand. Bei jeder Entscheidung sollen laut GM die verschiedenen Auswirkungen auf Männer und Frauen analysiert und reflektiert werden. Gefunden werden müsse ein Kompromiss, der auf die Bedürfnisse aller eingehe. So soll Gleichheit hergestellt werden. Nicht bedacht wird aber, dass diese vermeintlich verschiedenen „Bedürfnisse“ von Männern und Frauen Produkte patriarchaler Geschlechterdifferenz sind, auf die es nicht *einzugehen* gelte sondern deren *Produktionsbedingungen* sichtbar gemacht werden müssten. Es wird ein Wissen über *die* Männer und *die* Frauen produziert, das patriarchale Geschlechternormen und

Geschlechterdifferenz forciert. Und weil es GM, teilweise auch die Gender Studies, kaum zu interessieren scheint, was die strukturellen und sexistischen Hintergründe sind, die zu solchen „Ergebnissen“ führen, erscheinen Produkte struktureller Ungleichheit als geschlechtliche – natürliche? – Eigenschaften, die es einfach hinzunehmen gelte. *Gudrun Axeli-Knapp* bezeichnet das als „Vereignschaftung der Geschlechterdifferenz“ (Knapp 1998: 78). GM ist unfähig, Herrschaftsstrukturen zu thematisieren, weswegen „die Unterschiedlichkeit von Frauen und Männern der Dreh- und Angelpunkt aller Überlegungen“ (Wetterer 2003: 136) ist. Auf den Punkt gebracht versucht GM geschlechtliche Ungleichheit zu unterbinden, indem das Denken von Zweigeschlechtlichkeit und daraus abgeleiteten Differenzen in alle gesellschaftlichen Bereiche eingeführt wird. Gesellschaftsgruppen, ihre Zuschreibungen und Zurichtungen, sind aber Produkte struktureller Ungleichheit und können somit nur schwer zu Trägerinnen von Gleichheit werden.

Essentialistische und binäre Zuschreibungen, wie Frauen seien, was ihre Bedürfnisse und Potentiale und wie diese nutzbar zu machen seien, werden nicht hinterfragt, ebenso wenig wie die grundlegenden Strukturen heterosexueller Zweigeschlechtlichkeit. Stattdessen ist das Ziel „to redress disrespect by revaluing unjustly devalued group identities, while leaving intact both the contents of these identities and the group differentiations that underlie them“ (Fraser 1995: 8). Allgemeiner gesprochen stehen Dynamiken und Machtprozesse, die Gruppen konstituieren und so Gesellschaft strukturieren, die Identitäten und (Un-)Fähigkeiten festschreiben, die einige integrieren und zur Norm machen und andere ausgrenzen und als abweichend markieren, nicht zur Diskussion. Stattdessen wird eine vorgefundene Gruppe, die im Vergleich zu anderen abgewertet war, aufzuwerten versucht. Damit werden einerseits die Zuschreibungen, die der Gruppe gegenüber gelten, sowie andererseits die Verfasstheit der Gruppe selbst als Tatsache angenommen, anstatt eben diese Konstruktionsprozesse kritisch zu beleuchten. Differenzen, die einerseits Produkt von Herrschaft sind, auf denen andererseits aber wiederum Herrschaftsverhältnisse basieren, werden reproduziert und es wird nur für eine Gruppe ein Stück vom Kuchen gefordert anstatt strukturelle Ausschlusspraktiken zu hinterfragen. Gleichzeitig wird der „Kuchen“, in den sich integriert werden will, in unserem Falle der Kapitalismus mit all seinen Facetten, nicht hinterfragt, sondern als

einzig und erkämpfenswerte gesellschaftliche Norm affirmiert. Verwertung und Ausbeutung scheinen so zu Synonymen für Anerkennung und Akzeptanz zu werden.

Doch ginge es darum, bestehende gesellschaftliche Kategorien ebenso wie herrschende Normen von Leistung, Arbeit und Nützlichkeit, zu hinterfragen und nicht besser zu bewerten und zu integrieren zu versuchen. „Whereas affirmative recognition remedies tend to promote existing group differentiations, transformative recognition remedies tend, in the long run, to destabilize them so as to make room for future regroupments.“ (Fraser 1995: 8) GM und auch die Gender Studies tun dies konzeptionell und strukturell nicht, stattdessen wird von Geschlechterdifferenz und Kapitalismus ausgegangen, ohne dies jemals zu explizieren, und deswegen werden patriarchale und kapitalistische Verhältnisse und Normen affirmiert. Es geht ihnen um eine Umverteilung auf ein paar Gruppen mehr ohne prinzipielle Infragestellung struktureller und systemisch grundlegender Ungleichverteilungen von Gütern, Zuschreibungen, (Produktions-)Mitteln, (Frei-)Räumen, Möglichkeiten, kultureller Entfaltung etc., und darum, eine Anerkennung der Wertigkeit und Wichtigkeit von Differenzen zu erkämpfen, ohne Kritik der Prozesse, die diese Differenzen und damit Gruppen(zugehörigkeiten) überhaupt erst schaffen.

3.2. Anwendungen. Oder: Vom konkreten Nutzen.

Als Form einer kritischen Wissenschaft, die sie nach wie vor zu sein beansprucht, wird sie jedoch unglaubwürdig - und letztlich uninteressant -, wenn sie nicht die gesellschaftlichen Entwicklungen reflektierte, in die sie selbst als modernisierende, reformierende und rationalisierende Praxis verwickelt ist. (Knapp 2006: 194)

Der Zweck erniedrigt den Weg zu einem Mittel, zu einer sinnlosen Langeweile. (Beckett 1959: 108)

Dass sich GM an ökonomischer Nützlichkeit orientiert, wurde in Kapitel 3.1. schon offensichtlich – vermittels des Anrufens geschlechterdifferenter Potentiale wird zum Beispiel die vorherrschende heterosexuelle Matrix nicht nur (re)produziert, sondern auch verwertet. Geschlechterdifferenz wird ökonomisch nutzbar gemacht und Frauen werden in Form von „neuen“ Humanressourcen in kapitalistische Wertschöpfungsprozesse integriert. Das konnte in gleichem Maße für das Phänomen Gender Studies, das im letzten Kapitel weniger Raum eingenommen hat, nicht bzw. nur anders festgestellt werden. Gender Studies unterstützen zwar teils tatkräftig das Denken der Geschlechterdifferenz, indem sie sie durch ihr vermeintliches „Erforschen“ (mit)erschaffen – und klar ist auch, dass solch

Wissen *über* Frauen gut zu vermarkten und zu verkaufen ist. Das wird unter (feministischen) Protagonistinnen ebenso wenig reflektiert wie die aufgezeigte Affirmation kapitalistischer Verwertungs- und (Lohn)Arbeitszwänge bei GM. Konkrete gesellschaftliche „Anwendungen“ oder, anders gesagt, die grundlegende Verwertungsorientierung der Projekte und ihre daraus folgende Unterordnung unter hegemoniale Logiken wurden bezüglich GM dezidiert angesprochen (betriebliche Integration von Frauen, Effizienzsteigerung, erweiterte Humanressourcen etc.). Bei den Gender Studies äußert sich die Verwertungsorientierung etwas anders – während diese bei GM mit den Begriffen „Humanressourcen“ und „Potentiale“ umschrieben werden kann, erfüllen diese Funktion bei den Gender Studies die „Anwendungsorientierung“ und der Begriff der „Kompetenz“.

Unter anderem deshalb geht es im folgenden Kapitel vor allem um die Gender Studies. Die angeführten Beispiele und Texte beziehen sich jedenfalls fast ausschließlich auf sie, die damit verbundenen politischen Debatten allerdings sind allgemeiner zu begreifen¹¹². Ebenso wie die Behandlung von GM und Gender Studies in dieser Arbeit im Allgemeinen beispielhaft – und trotzdem nicht verallgemeinerbar – für partielle Transformationen, Entpolitisierungen und Verschiebungen feministischer Politiken zu verstehen ist, um problematische Anpassungen zu benennen und damit zu hinterfragen, sind auch die im Folgenden beschriebenen Diskurse um Nützlichkeiten für andere Kontexte und Felder adaptierbar – nicht umlegbar. Logisch, da diese sich nicht im luftleeren Raum befinden und es Gründe und Kontexte gibt, die sie ermöglichen und anderes – kritisches? – ausschließen. Dass sich gerade GM und Gender Studies „durchsetzten“, ist, ich schreibe es sicherheitshalber noch einmal, vor diesem Hintergrund kein Zufall, sondern Ausdruck. Dafür, dass sich das nächste Kapitel vor allem um Gender Studies dreht, gibt es aber noch zumindest zwei weitere Argumente: Erstens liegt ein prinzipieller Anwendungsbezug bei GM allein deshalb auf der Hand, weil es ein politisches Instrumentarium darstellt, das eben an definierten institutionellen Orten eingesetzt und angewendet wird um etwaige

¹¹² Ich hätte eigentlich gerne die ganze Zeit des Schreibens dieser Arbeit auf einer viel abstrakteren, theoretischeren Ebene verbracht, da sich im Beispielhaften oftmals einiges verliert. Das ist nicht unwichtig, ich will es gar nicht bewerten, aber Fakt ist, dass etwas anderes herauskommt, je nachdem was ich betrachte – Diskurse über etwas oder das Etwas und seine Diskurse und Unter- und Unterunterdebatten. Letztlich war ich aber weit davon entfernt, eine Betrachtung auf einer abstrakteren Ebene hinzubekommen – da fehlten mir viel Konsequenz, Mut, Begrifflichkeiten und Wissen.

Veränderungen zu bewirken. Zu beweisen, dass GM anwendungs- und nützlichkeitsorientiert ist, wäre also auch abgesehen von den Vorwegnahmen in Kapitel 3.1. etwas langweilig. Und zweitens ist GM selbst ein Anwendungs- und Arbeitsfeld – für die Gender Studies und ihre Studierenden zum Beispiel.

Was aber meine ich im Folgenden mit Anwendung? Nicht jeder Praxisbezug ist eine Anwendung. Mit Anwendungsbezug ist eine adäquate, im Bestehenden funktionierende Verwendung gemeint: in vorgegebenen Kontexten, stabilisierend und nicht hinterfragend. Prinzipiell richtet sie sich an dem aus, was „gesellschaftlich“ gefragt ist, was als anwendbar und nützlich gilt. Was aber als „nützlich“ gilt, ist nicht neutral und zufällig sondern eine Frage von Gesellschaft und den in ihr herrschenden Verhältnissen und Be-(Ver-)Wertungen. Wenn etwas in erster Linie *anwendbar* sein will, so hat es sich daran zu orientieren, was marktgerecht ist, gefragt ist, als „sinnvolle“ und „legitime“ Beschäftigung und als profitabel gilt. Welche Mechanismen dahinter stehen, die das eine als nützlich und anderes als irrelevant abstempeln und damit vorgeben, welchen Inhalten nachgegangen wird und welche keiner (bezahlten) Beschäftigung wert sind, wird nicht hinterfragt. Bestehende Ausschlüsse werden reproduziert, Machtverhältnisse affirmiert. Wieso und was überhaupt jeweils nützlich ist und wofür, zu welchem Zwecke und für wen, dass das Gütesiegel „Anwendbarkeit“ auch ein Instrument dafür ist, das, was unlieb ist, zu delegitimieren und zu disqualifizieren, indem ihm Relevanz abgesprochen wird, bleiben unbeantwortete Fragen, wenn ich mich erstmal einer „Anwendungsorientierung“ unterwerfe. „Anwendung“ bedeutet also einen *spezifischen* Praxisbezug. Gemeint ist eine Praxis, die sich an gegebenen Standards orientiert und deshalb eine Form kapitalistisch adäquater und funktionierender Anwendung (Lohnarbeit, Innovation, Rationalisierung, Effizienzsteigerung) ist. Wenn von Anwendungen die Rede ist, so sind andere – weil kritische – Praxisformen *nicht* mitgemeint, es geht also z.B. nicht um ein Einsetzen von Wissen für politisch-kritisches Handeln und Gesellschaftsveränderung.

Legitimierung prekären Wissens?

Zwei Punkte machen die Gender Studies, bezogen auf ihre Anwendungsorientierung, spezifisch. Erstens konnten sie sich genau zu einer Zeit an den Universitäten etablieren, als Berufsfeldbezug und Anwendungszwänge zur letzten und scheinbar einzigen

Rechtfertigung universitärer Bildung wurden, ihre Inhalte und Konzepte spiegeln dementsprechend auch genau diese Entwicklung recht plastisch wider. Gender Studies, Frauen- und Geschlechterforschung können so aus „Selbsterhaltungsgründen nicht umhin, das institutionelle Terrain zu besetzen, das sich im Kontext der stärkeren Betonung des Anwendungs- und Berufsfeldbezugs von wissenschaftlicher Aus- und Weiterbildung eröffnet hat“ (Knapp 2006: 194). Als Stichworte hierfür nennt *Gudrun-Axeli Knapp* *Mainstreaming*, Schlüsselqualifikationen und *Gender Awareness*. Andere – schon länger existierende und etablierte – Studiengänge sind den „neuen“ ökonomischen Legitimationszwängen nicht so sehr ausgeliefert wie diejenigen, die gerade dabei sind, sich „hochzuarbeiten“. Und leider wird meist viel zu viel getan, um Anerkennung zu gewinnen, oftmals gar über das geforderte Anpassungsziel hinausgeschossen. An der Universität Wien zum Beispiel waren die Gender Studies überhaupt die allerersten, die ihren Lehrplan in Form eines verschulten und anwendungsorientierten¹¹³ Masterstudienganges organisierten¹¹⁴. Gleichzeitig hatten die Gender Studies-Protagonist_innen keine Wahl – hopp oder drop, dabei sein, mitmachen oder eben nicht-sein. Die Frauen- und Geschlechterforschung steht – im Gegensatz zu anderen, sich auch noch so different legitimierenden, Disziplinen wie der Physik oder der Philosophie, und es ist alles andere als müßig zu betonen, dass dies gerade auch am Geschlecht der jeweiligen Protagonist_innen liegt (vgl. Niekant 2003: 65) – ständig unter dem Druck, ihr Existenzrecht beweisen und legitimieren zu müssen, weshalb in Zeiten extremen (künstlichen!) Ressourcenmangels hierfür Geld ausgegeben werden soll (Knapp 2006: 195f.). Dieser Zwang, diese notorische Unterbemitteltheit, führt leicht dazu, dass versucht wird, genau dem zu entsprechen, was gerade gewünscht ist. Um so Mittel und Personal, kurz gesagt: die eigene institutionelle Existenz, sichern zu können. Angst ist ein guter Anpassungsmotor. In Zeiten, in denen die Anwendung am Arbeitsmarkt zur adäquatesten Legitimationsstrategie universitären Wissens wird, liegt es nahe, dass umso prekärer ein Studium verankert ist, umso mehr versucht wird, Arbeitsmarktorientierung zu demonstrieren. Das hat dazu geführt, dass gerade

¹¹³ Dazu, dass bologna-konforme Studien genau dies sind, kann in etlichen Artikeln in der *Unique* (Zeitung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft an der Uni Wien) nachgelesen werden. www.unique-online.at

¹¹⁴ Auch wenn ihnen dieser vorausseilende Gehorsam nichts bringen sollte – seit damals hat sich nichts an der Situation der Gender Studies verändert. Fehlende Strukturen, marginale Ressourcen, keine institutionelle Anbindung und daraus folgendes organisatorisches Chaos kennzeichnen den Alltag der Gender Studies an der Universität Wien.

[i]n den geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen (...) die wissenschaftlichen Dienstleistungen, die auf Forschung und Kompetenzentwicklung im Praxisfeld von Frauenpolitik, Gleichstellung und *Gender Mainstreaming* zielen, den öffentlich sichtbarsten Wachstumsbereich der *Gender Studies* aus[machen]. Der Druck, die eigene Relevanz über den Nachweis eines Berufsfeldbezugs zu dokumentieren, begünstigt eine Form von strategischer Legitimation, die weniger das Kritik- und Reflexionspotenzial der Gender Studies, geschweige denn feministischer Theorie in den Vordergrund stellen, sondern die eigene Nützlichkeit im Rahmen des *New Public Management*. (Knapp 2003: 198)

Damit ist nicht gesagt, dass Protagonist_innen der Gender Studies gezwungen wären, so und nicht anders zu handeln. Ganz im Gegenteil, viel eher soll die spezifische – und, wie ich finde, mit anderen Studienrichtungen, die zwar auch vom *Bologna-Prozess* betroffen sind, nicht vergleichbare – Position verdeutlicht werden, die die Gender Studies als Form institutionalisierten *feministischen* Wissens im immer noch patriarchalen Komplex Universität innehaben. War diese Form kritischen Wissens zuvor strukturell ausgeschlossen, marginalisiert oder unsicher verankert, so sind die Gender Studies jetzt aktiver Teil einer Transformation, die Prekarität – und sich an Marktverhältnissen ausrichten müssender Anwendungszwang ist ein Ausdruck davon! – für jedwede Bildungsformation zu etablieren trachtet. Unsicherheit für alle – sonst gibt's Krawalle! Ein zweiter Grund, weswegen die Gender Studies im Kontext steigender Anwendungsorientierung zu etwas Besonderem werden, ist deren „eigentlich“ kritisch-politischer Anspruch. Dieser gibt Anlass, sich umso mehr um deren Adäquatheit zu wundern.

Wie werden also Anwendungsbezüge hergestellt, wie wird drüber diskutiert, in welchen ideologisch-politischen Kontexten stecken diese Debatten? Auf drei Ebenen möchte ich mich im Folgenden dem Nützlichkeitsparadigma der Gender Studies annähern, um aufzuzeigen, was affirmiert wird und welchen aus feministischen – und anderen guten – Gründen abzuschaffenden gesellschaftlichen Konzepten entsprochen wird. Erstens die Frage nach der *Beschaffenheit der Struktur, innerhalb derer (Lohn)Arbeit* zur einzigen Perspektive der Anwendung von scheinbar definier- und abgrenzbarem und vor allem im Rahmen eines Studiums erwerbbaarem (ein „schönes“ Wort, das vieles auf den Punkt bringt) Wissen wird (Kapitel 3.2.1.). Hier geht es um den bestehenden Arbeitsmarkt und herrschende (kapitalistische) Arbeitszwänge. Beides wird als nicht zu hinterfragende Norm anerkannt, indem Gender Studies sich an ihnen orientieren und die Anwendung von

Genderwissen am Arbeitsmarkt preisen. Gleichzeitig wird in Koproduktion mit Projekten wie GM eine eigene kleine Nische der eigenen Relevanz und Verwertung geschaffen.

Zweitens die Frage nach der *Beschaffenheit des Wissens*, das am Arbeitsmarkt gefragt ist, denn „irgendeines“ ist nicht anwendbar, sondern nur spezifisches, in dieser Gesellschaft als nützlich und adäquat geltendes (Kapitel 3.2.2.). Und drittens, das inkludiert die ersten beiden Punkte und fasst sie gleichzeitig zusammen, wird deshalb im Folgenden auch nicht als eigenes Unterkapitel ausgeführt, die Frage nach der prinzipiellen Problematik, wenn sich eine vermeintlich kritische Perspektive an bestehenden *patriarchal-kapitalistischen Nützlichkeitsvorstellungen* (Nützlichkeit als Maxime überhaupt, wer kann schon jemals für alle geltend definieren, was nützlich und was nicht ist, ohne damit Norm und Ausschluss, also Herrschaft, zu produzieren) orientiert und damit logischer Weise Verwertungszwang und Ökonomisierung von Bildung und Wissen(schaft) unhinterfragt lassen muss. In diesem Sinne wären Gender Studies auch eine integrative arbeitsmarktpolitische Initiative, die nichts von subversivem – weil sich gegen Normen und Ausgrenzungen widersetzendem – Hedonismus und feministischer (Selbst)Entfaltung und Selbstbestimmung wissen will. Nicht einmal der *Anspruch* darauf bleibt bestehen, wenn es als Studienziel darum geht, „Gender-Wissen in der Berufswelt umzusetzen“.

3.2.1. Arbeitsmarkt und Berufsfeldbezug

angewandt – Studierende lernen in Kompetenzkursen gezielt, ihr Gender-Wissen in der Berufswelt umzusetzen. Bisherige Resultate sind Radioreportagen, Stadtrundgänge, Präsentationen und Zeitungsartikel (Universität Basel)

Wenn ich an Universitäten und Verwertung denke, so fällt mir zuerst deren Orientierung am Arbeitsmarkt und dessen Bedürfnissen ein. Allerortens wird gepredigt, dass Universitätsstudien (Fachhochschulen in einem noch viel größeren Ausmaß) ausschließlich und allein dafür da sind, Absolvent_innen auf das Berufsleben vorzubereiten, ihnen Ausbildung zu sein und sie für das späterer Erwerbsleben zu qualifizieren. Studiertes *anzuwenden* heißt als Konsequenz in erster Linie, Wissen am Arbeitsmarkt zu verwerten und sich vermittels dessen Vorteile zu verschaffen. Nützlich – und damit legitimes – Wissen ist nur das, was gefragt ist und wofür es in bestehenden (Lohn)Arbeitszusammenhängen Verwendung gibt. Das Begreifen von (universitärer) Bildung als im Beruf zu verwertende gelernte Fähigkeit („was kann später damit

angefangen werden?“) ist ein allgemein festzustellendes und immer weitere Kreise ziehendes Denkmuster und betrifft nicht nur die Gender Studies. Im gerade stattfindenden *Bologna-Prozess* zeigt sich, welche gesellschaftliche Funktion Bildung in neoliberalen Gesellschaften zugesprochen wird. Modulares und flexibles Wissen soll die berufliche Verwertung in Zeiten wenig statischer Arbeitsmärkte und Berufsbilder garantieren, gleichzeitig soll Verschulung zu einem austausch- und vergleichbaren Kanon führen, euphemistisch wird diesbezüglich von einer Steigerung „internationaler Mobilität“ gesprochen. „Praxisbezug“ soll hergestellt werden und zu Praktika motiviert werden, indem diese verpflichtend in Lehrpläne eingebaut werden (die Wirtschaft freut sich über weitere Millionen gratis Arbeitskräfte!). Praxis ist gleichbedeutend mit Anwendung und Verwertung im Bestehenden (am Arbeitsmarkt etc.) aber bedeutet nicht, Wissen und Analyse dafür anzuwenden, eben dieses zu hinterfragen. Was nicht in diesem Sinne anwendbar ist, gilt als *nutzlos*.

Endlich nützlich

Doch zurück zum Anfang und der Feststellung, dass die Orientierung am Arbeitsmarkt dessen Struktur unhinterfragt lässt, den Arbeitsmarkt als legitime und notwendige Institution anerkennt, indem er affirmiert und als Norm, an der es sich zu orientieren gilt, anerkannt wird. Wenn auch nur kurz und oberflächlich über die Funktion des Arbeitsmarktes nachgedacht wird, so wird klar, warum die Befriedigung seiner Bedürfnisse nicht Ziel feministischer Politiken sein kann. Der Arbeitsmarkt dreht sich, wie überraschend, um die Konzepte *Arbeit* und *Markt*. Das sind zwei zentrale Drehsscheiben kapitalistischen Wirtschaftens. Arbeit impliziert kapitalistische Lohnarbeit – mit all ihren Aspekten wie Ausbeutung, Entfremdung, Ungleichheit (bezogen auf ungleiche Klassen und Geschlechter ebenso wie auf ungleiche Bezahlung und ungleiche Bewertung von Arbeit), Zwang, Abhängigkeit. Abhängig von der scheinbar „objektiven“ Marktsituation ebenso wie von „Willkür“ und „Interessen“ der Arbeitgeber_innen. Markt meint die Orientierung an wirtschaftlichen Interessen, die je nach Lage von Angebot und Nachfrage bestimmt werden. Mal ist das eine gefragt, mal das andere, was einmal als nützlich gilt, muss es in Zukunft nicht sein. Wesentliches Kriterium von Arbeit ist jedenfalls ihre wirtschaftliche – als „gesellschaftlich“ bezeichnete und damit verabsolutierte – Nützlichkeit. Wie sich „Nützlichkeit“ herstellt, ist alles andere als ideologiefrei und alles

andere als konstant, obwohl jeweils vermittelt wird, dass dies so sei. Die Behauptung von Konstanz und Ideologiefreiheit, also Neutralität, ist notwendig, um das naturhafte und sachzwanghafte Image des Kapitalismus und seiner Mechanismen aufrecht zu erhalten. Der Arbeitsmarkt als struktureller Zusammenhang ist dafür zuständig, diese kapitalistisch notwendigen Aufgaben zu organisieren. Er ist der scheinbar neutrale Vermittler von Arbeit und Markt, der Ort, an dem sich das Angebot von Arbeit und die Nachfrage nach Arbeitskraft treffen, die jeweiligen Interessen verhandelt und Arbeitsplätze vermittelt werden – zum Wohle und Nutzen aller, versteht sich. Viel eher aber ist er der politisch geschaffene und damit gewollte institutionelle Ort, der gesellschaftliche Hegemonien und Machtverhältnisse absichert und deren Bedürfnisse an „die Frau“ bringt. Gleichzeitig werden durch das Instrument Arbeitsmarkt normative Vorstellungen von Arbeit, Verhalten, Lebensgestaltung und individuellen Lebenszielen (beruflicher Erfolg, Familie...) transportiert und abgesichert. Seine besondere Verregelung und Regulierung mit Gesetzen und Bestimmungen zeigt die politische Wichtigkeit dieses scheinbar den omnipotenten Marktgesetzen gehorchenden „Naturraums“ namens Arbeitsmarkt.

An diesem Marktplatz kapitalistischer Interessen und Bedürfnisse, der über die Kategorie Arbeit (und die damit verbundenen Faktoren Arbeitszwang, Leistung, Effizienz etc.) zentral für die Herstellung und Legitimierung von Ungleichheit zuständig ist, ebenso wie für den strukturellen Ausschluss bestimmter Personengruppen¹¹⁵ und damit die Forcierung von Nationalismus, Rassismus etc. wollen sich die Gender Studies als (geschlechter-) kritisches Wissen etablieren und orientieren? Vermittels der Orientierung am Arbeitsmarkt können Gender Studies weder hinterfragen, was als nützlich gilt, wie Ungleichheit durch Arbeit(-szwang) und die (Unter-)Bewertung von Arbeit bzw. den Ausschluss von Arbeit hergestellt wird – und gerade das ist zu Recht immer ein zentrales Thema feministischer Theorie und Praxis gewesen –, noch prinzipiell Konstrukte von Nützlichkeit, Brauchbarkeit und Leistung in Frage stellen. Anstatt die konzeptionellen Grundlagen dieser kapitalistisch-patriarchalen Gesellschaft zu kritisieren, wird ihnen zu entsprechen versucht. Als ob die Marginalisierung von Frauen, wie auch von feministischer Auseinandersetzung generell, nichts mit genau *diesen* Gesellschaftsverhältnissen zu tun hätte, in denen feministische Projekte jetzt gerne „funktionieren“ wollen. Der Wille zum

¹¹⁵ Aufgrund zum Beispiel ihrer Staatsbürger_innenschaft oder ihrer (von anderen definierten) körperlichen und/oder psychischen Leistungs(un)fähigkeiten.

Erfolg kombiniert mit der Weigerung, eine strukturkritische Position einzunehmen, führt letztlich dazu, dass herrschende Normen nicht nur nicht in Betracht gezogen werden *wollen*, sondern auch gar nicht mehr sichtbar werden.

Das ist auch ein Grund dafür, warum die eigene Position nicht in den kritischen Blick geraten kann. Wenn es nämlich tatsächlich so ist, wie diverse Gender Studies- Institutionen behaupten, dass „es einen großen Bedarf an Gender-Expertise in den verschiedenen Arbeitsfeldern [gibt], um Geschlechterverhältnisse zu analysieren und um Instrumente (...) zu entwickeln“ (HU Berlin), so stellt sich eigentlich zuerst einmal die Frage, wie das passieren konnte. Wie es passieren konnte, dass ein nach obigen Prinzipien organisierter Arbeitsmarkt einen „großen Bedarf an Gender-Expertise“ entwickelt und als Folge Gender Studies, als eine der Produzentinnen dieser Gender-Expertise, auf einmal auch im oben genannten Sinne kapitalistischer Verwertung nützlich werden, da ihr Wissen am sich an Angebot und Nachfrage orientierenden Arbeitsmarkt gefragt ist. Das ist ja eigentlich in erster Linie komisch und verdächtig, jedenfalls nichts, worüber sich Protagonistinnen der Gender Studies vorbehaltlos zu freuen hätten. Die Selbstbeschreibungen der Gender Studies vermitteln aber einen durchwegs positiven Eindruck, dass es nämlich erfreulich und begrüßenswert sei, dass nun endlich auch ein Arbeitsmarkt die Wichtigkeit „feministischer Kritik“ erkannt habe. Nun dürfen sich die Gender Studies am Arbeitsmarkt orientieren, weil die Absatzmärkte endlich als gegeben gelten. Jetzt darf endlich auch damit geworben werden, dass „Sie (... im Rahmen des Studiums, *Anm. NiSt*) Kenntnisse [erwerben], die Sie in den unterschiedlichsten Berufs- und Praxisfeldern anwenden können, wie etwa Bildung, Unternehmen, öffentliche Verwaltung, Politik, Medien/Kultur und Nichtregierungsorganisationen“ (HU Berlin). Doch müsste auf der Hand liegen, dass es sich bei dem gefragten und als nützlich geltenden Wissen wahrscheinlich nicht um feministische *Kritik* handelt. Und die Außen-Rhetorik der Gender Studies tut ja tatsächlich alles, um von einem politisch-kritischen Anliegen abzulenken. *Die Fragen, die sich also für mich stellen, sind, was einerseits mit dem Arbeitsmarkt passiert ist, dass er sich nun auch als Anwendungsfeld, nennen wir es: „geschlechtersensiblen Wissens“, präsentiert und andererseits, was mit dem emanzipatorischen Projekt der Gender Studies passiert sein muss, um mittlerweile als für den Arbeitsmarkt „geeignet“ zu gelten.* Aussagen wie „[d]iese Kompetenzen (Genderkompetenzen, *Anm. NiSt.*) treffen auf aktuelle Bedürfnisse

des Arbeitsmarktes“ (Universität Basel) erscheinen dann nämlich eher wie eine Beleidigung denn ein Kompliment. Denn ein sich kritisch nennendes Wissen ist alles andere als glaubwürdig, wenn es sich exakt mit den Interessen eines kapitalistischen Arbeitsmarktes trifft und dies auch noch als wünschenswert empfindet. Wie kann Kritik funktional und ökonomisch verwertbar sein? Oder anders gefragt, ist ein kritischer Anspruch eines feministischen Projektes auch dann noch gegeben, wenn Affirmation zum erfolgsversprechenden Mittel wird, sich auf Kritik nur dann berufen wird, wenn dadurch das alleinige Anrecht auf eine bestimmte – wertvolle – Kompetenz verteidigt werden will? Sind die Gender Studies und GM völlig blind gegenüber den gesellschaftlichen Transformationen, in deren Zentrum sie mittlerweile – Mainstreaming sei Dank! – angekommen sind und innerhalb derer sie eine aktive, legitimierende und modernisierende, keinesfalls aber kritische, Rolle spielen?

Schaffen (eigener) Berufsfelder: das Nützlichkeitsdilemma als Tautologie

Abgesehen von dem Willen, Nützlichkeit zu entsprechen und dabei als eigentlich kritisches Projekt auch noch etwas gewinnen zu glauben, gibt es noch einen weiteren pragmatischen Aspekt, warum die Gender Studies so sehr um die Nützlichkeit des eigenen, selbst produzierten Wissens bemüht sind. In Folge der Etablierung eigener Studiengänge ist in den letzten Jahren eine nicht ganz kleine Gruppe an endlich auch attestierten – diplomierten – Genderexpertinnen entstanden.

Diese neue Expert(Inn)engruppe hat ein wohlbegründetes und legitimes berufs- bzw. professionalisierungspolitisches Interesse daran, sich für ihr Wissen und Können ein Betätigungsfeld zu erschließen, dieses auszubauen und zu befestigen. (Wetterer 2003:138)

Wie jede andere „normale“ Studienrichtung auch, waren die Gender Studies wohl bald mit der – ebenso nachvollziehbaren wie fürchterlichen – Frage konfrontiert „Was fange ich denn mit *diesem* Studium an?“. Das selbst gesetzte Ziel war erreicht worden, die Gender Studies konnten sich als eigenes Studium mit eigenen Studienzielen etablieren. Die Gender Studies sind, jedenfalls institutionell (ob sie es auch strukturell, politisch und inhaltlich sind, steht zur Diskussion), zu einem „normalen“ Studium mit „normalen“ Anforderungen, „normalen“ Beschränkungen, „normalen“ wissenschaftlichen Ansprüchen und „normalen“ Berufsaussichten innerhalb des Universitätsbetriebs geworden. „Studierende nehmen die Frauen- und Geschlechterforschung zunehmend nicht mehr als gesellschafts- und wissenschaftskritische Strömung wahr, sondern als reguläres Studien- und Prüfungsgebiet,

dem der ambivalente Ruf anhaftet, ein bisschen von ‚gestern‘ zu sein.“ (Knapp 2006: 199) Das ist die Kehrseite der Etablierung. Und bei „normalen“ Studien stellt sich auch die Frage nach der beruflichen Verwertung, die sich bei Wissensprojekten, die sich auf ihre kritisch-politische Rolle berufen, weniger stellt. Deswegen gewann wohl die Frage des „Nach-dem-Studiums“ an Relevanz. Es ist ja letztlich nur im Sinne der Selbsterhaltung, das eigene Studium und Wissen als möglichst nützlich zu präsentieren und als Konsequenz möglichst nützlich Wissen zu produzieren. Um nicht nur einen Absatzmarkt für das Wissen zu finden, sondern auch für sich selbst – die Absolvent_innen der Gender Studies. *Angelika Wetterer* sieht deshalb Projekte wie GM oder Managing Diversity, aber auch die Gender Studies, als Bestandteile einer Professionalisierungsstrategie einer neuen Gruppe von Expert_innen, nämlich „der Genderexpertinnen, die bestrebt sind, ihren Handlungsspielraum auszubauen und ihr Publikum davon zu überzeugen, dass sie über ein Wissen verfügen, das in Ökonomie, Verwaltung und Politik dringend gebraucht wird“ (Wetterer 2003: 132).

Über die Betonung der eigenen Nützlichkeit und die daraus folgende Orientierung an herrschenden Nützlichkeitsstandards, also dem, was am Arbeitsmarkt gefragt ist, oder aber das Schaffen eigener Arbeitsabsatzmärkte sollen neue Arbeitsfelder erschlossen werden. So dass sich Absolvent_innen der Gender Studies nach Abschluss des Studiums auch wirklich nützlich machen können, ihr Wissen am Arbeitsmarkt gefragt ist und es entsprechende berufliche Betätigungsmöglichkeiten gibt. Das ist irgendwie tautologisch: Die Gender Studies legitimieren sich rhetorisch selbst über ihre Gefragtheit und praktische Anwendbarkeit am Arbeitsmarkt, die allerdings erst durch die entsprechenden Arbeitsmöglichkeiten gegeben ist. Gleichzeitig sind eben diese beruflichen Arbeitsmöglichkeiten erst durch die Etablierung der Gender Studies und die damit einhergehende Einpassung geschlechterkritischen Wissens an Nützlichkeitsstandards und das feministische Interesse an einem Absatzmarkt von Genderexpert_innen am Arbeitsmarkt entstanden. Da die Gender Studies ein Studium sind, das die angewandte Praxis auch während der Studienzeit hochleben lässt, finden berufliche Genderexpert_innen im Rahmen der Gender Studies Lehrmöglichkeiten. Und hier spielt GM eine wesentliche Rolle, schließlich will es überall eine Geschlechterperspektive einführen und hierfür sind tonnenweise Genderexpert_innen notwendig. Für die Gender

Studies eröffnet sich durch die Dominanz von GM ein enormes Berufsfeld. Und da diese nützliche Anwendbarkeit am Arbeitsmarkt gerade das wissenschaftspolitische non plus ultra ist, wenn eine Studienrichtung ihre Notwendigkeit und damit auch ihre Förderungswürdigkeit unter Beweis stellen will, steigert GM die Legitimität der Gender Studies, während diese die notwendigen Humanressourcen und das notwendige Wissen produzieren, so dass GM flächendeckend umgesetzt werden kann. Während Anwendung und Praxisorientierung im Kontext feministischer Wissensproduktion einmal hieß, dass im Sinne politischer Veränderung autonomen oder institutionalisierten feministischen Projekten Analysen und Einschätzungen erstellt wurden und politische Praxis von politischer Wissenschaft nicht zu trennen war, heißt Anwendungsbezug in diesem Kontext nichts anderes als Berufsmöglichkeiten und Nützlichkeit – allerdings nicht für feministische Projekte, sondern bezogen auf den Arbeitsmarkt¹¹⁶. Denn die unter anderem aufgrund der Etablierung feministischer Projekte größer werdende Gruppe der Genderexpert_innen ist „bestrebt, unter Beweis zu stellen, dass das, was sie wissen und können, bei der Erreichung gesellschaftlich anerkannter Ziele und Werte von beträchtlichem Nutzen ist“ (Wetterer 2003: 139). Als gesellschaftlich anerkanntes Ziel gilt, soweit ich mich entsinnen kann, weder die Abschaffung sexistischer Strukturen, noch die Gleichheit aller und damit verbunden das Aufgeben von Konzepten wie Nation oder Geschlechterdifferenz. Viel eher werden diese anerkannten und als gesellschaftlich geltenden Ziele wohl etwas mit individueller bzw. nationalistischer Nutzenmaximierung und ökonomischer Profit- und Effizienzsteigerung zu tun haben. Dass solcherlei Ziele sich nicht selten unter dem Deckmantel vermeintlicher Gleichstellungs- oder Sozialpolitiken verstecken, ändert daran nichts. Gender Studies und GM sind ein infernalisches Duo, wenn es darum geht, die Anwendbarkeit und Nützlichkeit ihrer selbst zu beweisen. Der daraus

¹¹⁶ Es wird auch allgemeiner festgestellt – zum Beispiel in dem Sammelband mit dem markanten und vielsagenden Titel *Der Widerspenstigen Lähmung?* –, dass in feministischen Projekten mittlerweile eher ein Arbeitsplatz gesucht wird (auch wenn er nicht gefunden wird), als dass es um das politische (unbezahlte) Engagement ginge (vgl. Chrysanthou/ Markart/ Missal/ Peterssen/ Rieger 1993: 16). Das hat sicher mit Professionalisierungs- und Entpolitisierungstendenzen ebenso zu tun, wie mit immer prekärer werdenden Lebenslagen insbesondere von Frauen. Und Instrumente wie das AMS (in Deutschland ABM) greifen diese Tendenz auf, unterstützen sie und Frauenprojekte können so auch zur prekären und innovativen Arbeitsmarktinitiative werden (Akademiker_innentrainings, Praktikant_innen...). „Anders als am Anfang (wann auch immer das sein soll, *Anm. NiSt*) suchen heute mehr Frauen als früher in den Projekten vorrangig einen Arbeitsplatz und weniger ein Feld für ihr frauenpolitisches Engagement. Erwerbslosigkeit und das arbeitsmarktpolitische Instrument ABM unterstützen die zunehmende Fluktuation von Projekten, die den Aufbau neuer Arbeitsbereiche immer fragwürdiger erscheinen lässt, weil das Ende der Beschäftigung bereits absehbar ist“. (ebda.)

resultierende Erfolg – Wissen um Geschlecht, was auch immer das dann heißt, Genderkompetenz und Genderxpertinnen sind tatsächlich gefragter am Arbeitsplatz, als dies jemals zu vermuten war – hat mit der Fähigkeit zu tun, überzeugend die eigene Nützlichkeit und damit überzeugend die eigene Anpassung und Unterwerfung an „gesellschaftlich anerkannte Ziele und Werte“ zu demonstrieren. Nicht aber mit der Anerkennung feministischer Kritik oder der Irritation patriarchaler Herrschaft. Diese heißt nun auch vermeintlich feministisches Wissen im Boot der kapitalistischen Nützlichkeit willkommen. Und da das, was als nützlich gilt und damit auch das, was sich an Nützlichkeit orientiert, recht gut unter Kontrolle zu halten ist, ist auch keine weitere Gefahr zu befürchten. Umso weniger, als weder Gender Studies, noch GM einen Satz darüber verlieren wollen, was die eigene Anerkennung innerhalb bestehender Strukturen *bedeutet* – vor allem bezüglich der eigenen Anerkennung und Affirmation patriarchaler Strukturen und der eigenen modernisierenden Rolle im Zuge neoliberaler Reformen. Würden sie grundlegende Konzepte kritisch in Frage stellen und strukturelle Zusammenhänge in Betracht ziehen, und das soll ja tunlichst vermieden werde, müsste ein Blick hinter die Kulissen des Bestehenden geworfen werden. Und dann ließe es sich nicht mehr so einfach nützlich machen. Wenn sich feministische Projekte an Anwendbarkeit am Arbeitsmarkt orientieren, affirmieren sie gesellschaftliche Verhältnisse, die festlegen, was als nützlich gilt und was nicht. Über das Konzept Arbeit und den Arbeitsmarkt als angeblich nur vermittelndes Instrumentarium wird Norm hergestellt: was als wertvolle Kompetenz gilt, welches und vor allem wessen Wissen notwendig ist, welche Tätigkeiten nützlich sind und letztlich auch, welche Individuen als wertvoll, welche als defizitär konstituiert werden. Dass als besonders wertvoll und nützlich gilt – und damit gefragt und gut bezahlt ist –, was eng verwoben mit Sozialisation, Kontext, Möglichkeiten und Habitus von – zufälligerweise – weißen, bürgerlichen, heterosexuellen Männern ist, ist wohl wenig zufällig und auch nicht Ergebnis der gepredigten fairen „Auswahl der Besten“ à la Darwin. Arbeit ist ein zentrales Feld, über das in kapitalistischen Gesellschaften Ungleichheiten hergestellt und legitimiert werden. Den Arbeitsmarkt und seine kolportierten Vorstellungen von Nützlichkeit und Anwendung als Orientierungspunkt für feministische Projekte heranzuziehen, heißt nicht nur prinzipiell kapitalistische Verhältnisse als unhinterfragbare Norm, als Ende der Geschichte, anzuerkennen, sondern ist auch eine

Einverständniserklärung mit gesellschaftlichen Ausschlüssen und Ungleichheiten¹¹⁷. Das eigene Wissen wird an das angepasst, was gerade als ökonomisch nützlich gilt. (Feministische) Projekte berauben sich jedweder Kritik und jedweden Freiraums, denn um als professionelle Genderexpertinnen am Arbeitsmarkt gefragt zu sein, erbringen sie „den Nachweis, dass ihr Wissen für andere anschlussfähig und von Nutzen ist und der Förderung der Ziele derjenigen dient, denen sie ihre Dienste anbieten möchten“ (Wetterer 2003: 139)¹¹⁸. Im positivsten Falle ist Feminismus hier Dienstleistung.

Ausflug III: Ist Wissen über Gender wirklich „gefragt“?

Gleichzeitig ist die Rede von der Gefragtheit von Gender-Wissen am Arbeitsmarkt sowohl überschätzt als auch berechtigt. Mit Überschätzung meine ich, dass es wahrscheinlich *nicht* zutrifft, dass jedes x-beliebige Unternehmen heutzutage an Gender-Expertise, der Analyse der eigenen Geschlechterverhältnisse und GM interessiert ist. Da tut auch nichts zur Sache, dass „brave“ Unternehmen positiv sanktioniert werden, ihnen rhetorisch von frauenpolitisch Engagierten vermittelt wird, dass sie davon profitieren könnten oder es schlichtweg Gesetze gibt, die Gleichstellungsmaßnahmen erforderlich machen. Gleichzeitig ist die Nachfrage an Wissen über Geschlecht und Geschlechterverhältnisse schon gestiegen – was auch immer damit gemeint ist (die in Kapitel 3.1.5. beschriebene Konsumentinnenforschung ist ebenso inkludiert wie die Analyse von geschlechtlich codierten Strukturen) und wie dieses Wissen (politisch) gewertet und mit Bedeutung

¹¹⁷ Ich will hier keine Dichotomie herstellen, die letztlich darauf hinausläuft, sich als Individuum oder Kollektiv entweder „anzupassen“ und eine Lohnarbeit anzunehmen oder sich zu verweigern und auf der Straße zu stehen bzw. abhängig vom AMS und seinen Wahnsinnigkeiten zu sein. Denn erstens gibt es kein „Außerhalb“, auch eine totale Verweigerung schafft diesen Raum letztlich nicht, und zweitens hat frau die Wahl recht selten – manche besser Situierte können es sich wohl eher leisten, einen auf Verweigerung zu machen als eine allein erziehende Mutter. Und selbst wer etwas wählen kann, bleibt auf meist recht unverlockende Angebote beschränkt. Auch möchte ich mir nicht anmaßen, pauschal die Situationen und Entscheidungen anderer zu beurteilen. Differenzen und Unterschiedlichkeiten sind enorm und mit Widersprüchlichkeiten umzugehen immer eine Schwierigkeit – welchen Weg auch immer ich wähle. Aber es kann nicht Ziel eines *kritischen feministischen* Projektes sein, im Mainstream gefragt zu sein und Arbeitsfeld zu sein, ohne die strukturellen Rahmenbedingungen überhaupt in Frage zu stellen.

¹¹⁸ Eva Kreisky schreibt Ähnliches bezüglich des in der Politikwissenschaft boomenden Berufsfeldes der Politik(er)beratung und bezeichnet feministische Politikberatung als Quadratur des Kreises. Sich einerseits pragmatisch-anwendungsorientiert an Normen anzupassen, das kapitalistisch-patriarchale Spiel anzuerkennen, und andererseits den eigenen herrschaftskritischen Anspruch nicht aufzugeben ist eine paradoxe Situation. Und gerade im Zuge der Etablierung von GM, die für Kreisky auch Ausdruck der erfolgreichen „Neoliberalisierung“ von Frauen- und Geschlechterpolitik“ (Kreisky 2007: 31) ist, „wurde auch Frauen- und Geschlechterforschung in das Normalitätsverständnis der Politikwissenschaft und in die Regeln der Förderungswürdigkeit einschlägiger Forschung integriert“ (ebda.: 30f.). Orientierung an Anwendung und Nützlichkeit implizieren Affirmation und Norm(alis)ierung.

versehen wird. Da reicht ein Blick auf Mainstreammedien: nicht bei allen, aber doch bei vielen stolpere ich im Drüberschauen vergleichsweise oft über Inhalte, die mit „Gender-Wissen“ betitelt werden könnten. Das fängt bei der Kürung der besten Journalistin des Landes an, geht über die speziellen Auswirkungen der Inflation auf *die* Frauen bis hin zu geschlechtersensiblen Karrierestatistiken. Auch in Interviews zählt die Frage nach Geschlechterquoten und „Frauenfreundlichkeit“ vermehrt zum Standardrepertoire der Journalist_innen und die Interviewten wissen mittlerweile meist damit umzugehen, sind also irgendwie auf das Thema vorbereitet. Von Politiker_innen ganz zu schweigen, über Geschlecht hat jede_r etwas zu sagen – wie auch nicht: Davon, was/wie/wer Frauen zu sein haben, hat ja auch jede_r ein Bild – und irgendwelche Gender-Studien liegen schnell parat. Und irgendwo muss dieses „Material“ hergestellt werden, Gender-Wissen an die Unternehmerin und den Unternehmer bzw. an die Politikerin und den Politiker gebracht werden. Da *hat* sich in den letzten Jahren ein neuer Markt entwickelt. Gleichzeitig verschaffen sich, wie schon besprochen, feministische Projekte gegenseitig einen Absatzmarkt. So wird GM zum Berufsfeld von Gender Studies-Absolvent_innen und die Gender Studies zur Anwendungsfläche von GM, indem es in die Lehrpläne integriert und in Form von Praktika praktiziert, GM-Trainerinnen zu Gender Studies-Lehrenden werden und GM an den Universitäten selbst umgesetzt wird. Das legt den Verdacht nahe, dass der Aufstieg des einen von dem des anderen nicht zu trennen ist. Aber gegen gut funktionierende Netzwerke ist ja nichts zu sagen, auch wenn sie alles andere als kritisch sind. Oder doch?

Zusammenfassung

Andere spielen Büro, Büro. Projekt-Projekte sowieso, decken sich mit Arbeit ein, die es gar nicht gibt. Ich bin keine AG, ich bin Privatier. Ich hab Zeit, ich bin immer frei, ich geh durch Parks und in Cafés, manchmal sind die Stunden lang, doch das ist schon okay. (Britta: Büro Büro)

Gender Studies orientieren sich unter anderem deswegen an Anwendungsmöglichkeiten, Berufsfeldbezug und ökonomischer Nützlichkeit, weil es gerade politisch en vogue ist, Möglichkeiten der Legitimierung und Anerkennung „neuen“ Wissens greifbar scheinen und die Entscheidung aktiv mitzuspielen offensichtlich schon gefallen ist. Ein sich transformierender und prekärer werdender Arbeitsmarkt bietet *endlich* die Chance, Geschlechterwissen als notwendiges, brauchbares, flexibles und nützliches Wissen zu

etablieren. All dies sind keine „neutralen“ Bezugspunkte, sondern Ausdrücke ideologischer Gesellschaftskonzepte, die abseits ihrer Verhaftetheit in Patriarchat und Kapitalismus nicht denkbar sind. Deswegen beweisen die Gender Studies durch ihr „Mitspielen“ im Endeffekt weniger ihre eigene Notwendigkeit, als dass sie die quasi-naturhafte Notwendigkeit der strukturellen Rahmenbedingungen bestätigen und damit ein Rädchen von vielen sind, die dazu beitragen, einen Status Quo problem- und reibungslos aufrechtzuerhalten. Die auf die Affirmation patriarchal-kapitalistischer Normen folgenden strukturellen Implikationen sind nicht von Interesse, werden jedenfalls weder formal noch inhaltlich zum Thema gemacht, weswegen die eigene Rolle nicht in den Blick gerät. Mit der universitären Etablierung einher ging eine Ein- und Anpassung an die Erwartungen, die in Wissensprojekte heute gesetzt werden. Diesen wird nur allzu gerne entsprochen, denn es scheint hier für die Gender Studies etwas zu gewinnen zu geben.

Die Form des Wissens, die Gender Studies transportieren und GM an *die* Frau und *den* Mann bringen will, ist gut vereinbar mit einer zunehmenden neoliberalen Prekarisierung des Arbeitsmarktes. Deswegen scheint der Arbeitsmarkt sich nun auch für Genderexpert_innen geöffnet zu haben. Umso mehr als sich GM und die Gender Studies den Ball zuspielen und sich gegenseitig ihrer Nützlichkeit versichern. „Ja, man kann beide Strategien als riesiges Arbeitsbeschaffungsprogramm für Genderexpertinnen betrachten.“ (Wetterer 2003: 140) Die Frage aber ist, was dies für den herrschaftskritischen Impetus feministischer Projekte bedeutet. Denn nach Kritik an Vorstellungen (ökonomischer) Nützlichkeit, die Anwendungsorientierung ist ein Aspekt davon, kann im Kontext der Konzepte (nicht unbedingt der einzelnen Protagonist_innen) von GM und Gender Studies lange gesucht werden. Auch geschlechterkritisches Wissen will an Kriterien wie Nützlichkeit und Anwendbarkeit gemessen werden und orientiert sich somit zwangsläufig an hegemonialen Anforderungen – und diese fordern ökonomische Verwertbarkeit und nicht Herrschaftskritik. Das überrascht recht wenig, handelt es sich doch um einen kapitalistischen Arbeitsmarkt. Eine Anerkennung feministischer Wissenschaft aufgrund ihrer gesellschaftskritischen Analyse und Intervention oder als Anerkennung der an ihr beteiligten Frauen ist ja ohne fundamentaler Veränderung politischer Rahmenbedingungen nicht zu erwarten gewesen. Das Suchen nach Anerkennung über das Beschwören der Nützlichkeit der Gender Studies hat zwar einerseits dazu geführt, dass Wissen um

Geschlecht und seine Verhältnisse partiell als nützlich gilt und auch arbeitsmarktpolitisch vermehrt gefragt ist, es andererseits aber seiner kritischen Ansprüche entledigt. Denn die kapitalistisch-patriarchalen Vorstellungen von Nützlichkeits haben sich durch das Nützlichmachen der Gender Studies nicht verändert. Der Versuch, Verhältnisse durch den adäquaten und übermäßigen Gebrauch ihrer eigenen ideologischen Werkzeuge verändern zu wollen, ist wieder einmal gescheitert. „Befreiung“ durch Lohnarbeit und Arbeitsmarkt? Leider nein. Sofern der politische Anspruch der Emanzipation überhaupt noch im Raum steht und die im Zuge des *Bologna-Prozesses* forcierte Anwendungsorientierung und Ökonomisierung von Bildung nicht als Notwendigkeit und logische (Weiter)Entwicklung längst akzeptiert wurde. (Das wollen wir mal nicht hoffen.)

3.2.2. Von feministischer Politik zu gegenderter Kompetenz

Die hohe gesellschaftliche Relevanz ihrer Forschung und ihre wissenschaftskritische Position wirken dynamisierend im gegenwärtigen Prozess der Neudefinition von Wissenschaft. (Universität Basel)

Nach Beschreibung der Affirmation einer (Arbeitsmarkt-)Struktur, innerhalb derer sich Projekte bewegen, wenn sie sich primär an beruflicher Anwendung ausrichten ohne deren politische Strukturen zum Thema zu machen, wird es in diesem Kapitel nun spezifischer um die Beschaffenheit und Form des Wissens gehen, das am Arbeitsmarkt gefragt ist, um das „Produkt“ also, das die Gender Studies herstellen und verkaufen *wollen*. Es geht nicht um „irgendein“ Wissen sondern um ein spezifisches, in dieser Gesellschaft als nützlich und adäquat geltendes. Ich möchte zeigen, dass es sich nur um ein affirmatives, funktionales Wissen handeln kann, wenn der primäre – jedenfalls rhetorische – Fokus sowohl der Gender Studies als auch von GM auf der Anwendbarkeit und der Betonung der „gesellschaftlichen Nützlichkeits“ (wobei weder „Gesellschaft“ noch „Nützlichkeits“ jemals explizit Thema der Auseinandersetzung sind) liegt. Zwei Begriffe sind prägnant für diese unkritische und allzu adäquate Form des Wissens: *Kompetenz* und *Schlüsselqualifikation*. Sie beide sind das Um und Auf in Konzepten der Gender Studies und GM-Strategien: Sie sollen die Nützlichkeits, Anwendbarkeit, Relevanz und Aktualität der Projekte zum Ausdruck bringen, machen aber letztlich vor allem offensichtlich, dass Genderwissen nicht kritisch sein soll, sondern maximal integrativ. Es geht weder um Geschlecht als Strukturwissen über gesellschaftliche Verhältnisse, noch um einen politisch-transformativen Anspruch. Feministische Herrschaftskritik ist *out*, *in* ist dienliches

Herrschaftswissen. Als Einführung ins Thema eine kleine Textpassage mit einer Collage von Begriffen, die gerade „angesagt“ sind und schön die Ambivalenz aufzeigen, die entstehen muss, wenn „Change“ und „Management“ in einem Zug gedacht werden. Als Grundlagenwissen braucht die heutige Gleichstellungsexpertin nämlich folgendes:

Da gibt es Kurse, die einführen in die Grundlagen von *Gender Change Management*; im Angebot sind *Gendertrainings*, welche die *Gendersensibilität* schulen und so zur *Genderkompetenz* führen; Wissen sollte man tunlichst auch, was unter *Gender Controlling*, *Gender Benchmarking* und *Gender Impact Assessment* zu verstehen ist. Falls all dies Wissen in der Praxis nicht reicht, warten *Gender Coaching* und *Diversity Supervision* auf die genderkompetente Changemanagerin. (Wetterer 2003: 133)

Alles klar? Die Ver- und Anwendungsbreite des *Genderwissens* drückt sich in einer enormen Diversität an *gendersensiblen Instrumentarien* aus. Eines haben diese aber alle gemeinsam: eher scheint Geschlecht und das Wissen darum ein ökonomischer Faktor zu sein, eine innerbetriebliche und personalpolitische Ressource und Frage effizienten Personalverschleißes, die auch in ökonomische Sprache und dementsprechende Konzepte und Zielsetzungen gefasst ist, als dass Geschlecht/Gender als kritisches Analyseelement eingeführt würde um die herrschaftliche Fundiertheit patriarchaler Gesellschaft und damit auch ökonomischer Bedingungen und kapitalistischer Grundlagen aufzuzeigen. Jetzt ist Gender also eine *Kompetenz*. Was als Kompetenz gilt und für wen und was frau kompetent sein will, steht in den Sternen. Das Wissen um die Relevanz und Wirkmächtigkeit von Gender wird nicht dazu eingesetzt, Kritik zu üben und ungleiche Verhältnisse zu ändern, sondern Genderwissen ist eine Kompetenz, mit der Gesellschaft besser verstanden und eingeschätzt werden kann um besser in ihr zu *funktionieren*. Um z.B. sichtbar zu machen, wie am Arbeitsplatz Geschlechterhierarchien und – Sichtweisen wirken. Allerdings, und das ist ein springender Punkt, nicht um diese abzuschaffen, sondern um mit ihnen rational und effizient *umzugehen* und das ökonomisch Beste heraus zu holen. Denn wenn etwas gemanagt und als Wissen angeeignet werden will, so deutet das darauf hin, dass dieses etwas (zum Beispiel strukturelle Unterschiede zwischen den Geschlechtern) nicht abgeschafft werden soll.

Genderkompetenz als „passende“ Antwort auf patriarchale Anforderungen

Genderkompetenz sei, so *Barbara Thiessen*, ein zentraler Bestandteil beruflicher Handlungskompetenz und umfasst Fachwissen, Methoden, Sozial- und Individualkompetenz (Thiessen 2005: 251). Zusätzlich werden „[d]ie Kenntnisse und Fähigkeiten der Geschlechterforschung (...) in zahlreichen Berufsfeldern zunehmend als

wichtige Qualifikation anerkannt“ (Universität Basel). Die Gender Studies vermitteln deshalb ihren Student_innen „ein umfassendes Spektrum wissenschaftlicher sowie berufs- und anwendungsorientierter Kompetenzen für den Umgang mit Konzepten und Instrumenten der Gleichstellungspolitik“ (FU-Berlin). Neben einer „fundierte[n] wissenschaftlichen Ausbildung“ (sic! Universität Basel) werden also auch „praxisrelevante Qualifikationen, so genannte Gender-Kompetenzen“ (ebda.) gelehrt und gelernt. Im Laufe dessen kommt es zu einer „allgemeine[n] ‚Gender-Sensibilisierung‘, die auf verschiedene Tätigkeitsbereiche übertragbar ist“ (ebda.). Genderkompetenz ist gleichzeitig eine Vertiefung – „Sie erlangen in Ergänzung zu ihrem Kern- und Monofach vertiefende Gender-Kompetenzen“ (HU Berlin) – und eine Querschnittsmaterie, eine sogenannte „Querschnittskompetenz, die bei konkreten Aufgaben, wie z.B. im Personalwesen, angewendet werden kann“ (ebda.). Vermittels Genderkompetenz könnten konkrete Aufgaben, konkrete Probleme gelöst werden, Genderkompetenz sei eine „problem solving capacity“. Weil Genderkompetenz eine Handlungskompetenz ist, ist sie gefragt und anwendbar. Sie ist nützlich, weil sie für konkrete Probleme adaptiert werden und diese somit lösen kann. „Die Gender Studies sind also bestens darauf vorbereitet, sich den wissenschaftlichen Herausforderungen einer immer komplexer werdenden Welt zu stellen“ (Universität Basel). Kein Wunder also, dass Gender Studies sich etablieren konnten und sich großen Zuspruchs erfreuen, passen sie doch der eigenen Rhetorik nach wunderbar in die „neuen Zeiten“ und können erhellende Erklärungen, Verbesserungen und Anwendungen liefern. „Geschlechterforschung erzeugt demnach Grundlagenwissen, das unabdingbar für die europaweiten Bemühungen um geschlechterdemokratisch organisierte Gesellschaftsprozesse ist.“ (Universität Wien)

Soweit die eigenen Zielsetzungen und die Rolle, die Geschlechterwissen darin spielen soll. Doch was kann das politisch bedeuten? Allein sprachlich ist festzustellen, dass es weder um eine theoretische, noch eine (herrschafts)kritische strukturelle Betrachtung geht sondern um angewandtes Wissen. Die Relevanz geschlechterpolitischen Wissens ergäbe sich aus den mannigfaltigen Anwendungsmöglichkeiten, und die sind gegeben, denn „Geschlechterkompetenz“ ist ja „Handlungskompetenz“ und in dem Sinne überall anzutreffen. Dass Geschlecht überall anzutreffen ist, ist soweit nichts Neues – da Geschlechterverhältnisse Gesellschaften strukturieren, wirken sie immer und überall und

entfalten ihre spezifischen Funktionsweisen in den verschiedenen gesellschaftlichen Feldern. Die Zugehörigkeit zu einem der beiden sanktionierten Geschlechter beeinflusst sowohl Handeln als auch Behandelwerden jeder Einzelperson, in dem Sinne handeln alle „geschlechterkompetent“. Denn es scheint Klarheit darüber zu herrschen, was welche Geschlechtszugehörigkeit bedeutet, wer wie einzuordnen ist und wie mit diesen Frauen bzw. als Frau oder diesen Männern bzw. als Mann umzugehen ist. In diesem Sinne ist das Wissen um Geschlecht eher eines, das es zu destabilisieren gilt, wenn Gleichheit hergestellt werden will. Mit dem Begriff der „Geschlechterkompetenz“ ist bei den angeführten Zitaten aus dem Kontext der Gender Studies aber anderes gemeint. Geschlechterkompetenz wird dort als affirmativer Begriff gebraucht und umschreibt eine *Fähigkeit*, die zu schätzen ist und die es zu lernen und weiter zu vermitteln gilt. Ganz anders verhält es sich aber, wenn Geschlechterverhältnisse als Herrschaftsverhältnisse begriffen werden. Denn dann erscheint Geschlecht mit seinen ungleichen Zuschreibungen und -richtungen und den scheinbaren Selbstverständlichkeiten, die das Wissen *um Männer und Frauen* produziert, als Ausdruck patriarchaler Geschlechterdifferenz und es gilt misstrauisch zu sein gegenüber Geschlechterwissen und nicht, es im Rahmen eines Studiums anzutrainieren und damit zu stabilisieren.

Im Rahmen der Gender Studies ist Geschlechterkompetenz eine „gute“ Fähigkeit, auch wenn sie sich zumeist auf patriarchales Wissen über Geschlechter(differenz) beruft. Sie ist deswegen gut, weil Kompetenzen einfach etwas Tolles sind. Sie ermächtigen dazu, angewendet zu werden und versprechen der betreffenden Person (berufliche) Verwendung und Vorteile. Sie werden gebraucht um besser und erfolgreicher zu funktionieren. Wer kompetent ist, ist gut und geeignet für eine bestimmte (Karriere-)Position. Geeignet also für *etwas*, das weder selbst definiert noch hinterfragt wird sondern als selbstverständlich für einen patriarchal-kapitalistischen Status Quo gilt. Denn kompetent sind Menschen immer für etwas *Bestimmtes*, etwas, das vorher schon festgesetzt wurde und nicht mehr zur Disposition steht. Kompetenz bezeichnet die „integrierte Gesamtheit von kognitiven, emotionalen, physischen etc. Fähigkeiten und Fertigkeiten, bezogen auf bestimmte *Anforderungen*“ (wikipedia <http://de.wikipedia.org/wiki/Kompetenz>). Kompetenzen wecken keine Zweifel an kulturellen und moralischen Selbstverständlichkeiten, sie

entsprechen den gestellten Anforderungen¹¹⁹ – sind eben kompetent¹²⁰. Woraus sich diese Anforderungen generieren, scheint egal zu sein. Wie eine Naturgewalt erscheinen so gesellschaftliche Anforderungen, denen kompetent entsprochen werden will, ohne deren Geschichten und Politiken, deren Gewordensein und Kontextualisierung innerhalb herrschender Machtverhältnisse in Betracht zu ziehen.

Auf welche einfallenden Anforderungen einer patriarchalen Welt aber könnte die Genderkompetenz Reaktion sein? Vielleicht auf das brüchige und sich immer mehr in Widersprüche verheddernde Patriarchat, das sich nun im Zuge kapitalistischer Transformation auch zu verändern hat und nach einem gesellschaftlichen „Kitt“ sucht, der Übergänge harmonisch gestaltet, ohne dass wer auf die Idee käme, strukturelle Machtverhältnisse wirklich in Frage zu stellen. Für diesen attraktiven Job eignet sich die Genderkompetenz allemal – als einerseits allem zu Grunde liegendes und andererseits über allem dahin schwebendes Wissen verpflichtet es zu nichts und schafft trotzdem einen gewohnten Geschlechterraum, an dem festgehalten werden kann, indem patriarchale Geschlechternormen aktualisiert, aber nicht aufgebrochen werden. Dass Geschlechterkompetenz kein kritisches Wissen ist, ist auch klar. Wer dem eigenen Konzept nach gestellten Anforderungen *entsprechen* will, kann nur schwer gleichzeitig eben diesen Verhältnissen, aus denen sich die Anforderungen ergeben, *widersprechen*. Und das scheinbar Neue, vermeintlich Emanzipatorische, das die Einführung und Anerkennung von Genderkompetenz als wesentliche (berufliche) Handlungskompetenz bedeutet, ist auch alles andere als neu und schon gar nicht kritisch. Die kapitalistische Integration von Frauen, aber die nicht angerührten und unveränderten geschlechtlichen Machtverhältnisse, die Frauen aus ökonomischen Überlegungen zwar dabei sein, aber niemals gleich sein lassen, hat wohl zu gewissen Spannungen geführt und lässt auch die Notwendigkeit

¹¹⁹ Da macht es nebenbei auch wenig Unterschied, wenn zum Beispiel den gestellten Anforderungen eines Teiles der Frauenbewegung entsprochen werden will, genderkompetentes Wissen also auch dafür verwendet werden könnte, feministische Institutionen zu „beraten“. Denn auch damit entspreche ich Anwendungs- und Erwartungszwängen und werde „nützliches“ Wissen produzieren. Auch wenn diese Form der „Nützlichkeit“ natürlich um einiges spannender ist als die eines Arbeitsmarktes. „Eine Wissenschaft, die der Frauenbewegung apologetisch und affirmativ ‚hinterher forscht‘, wird nur schwer eine parteiliche Befreiungstheorie produzieren können. Eher werden auf diese Weise die Lücken und Tücken politischer Praxis (Instrumentalisierung durch den Mainstream, potentielle Entpolitisierungen, falsche strategische Überlegungen, Professionalisierungs- und Modernisierungsprobleme etc.) reproduziert.“ (Holland-Cunz 2003: 18)

¹²⁰ In dem Zusammenhang spielt auch die Professionalisierung, bzw. das als professionell Gelten, eine Rolle. Doch dazu mehr in Kapitel 3.3.8.

entstehen, sich mit Differenzen auseinanderzusetzen. Um Unterschiede künftig zu integrieren und Ungleichheiten damit zu befrieden, alle produktiv sein zu lassen und Konsens ohne Veränderung herzustellen. Um den Abbau von Differenzen und Ungleichheiten soll es aber nicht gehen.

Die Beobachtung, dass Genderkompetenz genau dort als berufliche Qualifikation anerkannt wird, wo immer mehr Frauen beruflich aktiv sind, legt den Verdacht nahe, dass Genderkompetenzen vergleichbar mit einem Willkommensdrink für die Humanressource Frau im Arbeitsleben sind und den Kampf gegen Ungleichheit weiterhin in die (Eigen)Verantwortung von Frauen legen. Ein fataler Drink also, der Frauen nämlich durch ihre vermeintliche Akzeptanz in ihre (Geschlechter-)Grenzen verweist. Denn das Geschlechterwissen, das hinter Genderkompetenzen steckt, erübrigt sich oftmals darin, festzustellen, dass Männer nun mal so und Frauen anders seien, dass dies ohne Gemeinheiten und Diskriminierungen zu akzeptieren sei, was gleichbedeutend damit ist, dass an männlicher Dominanz nicht gerüttelt wird. Mit der Marginalisierung von Frauen solle künftig respektvoll und produktiv umgegangen werden – indem ihre strukturelle Andersheit nun mal zu akzeptieren sei. Männer seien nebenbei in ihren einengenden Genderrollen genauso gefangen wie Frauen und deswegen weder als Personen, noch in Form der damit verbundenen maskulinen Norm, ebenso wenig in ihrer (Macht)Position anzugreifen wie Frauen in ihrer Degradierung. Denn es gehe im Allgemeinen darum, die „Zwänge traditioneller Positionszuweisungen zu vermeiden und Frauen und Männern stattdessen Chancen zu öffnen, ihre Lebensgestaltung individuell zu wählen“ (Bereswill 2004: 54¹²¹). Es wird dann so lange relativiert, individualisiert und nicht Vergleichbares gleichgesetzt, bis Männer und Frauen – so wie Enten, Schwäne und Mastrinder – als Opfer ein und derselben Gemeinheit erscheinen, die noch dazu nicht zu ändern ist. Warum *feministische* Projekte auf Genderkompetenz setzen? Das ist und bleibt ein trauriges Rätsel. Fakt ist leider, und das bestätigen die Konzepte und Auseinandersetzungen um GM und die Gender Studies, dass Genderkompetenzen als eine der wichtigsten und am besten verkäuflichen *Outputs* der Geschlechterforschung gelten. Dabei sollte doch eigentlich schockieren, dass etwas, was feministische Kritik produziert, und sei es auch Genderkompetenz, arbeitsmarkttauglich ist. Stattdessen aber wird sich gefreut und

¹²¹ Zitiert nach Wöhl 2007: 220

Genderkompetenz fleißig gelehrt und gelernt. Wohl nicht *trotz* ihrer Gefragtheit im Status Quo sondern *deswegen*.

Welches Wissen? Gefragtes und adäquates!

Wissen in Form einer Kompetenz ist also kein kritisches Wissen, Genderkompetenz und feministische Kritik widersprechen sich. Weil gesellschaftliche Normen und die daraus entstehenden Anforderungen an Gesellschaft und Individuum nicht hinterfragt werden, stattdessen nach „kompetenten Lösungen“ für patriarchale Widersprüche gesucht wird. Es ist aber ein Hauptfeld der Gender Studies, Genderkompetenz zu vermitteln, damit sie von Absolvent_innen angewandt werden könne. Denn Genderkompetenz ist eine „praxisrelevante Qualifikation“. Das heißt im Umkehrschluss, dass alles, was nicht angewandt werden kann also nicht in einem affirmativen Sinne praxisrelevant ist, weniger Platz im curricularen Universum der Gender Studies hat. In wissenschaftstheoretischen Auseinandersetzungen wird diese Form oftmals als *Mode 2*-Wissen bezeichnet (Gibbons/ Limoges/ Novotny/ Schwartzmann/ Scott/ Trow 1994). Damit soll auch die spezifische gesellschaftliche Bedeutung von Wissen, und der Wandel, dem es unterliegt, beschrieben werden. *Mode 1* bezeichnet – das soll hier nur sehr schematisch veranschaulicht werden, ich entschuldige mich jetzt schon für diverse Verkürzungen – „traditionelles“ disziplinäres Wissen. Dieses ist zwar ebenso Zwängen ausgesetzt, allerdings nicht ganz so unvermittelt wie aktuell die durch Begriffe von Autonomie, Privatisierung, Drittmittelgewinnung und eben Anwendungsorientierung gekennzeichnete ökonomisierte Bildung. In Zeiten neoliberaler Transformationen spielt Wissen eine andere, neue Rolle. Die ist einerseits bedeutender – Wissen und auch Wissenschaft sind immer und überall gefragt, keine_r macht mehr einen Schritt ohne sich von Expert_innen beraten zu lassen oder die ein oder andere Studie veranlasst zu haben –, andererseits hat universitäre Wissenschaft auch an Wichtigkeit und Legitimität eingebüßt. Denn Wissenschaft „für sich“ ist abgesagt, stattdessen hat sie ihre (ökonomische) Nützlichkeit unter Beweis zu stellen. Allein der institutionalisierte und anerkannte Status, eine Wissenschaft zu sein, scheint nun nicht mehr zu genügen. Medial gern gebrauchte Bezeichnungen wie „Orchideenfach“ oder „Interessensstudium“ umschreiben diesen Prozess des Verlustes an Anerkennung, wenn eine konkrete (ökonomische, gesellschaftliche) Nützlichkeit einer Studienrichtung nicht auszumachen ist. Welche Faktoren Nützlichkeit ausmachen, wer dies definiert und warum

den Kriterien entsprochen werden soll, bleibt im Großen und Ganzen intransparent. Viel eher umschreiben solche Bezeichnungspraxen also die prinzipielle Orientierung universitärer Bildung an ökonomischer Verwertung als die Wichtigkeit oder Unwichtigkeit spezifischer einzelner Studienfächer.

Praktikabilität, Anwendung und Nachfrage sind Schlagwörter, die eng verknüpft mit Vorstellungen von adäquater Nützlichkeit sind. Ist ein Studium also praktikabel und/oder anwendbar und/oder nachgefragt, so gilt seine gesellschaftliche Relevanz als bewiesen. Doch sind diese Faktoren tief im Status Quo verankert. Eine Wissenschaft, die sich an einer kapitalistischen Dynamik von Angebot und Nachfrage orientiert bzw. orientieren muss, ist es zwangsläufig auch. Möglichkeiten struktureller Gesellschaftskritik scheinen in noch weitere Ferne zu rücken. Umso mehr, als die daraus resultierende eigene, mehr oder weniger affirmative, Wissensproduktion den strukturellen Kontext ihrer Entstehung eher verschleiert als ihn sichtbar zu machen. Das heißt nicht, dass Wissen(schaft) „früher“ jenseits solcher Verhältnisse gestanden wäre. Wissenschaft war – vor allem in ihrer „anerkannten“ und damit institutionalisierten Form – zumeist Herrschaft stabilisierend. Aber es hat sich vieles geändert bezüglich der Legitimationsstrategien. *Mode 2*-Wissen ist breiter, transdisziplinär, flexibel anwendbar und einsetzbar, eng an soziale und ökonomische Kontexte gebunden. Weil es anwendungsbezogenes Wissen ist, kommt es aus bestimmten, spezifischen Anwendungskontexten, die nicht unbedingt den alten „Disziplinen“ entsprechen, dafür aber einer herrschenden „Realität“, die nun einmal patriarchal und kapitalistisch ist. Wenn Wissenschaft sich an Marktanforderungen von Angebot und Nachfrage orientiert, tut sie dies auf zwei Ebenen: was das zu produzierende Wissen und was die Auftragslage betrifft. Jede zu bearbeitende Fragestellung wird abhängig gemacht von Interessen und Problemlagen spezifischer Anwendungsfelder. Seien die Auftraggeber_innen auch noch so verschieden wie Unternehmen, Regierungen, NGOs, die UNO oder die katholische Kirche, so haben sie eines gemeinsam: sie werden nur *die* Fragen stellen und nur *die* wissenschaftlichen Ergebnisse kaufen, die ihren Interessen entsprechen. Das heißt, nur eine doppelte Affirmation, bezogen auf die zu bearbeitende Fragestellung *und* auf das zu erzielende „Ergebnis“, macht anwendungsorientiertes Wissen möglich. Auftraggeber_innen und Anwender_innen sind in diesem Falle ein und die gleichen Personen. Im Endeffekt wird das Feld privater (oder „öffentlicher“) Interessen

und Anwendungen also nie verlassen, auch in der Wissenschaftsproduktion nicht. Wo hier Platz (und Interesse!) für Brüche und Widersprüche sein soll, ist die Frage. Warum praxisnahes und transdisziplinäres Wissen Zugpferd emanzipatorischer Wissenschaft sein soll, ist ein Rätsel. Jedenfalls ist es das nicht *per se* und nur dann, wenn (ökonomische) *Nützlichkeit* nicht das Dogma ist. Dies ist aktuell aber leider nicht der Fall.

Diese Variante legitimierter und anerkannter Wissensproduktion ist gerade gefragt, weil „[b]ezogen auf den Anwendungskontext (...) eine Nachfrage nach Problemlösungen rund um eine bestimmte Anwendung fest[gestellt werden kann], die von dem Imperativ geprägt sei, dass das produzierte Wissen nützlich sein müsse“ (Gisler 2005: 123). Wenn der Nachfrage entsprochen werden will, so sei die Produktionsphase

durch ständige Verhandlungen geprägt, weil die Interessen und Akteure (und Akteurinnen, *Anm. NiSt*) möglichst adäquat befriedigt werden müssten. Angebot- und Nachfragefaktoren würden quasi in der Wissensproduktion mitlaufen, auch wenn die Quellen variabel seien. In Mode 2 sei es schwieriger, Forschung ohne konkrete Zielformulierung durchzuführen. Der Anspruch auf Nützlichkeit, sei dies für Industrie, Regierung oder die Gesellschaft ganz allgemein, sei gestiegen. (ebda.)

Am Ende solcher Verhandlungsprozesse kann nur schwer ein Produkt stehen, das kritisch gegenüber den Verhältnissen ist, denen es im Sinne der Auftraggeber_innen entsprechen will. Doch ist genau deswegen *Mode 2*-Wissen prekär. Es hat sich danach zu richten, was am Markt gefordert wird. Sich an Anwendung orientieren heißt auch, abhängig von dem zu sein, was gerade nachgefragt wird. Welches Wissen produziert wird, wird letztlich am Markt entschieden. Und da gibt es wenige Garantien und keine Freiräume, es muss der Auftragslage entsprochen werden. Und wenn sich ein Wissensprojekt auch selbst und von sich aus über seine Anwendung und Praxisrelevanz legitimiert, so schwindet die Legitimation völlig, sobald die Nachfrage, zum Beispiel am Arbeitsmarkt, abnimmt.

Mode2-Wissen, also die aktuell forcierte Wissensproduktion, definiert sich über seine Nützlichkeit und Anwendung, seine Orientierung am Markt und der daraus folgenden Abhängigkeit von zumeist privaten Auftraggeber_innen. Wissen ist ein Produkt, die Nachfrage steigt, wenn es sich gut verkaufen lässt und das Angebot die Interessen und Bedürfnisse einer kapitalistischen Gesellschaftsformation befriedigt. Bestehenden Interessen wird entsprochen, um die Nachfrage anzukurbeln, um sich so etablieren zu können und die eigene Existenz als gesellschaftlich relevante – weil nachgefragte und damit gebrauchte – Wissenschaft zu rechtfertigen. Es dreht sich alles um Nützlichkeit. Ein

kritisches Verhältnis ist so nicht aufrecht zu erhalten. Wenn Anwendungs- und Berufsfeldbezug die primären Orientierungspunkte eines Wissensprojektes sind, kann diesem Nützlichkeits-Dilemma nicht entgangen werden, ja, wir befinden uns dann sogar schon mittendrin in herrschenden Denklogiken. Im Kontext universitärer Bildung zeigt sich dies vor allem an der Orientierung am Arbeitsmarkt und den (Nicht-)Chancen, die den jeweiligen Absolvent_innen dort eingeräumt werden. Indem behauptet wird, bestimmtes Wissen sei im Job nicht brauchbar oder am Arbeitsmarkt nicht gefragt, wird es als nutzlos diffamiert und jedwede Relevanz und Legitimität abgesprochen. Die Label *Nützlichkeit* und *Praxisbezug* spielen eine wichtige Rolle im universitären Machtspiel, welches Wissen überlegen und welches am besten gleich zu verschrotten ist. „Was fange ich denn mit *diesem* Studium in meinem Leben an?“ wird so nicht selten zur Frage um Sein oder Nichtsein eines Wissenschaftsgebietes.

So gibt es bezüglich des Studienganges Gender Studies „auch Tendenzen, seine Nützlichkeit abzuspochen, indem zum Beispiel die Unterbringung der durch entsprechende Studiengänge ausgebildeten Personen auf dem Arbeitsmarkt immer wieder angezweifelt wird.“ (ebda. 124). Solche Behauptungen sind keine Frage empirischer Nachweisbarkeit, sondern (er)schaffen Fakten und damit Hierarchien und „Ordnung“ im Wissenschaftsfeld. Den Gegenbeweis anzutreten, nämlich die eigene Nützlichkeit, Anwendungsbreite und kapitalistische Verwertbarkeit unter Beweis zu stellen, kann jedoch nicht die Lösung sein. Doch ist eben dies in Selbstbeschreibungen und Konzepten der Gender Studies festzustellen. Damit wäre aber nur bewiesen und bestätigt, dass Nützlichkeit das zentrale Paradigma wissenschaftlicher Auseinandersetzungen ist. Ab dem Moment, wo versucht wird, den gesetzten Nützlichkeitsstandards standzuhalten, wird Nützlichkeit – und was darunter verstanden wird – anerkannt und damit ökonomischen Vorgaben entsprochen. Negiert wird auch der strukturelle Zusammenhang, der zwischen kapitalistischer Nützlichkeitsmaxime und patriarchaler Herrschaft besteht und der verunmöglicht, dass auch noch so angepasste feministische Wissenschaft, und nenne sie sich auch Gender Studies, den gesetzten Standards jemals Genüge tun wird können. Auch wenn sie noch so bemüht ist, die eigene Anerkennung bestehender Verhältnisse zu beweisen und damit patriarchal-kapitalistische Vorstellungen zu affirmieren.

Gender Studies entsprechen genau den Erwartungen, die in adäquates Wissen gesetzt werden – sie scheinen ein Prototyp für *Mode 2*-Wissen zu sein. Es geht in ihren Vermarktungsstrategien und Selbstdarstellungen fast ausschließlich um Anwendungen, sie entsprechen also der Doktrin, dass nur nützliches Wissen als solches anzuerkennen sei. Sie betonen ihre disziplinenübergreifende Arbeitsweise, denn nur so könne „Realität“ jenseits disziplinärer Borniertheiten erfasst werden. Gegen Transdisziplinarität ist ja prinzipiell nichts einzuwenden und sie ist im Sinne strukturellen kritischen Denkens und Veränderns sowie als Intervention in patriarchale Universitäts(un)zustände emanzipatorisch. Nicht zuletzt war Interdisziplinarität immer Forderung feministischer Wissenschaft(skritik) gewesen, da gesellschaftliche (Miss)Verhältnisse auch über Disziplinengrenzen hinaus wirksam sind und umfassend und strukturell nur ohne disziplinäre (oft ähnlich verwendet wie institutionelle) Einengung und Verkürzung bearbeitet und damit erfasst und verändert werden können. Doch im aktuellen und hier beschriebenen Zusammenhang und in der Form, wie Transdisziplinarität bei den Gender Studies als innovatives Qualitätslabel verkauft wird, entspricht sie eher den (An)Forderungen eines neoliberalen Marktes nach flexiblem, konkret und unmittelbar anwendbarem und verwertbarem Wissen (vgl. zu der Diskussion Kahlert/ Thiessen/ Weller 2005, darin besonders die Texte von Hark 2005b, Gisler 2005 und Baer 2005). Disziplinen¹²² würden nicht mehr „gebraucht“, weil Wissen nun grenzenlos anwend-, verwend- und adaptierbar, aber eben auch prekär und Markt„bedürfnissen“ völlig ausgeliefert sei. Disziplinen seien gar kontraproduktiv und vor allem ineffizient und verursachten nur unnötige Kosten. Auch implizierten sie theoretische wie praktische Grundverständnisse einzelner Fachgebiete, die einer „neutralen“, weil schlicht und einfach nach ökonomischen Bedürfnissen ausgerichteten, Forschung doch wirklich nur im Wege stünden. Und unproduktiv seien Disziplinen auch, weil sich doch niemand zu abgesichert fühlen darf, weil sich ja dann keine_r mehr im „gesunden“ Konkurrenzkampf um Ressourcen und Leben anstrengen würde. Nur wer jede Sekunde um die eigene (institutionelle) Zukunft bangt, bleibt *life long* produktiv¹²³. Transdisziplinarität wird in dem Kontext zu einer dynamischen „problem solving capability on the move“ (Vgl. Gisler: 125). Ohne eigenständige Institutionen, Räume und Ressourcen, in denen eigenlogische Überlegungen ebenso Platz haben wie vermeintlich „Unnützes“, hat transdisziplinäres Wissen, als welches sich die Gender Studies verstehen, immer dann parat

¹²² Die zumeist trotz berechtigter Kritiken auch institutionelle Sicherheit bedeuten.

¹²³ Weil die Wahl dann keine_r mehr hat.

zu stehen, wenn ein von anderen definiertes Problem zu lösen ist, wenn die Wogen wieder einmal zu glätten sind. Wissensproduktion in dieser Form garantiert also viel eher adäquates und angepasstes Wissen als so manche Disziplin. Jedenfalls in diesen Zeiten, in denen prekäre Lebensverhältnisse hausieren gehen und der prinzipiell notwendige Aufbruch eingefahrener Strukturen, wie beispielsweise der wissenschaftlichen Disziplinen, leider meist Schlimmeres, weil Unsicheres und Entrechtetes, nach sich zieht. Die Fragen, die Auftraggeber_innen an Projekte stellen, die diese prekäre Variante von Wissen nicht nur nicht kritisch hinterfragen sondern unterstützen, vorantreiben und affirmieren, darin gar wie die Geschlechterforschung in Form der Gender Studies endlich ihre Chance auf den langersehten Durchbruch wittern, werden keine kritischen sein sondern konformistische, die sich auf Markt- und Wettbewerbsfähigkeit sowie auf Effizienzsteigerung, kurz gesagt eine (Re)Produktion und Verbesserung des Status Quo, beziehen. Und dementsprechend werden die Antworten ausfallen. Ob dieses zwar hoch *kompetente* aber alles andere als *kritische* Wissen die Interessen feministischer Politiken erfüllt? Wohl kaum...

Der Schlüssel zum Erfolg: Schlüsselqualifikationen

Das Magisterstudium Gender Studies vermittelt (...) Schlüsselqualifikationen, die für weitere wissenschaftliche Forschungen ebenso relevant wie für den öffentlichen und privaten Arbeitsmarkt sind: Die Fähigkeit zu kritischer Analyse, die Einsicht in die Möglichkeit zur Gestaltung von gesellschaftlichen Organisationsformen und daraus resultierend die Erarbeitung entsprechender gendersensibler Problemlösungen und Alternativen, die Fähigkeit zum Aufbau von Netzwerken und komplexen Teamstrukturen sowie Schulungs- und Trainingskompetenzen im Bereich des Gender Mainstreaming. (Universität Wien)

Neben der schon behandelten *Genderkompetenz* ist Gender(wissen) als *Schlüsselqualifikation* die zweite Wissensformation, um die es sich bei den Gender Studies dreht und von der auch im Kontext von GM oft die Rede ist. „Von Interesse sind Anwendungsbezüge, von Bedeutung sind neuerdings Schlüsselqualifikationen“, stellt auch Susanne Baer (2005: 143) bezüglich der Geschlechterforschung fest. Doch was ist damit gemeint, wenn von Schlüsselqualifikationen oder Schlüsselkompetenz die Rede ist? Aufgrund arbeitsmarktpolitischer Entwicklungen hat spezifisches Fachwissen an Bedeutung verloren (vgl. Kapitel 3.2.1.) und um mit „der sich immer schneller verändernden Alltagswirklichkeit und beruflichen Bedarfen umgehen zu können, kommt es (...) vielmehr darauf an, die Fähigkeit zu entwickeln, sich selbständig Wissen anzueignen“

(Thiessen 2005: 252). Diese aktuelle Situation ist mit den Begriff der *Prekarisierung* von Arbeit und Arbeitsverhältnissen zu beschreiben. Und hier kommen die Schlüsselqualifikationen ins Spiel, die dazu dienen sollen, dass die_der Einzelne „sich stets dem ökonomischen Wandel und den daraus verändernden Arbeitsmarktanforderungen anpassen kann“ (ebda.: 253). Und zwar aus „explizit arbeitsmarktpolitischen Motiven soll damit dem Veralterungsgrad des Wissens und der schlechten Prognostizierbarkeit künftiger Qualifikationsanforderungen begegnet werden“ (ebda.). Nicht kollektiv, sondern individuell sollen Selbstorganisationspotentiale gefördert werden. (Aus)Bildung wird so zu einer Aufgabe, die in der Verantwortung der einzelnen Arbeitnehmer_innen liegt. Wenn sie sich nicht genügend relevante Schlüsselqualifikationen selbst aneignen, darf es sie auch nicht wundern, wenn sie kein_e Arbeitgeber_in „nimmt“. Auch Arbeitslosigkeit wird in diesem Denken zum individuellen Problem, an dem ausschließlich die davon betroffenen Individuen Schuld tragen. Hätten sie sich doch lebenslänglich weitergebildet! Denn qualifizierte Arbeitsplätze gäbe es angeblich genug, nur die qualifizierten und sich selbst qualifizierenden Abnehmer_innen würden fehlen. Welch tragisches Unternehmer_innenschicksal!

Einerseits impliziert das Konzept Schlüsselqualifikation also anwendbares, nützliches, verwertbares, am Arbeitsmarkt gefragtes Wissen und andererseits wird die Aneignung beruflich erwarteten Wissens in die Verantwortung der einzelnen Arbeitnehmer_innen gelegt. Es entspricht also einerseits einem prekärer werdenden Arbeitsmarkt, andererseits davon nicht zu trennenden neoliberalen Entwicklungen, im Zuge derer ehemals öffentliche Aufgaben nicht nur privatisiert und damit kommerzialisiert werden, sondern gesellschaftliche Bereiche, auf die vormals ein *Recht* bestand, nun in die Eigenverantwortung der Individuen gelegt und damit zur *Pflicht* werden. Garantien gibt es dann überhaupt keine mehr¹²⁴. Wohl erwünschter Nebeneffekt ist auch, dass Fragen nach sozialer Ungleichheit – was sich wer leisten kann, was soziale und kulturelle Benachteiligungen gerade im prestigeträchtigen Bereich der Bildung bedeuten – nicht mehr in den Blick geraten, wenn alle Individuen als gleich imaginiert werden, da sie alle die gleiche Eigenverantwortung für sich selbst zu übernehmen hätten und es „nur“ an ihnen selbst liege, was sie daraus – „aus ihrem Leben“ – machen. Jede_r ist ihres_seines

¹²⁴ Nicht dass es die „zuvor“ ausreichend gegeben hätte. Aber immerhin von der Rhetorik her war das Recht Aller gemeint, und damit theoretisch auch Alle mitgemeint.

Glückes eigene_r Schmied_in! Ausgegangen wird in diesem Denken von gleichen ökonomischen Startbedingungen, also einer zumindest ökonomisch gleichen Gesellschaft. Dass dies keiner Realität entspricht, darauf brauche ich nicht weiter einzugehen. Ganz abgesehen von denen, die von einem *nationalen* Arbeits- und Bildungsmarkt von Anfang an aufgrund ihrer Herkunft, ihres Aussehens oder ihrer „körperlichen“ Verfasstheit ausgeschlossen sind. Eine AG muss sich ihr Wissen und die notwendigen Ressourcen schließlich auch selbst kaufen und erarbeiten, da hilft die öffentlich Hand angeblich auch (meist) nicht mit, wieso also nicht auch die Ich-AG? Die Gender Studies sind bestens gerüstet für die neuen Aufgaben, die eine privatisierte und ökonomisierte Bildung in Zeiten des neoliberalen Kapitalismus zu übernehmen hat. Ihre Konzeptualisierung von vermeintlich kritischem Geschlechterwissen als Schlüsselqualifikation legt davon Zeugnis ab.

Nicht überraschend scheint es in diesen Zusammenhang, dass die Gender Studies gerade mit dem *Bologna-Prozess* wunderbar konform gehen¹²⁵. Allerdings ist schon verwunderlich, dass so manch eine vermeintliche Feministin darauf „stolz“ ist, dass die „Gender Studies eine Vorreiterfunktion im *Bologna-Prozess* einnehmen könnten, da sie die geforderten Schlüsselqualifikationen wie analytische, kommunikative und soziale Kompetenzen oder Argumentationsfähigkeiten en passant vermitteln“ (Kahlert/Thiessen/Weller: 16). Die affirmative Wende der Frauen- und Geschlechterforschung wird, so scheint's, begrüßt, anstatt dass die neoliberale Einbindung und Verwertung eines ehemals kritischen Wissensprojektes zur Sorge Anlass gäbe. Dass eine Universität ein Projekt, das sich selbst als Bologna-konforme neoliberale Vorreiterin begreift, begrüßt und gerne gönnerhaft über die kritische Vergangenheit der Gender Studies hinwegsieht, ja, sich gar noch als unglaublich liberal, modern und weltoffen inszeniert, ist die Folge davon. Mit feministischen politischen „Erfolgen“ hat das wenig zu tun, Geschlechtergleichheit und die Kritik an patriarchalen Verhältnissen wird so auch nicht vorangetrieben, ganz im Gegenteil, als erfolgreich kann nur die völlige Anpassung und Entpolitisierung der Gender Studies gewertet werden. Um kurz zusammen zu fassen: Vor dem Hintergrund aktueller bildungspolitischer Entwicklungen, die aus einer kritischen Perspektive alles andere als zu befürworten sind, werden die

¹²⁵ Vgl. dazu Kapitel 1 oder z.B. Prausmüller/ Schimmerl/ Striedinger 2005

Gender Studies zukünftig vor allem als flexibel einsetzbare und „exportierbare“ Module zirkulieren, insbesondere in Kombination mit sogenannten praxisrelevanten Schlüsselqualifikationen, die bei Akkreditierungen und bei Evaluationen einen neuen Stellenwert gewonnen haben. Damit haben wir eine wissenschaftspolitische Weichenstellung, die die künftige inhaltliche Entwicklung der Frauen- und Geschlechterforschung wesentlich bestimmen wird. (Knapp 2006: 196)

Diese Prognose ist leider längst Realität geworden. Schlüsselqualifikationen sind ein zentrales Paradigma der Gender Studies. Dem Anspruch, möglichst kritisches Wissen zu produzieren, vermeintliche Selbstverständlichkeiten zu hinterfragen und zu subvertieren anstatt sie zu affirmieren, haben sich die Gender Studies mit dieser Weichenstellung *erfolgreich* entledigt.

Zusammenfassung. (Besser) Funktionieren mit Genderkompetenz?

Gender Studies wollen einerseits gefragtes Wissen produzieren, orientieren sich also an gestellten gesellschaftlichen Anforderungen und Bedürfnissen des Arbeitsmarktes. Andererseits wollen sie, dass das von ihnen produzierte Genderwissen gefragt ist und betonen so die Verwertbarkeit und Anwendbarkeit der eigenen „Ware“. Einerseits wird Geschlechterwissen zur brauchbaren Schlüsselqualifikation und erfüllt damit die neoliberale Zielvorgabe, flexible und adaptierbare Fähigkeiten zu schulen, die in prekären Zeiten ohne Sicherheiten von Bedeutung sind. Andererseits wird kritisches Wissen als Kompetenz vermarktet, die notwendig sei, um am Stand der Zeit zu sein und sich aktuellen Problemen zu stellen. Nur wer Gender mitdenkt, könne einer immer komplexer werdenden Wirklichkeit gerecht werden und mit ihr umgehen, so der Grundtenor so mancher Selbstbeschreibung. *Hinterfragt und thematisiert wird aber nicht der Schein der Wirklichkeit und der sie bedingenden Strukturzusammenhänge sondern die Art und Weise, wie mit ihr umgangen wird.* Ziel ist nicht eine Veränderung der Verhältnisse, was auch einen (selbst)kritischen Umgang mit an ein Wissensprojekt wie die Gender Studies gesetzten Erwartungen – denn diese sind nur „rational“ im Sinne der jeweiligen Hegemonie – bedeuten würde, sondern der bessere, weil effizientere und funktionalere, Umgang mit ihnen. Optimierung statt Subversion. Widersprüche, die patriarchal und kapitalistisch verfasste Verhältnisse zwangsläufig aufwerfen, werden so nicht aufzudecken, um Veränderungen zu bewirken, sondern zu glätten versucht. Genderkompetenzen und Schlüsselqualifikationen sind Kategorien des Funktionierens und nicht des Widerspruchs. Es geht jeweils um vordefinierte, außer Frage stehende Szenarien, deren Entstehungsgeschichten nicht in Zweifel gezogen werden sondern auf deren Bedürfnisse

und Anforderungen Bezug genommen wird. Es ergibt sich ein Legitimationsdilemma von rein männlichen Eliten? Und schon kommt die genderkompetente Notfallstruppe, um die Wogen zu glätten und einen Kompromiss zu verhandeln. Was das für feministisches Wissen *politisch* bedeutet, scheint weniger relevant als die Frage nach der Nützlichkeit von und Nachfrage nach Gender Studies. Egal was, Hauptsache es findet Verwendung und Anerkennung. Wofür? Auch egal. Dass Wissensformationen, die sich in gewohnten Begriffen von Angebot und Nachfrage, und damit vermeintlicher gesellschaftlicher Relevanz, fassen lassen, einerseits eher gefragt und erfolgreich sind und andererseits eher adäquate Antworten und wenig Kritik produzieren, sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Wieder einmal ist es *Gudrun-Axeli Knapp*, die das Dilemma auf den Punkt bringt, wobei ich persönlich weniger von einer „Nötigung“ der Gender Studies als von einer unbemerkt längst *aktiv* getroffenen Entscheidung sprechen würde. Denn die Entwicklung – weg von Kritik, hin zu Anwendung –, ist alles andere als ein fremdbestimmter und determinierter Sachzwang. Dafür sind zu viele feministische Protagonistinnen verstrickt und involviert. Vom Ergebnis her ist das allerdings recht egal:

Die institutionalisierungspolitischen Rahmenbedingungen der Gender Studies nötigen zu einer pragmatisch-anwendungsorientierten Ausrichtung der Wissens- und Kompetenzentwicklung, die mit entsprechender Rhetorik "verkauft" werden muss, während der gesellschafts-, herrschafts- und wissenschaftskritische Impetus feministischer Theorie und ein darauf geeichtes theoretisches Unterscheidungsvermögen an öffentlicher Legitimation verliert und in seinen Entwicklungschancen beschnitten wird. (Knapp 2006: 198)

Ausflug IV: Die Qualifikation als Mittlerin zwischen Nutzen und Qualität

Überraschend ist es immer wieder, in Büchern, die sich selbst einen kritischen Anspruch setzen, zu lesen, wie kapitalistische und patriarchale Begriffe und Konzepte zu neutralisieren und zu entpolitisieren versucht werden, indem sie als Orientierungspunkt auch feministischer Wissenschaft herangezogen werden. Begriffe wie Kompetenz, Qualität oder Qualifikation sind aber keine neutralen „Indikatoren“ sondern Bestandteil herrschender Gesellschaftsordnung. Sie sind Ausdruck von Machtverhältnissen. Einerseits weil sie überhaupt als Bemessungsgrundlage herangezogen werden, ihnen also Relevanz zugesprochen wird. Und andererseits werden sie mit konkreten Inhalten gefüllt: was als kompetent gilt und was nicht, was qualitativ hochwertig ist, was Schrott, wer qualifiziert ist und was keine Qualifikation darstellt. Wenn ich mich also auf das Konzept „Qualifikation“ einlasse, ihm zu entsprechen versuche, so stimme ich indirekt dem zu, was als Qualifikation festgesetzt wurde, als Norm gilt und was im Gegenzug ausgeschlossen

und delegitimiert wird. Auch deshalb kann Ausgangspunkt einer kritischen Reflexion von Gender Studies, wie im Falle des Buches *Quer denken* (Kahlert/ Thiessen/ Weller 2005), nicht sein, nach dem „Kompetenzbedarf beruflicher Handlungsfelder“ (ebda.: 13) zu fragen. Sobald ich mich am *Kompetenzbedarf* beruflicher Handlungsfelder, im Endeffekt am *Kompetenzbedarf* des *Arbeitsmarktes*, orientiere, klammere ich schon viel Kritisches aus und stimme der prinzipiellen Verwertungslogik von Wissen in Form von Kompetenzen und einer Ausrichtung am Arbeitsmarkt zu. Gefragt werden sollte auch nicht danach, „wofür die Gender Studies *qualifizieren*“ (ebda.), sondern danach, was in dieser Welt überhaupt als Qualifikation gilt und wofür die Rede von Qualität steht, ob diese nicht letztlich jenseits patriarchal-kapitalistischer Verhältnisse und Leistungszwänge nicht zu denken ist, jedenfalls „hier und jetzt“ intrinsisch mit ihnen verwoben ist. Qualität fungiert nebenbei als Eliten und Status Quo absicherndes Kriterium – angefangen von Zugangsbeschränkungen an Universitäten bis zu repressiven und rassistischen Migrationsgesetzen wird viel über den Begriff der Qualität verhandelt. Qualität wird in dem Kontext ausschließlich konservativ und restriktiv verwendet, um etwas „abzusichern“, das sich vermeintlich in Gefahr befindet. Als Gefahr wird die Idee von (demokratischer) Offenheit dargestellt, die einer qualitätslosen Beliebigkeit Tür und Tor öffnen würde. Als Qualität gilt dementsprechend das Gewohnte, was sich strukturell auch darin äußert, dass nur wenige in ihren Besitz gelangen können. Wie sollte es anders sein, wenn doch die, die sich selbst mit dem Qualitätssiegel ausstatten, auch die sind, die vorgeben und verteidigen, was wann und vor allem bei wem als Qualität gilt. Qualitätsdebatten sind also ähnlich wie Nützlichkeitsmaximen ideologische Konzepte kapitalistischer Gesellschaften, die Trägerinnen und Produzentinnen von Ungleichheit sind. Qualifikationen sind die Brücke dazwischen – sie beschreiben den Besitz qualitätsvoller Kompetenzen, die dem entsprechen, was (arbeitsmarktpolitisch) gebraucht wird und von Nutzen ist. Sie befähigen dazu, dem zu entsprechen, was erwartet wird. Wofür sollen die Gender Studies also „qualifizieren“? Am liebsten für nichts. Einem gewohnten und gewöhnlichen Qualitätsanspruch würde damit aber nicht gerecht. Doch darum soll es im nächsten Kapitel gehen.

3.3. Die/Das Genderetikett(e). „Feminismus“ als Qualitätsmoment.

Progression oder Regression, das ist hier die Frage. (...) Je mehr man das Emanzipationsversprechen rational, mit Engagement und Qualifikation durchpowern will, desto mehr öffnen sich regressive Dimensionen. (Gerburg Treusch-Dieter 1991¹²⁶)

Was Gerburg Treusch-Dieter in diesen Zusammenhang unter „rational“ versteht, müsste für mich geklärt sein, um obiges Zitat voll und ganz treffend zu finden. Denn die „Alternative“ zu „rationalem Handeln“ kann keine vermeintlich „weibliche“ Emotionalität sein, kann auch nicht die angeblich authentische „Sinnlichkeit“ sein, die von mancher feministischen Seite aber ein ums andere Mal eingefordert wird. Denn in der Dichotomie von Rationalität und Emotionalität zu verweilen, stellt letztlich nicht in Frage, welches Denken, welche gesellschaftlichen Strukturen dahinter stecken. Das als besseres Übel zu verkaufen, was nicht der gefragten männlichen Norm entspricht, reproduziert nicht nur prinzipiell die Dichotomie, die immer auch (zwei)geschlechtlich konnotiert ist und nichts außer das vorgegebene Entweder-Oder zulässt, sondern hinterfragt auch die mit den zwei Polen verknüpften Inhalte nicht. Was es also zu hinterfragen gilt, sind die Prozesse, die dazu führen, dass etwas als rational gilt und anderes nicht, dass etwas als legitimes, weil rationales, Handeln gilt und andres, so es überhaupt möglich und zugelassen ist, unter Rechtfertigungszwang stellt. Denn sowohl das, was als rational gilt, als auch das, was als emotional gilt, sind Produkte desselben Mechanismus. Jede Norm braucht das als „abnormal/anders“ Konstituierte. Und die Rede von Qualität setzt Normen und schließt anderes, als irrational, „wertlos“ und deswegen nicht weiter verfolgenswert, aus. Doch zurück zum Eingangszitat. Worum es mir darin geht, ist, dass Begriffe von Qualität, Qualifikation oder auch Rationalität keine sind, vermittels derer emanzipatorische Politiken zum Ziel gelangen könnten. Regressive Tendenzen entwickeln sich deswegen, weil gesellschaftliche Konzepte, die in Patriarchat und Kapitalismus verwurzelt sind, als (eigener) Maßstab für feministische Projekte herangezogen werden. Wenn ein feministisches Projekt beispielsweise evaluiert und als qualitativ „schlecht“ empfunden wird, so kann das eigentlich nicht überraschen. Der Anspruch, der besteht, wenn ein qualitativ „hochwertiges“ kapitalistisches Produkt hergestellt werden soll, ist doch auch nicht mit dem Anspruch zu vergleichen, den ein selbst organisiertes Frauencafé an seine feministischen Gästinnen hat. Zweiteres wird Inhalte wie Selbstbestimmung und Konsumfreiheit, Kollektivität, Gleichheit und Selbstermächtigung, aber auch den

¹²⁶ Zitiert nach Kronberger 1996: 68

dezidierten Ausschluss von allem und allen, das und die dem nicht entsprechen (es geht also nicht darum, dass sich *alle* wohl fühlen), als zentral definieren. All diese Fragen sind im ersteren Qualitätsbegriff nicht einmal enthalten, scheinen von keinerlei Interesse zu sein. Da geht es um Fragen der Kund_innenzufriedenheit (Entschuldigung: Kundenzufriedenheit), Verwertung, Preis-Leistungsverhältnisse, das Aussehen der Verkäuferinnen, die optimalen Öffnungszeiten, um Profit und Prestige, um die „Nützlichkeit“ und Anwendbarkeit des Produktes. Da geht es darum, wie billig und teuer etwas ist – und ob dies gut oder schlecht ist, warum das so ist und billigere Produkte vielleicht nicht für alle das Leben billiger machen, vor allem für die nicht, die das Produkt produzieren, ist ganz egal.

Jetzt ist es aber so, dass Projekte wie GM oder Gender Studies dem eigenen Anspruch nach qualitativ hochwertige Produkte sein wollen. Wieso will etwas mit dem Kriterium der Qualität gemessen werden, das sich mit hegemonialen Begriffen von Qualität nicht messen lässt und nebenbei einen politisch-kritischen Anspruch vertritt, der diesen Begriffen von Qualität widersprechen muss? Ich denke nicht, dass es möglich ist, Qualitätsdenken völlig auszuklammern. Da wir alle gesellschaftlich situiert sind, sind gesellschaftliche Normen leider auch Teil feministischer Projekte und Menschen, auch wenn sie mit diesen kritisch umzugehen versuchen. Aber GM und Gender Studies hinterfragen Qualitätskriterien nicht nur nicht (schlimm genug), sondern eifern diesen auch noch aktiv hinterher. Sie schreiben sich selbst Qualität und Leistung auf die stolze Brust. Das ist nicht nur ein Unterwerfungsakt unter gesetzte Standards von „Normalität“, sondern affirmiert diese und leistet damit ein gutes Stück Arbeit dafür, dass eben diese patriarchal-kapitalistische vermeintliche Normalität weiterhin aufrecht erhalten bleibt und den Nimbus unhinterfragbarer Naturhaftigkeit beibehält. Denn einer neoliberalen Leistungsgesellschaft und einem elitären, weil ausschließenden und normierenden, Qualitätsdiskurs wird nicht widersprochen. Dabei wird die Rede von Qualität und Leistung gerade dann am liebsten und effektivsten bemüht, wenn es darum geht, vermeintlich „objektive“ Kriterien für Ausschlüsse oder die strukturelle Unterbewertung von Frauen und feministischem Denken und Handeln zu finden. Andersrum gefragt lautet die Frage also – und das ist mein Punkt und auch der, wo ich denke, dass sich für Treusch-Dieter die regressiven Tendenzen eröffnen – was es heißt, wenn ein feministisches Projekt den an es gestellten kapitalistisch-

patriarchalen Qualitätskriterien entspricht und sich darüber freut und weiterhin alles dafür tun wird, den herrschenden Kriterien weiter zu entsprechen? Ist aufgrund der vorhergehenden Überlegungen dann nicht eher Sorge als Freude angebracht? Zuerst aber muss geklärt werden, ob und wie Qualitäts- und Leistungsdiskurse im Kontext von GM und den Gender Studies verhandelt werden.

3.3.1. Selbstverständlichkeiten. „NORMale“ Standards und ihre Affirmation.

Verfechterinnen von Gender Studies entledigen sich in dem Augenblick einer gesellschaftsverändernden Perspektive, als sie dem Feminismus als politische, historische und pluralistische Bewegung keine Bedeutung mehr beimessen und nicht bereit sind, die Paradoxie einer „feministischen Akademikerin“ auf sich zu nehmen. (Kubes-Hofmann 2001 [1994]: 179)

Qualitätsstandards hegemonialer (Wissenschafts-)Verständnisse zu hinterfragen und auf ihre Machtverhältnisse stabilisierende und Ausschlüsse legitimierende Funktion hinzuweisen, kann als ein Anspruch feministischer Wissenschaftskritiken gelten. In dem Sinne ist auch Qualität immer ein politisch umkämpfter Begriff gewesen. Ebenso wurden andere inhaltliche und methodologische Ideale der „Objektivität, Wertfreiheit und Verallgemeinerbarkeit nicht nur mit der Realität des Wissenschaftsbetriebes verglichen, sondern auch auf Widersprüche hin untersucht oder (...) sie wurden dekonstruiert“ (Hönig 2004: 49). Weil alle gültigen Normen unter dem begründeten Verdacht stehen, patriarchale und kapitalistische Verhältnisse abzusichern. Das heißt nicht, dass feministische Wissenschaft, zumal sich ein Teil zu Recht in die Institution Universität hineinkämpfen wollte, deswegen jenseits oder „über“ den Ansprüchen herrschender Wissenschaft stünde. Auch Konzepte und Ideen, die politisch kritisiert und abgelehnt werden, zeigen Wirkung, schließlich sind sie wesentlicher und wirkmächtiger Teil ein und derselben Gesellschaft, in der auch ihre Kritiker_innen leben. Worum es aber zumindest ginge, ist, dieses vermeintliche Selbstverständliche zu ent-normalisieren, angeblich objektive, neutrale, interessen- und ideologielose Verständnisse „als historisch, sozial und zum Teil lokal situiert [auszuweisen]“ (ebda.: 50), so dass „verschiedene Mythen, unter anderem der von der absoluten Wahrheit, entlarvt werden. Wahrheit wird damit nicht beliebig, aber wissenschaftliche Resultate werden als grundsätzlich falsifizierbar angesehen, als vorläufig und als solche, die sich gegenüber Kritik (auch feministischer Kritik) bewähren müssen“ (ebda.).

Den Standards, die feministischen Projekten seitens etablierter patriarchaler Felder wie dem Wissenschaftsbetrieb entgegengeschleudert werden und denen sie entsprechen sollen, muss also in erster Linie einmal misstraut werden. Nicht nur, weil gesetzten Standards zumeist nur die entsprechen *können*, die ihnen entsprechen *sollen*, also im Vorhinein schon erwünscht sind. Standards, und dazu zählt Qualität genauso wie Leistung, das Einhalten sozialer wie politischer Konventionen und der richtige Habitus, fungieren als durchtrainierte, effektive und vor allem rassistische, sexistische und homophobe Türsteher. Die heiligen Hallen der Wissenschaft sollten lange Zeit nicht viele betreten, ebenso wie höhere Positionen in der Arbeitswelt. Nun ist es aber, wie die Erfolgs- und Etablierungsgeschichte von GM und den Gender Studies zeigt, nicht mehr so, dass etwas wie feministisches Denken und Handeln kategorisch ausgeschlossen wird seitens etablierter Institutionen (vgl. Hark 2005: 132). Personale und institutionelle Ausschlüsse bleiben zwar ein nicht selten angewandtes Mittel, scheinen aber tendenziell durch effizientere und gewinnbringendere Maßnahmen ersetzt worden zu sein. So begegnet die „etablierte Wissenschaft (...) der feministischen Herausforderung produktiv und einschließend – wenn auch diese fast immer an ihren Rändern positionierend“ (ebda.). Dem demokratisch geforderten Mythos liberaler Diversität und Offenheit wird so entsprochen, ohne dass Normen zwangsläufig in Frage gestellt werden. Diversität und begrenzte Offenheit erscheinen in diesem Kontext als Herrschaftstechniken (Steyerl 2008), die integrierend vorgehen um einerseits Kritik zu unterbinden und andererseits alle an ihren Platz zu verweisen. So wird aus feministischer Wissenschaft ein Masterstudium zur weiteren wissenschaftlichen „Vertiefung“ und für die Exzellenz notwendigen „Spezialisierung“, um gleichzeitig sonstige Gender-Lehrveranstaltungen aus den Lehrplänen anderer Studienrichtungen zu streichen – denn bei den Grundlagen haben Feminismen nichts zu suchen, bei Interesse gibt’s ja eh ein eigenes Curriculum. Aus unzureichender, aber an fixen Orten verankerter Frauenpolitik wird GM, das zwar *überall* herum geistert, aber so sehr Querschnittsthema ist, dass es wiederum nirgends wirklich ankommt. Und schon ward aus alles nichts, „von der verlockenden Interpretation des Querschnittsgedankens [unterstützt], der nunmehr dazu benutzt werden kann, Frauenpolitik in den ‚harten‘ Ressorts (und auch sonst, *Anm. NiSt*) verschwinden zu lassen“ (Plöger 1996: 132).

Andrerseits kann herkömmliche Wissenschaft wenig verlieren, denn Einschluss bedeutet auch, „dass Feminismus auf seinem Weg in die Institutionen (...) Charakteristika dieser Institution annehmen wird, dass deren Handlungslogiken und –routinen teilhaben an der Gestalt des akademisch werdenden Feminismus“ (Hark 2005: 132). Wenn das „akademisch“ mit „professionell“ oder „erfolgreich“ ersetzt wird, so kann diese Aussage auch allgemeiner gefasst werden, zum Beispiel für GM, wenn auch anders. Denn als „Nachfolgeprojekt“ von Frauenförderung und Gleichstellungspolitik stellte sich bei GM die Frage nach dem „Dinnen“ oder „Draußen“ von Institutionen längst nicht mehr. Das kann für die Gender Studies ebenso gesagt werden – sofern Geschichte chronologisch gefasst wird (wogegen vieles spricht) und die Gender Studies nicht vom Himmel fielen, können sie als Nachfolgerinnen (oder Weiterentwicklung oder Ausdifferenzierung) der Frauen- und Geschlechterforschung bezeichnet werden. Und als solche waren die Gender Studies von Anfang an in universitären Kontexten situiert. Langer Rede kurzer Sinn, die Anpassung an herkömmliche Standards ist das, was erwartet wird, wenn Feminismus an die Tür klopft. Einerseits würde alles andere nicht zugelassen werden, andererseits scheint es, als würde herrschenden Konventionen auch von feministischer Seite her gern und kritiklos entsprochen werden. Der Selbstverständlichkeit, zu wissen, was Qualität oder Leistung oder Karriere oder Professionalität sei und zu wissen, dass das ein zu verfolgender „guter“ Anspruch ist, wird nichts entgegengesetzt, nicht einmal das Wissen, dass „Ideale“, besonders der Wissenschaft, immer Produkte herrschender Verhältnisse und Ausdruck spezifischer materieller Interessen sind und dementsprechend historisch, konstruiert und Zielscheibe für feministische Kritik und nicht deren „neuer“ Anspruch sein sollten. *Sabine Hark* weist zu Recht darauf hin, dass es falsch wäre, den Zusammenhang von beispielsweise Professionalisierung und Anpassung gleichzusetzen mit einer prinzipiellen Verteufelung von Professionalisierung (vgl. Hark 2005:133). Allerdings ginge es darum, „Normalisierungstendenzen“ kritisch zu reflektieren, vor allem, wenn der Anspruch besteht, einiges „anders“ und „besser“ zu machen. Denn sich beispielsweise einem Professionalisierungszwang widerspruchslos zu unterwerfen, heißt, auch Exklusivität und Ausschlüsse weiter zu produzieren und gleichzeitig „Konformität und Kohäsion, Zugehörigkeit und Zustimmung zur Institution [zu] produzieren“ (Hark 2005: 135).

Wollen feministische Projekte also nicht völlig „normal“ und damit politisch uninteressant werden, gilt es, den von patriarchalen Institutionen gesetzten Ansprüchen nicht in erster Linie zu *entsprechen* sondern erstmal zu *widersprechen*. Sie anzuzweifeln um sie als historische Produkte zu entlarven und ihres „natürlichen“ Scheins zu berauben. Erst dann entsteht nämlich die Notwendigkeit, dass sich vermeintlich selbstverständliche Ansprüche selbst erklären müssen und damit Widersprüchlichkeiten und Brüche zu Tage treten. Und hier können Kritiken ansetzen und es kann widersprochen werden. Voraussetzung dafür ist, dass überhaupt ein Interesse an Kritik und Veränderung besteht, dass überhaupt ein *feministisches* Interesse besteht. *Das* feministische Interesse gibt es nicht, was ich aber meine, ist all das, was sich unter dem „Prädikat feministisch“ subsumieren lässt. Und dieses ist „aus begriffsgeschichtlichen Gründen *geeignet*, um ein bestimmtes Phänomen zu bezeichnen, nämlich eine Wissenschaftstheorie, der ein gewisser kritischer, d.h. feministisch wissenschaftskritischer Anspruch eingeschrieben ist“ (Hönig 2004: 50f Fußnote 9). Es scheint aber, als wäre das „Prädikat wertvoll und qualitativ“ ein größerer Ansporn für Projekte wie GM oder die Gender Studies. Dem will eher entsprochen werden und an ihm orientieren sich Politiken und Konzepte.

3.3.2. GM und Gender Studies: qualitativ hochwertige Produkte

ausgezeichnet – 2005 wurden die Basler Gender Studies im Auftrag der Universität evaluiert. Die internationalen Expert_innen attestierten ihnen eine hervorragende Qualität. (Universität Basel)

Mehr Qualität, Wirksamkeit, tragfähigere Problemlösungen und mehr Innovationen, kurz mehr Erfolg werden erreicht. (über GM, Weg 2003: 34)

Gender Studies haben eine hervorragende Qualität und GM schafft mehr Qualität. Doch was heißt Qualität? Im weitesten Sinne heißt es, gesetzten Standards positiv zu entsprechen. Im universitären Kontext zählen dazu Exzellenz, das Erfüllen wissenschaftlicher Normen, Leistung, die Relevanz und Gefragtheit der Forschungsergebnisse, Objektivität und Innovation. Da Qualität mit Abgrenzungen – gegenüber „Qualitätslosem“ – zu tun hat, spielen auch Fragen von Konkurrenz, Hierarchie, Bewertung und Elite eine Rolle. Um wie die Gender Studies in Basel als hervorragend zu gelten, muss diesen Ansprüchen Genüge getan werden. Den normativen Qualitätskriterien will entsprochen werden, wenn der Anspruch besteht, Qualität zu liefern. Das heißt, dass Qualität nur möglich ist, wenn Normen entsprochen wird, wer sich ernsthaft an

Qualitätskriterien orientieren will, muss sich vorher normalisieren lassen, um diese erfüllen zu können. Strukturell werden so herrschende Standards – dieselben übrigens, die bis vor Kurzem Frauen, Feminismus und sonstiges kritisches Denken kategorisch ausgeschlossen hatten – anerkannt, ihre Wichtigkeit und „neutrale“ Rolle als Meßlatte vermeintlich gleicher Protagonist_innen und Inhalte reproduziert. Zugestimmt wird auch der Vorgehensweise, die eigenen Grundlagen und Begründungen nicht offen zu legen, sondern als gegeben vorauszusetzen, „traditionell“ Vorhandenes, weil hegemonial Gewordenes, hinzunehmen und ausschließende Faktoren wie Qualitätskriterien als Orientierungspunkt und nicht als Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse hinzunehmen. Wofür beispielsweise Qualität steht, wird selten offen gelegt und auch nicht hinterfragt. In dem Sinne muss angenommen werden, dass die damit verbundenen Inhalte und Verhaltensweisen, die damit verbundenen Hierarchien und Ausgrenzungen, nicht als relevant oder aber nicht als politisch problematisch eingestuft werden. Feministische Projekte, die ihr Handeln an Qualitätskriterien ausrichten, deren Ziel es ist, als *qualitativ hochwertig* von Seiten des Mainstreams anerkannt zu werden, müssen also erst einmal den Normen entsprechen um dann womöglich als exzellent zu gelten. Projekte aus dem Kontext feministischer Szenarien bzw. Projekte, deren Hauptprotagonistinnen einem Geschlecht angehören, das alles andere als privilegiert ist, haben es umso schwerer und müssen ihre Legitimation umso mehr beweisen. Gerade von solchen Projekten wird eine noch größere (Anpassungs-) Leistung gefordert als von Projekten, deren Wurzeln im patriarchalen Mainstream liegen. Nur die, deren Positionen anerkannt und unumstritten sind, können es sich leisten, sich über etwas hinwegzusetzen ohne in Folge an *Benefits* einzubüßen. Für alle anderen ist das Risiko größer, müssen sie doch tagtäglich aufs Neue beweisen, dass ihre prekäre Position in der Institution gerechtfertigt ist und können sich doch nie von dem Generalverdacht befreien, dass auf sie eigentlich auch zu verzichten wäre. Wenn Gender Studies und GM es aber trotzdem schaffen, nach hegemonialen Kriterien hervorragende Qualität attestiert zu bekommen und diese auch noch zu steigern vermögen, so bedeutet das bezogen auf eine kritische Perspektive, die feministischen Projekten doch innewohnen sollte, nicht mehr oder weniger als dass sie herkömmlichen Normen entsprechen, also alles andere als strukturkritisch sind.

3.3.3. „Ausweitung der Kampfzone“. Leistung für alle und Männer überall.

Was versprechen sich Projekte wie GM oder die Gender Studies davon, wenn ihnen ein wenig Anerkennung zuteil wird, indem ihre „Qualität“ anerkannt wird? Das Konzept von GM, über Qualifikation und Integration zur Gleichberechtigung zu gelangen ist eigentlich längst widerlegt. Denn

selbst die inzwischen wesentlich erweiterten Ressourcen der Frauen, höhere Qualifikationen, eindeutiger Erwerbsorientierungen, Geburtenrückgang und veränderte Lebensstile, haben die über die Arbeitsteilung befestigten Herrschaftsverhältnisse in ihrem Kern nicht berührt. Gleichzeitig haben Frauen inzwischen aus den individuellen und historischen Erfahrungen gelernt, dass der Weg zur Emanzipation der Frau ganz und gar nicht allein über ihre Integration in den Arbeitsmarkt führt. (Gerhard 1995: 266)

Es wurde wohl doch nicht soviel aus der „Erfahrung“ gelernt, wie *Ute Gerhard* schreibt. Wiewohl spätestens jetzt, wo Ausbildungs- und Qualifikationsniveau „eigentlich“ gleich sind, bzw. sein könnten, bzw. behauptet wird, dass die Chancen gleich seien, klar geworden sein sollte, dass Konzepte wie Arbeitsmarkt oder Qualifikation alles andere als neutrale Einheiten sind und so angelegt sind, dass sie immer patriarchalen Interessen entsprechen, deren Ausdruck sie auch sind. Gesellschaftliche Grundlagen werden nicht berührt, wenn versucht wird, zu entsprechen. Stattdessen werden Normen anerkannt und ihr Wirkungsbereich ausgeweitet, patriarchale Verhältnisse werden prolongiert und stabilisiert. Zur Emanzipation „der Frauen“ tragen solche im Status Quo verankerten Konzepte jedenfalls nicht bei.

Was heißt es, wenn feministische Projekte Qualitätsansprüche in ihre eigenen Konzepte integrieren und sich selbst zum Maßstab machen? Konsequenz daraus ist, dass das Konzept Leistungsgesellschaft nun auch auf bisher ausgeschlossene Felder und Personengruppen ausgeweitet wird. Ohne allerdings die alten Privilegien aufzugeben – das wäre immerhin etwas. Die Geschlechterverhältnisse bleiben letztlich in ihrer Struktur unberührt. Auch wenn sich manche Inhalte, Bewertungen und Konnotationen ein klein wenig verschieben, bleiben alle Menschen weiterhin immer wieder auf ihre Geschlecht zurückgeworfen. Und der Blick durch die Zweigeschlechterbrille ist niemals ein gleicher sondern ein bewertender, hierarchischer und zurechtender. Die Frage, die sich stellt, ist, ob GM dazu in der Lage ist, eine Veränderung im Denken zu ermöglichen¹²⁷ oder „nur“ den Geltungsbereich eines bestimmten hegemonialen Denkens erweitert. Das hätte für Frauen

¹²⁷ Das behauptet zum Beispiel Ingrid Schacherl (2003a: 22ff.), ich selbst stehe dem eher kritisch gegenüber.

fatale Folgen – denn ihre Bewertung „als Objekt Frau“ wäre damit ja nicht abgestellt, nur käme noch eine weitere dazu: Die Bewertung als berufliches Karriereobjekt. Zwischen patriarchalen Stühlen zu sitzen ist für Frauen keine neue Erfahrung, dass dies Ziel und Produkt einer *gleichstellungspolitischen* Intervention ist allerdings schon.

Im universitären Kontext geraten die Gender Studies in zweierlei Hinsicht unter Druck: Gegen Widerstände etwas wie eine neue Wissenschaftsdisziplin zu schaffen, das „neue“ und innovative Potential für den Betrieb Wissenschaft zu betonen, um sich als einzigartig und notwendig zu legitimieren, und gleichzeitig dem zu entsprechen, was als Standard an Wissensprojekte heran getragen wird, um so überhaupt als Wissenschaft anerkannt zu werden. Es bleiben also einerseits die alten patriarchalen Ausschlusskriterien aufrecht, verlieren nicht an de-legitimierender Wirkkraft, gleichzeitig werden auch noch neoliberal-kapitalistische Anforderungen an universitäre Wissenschaft hinzugefügt, denen auch entsprochen werden soll. Es ist ein Déjà-vu, auch hier ist die klassische Doppelbelastung, die Frauen und Feministinnen doch so bekannt ist, wieder anzutreffen: Das patriarchale Alte bleibt, das karrieristisch-individuell-neoliberale Neue kommt auch noch dazu. (Und Minus plus Minus ist leider *nicht* Plus.) Denn schließlich gehe es hier „nicht um Frauenförderung im Sinne einer tatsächlichen oder vermeintlichen Bevorzugung von Frauen, sondern letztlich darum, dem Leistungsprinzip zum Durchbruch zu verhelfen, indem Bedingungen geschaffen werden, unter denen alle leisten können und wollen“ (Krell 1998: 15¹²⁸). Amen. Das Anliegen von GM ist es also laut *Gertraude Krell*, ein Szenario zu schaffen, in dem das Leistungsprinzip endlich grenzenlos und für alle Gültigkeit hat. Wenn das erreicht ist, so stelle sich Gleichberechtigung quasi automatisch ein.

Ausgeweitet wird aber auch in eine andere Richtung – und das scheint nicht minder problematisch. Durch den Einbezug und das Mitansprechen von Männern wird in Abgrenzung zu Frauenpolitiken bzw. Frauen- und Geschlechterforschung weniger einer legitimen Kritik an essentialistischen Geschlechterkonzepten entsprochen¹²⁹, als versucht,

¹²⁸ Der Titel des Aufsatzes spricht eigentlich schon für sich: *Chancengleichheit: Von der Entwicklungshilfe zum Erfolgsfaktor!!*

¹²⁹ Das wird nicht selten behauptet, ich finde das so gut wie immer absurd, meist oberflächlich und an der politisch-theoretischen Debatte vorbei gehend. Die (teils spannenden, teils lähmenden) feministischen Auseinandersetzungen um die „Kategorie Frau“ scheinen eher als Schutzschild vorgehalten zu werden, finden sich aber in Projekten wie den Gender Studies oder GM kaum wieder, es sei denn, völlig banalisiert.

das Projekt Gleichstellung „tragfähiger und glaubwürdiger“ zu machen. Doch was heißt das bitte? Erst wenn Männer dabei sind, ist ein Projekt etwas *wert*? Die Teilhabe von Männern definiert also die Legitimität eines Projektes. Überraschend oft zitieren (feministische) Verfechterinnen der GM-Strategie in Texten, die GM bewerben sollen, das klassisch antifeministische Klischee von der „Bevorzugung der Frau“ durch Frauenpolitik (z.B. Weg 2003; Krell 1998). Begriffe wie „positive Diskriminierung“ legen solch an Realitäten völlig vorbei gehendes Denken auch fast (fast!!) nahe. Recht unglaublich und beängstigend erscheint es mir, wenn auf solche Argumente zurückgegriffen werden muss, um GM als Lösung allen Übels darzustellen. Denn wenn GM die angepriesene Lösung für ein antifeministisches Argument ist, so ist eigentlich auch GM antifeministisch¹³⁰. Umso erschreckender, dass Frauenpolitikerinnen für Männer Partei ergreifen, sich um ihre vermeintliche „Benachteiligung“ Sorgen machen, lange bevor männerdominierte Gesellschaften strukturell auch nur irgendein Interesse an der Aufhebung der tatsächlichen Benachteiligungen von Frauen und anderen „Anderen“ zeigen.

Die Anerkennung feministischer Projekte über die Integration und Bestätigung von Männern zu erreichen zu versuchen um damit das eigene Kapital zu vermehren, beschreibt *Ursula Kubes-Hofmann* bezüglich der Frauen- und Geschlechterforschung als begriffimmanente Signalwirkung der Gender Studies. Damit wird nicht nur ausgedrückt, dass Männer in feministischen Lehrveranstaltungen willkommen sind, sondern auch, dass der Anwesenheit von „männlichen“ Wesen eine besondere Bedeutung beigemessen wird. Diese stellt ein weiteres Mal eine Hierarchie her, die Männer als Frauen übergeordnet konstituiert und Frauen ein weiteres Mal vom männlichen Urteil abhängig macht und sie

¹³⁰ Auch andere Argumente für GM sind recht dünn. Zum Beispiel spricht es nicht gerade für ein politisches Konzept, wenn als Pro-Argument folgendes Zitat angeführt wird: „Es gibt keine guten Rezepte – sondern nur gute Köche“ (Ziegler in Weg 2003: 42). Einmal ganz abgesehen davon, dass geschlechtergerechte Sprache leider in der Gleichstellungspolitik noch nicht angekommen zu sein scheint. Wenn das nämlich so ist, dann ist es erst wieder völlig egal, welches Konzept ich vertrete. Und wofür ein Konzept und strukturelle politische Überlegungen, wenn alles sowieso nur von einem Koch/ einer Köchin abhängt. Unklar bleibt auch, warum manche Bücher „kritisch“ im Titel führen. So beinhaltet das von Ingrid Schacherl 2003 herausgegebene Buch *Gender Mainstreaming. Kritische Reflexionen* zwar ein ganzes (von 5) Unterkapiteln zum Thema „kritische Reflexionen“. Doch ist dort nur ein einziger Text vertreten. Ein wohl bekannter, guter und kritischer Artikel von Angelika Wetterer. Wetterer hat zwar alle Wertschätzung der Welt verdient, doch scheint es etwas übertrieben, ein ganzes Buch nach ihren kritischen Reflexionen zu benennen. Vor allem wenn alle anderen 10 Texte weit davon entfernt sind, GM-kritisch zu sein.

zu Objekten degradiert. Die daraus entstehende – furchtbare – Situationen beschreibt *Kubes-Hofmann* folgender Maßen:

Ich kenne Universitätslehrerinnen, die beim bloßen Anblick von Studenten in ihren Lehrveranstaltungen sofort das Erlebnis einer Aufwertung ihres eigenen Tuns haben. Pointiert formuliert signalisiert die rhetorisch begriffliche Veränderung von Women's Studies zu Gender Studies die Hoffnung auf Vermehrung des symbolischen Kapitals von Wissenschaftlerinnen in den Feldern wissenschaftlicher Diskurse und deren damit verbundenen institutionellen und personellen Rahmenbedingungen. (Kubes-Hofmann 2001 [1994]:182f.)

Wenn der im Vergleich zu Frauenforschung und feministischer Wissenschaft¹³¹ rasante Aufstieg von *Männerforschung*, *Men* und *Masculinity Studies* im Kontext der Gender Studies betrachtet wird, so kann das nur bestätigt werden. Mal ganz abgesehen davon, was unter diesen Begriffen alles zu finden ist – von kritischen Ansätzen und Hegemoniekritik bis zu reaktionären männlichen Opfer- und Unterdrückungsphantasien, die auf eine Rekonstruktion der Identität des „wahren Mannes“ hinauslaufen, wird unter diesen Titeln so einiges subsumiert. Der partielle Raumgewinn der Männlichkeits(er)forschung(en) ging flott vonstatten, obwohl die *politische Legitimität*, die aufgrund gesellschaftlicher (Miss-)Verhältnisse gegebene *politische Notwendigkeit* für Frauenforschung tausend Mal eher gegeben ist. Der Grund für die im Vergleich zum Geschlecht der Gender Studies-Betreibenden überproportionalen Anteile und Akzeptanzen von Männlichkeits- oder Männerforschungen, ist wahrscheinlich wieder einmal recht banal: das Geschlecht der Protagonist_innen¹³².

3.3.4. Die Besten! Leistung durch „Chancengleichheit“.

Oberster Maßstab bleibt nach wie vor die Leistung... (Busch/Engelbrech 1998: 4)

GM nehme die „individuellen Bedürfnisse“ der Mitarbeitenden ernst, und seien sie noch so different, wie die Notwendigkeit, die Miete zu bezahlen, bis hin zu Karriere träumen. Es sei unzulässig, hier nach Geschlechtern zu trennen, denn sowohl in der Gruppe der Männer als auch in der Gruppe der Frauen gäbe es die einen wie die anderen. Bisher immer

¹³¹ Die, nebenbei bemerkt, eine starke politische Bewegung gebraucht hatten, um überhaupt Raum und ein klein wenig Relevanz eingeräumt zu bekommen. *Men Studies* hatten eine vergleichbare politische Kritik und eine politische Bewegung nicht nötig, um Platz an den Universitäten zu bekommen. Der Mann im Titel schien Relevanzbeweis genug?

¹³² Die überwiegende Zahl der Gender Studies-Betreibenden sind Frauen und forschen feministisch, damit soll nicht gesagt sein, dass „Frauen“ (nur) über Frauen forschen oder forschen sollten, ganz im Gegenteil. Trotzdem erscheint es auffällig, dass Männerforschung unter Feministinnen im Universitätsbetrieb weitgehend auf Anerkennung stößt, während dies in die andere Richtung nicht festzustellen ist. Männer(er)forscher_innen stehen Feminismen oft ablehnend gegenüber oder grenzen sich – als „Weiterentwicklung“ und/oder Überwindung feministischer Kritik zum Beispiel – davon ab.

vernachlässigte und in konsequenter Frauenpolitik auch nicht fassbare „Typologien“, wie zum Beispiel vereinzelt auftretende heldenhaft „familieninteressierte“ Männer, könnten durch GM als „Konzept individualisierender Personalpolitik“ (Krell 1998: 16) endlich in den Blick geraten. Weil über einzelne Individuen gesprochen wird und nicht über strukturelle Gruppen. Das heißt aber auch, dass über *Strukturen* nicht mehr gesprochen wird. Wenn ein allein erziehender Mann als Einzelindividuum genauso viel Aufmerksamkeit bekommt wie zehntausende allein erziehende Frauen als strukturell benachteiligte Gruppe, nur noch die Rede von „einzelnen Individuen“ ist, strukturell benachteiligte Gruppen also gar nicht mehr als solche wahrgenommen werden, so scheint solch eine Strategie von keinem großen gleichstellungspolitischen Wert zu sein.

Doch darum geht es bei GM auch nicht, worum es geht, ist Leistung und Chancengleichheit. Die Steigerung der Leistungsfähigkeit, Leistungsbereitschaft und Loyalität (Krell 1998: 15) der Mitarbeiter_innen kann durch die Akzeptanz ihrer jeweiligen mehr oder weniger freiwillig gewählte „Lebenslage“ und deren Integration (nicht Veränderung!) in den und Vereinbarkeit mit dem Beruf geschaffen werden. Es ist irrelevant, wie die jeweiligen „Lebenslagen“ entstanden sind und aus welchen strukturellen Ungleichheitsverhältnissen sie resultieren. Auf Basis dieser sozialen Schieflagen soll dann „allen Beschäftigten eine ihren Qualifikationen und Interessen entsprechende berufliche Entfaltung und Entwicklung ermöglicht werden“ (ebda.). Das nennt sich Chancengleichheit – mit dem, was du (nicht) hast, wirst du auf die Waagschale gelegt. Bei gleicher Qualifikation sollen alle die gleichen Chancen haben, unabhängig von Geschlecht, Schuhgröße oder was auch immer. Nur geht dieses Denken von der fatalen Illusion aus, dass Ungleichheit erst an diesen Punkt ansetzt. Doch was ist mit den hochgradig ungleichen Möglichkeiten, die Menschen haben, sich bestimmte Fähigkeiten anzueignen – oder eben nicht? Wer hat denn die Ressourcen und das ökonomische, soziale und kulturelle Kapital, sich weiterzubilden, sich auszubilden, wer hat den adäquaten Habitus um „kompetent“ und „qualifiziert“ zu wirken und aufzutreten? Wenn ich Gleichbehandlung erst in dem Moment einfordere, wo Menschen um einen bestimmten Job zu bekommen im Bewerbungszimmer sitzen, so vernachlässige ich, dass Ungleichheit ganz woanders beginnt und gerade Frauen an diesem Punkt oft schon längst marginalisiert, verdrängt und ausgeschlossen wurden. Die Rede von der „Chancengleichheit“, die gerade im Kontext

von GM oftmals den Begriff Gleichstellung ersetzt und damit eine politisch-ideologische Kehrtwende einläutet, hinterfragt auch auf einer zweiten Ebene Strukturen nicht: Sie geht vom Status Quo, seinen Jobs, Leistungs- und Karrierezwängen, aus und fragt nur danach, wer die *Chance* hat, in welche Position zu kommen. Die Arbeitsplätze, Positionen und Räume selbst, wie sie sich generieren, bleiben unhinterfragt. Eine autoritär organisierte Institution erscheint so als unproblematisch, so lange gesichert ist, dass alle die vermeintlich gleichen Chancen haben zum Tyrann/ zur Tyrannin zu werden, keine und keiner beim Bewerbungsgespräch aufgrund anderer Faktoren als der *eigenen Qualifikation* be- und verurteilt wird. Die prinzipielle gesellschaftliche Organisation, die auf Hierarchien, Eliten und Leistung basiert, anders gesagt, die auf Unterdrückung, Ausschluss und Konkurrenz basiert, hat aber viel damit zu tun, dass eben nie alle die tatsächlich gleichen Chancen haben werden. Von Leistungsgesellschaft und Chancengleichheit zu reden setzt voraus, dass es etwas wie gleiche Bedingungen gibt, weswegen Leistung als Qualitätskriterium „fair“ und angebracht sei. Doch sind gerade diejenigen gleichstellungspolitischen Strateg_innen, die am liebsten von Chancengleichheit reden, nicht gewillt, strukturelle Ungleichheitsverhältnisse in Betracht zu ziehen. Es bleibt bei scheinheiliger Augenauswischerei, auch weil „Chance“ als Begriff ja nicht nur heißt, Möglichkeiten zu haben, sondern auch andere Bedeutungen hat: Glück und Zufall. Von Chancengleichheit zu reden ist sowohl euphemistisch und strukturunkritisch, als auch irgendwie zynisch. Denn Glück und Zufall sind per definitionem nicht „gleich“.

Über Chancengleichheit würde Wettbewerb entstehen und dieser führe zu größerer Leistung, weil sich in einem Todesrennen um jeden Job die „Besten“ über die „Besseren“ durchsetzen würden und damit höhere Qualität und Leistung entstünde. Für die einzelne Firma würde dies zu einem Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen führen. Soweit so klar, dies beschreibt die klassisch brachialkapitalistische Konkurrenzgesellschaft. Doch neu ist, dass hier nun auch die Geschlechtergleichstellung ins Spiel kommt und ab hier beginnt es spannend und verwirrend zu werden. Denn Leistung galt bisher nicht gerade als Synonym für Gleichheit, stattdessen als Ausdruck von Konkurrenz, und diese wiederum ist nur zu denken, wenn von Hierarchien und Ungleichheiten ausgegangen wird, denn dass alle Menschen *alles* machen können ist strukturell ausgeschlossen (sonst führte sich das Konkurrenzrennen um Was-auch-immer ad absurdum.) Behauptet wird nun aber, dass erst

die Gleichstellung in Form von Chancengleichheit ermögliche, dass sich das kapitalistische Leistungsprinzip voll und ganz durchsetzen könne. Das totale Leistungsprinzip wiederum garantiere die Geschlechtergleichstellung.

Um es noch einmal zu betonen: Wenn ungeachtet ihrer Geschlechtszugehörigkeit die Bestgeeigneten gefördert und befördert werden, wird nicht nur dem Prinzip der Chancengleichheit zum Durchbruch verholfen, sondern auch dem Leistungsprinzip. (Krell: 18)

Die „Auswahl der Besten“ – was auch immer das ist und wer das definiert (sic!) – sei also Ausdruck von Gleichstellung und dies schaffe endlich Raum und Rahmen für die totale Leistungsorientierung. Jedoch ist gerade das Berufen auf die „Auswahl der Besten“ immer ein adäquates und anerkanntes Mittel, Ungewünschtes und ungewünschte Personengruppen auszuschließen. Schon lange wird beispielsweise bei der Ablehnung von Bewerberinnen nicht mehr vordergründig argumentiert, dass sie diesen Job nicht bekomme, weil sie eine Frau sei, sondern es fallen Argumente wie zu kurze Publikationslisten, fehlende Netzwerke, fehlende Qualifikationen. Argumente, die mit der vermeintlich objektiv messbaren Qualität der Bewerberin in Zusammenhang stehen. All diese Kriterien, die für die Auswahl herangezogen werden, sind schwer festzumachen und zu definieren. Und exakt deswegen werden sie vordergründig für die Entscheidungsfindung herangezogen. Denn die Kriterien sind der völligen Willkür derer unterworfen, die sie aussprechen, anwenden, auslegen, also mit jeweils konkreten und je nach Situation adaptierbaren Bedeutungen füllen. Genauso wie Qualität wird das Kriterium der „am besten für etwas Geeigneten“ je nach Interesse anders angewendet und ist somit Ausdruck herrschender Machtverhältnisse und dementsprechend alles andere als Garantin für Gleichheit, und alles andere als Frauen fördernd. Denn hegemonial sind „männliche Lebensentwürfe“ und diese definieren sich oft genug durch nichts anderes als das „richtige“ Geschlecht des Protagonisten. Dieses sozialdarwinistische Denken – survival of the fittest – reproduziert einen Status Quo und verhilft nicht neuen – und schon gar nicht emanzipatorischen – Kriterien, zum Beispiel der Gleichstellung, zum Durchbruch. Dies zu glauben, finde ich leichtgläubig und problematisch. Wer der_die das „Beste“ ist, ist Ideologie, in unserem Falle auch patriarchale Ideologie. Hinterfragt wird im Konzept GM aber nicht, was der_die das „Beste“ ist, was „the fittest“ bedeutet, und mit welchen patriarchalen und kapitalistischen Inhalten diese Begriffe gefüllt sind. Noch wird die prinzipielle Frage gestellt, nämlich ob diese gesellschaftliche Dynamik, in der sich immer die einen über die anderen durch den Ausschluss wieder anderer zum Profit weniger und

unter ständigem Arbeits- und Leistungszwang durchsetzen, nicht eigentlich zu unterbrechen sei. Feministinnen müssten dies jedenfalls anvisieren – Leistungsdenken ist von patriarchaler und kapitalistischer Herrschaft nicht zu trennen und kann jedenfalls nicht das Mittel „zur Befreiung“ sein, auch nicht, um zumindest Gleichberechtigung herzustellen.

3.3.5. (Un)Begriffe von (Un)Gleichheit: wenn Qualität zu Gleichheit führt

Gender Mainstreaming ist eine neue Strategie für das Ziel der Geschlechterdemokratie und zugleich eine Strategie zur Qualitätsverbesserung des Politik- und Organisationshandelns und der fachlichen Arbeit und Leistung von Projekten. (Weg 2003: 37)

Neu an GM ist, das wurde schon einige Male angesprochen, dass der Anspruch besteht, es allen Recht zu machen. Es ist zentral, dass immer betont wird, dass GM Nutzen bringt – je nachdem für welche Ohren eine Beschreibung oder ein Text bestimmt ist, werden der Gewinn für das Unternehmen, die Stärkung der nationalen Wirtschaftsleistung oder das schöne Leben für die Mitarbeiter_innen angepriesen. Die Widersprüchlichkeiten, die sich aus dieser schizophrenen Haltung ergeben, zeigen sich zum Beispiel daran, dass GM als Brücke zwischen Gleichstellung und Qualitäts- und Effizienzsteigerung begriffen wird. Auf verschiedenen Ebenen wird dieser Zusammenhang gedacht. Einerseits argumentieren einige, dass das Beharren und die endliche Durchsetzung von Qualitätsstandards quasi automatisch zu Gleichberechtigung führen würden – denn Qualität sei schließlich ein „neutrales“ Kriterium, das ungleiche Strukturen wie Männerbünde verhindere. Von der anderen Seite angegangen ist das Ziel, einen „modernen“ Begriff von Qualität zu entwickeln, der so konzipiert ist, dass Gleichstellung ein Faktor von und für Qualität ist. Durch die Integration „Aller“ steigere sich die Leistung und damit die Qualität von Produkten und Projekten (vgl. Weg 2003: 43)¹³³. Dass Gleichstellung und Qualität in einem affirmativen Verhältnis zueinander stehen und das eine positive Auswirkungen auf

¹³³ Nicht ganz nachvollziehbar erscheint mir in diesem Kontext – und diese eigene Widersprüchlichkeit ist öfters anzutreffen –, warum beispielsweise *Marianne Weg* (2003) in ihrem Artikel den Aspekt, dass Gleichberechtigung Leistung und Qualität von Produkten und damit die Effizienz von Unternehmen verstärke, zwar hervorhebt und als positiv bewertet. Im Weiteren wundert sie sich aber, und findet es ziemlich fies, dass Unternehmen GM nur zu ihrer eigenen Profitsteigerung umsetzen. Auf der Ebene genau dieser kapitalistischen Logik hatte sie zuvor positiv für GM geworben. Offensichtlich ist es nur vermeintlichen Feministinnen vorbehalten, Verwertungslogiken „gut“ zu finden. Doch ist Verwertungsdenken nicht erst dann „böse“, wenn ein Unternehmen die eigentlich logische Konsequenz zieht und Arbeitskraft wie auch Leistungssteigerung verwertet und die Argumente und Konzepte, die sich GM selbst auf die Brust schreibt, zu eigenen Gunsten ausnützt.

das andere habe, scheint jedenfalls außer Frage. Zu dem Schluss kommt auch *Heike Kahlert* bei Betrachtung von GM-Politiken an den deutschen Hochschulen. Denn das

abschließende Fazit dieser Studie verdeutlicht den Zusammenhang von Gleichstellung und Qualität. Ich argumentiere darin, dass sich ein moderner Qualitätsbegriff an Gleichheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen ausrichtet, deren Ziel die Demokratisierung der organisationalen Geschlechterverhältnisse ist. Dieser Qualitätsbegriff kann dennoch anschlussfähig an die eher ökonomisch ausgerichteten neuen Steuerungskonzepte sein. (Kahlert 2003: 12)

Hier kommt ein weiterer Faktor ins Spiel, nämlich dass Gleichstellungspolitiken in Form von GM nicht nur einhergehen sollen mit – und damit eben auch abhängig sein sollen von – Qualitäts- und damit Effizienzsteigerungen, sondern auch in der Ökonomisierung zum Beispiel des Bildungssektors eine Bündnispartnerin gefunden haben. Kahlerts These dazu lautet, „dass sich in der hochschulischen Leistung der Gleichstellung die angestrebte Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse mit der Ökonomisierung des öffentlichen Sektors und damit auch der Hochschulen problemlos verknüpft.“ (ebda.: 11f.)

Es drängt sich die Frage auf, von welcher Form von Gleichstellung hier die Rede ist. Wie also Gleichstellung und damit auch Ungleichheit im Kontext von GM begriffen wird. Offensichtlich eingestanden wird, dass Qualität viel mit ökonomischem Nutzen zu tun hat – ansonsten könnte nicht behauptet werden, dass Qualitätssteigerung und Ökonomisierung/Neoliberalisierung harmonisch parallel laufen würden. Nun wird aber auch die Gleichstellung der Geschlechter in das Triumvirat der Effizienz steigernden Maßnahmen aufgenommen. Das impliziert einerseits die Annahme, dass Leistungsdenken, Qualitätskriterien und kapitalistische Ökonomisierung von sich aus nichts mit Ungleichheit zu tun hätten, es also im Rahmen gegebener struktureller Kontexte möglich wäre, über die Etablierung von Qualitätsstandards bzw. die Reformulierung von Qualitätsstandards Geschlechtergleichheit herzustellen. Ein Denken, das nicht vom „Naturzustand“ Kapitalismus und Leistungsgesellschaft ausgeht, wird von vornherein ausgeschlossen. Dementsprechend werden herrschende gesellschaftliche Verhältnisse affirmiert. Ein Produkt – Ungleichheit – wird völlig losgelöst von seinen strukturellen Entstehungsbedingungen hergenommen und zu ändern versucht (vgl. Fraser 2001: 46-54.). Die Prozesse und Verhältnisse, die zur Entstehung des Status Quo beitragen, werden ausgeklammert und gelten weiterhin als selbstverständliche Sachzwänge, die keiner Hinterfragung bedürften. „Die hier beschriebene Logik trifft auf affirmative Maßnahmen generell zu. Es wird zwar ein Ausgleich wirtschaftlicher (und anderer, *Anm. NiSt*)

Ungleichheit angestrebt, aber die Tiefenstrukturen, welche die Benachteiligung der Klasse (und anderer gesellschaftlicher Kategorien, *Anm. NiSt*) erzeugen, bleiben unberührt.“ (ebda.: 52) Da strukturelle Frauen marginalisierende Verhältnisse nicht in den Blick geraten¹³⁴ und behauptet wird, über (neue oder alte) Qualitätsstandards könnten Ungleichheiten unterbunden werden, es wären zur Erreichung von Gleichheit also nur einige wenige Maßnahmen nötig, wird weiters der Schluss nahe gelegt, dass gesellschaftliche Unterschiede in der Verantwortung einzelnen Individuen liegen.

Ich möchte einen Schritt zurückgehen, bzw. Gesagtes zusammenfassen, um dann noch mal auf diesen Gedanken zurück zu kommen und ihn genauer auszuführen. Qualitätsbegriffe sind immer normierend, bewerten Wissen, ordnen es hierarchisch und schließen „wertloses“ aus. Qualität hat also mit Hierarchien, Ungleichheiten und Leistungsdenken zu tun. Was bedeutet es also, Qualität als „Weg zur Gleichheit“ zu bezeichnen, wenn sie doch eigentlich als Instrument zur Kategorisierung, und damit *Ungleichmachung*, von Menschen, Wissen und Betätigungen dient? Dass GM vorschlägt, Gleichberechtigung über Qualität herzustellen, GM als Konzept also annimmt, dass Gleichheit trotz Beibehaltung und partiell sogar Ausweitung von kapitalistischen und patriarchalen Leitkonzepten möglich ist, impliziert, dass die Diskriminierung und Marginalisierung von Frauen in diesem Denken nichts mit patriarchalen und kapitalistischen Verhältnissen zu tun hat. Denn diese werden ja nicht angegriffen.

Das heißt, dass Hierarchie und Gesellschaftsformation laut GM nichts mit Geschlechter(un)gleichheit zu tun haben, allgemeiner formuliert: Strukturelle Herrschaftsverhältnisse und gängige kapitalistisch-patriarchale Normen sind weder Grundlage noch Hindernis für die Gleichberechtigung der Geschlechter. Aber was sonst kann Grundlage oder Hindernis sein? Die einzelnen Individuen und ihre rein zufälligen Gepflogenheiten? Oder vielleicht, und dieser Gedanken wird leider auch dadurch nahe

¹³⁴ Gerade las ich einen Text, der behauptete, dass der Vorwurf an GM, nicht strukturkritisch zu sein, vermessen wäre, da GM diesen Anspruch gar nicht stelle (Weg 2003: 46). Aber genau deswegen muss ich *Feministinnen* vorwerfen, diese Strategie zu unterstützen und gut zu heißen und all denen widersprechen, die behaupten, GM hätte fortschrittliche Aspekte. Nebenbei: Seit wann ist es denn verboten, die Ansprüche von Projekten zu kritisieren? Und das eine sind „selbst“ gesetzte Ansprüche, das andere Dynamiken und Politiken, die dadurch ausgelöst werden können, und es einerseits notwendig machen, vielleicht die eigenen Ansprüche und Konzepte zu überdenken und andererseits die Kritik an politischen Entwicklungen unverzichtbar machen. Ganz egal, wie der Selbst-Anspruch eines Projektes lautet, das ist schließlich nur ein Aspekt, der nebenbei auch nicht zufällig ist, sondern in einem gesellschaftlichen Kontext steckt.

gelegt, dass viele GM-Maßnahmen auf individuelle Qualifikations- und Kompetenzförderungen von Frauen bauen – *Mentoring* ist ein Schlagwort für diesen individualistischen Förderungstypus (vgl. Pechriggl 2002: 165f.) –, sind die Frauen auch selbst dran schuld. Sie sind zu wenig qualifiziert, ihnen fehlen die für eine Karriere nötigen *Schlüsselqualifikationen*, *Kompetenzen* müssen nachgelernt werden. Was für ein Glück, dass sich zur gleichen Zeit wie GM auch die *Gender Studies* als eigene Studienrichtungen an den Universitäten etablieren konnten – sie werben nämlich eben damit, dass im Studium Schlüsselqualifikationen vermittelt werden, und zwar nicht irgendwelche sondern diejenigen „die für weitere wissenschaftliche Forschungen ebenso relevant, wie für den öffentlichen und privaten Arbeitsmarkt sind“ (Universität Wien, vgl. dazu Kapitel 3.2). Genderkompetenz ist in diesem Kontext eines von vielen „brauchbaren“ Werkzeugen, mithilfe dessen es sich angeblich besser auskommen lässt: nicht um der Kritik willen sondern um zu funktionieren. Vor allem Frauen – denn denen wird ja ein Manko, ein „Entwicklungsdefizit“ unterstellt – könnten und sollten sich individuell (weiter) qualifizieren und das, was ausschließlich Frauen zugeschrieben wird, nämlich die kritische Beschäftigung mit Geschlechterverhältnissen, wird zur anwendbaren *Genderkompetenz*. Diese Schwerpunktsetzung der Gender Studies legt ebenfalls eine Geschlechteranalyse nahe – oder widerspricht ihr zumindest nicht – die Geschlecht erstens als persönliche Eigenschaft und zweitens Geschlechterungleichheit als persönliches Problem der Angehörigen spezifischer, nicht hinterfragter subordinierter Gruppen konstituiert. Weder Ungleichheit, noch Norm, noch Abweichung, noch Identitäten erscheinen so als strukturelle Produkte gesellschaftlicher Verhältnisse sondern entweder als zufällige Systemfehler, die durch Anpassung und Angleichung behoben werden können oder als individuelle Unzulänglichkeiten, die durch individuelles Handeln – zum Beispiel ein (Gender-)Kompetenztraining – wett gemacht werden können. Indem im Sinne „nachholender Entwicklung“ Frauen „auf die Sprünge“ geholfen wird, ihren *individuellen* Leistungs- und Qualitätsdefiziten *individuell* entgegengewirkt wird. Und sind sie dann „endlich“ auf derselben Qualitätsstufe wie ihre („männlichen“) Kollegen, so stehe Gleichheit rein gar nichts mehr im Wege! Aha. Das klingt „verlockend“ einfach, nichtsdestotrotz oder deswegen muss dem vehementest widersprochen werden. Dass Ausschlüsse und Marginalisierungen – Qualitätsdiskurse und Leistungsdenken transportieren beides – der herrschenden systemischen Logik entsprechen, gerät hier durch

die Akzeptanz der Spielregeln des Mainstreams und die Individualisierung struktureller Probleme ins Hintertreffen. Dass solcherlei herrschaftsignoranter Antifeminismus, wie es das Denken von Ungleichheit als individuelle Schuld der Ungleichenden ist, oftmals gedacht wird, davon können wohl viele ein Lied singen. Doch bahnbrechend neu ist, dass eine sich als feministisch, oder zumindest in „feministischer Tradition“ stehend, begreifende Gleichstellungspolitik solch Wahnsinn nahe legt.¹³⁵

3.3.6. Exzellentes Wissen. Gender als Qualitätskriterium.

Längst gelten sie (die Gender Studies, Anm. NiSt) als Kriterium wissenschaftlicher Exzellenz, als ein Muss für Universitäten um international wettbewerbsfähig zu sein. (Universität Basel)

Die Berücksichtigung der Kategorie Geschlecht bei der Planung, Entwicklung, Durchführung und Evaluation von Studiengängen sei ein unverzichtbares Qualitätsmerkmal, das als Querschnittsaufgabe alle Bereiche berühre. (Degethoff de Campos 2005: 303f.)

Qualität ist für GM also ein Mittel zur Erreichung des Zieles, das sich Geschlechtergleichheit nennt. Die Gender Studies berufen sich auf Qualität, um die eigene Legitimität und Nützlichkeit, sowie den eigenen wissenschaftlichen Wert, zu betonen. Auf der anderen Seite wiederum sind GM und die Gender Studies selbst Ausdruck von Qualität. Das ist die andere Seite des Qualitätsdilemmas. So ist laut Marianne Weg GM „zweifelloso eine notwendige, die Chancengleichheit beider Geschlechter und generell die Qualität des Lernens und Lehrens fördernden Strategie“ (Weg 2003: 47). Was Qualität bedeutet, bleibt weiterhin unklar. Sicher aber scheint, dass „Gender“ – als Kompetenz, als Chancengleichheit oder als Forschungsfeld – dazu zählt, legitim und notwendig ist, will eine Institution Qualitätsstandards entsprechen. Mir geht es nicht darum, zu klären, ob es wirklich zutrifft, dass die (wie auch immer aussehende) Beschäftigung mit Geschlecht an manchen Orten zu einem Qualitätskriterium geworden ist. Ich will herausarbeiten, in welches problematische, weil hochgradig affirmative Feld sich Feministinnen vorwagen, wenn sie es ganz großartig und wichtig finden, *auch* ein Aspekt „qualitätsbewussten Handelns“ (Kahlert 2003) zu sein. Denn einerseits – ich weiß, ich wiederhole mich, aber es kann nicht oft genug gesagt werden – wird so die Funktionsweise von Leistungs- und Qualitätsdiskursen, die Lichtjahre davon entfernt sind, etwas mit Gleichheit zu tun zu haben, reproduziert und legitimiert. Und andererseits ist eher anzunehmen, dass sich

¹³⁵ Ausführlicher in der feministischen Zeitschrift *Koryphäe* (Staritz 2008).

Gleichstellungsprojekte an herkömmliche Qualitätskriterien anpassen, als umgekehrt. Der eigenen kritischen Position wird damit jedenfalls nichts Gutes getan, auch, weil sich nun Repräsentant_innen des Status Quo (Universitätsrektor_innen, Minister_innen, Unternehmenschef_innen und andere) wunderbar, und ohne die Gefahr struktureller Veränderungen, mit den Blumen der „Liberalität“, „Weltoffenheit“ und „Political Correctness“ schmücken können. Dieses Angebot wird gerne angenommen, nicht zuletzt, weil damit jedwede „wirkliche“ Kritik in die Enge getrieben werden kann und an Berechtigung verliert.

Was heißt es dann vor diesen Hintergrund, wenn sich eine Universität dazu entschließt, Gender Studies als Studiengang einzuführen? Wenn feministische Protagonistinnen behaupten, die Gender Studies seien ein „Kriterium wissenschaftlicher Exzellenz“ (Universität Basel), so tun Universitäten, die sich durch die Verankerung der Gender Studies vermeintlich „frauenfreundlich“ und geschlechterforscherisch geben, eigentlich nichts anderes, als nach Exzellenz zu streben. Und das hat mit Fortschrittlichkeit, ganz zu schweigen von Feminismus, wenig zu tun. Wenn Gender Studies ein Faktor sind „um international wettbewerbsfähig zu sein“ (ebda.), so entsprechen Universitäten kapitalistischer Standortlogik und nicht wissenschaftlicher „Modernität“ und Liberalität, wenn sie Gender Studies institutionalisieren. Wenn die eigene zukunftssträchtige Rolle (Kahlert 2005: 23) und die eigenen „innovativen Impulse“ (ebda.), die die Gender Studies auf betriebswirtschaftlicher Ebene zu einer profitablen Investition mit rosiger Zukunft werden lassen, derart herausgehoben werden, dass sie die Hauptargumente für die Etablierung feministischer Wissenschaft zu sein scheinen, so wären Universitäten aus ressourcentechnischer Sicht ziemlich blöde, würden sie solch „zukunftsweisendes Studium“ (Universität Wien) nicht zu etablieren trachten. Und da das Mitdenken von Geschlecht/Gender noch dazu ein „unverzichtbares Qualitätsmerkmal“ (Degethoff de Campos 2005: 303f.) zu sein scheint und Universitäten nach Qualität streben, warum sollten „Gender-Issues“ nicht miteinbezogen werden? Das heißt überhaupt nicht, dass Universitäten aufgrund der ökonomischen und qualitätsbewussten Argumentation der Gender Studies-Protagonistinnen deswegen gleich allesamt Feuer und Flamme für das Projekt wären. Ganz im Gegenteil können auch derart adäquate, sich an Interessen kapitalistisch und patriarchal verfasster Universitäten ausrichtende, Gender Studies-

Konzepte sich in der Wahrnehmung von Repräsentant_innen des Status Quo ihres Flairs von Widerständigkeit und „Abnormalität“, von Kritik und Feminismus, nicht vollständig entledigen. Nebenbei bleibt die Tatsache, dass sowohl Wissenschaftspersonal als auch die Studierenden der Gender Studies größtenteils das „falsche“ Geschlecht haben – sie „sind“ Frauen –, weiterhin von trauriger Relevanz.

Aus solchen Argumentationen wird noch anderes ersichtlich. Vertreter_innen der Gender Studies spielen einerseits mit der Naivität, es reichte die Argumentationsstrategien „anzupassen“, so dass sie den „Bedürfnissen“ des herrschenden Wissenschaftsbetriebes entsprechen, um „Erfolg“ zu haben. Das stimmt zwar partiell, da die recht erfolgreiche Etablierungsgeschichte der Gender Studies ohne solche angepassten Argumentationen *gar nicht* denkbar wäre. Nicht selten wurden Namen, Beschreibungen und Begriffe so gewählt, dass sie auf möglichst wenig Widerstand treffen und sich möglichst distanzieren von der widerspenstigen und politischen „Aura“ feministischer (Wissenschafts)Kritiken. Weiters wird damit der Drang und Zwang zur Integration in herkömmliche Denk- und Handlungsstrukturen verdeutlicht. Die sich auf Qualität und Exzellenz berufende Argumentation wirkt letztlich nicht nur nach „Außen“, um ein „Leiberl zu haben“ bei Rektorat und Ministerium, sondern hat auch nicht zu übersehende Effekte nach „Innen“. Das eigene Feld sowie die eigenen Ansprüche und Politiken transformieren sich. Das führt zu einer Ab- und Ausgrenzung derjenigen feministischen Positionen, die dem Anpassungskurs nicht entsprechen wollen oder können. Und „Qualität“ als disziplinierendes Kriterium, das, während es den einen Berechtigung und Sprechposition verleiht, anderen ihre Legitimität im Wissensfeld, ja, ihren Titel als „Wissen(Schaft)“ überhaupt abspricht, spielt hier eine wesentliche Rolle. Als vermeintlich kritische Wissenschaft ein „Qualitätskriterium“ geworden zu sein – und da ist es egal, ob dies nur die eigene Rhetorik behauptet, der eigene Anspruch ist oder dies „tatsächlich“ der Fall ist – sollte also eher Kopfzerbrechen bereiten, als Euphorie auslösen. Von Universitäten, den Strukturen also, in die sich hineinbegeben wird und die spätestens im Zuge dessen eigentlich transformiert werden wollten und sollten, wird, wenn Gender Studies nicht mehr oder weniger als Leistungsträgerinnen für „Qualität in Lehre und Forschung“, „Exzellenz“ und „Innovation“ sind, sie Ausdruck eines „flexiblen“ und „modernen“, „interdisziplinären“ und „praxisnahen“, Wissenschaftsverständnisses sind, kein Millimeter

Veränderung erwartet. Denn die Gender Studies haben ihr politisches und strategisches Konzept schon an all das an- und eingepasst, was die Institution Universität von ihnen „verlangen“ könnte. Und die Universität dankt es den Gender Studies durch randständige Etablierung und verbale Versprechungen, durch vereinzelte Öffnungen, durch das Entlassen in die „Eigenverantwortung“ der „Drittmittel“ und Pseudoautonomie im Zuge von neoliberaler Ökonomisierung und *Bologna-Prozess*. Es regnet seitens der Institution Pseudoanerkennung, die sich zum Beispiel so liest: „Im neuen Steuerungsmodell wird die Gleichstellung der Geschlechter als hochschulische Leistung bewertet.“ (Kahlert 2003: 72). Da wird sich dann gefreut, dass die Thematisierung von Geschlechterungleichheiten endlich einen Platz gefunden hat in den alltäglichen Prozessen institutionellen Handelns und noch dazu positiv sanktioniert wird. Dass Gleichstellung vielleicht eher ein *Recht* ist als eine *Leistung*, darüber wird seitens leitender Etagen gönner_innenhaft hinweg gesehen. Letztlich aber hat die Universität viel mehr vom selbstverschuldeten (und aufhaltsamen!) Aufstieg der Gender Studies in die Sphären der Qualität – und sei es vor allem auf symbolischer Ebene –, als dass feministische Kritik an Raum gewinnen würde.

Die Form des Wissens, die Gender Studies und GM zu produzieren glauben, ist auch als vermeintlich mess- und vergleichbares Kriterium konzipiert. „Genderkompetenzen“ oder „Schlüsselqualifikationen“ eignen sich als Schlagworte für die Formulierung (eigener) exklusiver Qualitätsstandards. So besteht beispielsweise im Kontext von GM der Anspruch, dass „Qualitätskriterien zu entwickeln [sind], an denen ein Auftraggeber (sic!) erkennen kann, dass jemand (sic!) über Genderkompetenz verfügt“ (Jauk 2003: 67). Was als qualitativ wertvoll bezeichnet wird und was ein Qualitätsmerkmal ist, unterscheidet sich abgesehen vom Anliegen, „Genderkompetenz“ in diesen Kanon aufzunehmen, schockierender Weise nicht von einer hegemonialen Konzeption von Qualität. Denn als ein Qualitätsmerkmal gilt beispielsweise

das Herausarbeiten der Vorteile für Organisationen, also zielgerichtetes und effektives Handeln durch Einbeziehung der Lebensrealitäten von Männern und Frauen, Qualitätssteigerung der Projekte und Dienstleistungen, erhöhte Motivation und besseres Arbeitsklima sowie höhere Produktivität. (ebda.: 68)

So oder ähnlich lauten die Qualitätsanforderungen von GM an einzelne Implementierungen, Projekte und „Gender Trainings“. GM als qualitativ hochwertiges Produkt steigert Effizienz, Produktivität und Arbeitsklima jeder Firma. Kein Wunder also, dass *Gender* dann auch als *Qualitätsmarke* gilt.

3.3.7. Innovation. Oder: Die „gute“ Wissenschaft.

Genderforschung befasst sich mit beiden Geschlechtern und ihrem Verhältnis zueinander. Gleichmaßen berücksichtigt werden soziale, ethnische und kulturelle Unterschiede. Dies erlaubt den Gender Studies, präzise Erkenntnisse zu erzielen. (...) Sie (die Geschlechterforschung) verhilft damit zu einem besseren Verständnis der gesellschaftlichen Entwicklungen und trägt zur Lösung zentraler Probleme bei.¹³⁶ (Universität Basel, Hervorhebungen NiSt)

...nature is constructed, not discovered... (Haraway 1991)

Weil sich die Genderforschung mit beiden (der zwei sanktionierten) Geschlechtern auseinandersetze, könne sie präzisere „Ergebnisse“ erzielen, sei objektiver, präziser und näher an der Realität als die vermeintlich ach so objektive androzentrische Wissenschaft. Eine dementsprechend wissenschaftlichere und „bessere“ Wissenschaft müssen die Gender Studies sein. Doch stellt sich die Frage, ob der androzentrische Blickwinkel patriarchaler Wissenschaftsverständnisse tatsächlich aus der Welt geschafft ist, wenn nun „einfach“¹³⁷ versucht wird, ein Geschlecht – das „weibliche“ – zu addieren ansonsten aber alles beim Alten belassen wird. Denn gerade *weil* die hegemoniale Wissenschaft androzentrisch ist, bleibt sie dies auch, wenn sich ihre „Objekte“ und „Subjekte“ ändern. Ich möchte hier keine polare Dichotomie skizzieren, deswegen ist wie ich finde ein kurzer Gedankenausflug angebracht, denn das Problem stellt sich komplexer.

Androzentrismus ist ein Begriffs- und Denksystem, das Verhältnisse zu repräsentieren scheint, die durch die vermeintliche Abbildung überhaupt erst hergestellt werden müssen. Es sind auch diejenigen, die seiner Norm nicht entsprechen, Teil davon. Androzentrische Wissenschaft denkt Geschlecht mit. Allerdings nur in dem Sinne, als dass das „männliche“ Geschlecht als Norm und die daraus resultierenden Perspektiven und Lebenslagen als neutral und allgemein definiert werden. Frauen entsprechen dieser Norm zwar qua Geschlecht nicht, stehen deswegen aber nicht außerhalb ihrer Wirkkraft. Er kämpfte

¹³⁶ Als Beispiel wird in Folge unter anderem angeführt, dass sich die schulische Leistung aller verbessern würde, wenn auf die unterschiedlichen Bedürfnisse (sic!) von Mädchen und Buben eingegangen und aus einer Geschlechterperspektive geforscht werden würde. Das heißt, dass Geschlechterforschung dazu beitragen soll, einerseits die Leistungsgesellschaft noch effizienter und ihre Mitspieler_innen noch leistungsfähiger zu machen und andererseits die Geschlechterdifferenz erforschen und damit zementieren soll.

¹³⁷ Ich setze dies unter Anführungszeichen, weil sich selbst dies als äußerst schwierig herausgestellt hat und weiterhin auf enorme Widerstände trifft. Ich will die Errungenschaften derer, die Frauen – sowohl als forschende Subjekte als auch als zu erforschende Personengruppe – in die Wissenschaft „brachten“ auch nicht herunter spielen.

Einschlüsse führen zwar eventuell zu Irritationen, aber nicht per se zur Hinterfragung oder Verschiebung maskuliner und patriarchaler Normen. Strategien der Erhaltung einer männlichen Norm gibt es nämlich viele – und der faktische Ausschluss von Frauen ist nur eine davon. Begrifflichkeiten, Konzepte und Denkstrukturen, innerhalb derer Wissenschaft produziert wird, bleiben androzentrisch, auch wenn sich die geschlechtliche Zusammensetzung der forschenden Protagonist_innen ein wenig ändert. Dass wir aus Gesellschaft – und damit auch aus ihrer Sprache und Kategorienwelt – nicht einfach aussteigen können, ist eine ebenso banale wie diffizile Erkenntnis, die nicht nur Feministinnen immer wieder vor grundlegende Probleme stellt: Was tun, wenn erkannt wird, dass sich androzentrische Sichtweisen überall eingeschrieben haben, so dass gar keine Werkzeuge zur Verfügung stehen, die davon befreit sind? Was tun mit einer Sprache, die zutiefst androzentrisch ist und trotzdem einziges Kommunikations- und wichtiges Produktionsmittel ist? Müssen konsequente Feministinnen also schweigen?

Wir denken nicht im Traum daran, das Sprechen oder Schreiben einzustellen, nur weil unsere Sprache zutiefst androzentrisch ist, und wir hören nicht auf, Gesellschaftstheorie zu betreiben, wenn wir erkennen, in welchem Maße selbst unsere feministischen Umarbeitungen der von uns beerbten Theorien durch androzentrische Perspektiven überformt sind. (Harding 1990: 8)

Es gibt kein „Außerhalb“, nichts jenseits oder abseits der kapitalistischen Geschlechterordnung. Dies zu wissen macht es nicht weniger sinnvoll, sich das Geschlechterverhältnis und seine (Re)Produktion anzusehen, ganz im Gegenteil: Da heteronormative patriarchale Strukturen überall sind, sich überall einschreiben, veräußern und auf verschiedenste Weisen materialisieren, ist es umso unumgänglicher, sich die Frage nach Macht und Geschlechterherrschaft immer und überall zu stellen. Weil eben nichts davon „verschont“ bleibt. Theorien und Erklärungsmodelle, die als „allgemeingültig“ und bestenfalls als „eh alle mitmeinend“ gelten und verkauft werden, müssen auf ihre Grundlagen und Annahmen, ihre zugrunde liegenden Axiome, befragt werden. Diese sind nämlich alles andere als selbstverständlich, schon gar nicht „naturwüchsig“, „neutral“ oder „normal“. Sie sind konstruiert, geschaffen und stückweit das abbildend – und damit auch (re)produzierend –, was gesellschaftlich hegemonial ist und *herrscht*: das Patriarchat. Dass ich nicht außerhalb gesellschaftlicher Verhältnisse, ihrer Sprache und Konzepte, agieren kann, heißt also keinesfalls, dass patriarchale Normen und Ideologien – das, was als selbstverständlich gilt – nicht hinterfragt und total affirmiert werden müssen.

Dass Gender Studies nun an Legitimität gewinnen wollen, indem sie herauszustellen versuchen, dass sie das, was feministische Wissenschaftskritik zu Recht kritisiert, nämlich herkömmliche Kriterien und Ansprüche von Wissenschaftlichkeit, *besser* können als alle anderen, lässt sie strukturell und institutionell einige Schritte hinter das zurückfallen, was als Lehrinhalt teilweise vertreten ist: das Begreifen von Strukturen, Methoden, Theorien und (wissenschaftlichen) Zugängen als immanent ideologisch und politisch. So werden die Gender Studies zur Legitimationswissenschaft. Die gesellschaftliche Funktion und ausschließende Struktur von universitärer Wissenschaft, die nebenbei trotz der Etablierung der Gender Studies patriarchal und an kapitalistischen Interessen orientiert bleibt, wird nicht nur beibehalten und reproduziert, sondern auch übererfüllt und überbetont. Denn wissenschaftliche „Selbstverständlichkeiten“ werden nicht zum Thema gemacht, stattdessen werden sie zu unhinterfragten Orientierungspunkten auch feministischer Wissenschaft. So mag es zwar zutreffen, dass Gender Studies „zu einem besseren Verständnis der gesellschaftlichen Entwicklungen“ und „zur Lösung zentraler Probleme“ beitragen. Wer jedoch definiert zu welchem Zwecke die „zentralen Probleme“? Und welche handwerklichen und gedanklichen Werkzeuge und Methoden lassen welche „Lösungen“ als nahe liegend erscheinen, während anderes von vornherein nicht in den Blick geraten und damit ausgeschlossen werden kann? Auf die vermeintlich sachzwanghaft gegebenen gesellschaftlichen Problemlagen trifft ebenso zu, was *Sandra Harding* für die Wissenschaft und ihre Theorien im Allgemeinen feststellt:

Die in der westlichen Kultur gehegten und gepflegten Überzeugungen spiegeln – bisweilen deutlich, bisweilen verzerrt – nicht die Welt, wie sie ist oder wie wir sie gerne hätten, sondern reflektieren die gesellschaftlichen Projekte ihrer geschichtlich aufweisbaren Schöpferpersönlichkeiten. (Harding 1990: 11)

Der Anspruch, „gute“ und „bessere“ Wissenschaft zu sein, ist immer auch eine Anpassungsleistung, die wesentliche Dynamiken des herrschenden Wissenschaftsbetriebes reproduziert. So bleibt das Festhalten an bestimmten Sprachkonventionen etwas, das nicht nur konkret Menschen ausschließt, sondern auch bestimmte politische Inhalte nicht zulässt. Ebenso wie die wissenschaftliche Form (bzw. das Arbeiten, das als wissenschaftlich gilt) nur bestimmtes Denken und Argumentieren gelten lässt. Der Wissenschaftsbetrieb wird in seiner Funktion der Elitenreproduktion, sowie der Schaffung adäquaten, „brauchbaren“ und anwendbaren Wissens, reproduziert. Wer in *seinem* Mainstream ankommen will, stimmt auch *seinen* Ausschluss- und Machtpraxen zu. Wenn also Gender Studies, wie in Kapitel 3.1.5. beschrieben, dazu beitragen, Wissen über Geschlecht zu gewinnen, das nicht

kritisch Geschlechterverhältnisse als Herrschaftsverhältnisse zum Thema macht und hinterfragt sondern Wissen *über* Geschlecht (und vor allem „die Frauen“) produziert, das Geschlechterdifferenz reifiziert, so sind sie zwar „gute Wissenschaft“ im Sinne patriarchaler Legitimationswissenschaften, aber „schlecht“ im Sinne kritischer Feminismen. Das Attribut „innovativ“, das sich die Gender Studies „stolz“ selbst verleihen, sie aber auch anerkennend von „legitimen Sprechern“ der universitären Landschaft verliehen bekommen¹³⁸, erscheint vor diesem Hintergrund in einem noch viel problematischeren Licht, als es aufgrund seines ökonomischen Verwertungskontextes soundso stünde. Denn „innovativ“, also „erneuernd“, sind die Gender Studies wohl nur in einem Sinne: hilfreich beim weiteren, tiefer und breiter greifenden, Ausbau der Legitimation des Status Quo. Innovativ ist, dass nun angeblich alle dabei sein *dürfen*, wenn’s darum geht, Hegemonien abzusichern. Altbekannt bleibt, dass, wer Verhältnisse in Frage stellt, nicht als „innovativ“, vielmehr als – wie absurd auch immer das klingt – „reaktionär“ und „unkonstruktiv“ gilt. Wollen Gender Studies also schon „gute Wissenschaft“ sein, sollten sie „weder unkritisch dem Objekt noch dem Subjekt der Forschung“ (Holland-Cunz 2003: 19) folgen, auch nicht dem Schein der Anerkennung und dem Glanz geschaffter Etablierung, und schon gar nicht unkritisch den Verlockungen wissenschaftlicher „Norm“ verfallen, die nicht nur Normalität „verspricht“, sondern vor allem Affirmation bedeutet. Denn wenn schon „gute Wissenschaft“, dann

„folgt [sie] weder unreflektiert dem ersten ‚Schein‘ des ‚Gegenstandes‘ noch dem naiven, feministisch aber weit verbreiteten Glauben an den privilegierten Erkenntnisstandpunkt gesellschaftlich unterdrückter Mehrheiten oder Minderheiten. Unterdrückung schützt keineswegs vor Ideologieproduktion“ (ebda.).

3.3.8. Professionalisierung. Expertinnen ihrer selbst?

Professionalisierungsstrategien ringen um Anerkennung und müssen anerkennen, sonst sind sie nicht anerkennbar. (Niekant 2003: 64)

Ein weiteres Stichwort, das repräsentativ für die Qualitätsorientierung und -erfüllung „feministischer“ Projekte wie Gender Studies oder GM steht, ist die Professionalisierung. In den letzten 20 Jahren haben sich nicht nur feministische Projekte, sondern auch andere

¹³⁸ Vergleiche hierzu beispielsweise Kahlert (2003: 106): „Dass Frauen- und Geschlechterforschung ein innovatives Wissenschaftsfeld ist, wird in Deutschland und auch im internationalen Kontext kaum mehr in Frage gestellt. In Deutschland haben inzwischen alle wissenschafts- und hochschulpolitischen Akteure (sic!) die Notwendigkeit erkannt, die Entwicklung und den Ausbau der Frauen- und Geschlechterforschung zu fördern.“

aus sozialen Bewegungen kommende Initiativen institutionalisiert und professionalisiert (vgl. Niekant 2003: 63). Doch was kann Professionalisierung heißen? Gemeint sind damit

die aktiven Professionalisierungsbestrebungen (...). Ihre „Erfolge“ können im Einzelnen beschrieben werden als z.B. Formalisierung und Qualifizierung des Wissens als Fachwissen durch Qualitätsnormen, Schwerpunktsetzungen, Einrichtung von Studiengängen und Fachprüfungen, Aneignung und Besetzung institutioneller Positionen und Ressourcen durch z.B. Buchreihen, Graduiertenkollegs und Frauenforschungs- und Genderprofessuren, Gründung von feministischen und/oder Gender-Forschungszentren und Berufsnetzwerken in den Fachverbänden der Disziplin oder wissenschaftlichen Perspektiven. Frau sieht in gewisser Weise sogar die Vorbereitung auf bestimmte Tätigkeiten wie im Bereich der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten oder heute des Gender Mainstreaming in der staatlichen Verwaltung, auf den Managementetagen oder in der Personalpolitik der Privatwirtschaft. (ebda.)

Nicht nur rhetorisch präsentieren sich „etablierte“ feministische Projekte „marketingtauglich“ im Hochglanzformat (vgl. Knapp 2006; Wetterer 2003:139f.), sondern auch konzeptionell. Elegante und inhaltsleere Homepages¹³⁹, sowie laufend neu produzierte glänzende Werbebroschüren und -flyer, sind die selbst darstellenden „Texte“, die ins Auge springen. Eine möglichst breite Gruppe soll damit angesprochen werden. Weder GM noch die Gender Studies geben sich mit dem hinlänglich bekannten feministischen Nischenpublikum „zufrieden“, schließlich hat frau sich ja das ambitionierte Ziel gesetzt, den Mainstream zu erreichen. Und nebenbei kann es sich Feminismus, sofern er ein lohn- und auftragsabhängiges Berufsfeld und konsumierbare Dienstleistung geworden ist, schlicht und einfach nicht mehr „leisten“, *nicht* zu gefallen. Deswegen scheinen professionelles Auftreten und die Professionalisierung des Feldes im Allgemeinen die Strategien der Stunde. Eine inhaltliche und kritische Auseinandersetzung hat unter diesen Vorzeichen weder Platz noch Zeit, ja könnte ganz im Gegenteil gar das über die Professionalisierung endlich und unter viel Schweiß gewonnene „neue“ Publikum verschrecken, weswegen (und aus Mangel an Interesse und Ideen) momentan gerne auf politische Debatten verzichtet wird. Zwar dauert „die Spannung zwischen feministischer Basisbewegung und eher pragmatischeren Vertreterinnen der Professionalisierung des geschlechterpolitischen Feldes (...) an“ (Kreisky 2007: 30), doch scheint die pragmatisch-professionelle Seite immer mehr an Gewicht zu gewinnen. Manchmal aus dem einfachen Grund, dass, wie im Szenario (Kapitel 1.2.) beschrieben, die Existenz autonomer feministischer Projekte prekärer geworden ist. Und dies nicht zuletzt *aufgrund* der

¹³⁹ Diese stylischen Webauftritte sind offensichtlich nicht darauf zurück zu führen, dass eine Mitarbeiterin ein spezifisches Layout- und Programmierfähle hat, denn das wäre ja okay und gegen ansprechende Formen ist per se nichts einzuwenden. Worum es aber geht, ist, möglichst breite Zustimmung zu bekommen und möglichst vielen zu gefallen. Besonders wird versucht, Protagonist_innen des Mainstreams anzusprechen. Dementsprechend durchschnittlich und unkritisch sehen die medialen Inszenierungen auch aus.

Etablierung der „Pragmatikerinnen“, weswegen autonome und radikale feministische Projekte und Initiativen an Legitimität – und damit engagierte Menschen sowie die wenigen vorhandenen Subventionen – verlieren. Auch führt die Orientierung am Arbeitsmarkt dazu, dass einerseits nicht Ver- bzw. Anwendbares undenkbar wird und andererseits feministische Projekte wie GM und die Gender Studies dazu tendieren, sich gegenseitig einen (beruflichen) Absatzmarkt zu verschaffen. Um so an gesellschaftlicher Legitimität, gemessen in altbekannten Kategorien kapitalistischer Nützlichkeit, zu gewinnen (vgl. Kapitel 3.2.1.).

Dagegen, dass manch feministisches Projekt, manche feministischen Auseinandersetzungen zum Beruf, zur Profession werden, ist nicht unbedingt etwas einzuwenden. Denn das heißt auch, dass Aktivistinnen und Projekte bezahlt und institutionalisiert werden, einer prekären und unsicheren Existenz sowie struktureller Selbstausbeutung, stückweit entgegengewirkt wird. Selbst dann, wenn auch bei prinzipiell bezahlten feministischen Aktivitäten, deren prekäre Randständigkeit aufgrund weiter bestehender Unterbezahltheit, kurzfristiger und zeitlich befristeter Subventionen und Projektunterstützungen alles andere als aus der Welt geschafft ist. Oftmals scheint die Finanzierung feministischer Arbeit(en), vermittelt beispielsweise wissenschaftlicher Forschungsunterstützungen, gar eine Beschäftigungstherapie zu sein. Das ständige Ausfüllen von Anträgen, Formularen und Abrechnungen macht letztlich die Zeit nicht wett, für die Projektunterstützungen, so sie denn erteilt werden, vergeben werden. Meist werden Projekte für 1-2 Jahre unterstützt, der zuvor stattfindende Prozess der Recherche und Einreichung, sowie der danach folgende Abschluss (die meisten Projekte werden nicht innerhalb der kurzen Frist zu Ende geführt, in der sie von Institutionen oder Töpfen finanziell unterstützt werden) mitsamt Reflexion, Nachbearbeitung und Bürokratie, sind exkludiert und gratis zu leisten. Gewonnen wird also recht wenig, verloren wird die Möglichkeit autonomer inhaltlicher, zeitlicher und formaler Gestaltung. Denn die Kriterien sind bis zu einem gewissen Grad von den Auftrag- und Geldgeber_innen vorgeschrieben oder werden schon im Vorfeld (unter-)bewusst reproduziert, wenn für ein Projekt (finanzielle) Unterstützung lukriert werden will. „Erfolgreich“ zu sein ist so auch immer ein „Indiz für eine Norm“ (Niekant 2003: 64). Und diese „Norm entspringt dem aktuellen

(Wissenschafts-)Betrieb. Die Frauen- und Geschlechterforschung sucht in ihm ihre Absicherung, und sie war, auch in ihrer Kritik, seit ihren Anfängen Teil von ihm“ (ebda.).

Zur Profession werden und professionell zu sein impliziert also, selbst wenn einzelne Inhalte womöglich kritisch „erhalten“ bleiben, die Übernahme von Formaten, die Berufsfelder auszeichnen. Die Professionalisierung feministischer Projekte ist „eine Art der Anerkennung (...). Sie ist andererseits selbst ein Zeichen für geleistete Anerkennung, d.h. wechselseitig, es ist eine Struktur des Anerkanntwerdens und des Anerkannthabens“ (Niekant 2003: 64). Etwas, das als Profession gilt, wird wahrscheinlich nicht darauf aus sein, Leute anzusprechen und auf ein basisdemokratisches Plenum zu bekommen um kollektiv und unhierarchisch zu diskutieren, sich mit etwas auseinanderzusetzen. Eine Profession deckt ein bestimmtes (selbst)definiertes gesellschaftliches und soziales Feld ab, Protagonist_innen einer Profession gelten als Expert_innen eines je bestimmten thematischen oder organisatorischen Bereiches. Diese professionellen Expert_innen können von anderen gebucht, angeheuert, engagiert werden. So verhält es sich auch mit den so genannten „Genderexpert_innen“, die in Folge der sich gegenseitig unterstützenden und teilweise bedingenden Etablierung von Gender Studies und GM wie die Schwammerl aus dem Boden sprießen. Dabei ist das Wort „Genderexpert_in“ selbst schon abstrus – wie kann es eine berufliche Aus- und Bezeichnung sein, Expert_in über etwas zu sein, dessen Bedeutung und Wirkmächtigkeit es abzuschaffen, dessen herrschende gesellschaftliche Funktion es außer Kraft zu setzen gelte, wenn Gleichheit realisiert werden will? Ein zweiter problematischer Aspekt, der zu Tage tritt, wenn feministische Projekte professionell, feministische Aktivitäten zu Professionen werden, ist die Hierarchisierung und Homogenisierung von Wissen. Sobald es etwas wie Genderexpert_innen gibt, wird eine viel größere Gruppe an Menschen konstituiert, die *keine* Genderexpert_innen sind, und als in diesem „Bereich“ unwissend und nicht kompetent gelten. Gleichzeitig wird getan, als gäbe es mess- und festmachbares, definier- und verallgemeinerbares Genderwissen, das die einen – die Expert_innen – besitzen und welches den anderen – den Genderlai_innen – fehlt. Doch wenn ich das Geschlechterverhältnis als Herrschaftsverhältnis begreife, das vor keiner Tür halt macht und alle gesellschaftlichen Felder, wenn auch mit verschiedenen Implikationen und Wirkungsweisen, durchdringt, wie kann ich dann behaupten, dass die meisten – die, die darin nicht „ausgebildet“ und mit

Diplom versehen sind – von Geschlecht keine Ahnung haben? Wir alle sind Genderexpert_innen. Leider, denn Genderwissen ist nicht unbedingt ein kritisches Wissen. Doch Kritik, emanzipatorisches und gesellschaftspolitisches Engagement, wird vom Wissen der „ausgebildeten“ Genderexpert_innen – leider – *auch* nicht erwartet. Allein, dass wohl so gut wie alle Menschen von Kindesalter an „wissen“, was jeweils als „weiblich“ und was als „männlich“ zu gelten hat, zeigt, dass in patriarchalen und heterosexistischen Gesellschaften Lebende allesamt *viel zu viel* Herrschafts- und Legitimationswissen über Geschlecht besitzen. Dieses Wissen gelte es eigentlich abzubauen, zu pluralisieren, von seinen Zwängen zu befreien und an seinen behaupteten Selbstverständlichkeiten gelte es zu rütteln, anstatt es im Zuge des Genderexpert_innentums noch auszuweiten, zu positivieren, zu vereinheitlichen und gar zu professionalisieren! Obwohl Geschlecht ein struktureller Faktor ist, ist das Wissen *um* Geschlecht und seine Wirkweisen nicht homogen. Lokal, sozial, sexuell, geschlechtlich, klassenspezifisch usw. unterschiedliche Situationen und Kontexte produzieren verschiedene Formen von und Erfahrungen mit Geschlecht(erwissen), sowie mit den daraus resultierenden Diskriminierungen und erzwungenen Kategorisierungen. *Geschlechterwissen* – so ich den Begriff, der immer in Gefahr steht, vorhandene Ungleichheiten als vermeintlich natürliche Tatsachen „abzubilden“, schon gebrauchte – kann also weder singuläres und homogenisierbares Wissen, noch ein nur von Expert_innen „besessenes“ und verwertbares Gut sein. Ebenso wenig, und das ist die Folge davon, kann Feminismus in Form von GM eine einkaufbare professionelle Dienstleistung sein, die mir die geforderte professionelle Genderexpertise liefert, noch kann Feminismus in Form der Gender Studies nicht mehr und weniger sein, als ein weiteres professionelles Forschungsfeld neben anderen für professionelle Wissenschaftler_innen. Denn damit hätten feministische Projekte herrschende Arbeitsverhältnisse einer neoliberalen Dienstleistungsgesellschaft und einen auf Geschlechterdifferenz basierenden Wissenschaftsbetrieb 1:1 übernommen und ihre politische Kritik neutralisiert, oder im „besten“ Falle „konsumierbar“ gemacht. In solch „gewöhnlicher“ Form gelten feministische Projekte aber immerhin als „professionell“ – ob das jemals politisch-kritischer Anspruch war, sei dahin gestellt.

3.3.9. Zusammenfassung. Qualitätsvolles Wirtschaften&Forschen mit Gender

Anstatt dass hegemoniale gesellschaftliche Kriterien hinterfragt werden, werden sie affirmiert. Indem versucht wird, ihnen womöglich sogar „besser“ zu entsprechen als so manch andere Protagonist_innen, werden herrschende Normen zu den Bezugspunkten von Projekten wie GM oder den Gender Studies. Was im Bereich Wissenschaft oder Arbeitsmarkt als selbstverständlich gilt, entspricht herrschenden Verhältnissen und Interessen, impliziert spezifische Normen und Ausschlüsse und ist alles andere als neutral. Diese Normen und Strukturen, die nicht zuletzt auch vermeintlich „objektive“ Gründe dafür liefern, dass kritische Auseinandersetzungen unter dem Vorwand der Nichtentsprechung von Qualitätsstandards marginalisiert werden, werden bei GM und den Gender Studies als gegeben vorausgesetzt. Ihre Wirkmacht wird damit bestätigt. Konzepte von Qualität und Leistung, Konkurrenz und Karriere, Objektivität und Exzellenz, kapitalistisch „notwendiger“ Innovation und Professionalität, werden übernommen und als Qualitätsstandards auch in feministische Projekte und Debatten eingeführt. Außerhalb einer kapitalistisch-patriarchalen Hegemonie standen feministische Projekte nie, jedoch ist es ein politischer Unterschied, ob hegemoniale Ideologien *auch* auf mich wirken, womit ich mich ständig kritisch auseinanderzusetzen habe¹⁴⁰ oder ob ich diese aktiv affirmiere, in meine eigenen Konzepte integriere und missionarisch weiter verbreite. Dadurch werden zwar womöglich – bestenfalls – einige feministische Inhalte in den Kanon der Qualitätskriterien aufgenommen und zur Norm, die prinzipielle Funktion der Produktion von Norm und Abweichung als Herrschaftsprinzip bleibt aber unangetastet. Und was bringen vereinzelte und aus dem Kontext gerissene feministische Inhalte im Mainstream, wenn das politisch Wichtigste – ein kritisches Verhältnis und ein permanentes Misstrauen gegen all das, was in dieser patriarchalen Gesellschaft als selbstverständlich gilt – dafür aufgegeben wird? Und wenn all diese, die aktuelle Gesellschaft „auszeichnenden“ und höchst affirmativen Konzepte einer postfordistischen individualistischen Leistungsgesellschaft reproduziert werden, „qualitätsbewußtes Handeln“ zur Maxime wird, so nehmen sich Projekte wie GM oder die Gender Studies jedweden Raum für strukturkritisches Denken und Handeln.

¹⁴⁰ Denn der mühsame aber notwendige ständige Versuch, kritisch zu hinterfragen, was als „normal“ gilt, ist letztlich die einzige Perspektive, die bleibt.

Ein Ende, aber kein Ende in Sicht

„Kein Staat zu machen“ bleibt weiterhin die Aufgabe einer kritischen Wissenschaft, die sich darin, wie vermittelt auch immer, mit Formen des praktischen Protestes und Widerstandes verbunden weiß. Mag es auch wieder verstärkt in den Nischen des Betriebes sein – sich weder von der eigenen Ohnmacht noch von der Macht der Anderen dumm machen zu lassen, dazu reicht kritisches Denken noch allemal aus (frei nach Adorno). (Görg/ Roth 1998)

Um eine Zusammenfassung soll es hier nicht gehen. Es stellt sich so etwas nach dem langen, langen Brüten über einem (Diplomarbeits-)Thema nicht nur als schwierig, sondern auch als problematisch heraus. Schwierig, weil viel gesagt, aber über noch mehr geschwiegen wurde, gedankliche und politische Ausflüge ebenso Raum hatten, wie viel verkürzt und nebenbei „abgehandelt“ wurde. Auch denke ich, dass vieles oft genug geschrieben und zusammengefasst wurde, ich möchte hier die Leser_innen nicht mit Redundanzen nerven. Problematisch, weil Zusammenfassungen, insbesondere am bitteren Ende eines Textes, suggerieren, dass etwas zum Abschluss gekommen ist. Dem ist aber zumeist nicht so, in meinem Fall jedenfalls nicht. Bezogen auf die Notwendigkeit von Auseinandersetzungen mit affirmativen Wendungen von Theorien und Praxen, Projekten und Gruppen, aus eigentlich gesellschaftskritischen Kontexten, ist kein Ende in Sicht. Und das ist auch gut so. An kritischer Debatte und Widerspruch, auch wenn er das ein oder andere Mal in Streit und Spaltung endet, kann es schließlich nicht genug geben.

Ebenso wie es nicht immer reicht, oberflächlich gegen etwas zu sein, ohne offen zu legen, welches politische Denken dahinter steckt, weil dies ansonsten zu Verkürzungen in der Kritik wie auch zu Bündnissen jenseits von Gut und Böse führt, hat der Begriff Feminismus die Kritik offensichtlich nicht für sich gepachtet. Das zeigen unter anderem Projekte wie die Gender Studies oder GM. Es braucht beständiger kritischer (Selbst-) Befragung, um dem Dilemma zu entgehen, in das sich herrschaftskritische Politiken begeben, wenn Teile von ihnen *normalisiert* und in Folge akzeptiert und etabliert, andere aber mehr denn je an den Rand gedrängt werden. Ich hoffe, zumindest einige Brüche und Widersprüche aktuell dominanter (feministischer) Projekte aufgezeigt zu haben, die beweisen sollen, dass es auch anders gehen könnte, Platz für feministische Kritik einfach sein *muss*. Mein Herausstreichen des *aktiven* Mitspielens feministischer Akteur_innen ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass dies auch die Möglichkeit des *anders* und *kritisch* Handelns impliziert. Das von mir gezeichnete Szenario kennt Alternativen. Wiewohl der

Spielraum für feministische Aktivitäten klein wie eh und je ist, ist feministische Affirmation kein Sachzwang sondern gewolltes politisches Projekt, das von GM oder den Gender Studies in aller Problematik und Ambivalenz vorexerziert wird. Konfrontiert mit *Nancy Frasers* Unterscheidung zwischen affirmativen und transformativen Politiken ist das Attest für GM und die Gender Studies eindeutig. Herrschende Normen werden als Basis herangezogen, maximal werden ungleiche (Be)Wertungen zum Anlass für Kritik, anstatt ihre Entstehung und ihre strukturellen Grundlagen zum Thema zu machen und ihre Gültigkeit zu destabilisieren. Deswegen kann es auch im Sinne *Johannes Agnolis* nicht sein, Normen besser und gerechter zu gestalten, da diese Normen selbst Ausdruck der herrschenden Verhältnisse sind, die sich durch nichts weniger als Gleichheit charakterisieren lassen. Eben das versuchen aber Projekte wie Gender Studies oder GM und reifizieren und anerkennen damit patriarchale Verhältnisse, die Feminismen doch bekämpfen sollten. Sie sind somit affirmative Maßnahmen der Stabilisierung und Befriedung einer widersprüchlichen Gegenwart.

In Zeiten vermeintlicher und partieller feministischer Etablierung sind kritische Hinterfragungen umso wichtiger, denn je näher ein patriarchal-kapitalistischer Mainstream rückt, desto mehr Auseinandersetzung braucht es mit den eigenen Anpassungen und vermeintlichen Selbstverständlichkeiten, die nur allzu oft von einem Status Quo übernommen werden. Denn Erfolg und Affirmation gehen gerne Hand in Hand. Das kann und darf aber weder Weg noch Ziel feministischer Politiken – in all ihren Verschiedenheiten – sein. Den Spielraum für kritische Debatten (und für mich) zu erweitern ist im Endeffekt das, was ich mit dieser (Diplom-)Arbeit wollte. Und wenn das auch nicht mehr heißt, als dass hier viele, viele beschriebene Seiten vorliegen, die weniger darauf bedacht sind, „Wahres“ und „Richtiges“ zu sagen, die keinerlei Anspruch auf Tiefgründigkeit, Vollständigkeit und schon gar nicht Objektivität (was auch immer das sein soll) haben, aber ein Versuch sein sollen, einem kritisches Verhältnis Raum zu geben, der meines Erachtens überall beschnitten wird. Innerhalb feministischer Szenerien ebenso wie im Kontext universitärer Wissenschaft scheinen Anpassung und das Heischen um Anerkennung zwar stückweit nachvollziehbar und einem emanzipatorischen Politiken weiterhin unfreundlich gesonnenen gesellschaftlichem Umfeld geschuldet, aber nichtsdestotrotz muss auch die jeweils eigene Aktivität in den Blick und damit in die Kritik

geraten. Denn spätestens, wenn so aktiv und erfolgreich Verhältnisse affirmiert werden, dass sich die „eigenen“ Konzepte von Effizienz- und Qualitätssteigerungsmaßnahmen kaum mehr unterscheiden, kann von einem kritischen Verhältnis nicht mehr die Rede sein.

Für die Teile der emanzipatorischen Frauenbewegungen, denen Kritik weiterhin als wesentlich und notwendig erscheint, da patriarchale und kapitalistische Verhältnisse sich zwar verändert haben, ihre auf Ungleichheiten, Ausgrenzung und Ausbeutung basierende Grundstruktur aber weiterhin ein unglaubliches Durchhaltevermögen zeigt, ist es umso wichtiger, (*Selbst-*)Kritik zu üben, da der Erfolg der einen dazu führt, dass kritische andere weiter an den Rand gedrängt werden. Feministische Kritik wird so der Boden abgetragen. Doch scheint der Wille für Auseinandersetzungen und Debatten, der zwangsläufig auch das Infragestellen eigener Positionen und entstandener Hierarchien impliziert, nicht allzu groß zu sein. Stattdessen wird im Kontext frauenbewegter Szenerien gern auf vereinfachende Erklärungen zurück gegriffen, die sich dadurch auszeichnen, dass die Schuld an einer aktuell prekären Zeit, die von Kritikverlusten gekennzeichnet ist, *jedenfalls* bei anderen zu suchen ist. Doch warum? Ist nicht Voraussetzung für ein kritisches Verhältnis einer gesellschaftlichen Hegemonie gegenüber auch die Fähigkeit der kritischen Auseinandersetzung mit und über sich selbst? Die eigenen Involvierungen und Ambivalenzen, die eigenen Ausschlüsse und Machtpraxen, zu reflektieren ist doch wesentliches Moment einer feministischen Praxis. Eben dieser Raum feministischer Auseinandersetzungen fehlt (und wenn es ihn gibt, dann geht keine hin) und so gelten Projekte wie GM und die Gender Studies in einem Mainstream recht unwidersprochen als feministisch und prägen so hegemoniale Vorstellungen von „Kritik“. Die meisten Feministinnen sind zum Glück nicht dieser Meinung, denn Kritik und Feminismus sehen anders aus als GM. Doch bleibt der Erfolg der Un-Kritiker_innen, der die Gesellschaftskritik von Feministinnen eher erschwert als ihr Raum zu geben, in feministischen Kontexten weiterhin zu wenig thematisiert und hinterfragt. Es soll nicht darum gehen, dass sich Feministinnen untereinander befetzen, aber es geht um etwas wie Definitionsmacht. Manchmal scheint mir das Verständnis für feministische Affirmation, das nicht selten ob des Wissens um die eigene prekäre Lage entsteht, zu groß zu sein. Ich muss und will die Anpassung feministischer Projekte aber nicht verständnisvoll

nachvollziehen und damit legitimieren, um Frauen, die diesen Weg gehen, trotzdem Respekt entgegen zu bringen.

Strategisch notwendig wären also *politische Abgrenzungen*, denn dass die Zeiten für feministische Projekte und Räume prekärer werden, heißt nicht, dass frau sich mit allem zufrieden geben muss. Die klassische Antwort, die ich höre, wenn von GM die Frage ist, ist: „Ja, ich find’s ja auch nicht toll, überhaupt nicht, aber besser als nichts, oder?“. Doch was heißt das? In Zeiten von Kapitalismuskrisen ist vielleicht auch ein niedrig bezinsten Bankkredit oftmals besser als nichts, aber heißt das, dass Kredite und Banken bzw. Leistungszwang und der Mainstream jetzt toll sind? Nein! Durch solche Sätze wird zum Ausdruck gebracht, dass es „halt schon ganz o.k. ist, wie es ist, nicht ideal, aber immerhin“. Doch das ist ein bisschen wenig, jedenfalls kann das nicht Forderung sein. Abgrenzung gegenüber affirmativen pragmatischen Politiken ist also auch deshalb von Nöten, da damit Grenzen politischer Konzepte überhaupt erst sichtbar gemacht werden können, Reibung entsteht und sich so Möglichkeiten für Auseinandersetzungen ergeben. Wieso nicht einmal streiten, wenn es angebracht ist; aber nicht über „Andere“ – „Generationen“, die „Postmoderne“ oder mangelnde „Praxis“ –, sondern über sich selbst und politische (Selbst)Kritik. Weil wer im vorauseilenden Gehorsam agiert, „spürt ihre Fesseln nicht“ (frei nach *Rosa Luxemburg*) und kann diese in einem weiteren Schritt auch nicht zu sprengen versuchen. Eine Abgrenzung muss nicht als fixe und allgemeingültige Grenze aufgefasst werden, die andere ausschließt, sondern als politische Diskussionsgrundlage und Raum der Debatte. Und sie soll ein Hinweis sein, dass feministische Kritik wesentlich ist, immer und immer wieder, und nicht zuletzt diejenigen darauf verweisen, die dies in ihren Konzepten und Reden gerne zu vergessen scheinen, sich aber trotzdem gemeinsam mit anderen im „feministischen Boot“ sitzend begreifen.

Das folgende Gedicht sei, nicht im Sinne *Erich Mühsams* der deutschen Sozialdemokratie sondern all jenen gewidmet, die meinen, vermeintliche Etablierung und teilweiser Erfolg im Mainstream seien erstens Ziel feministischer Kritik und zweitens Ausdruck genug für Veränderung, weswegen ein kritisches Verhältnis zu Bestehendem und eine latente Subversion herrschender Normen und Ideologeme hintan zu stellen sei:

Der Revoluzzer

(Erich Mühsam, 1907)

War einmal ein Revoluzzer
im Zivilstand Lampenputzer;
ging im Revoluzzerschritt
mit den Revoluzzern mit,

Und er schrie: „Ich revolütze!“
Und die Revoluzzermütze
schob er auf das linke Ohr,
kam sich höchst gefährlich vor.

Doch die Revoluzzer schritten
mitten in der Straßen Mitten,
wo er ansonsten unverdrutzt
alle Gaslaternen putzt.

Sie vom Boden zu entfernen,
rupfte man die Gaslaternen
aus dem Straßenpflaster aus,
zwecks des Barrikadenbaus.

Aber unser Revoluzzer
schrie: „Ich bin der Lampenputzer
dieses guten Leuchtenlichts.
Bitte, bitte, tut ihm nichts!

Wenn wir ihn' das Licht ausdrehen,
kann kein Bürger etwas sehen.
Laßt die Lampen stehn, ich bitt! –
Denn sonst spiel ich nicht mehr mit!“

Doch die Revoluzzer lachten,
und die Gaslaternen krachten,
und der Lampenputzer schlich
fort und weinte bitterlich.

Dann ist er zu Haus geblieben
und hat dort ein Buch geschrieben:
nämlich, wie man revolützt
und dabei doch Lampen putzt.

(aus: Mühsam, Erich: Der Loreleyerkasten. Eine satirische Revue.
Eulenspiegel Verlag. Berlin 1984)

Literatur

Abdallah, Madlen/ Ambrosch, Heidi/ Daimler, Anna/ Dietl, Claudia/ Günther, Elisabeth/ Staritz, Nikola/ Wuich, Brigitte (Hginnen) (2008): *Trotz.dem. Immer wieder! Ansprüche, Widersprüche und Wirklichkeiten der Frauenfrühlingsuniversität 2007. Einblicke und Ausblicke.* Löcker Verlag. Wien

Agnoli, Johannes (2004 [1987]): *Von der kritischen Politologie zur Kritik der Politik.* In: ders. (2004): *Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften.* herausgegeben von Barbara Görres Agnoli. Konkret Literatur Verlag. Hamburg

Aulenbacher, Brigitte/ Bereswill, Mechthild/ Löw, Martina/ Meuser, Michael/ Mordt, Gabriele/ Schäfer, Reinhild/ Scholz, Sylka (2006) (Hg_innen): *FrauenMännerGeschlechterforschung. State of the Art.* Westfälisches Dampfboot. Münster

Baer, Susanne (2005): *Geschlechterstudien/ Gender Studies: Transdisziplinäre Kompetenz als Schlüsselqualifikation in Wissensgesellschaften.* In: Kahlert, Heike/ Thiessen, Barbara/ Weller, Ines (Hginnen) (2005): *Quer denken- Strukturen verändern. Gender Studies zwischen Disziplinen.* VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden (143-162)

Bauer, Isabella (2007): *Die Hochschule auf dem Weg zur Geschlechtergerechtigkeit?* In: Erler, Ingolf (Hg): *Keine Chance für Lisa Simpson? Soziale Ungleichheit im Bildungssystem.* Mandelbaum Verlag. Wien (262-271)

Beauvoir, Simone de (2005 [1983]): *„Das ewig Weibliche ist eine Lüge“.* Im Interview mit Alice Schwarzer. In: Schwarzer, Alice: *Simone de Beauvoir. Rebellin und Wegbereiterin.* Kiepenheuer & Witsch. Köln 4. Auflage (81-99)

Becker-Schmidt, Regina/ Knapp, Gudrun-Axeli (1995) (Hginnen): *Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften.* Campus Verlag. Frankfurt/Main

Becker-Schmidt, Regina/ Knapp, Gudrun-Axeli (2000): *Feministische Theorie- zur Einführung.* Junius Verlag. Hamburg

Becker-Schmidt (2007 [1993]): *Geschlechterdifferenz – Geschlechterverhältnis.* In: Hark, Sabine (Hgin): *Dis/Kontinuitäten: Feministische Theorie.* VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2. Auflage (115-127)

Beckett, Samuel (1959): *Murphy.* Rowohlt Taschenbuch Verlag. Hamburg

Beer, Ursula (1989): *Einleitung. „Herrschaft über Natur und Menschen“ als Gegenstand feministischer Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik“.* In: Dies. (Hgin): *Klasse Geschlecht. Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik.* AJZ Verlag. Bielefeld (1-28)

Behning, Ute (2004): *Implementation von Gender Mainstreaming auf europäischer Ebene: Geschlechtgleichstellung ohne Zielvorstellung?* In: Meuser, Michael/ Neusüß, Claudia

(Hg_innen): Gender Mainstreaming. Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente. Bundeszentrale für Politische Bildung. Bonn (122- 134)

Behning, Ute/ Sauer, Birgit (2005) (Hginnen): Was bewirkt Gender Mainstreaming. Evaluierung durch Policy- Analysen. Campus Verlag. Frankfurt/Main

Bell, Anni u.a. (1987) (Hginnen): Furien in Uni-Form? Österreichische Frauensommeruniversität: Dokumentation der 3. Österreichischen Frauensommeruniversität, Innsbruck 1986

Bereswill, Mechthild (2004): „Gender“ als neue Humanressource? Gender Mainstreaming und Geschlechterdemokratie zwischen Ökonomisierung und Gesellschaftskritik. In: Meuser, Michael/ Neusüß, Claudia (Hg_innen): Gender Mainstreaming. Konzepte, Handlungsfelder, Instrumente. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn (52-70)

Bereswill, Mechthild (2006): Conflicting Memories. In: Aulenbacher, Brigitte/ Bereswill, Mechthild/ Löw, Martina/ Meuser, Michael/ Mordt, Gabriele/ Schäfer, Reinhild, Scholz, Sylka (Hg_Innen): FrauenMännerGeschlechterforschung. State of the Art. Westfälisches Dampfboot. Münster (78-80)

Bering, Dietz (1978): Die Intellektuellen. Geschichte eines Schimpfwortes. Klett-Cotta. Stuttgart

Bidwell-Steiner, Marlen (2006) (Hgin): A canon of our own? Kanonkritik und Kanonbildung in den Genderstudies. Studien-Verlag Wien/ Innsbruck

Blome, Eva/ Erfmeier, Alexandra/ Gülcher, Nina/ Smasal, Kerstin/ Smykalla, Sandra (2005): Handbuch zur universitären Gleichstellungspolitik. Von der Frauenförderung zum Gendermanagement? VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden

Bock, Gisela (1977): Frauenbewegung und Frauenuniversität. Die politische Bedeutung der Sommeruniversität. In: Gruppe Berliner Dozentinnen (Hgin): Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen – Juli 1976. Courage Verlag. Berlin (15-22)

Bourdieu, Pierre (2005): Einige Fragen zur Schwulen- und Lesbenbewegung. In: Ders.: Die männliche Herrschaft. Suhrkamp. Frankfurt/Main (201-211)

Bührmann, Andrea D. (2003): Überlegungen zum Projekt einer kritischen Geschlechterforschung In: Demirovic, Alex (Hg): Modelle kritischer Gesellschaftstheorie. Traditionen und Perspektiven der Kritischen Theorie. Verlag J.B. Metzler. Stuttgart (247-265)

Busch, Carola/ Engelbrech, Gerhard (1998): Mit Chancengleichheit auf Erfolgskurs – Total E-Quality – Geleitwort. In: Krell, Gertraude (Hgin): Chancengleichheit durch Personalpolitik. Gleichstellung von Frauen und Männern in Unternehmen und Verwaltungen. 2. Auflage. Gabler Verlag. Wiesbaden (1-10)

Butler, Judith (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter*. Suhrkamp. Frankfurt/Main

Butler, Judith (1997): *Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts*. Suhrkamp. Frankfurt/Main

Chrysanthou, Traude / Markert, Katharina/ Missal, Jutta / Peterssen, Anke/ Rieger, Renate: *Der Widerspenstigen Lähmung? Frauenprojektegeschichte gegen den Strich gebürstet*. In: Rieger, Renate (Hgin): *Der Widerspenstigen Lähmung? Frauenprojekte zwischen Autonomie und Anpassung*. Campus Verlag. Frankfurt/Main 1993 (7-19)

Dawid, Evelyn (1999): *Risikoreiche Schwangerschaft*. In: Buber, Renate/ Ernst, Ursula Marianne (Hginen): *Frauenwege. An einer Wirtschaftsuniversität zwischen Politik und Wissenschaft*. Peter Lang – Europäischer Verlag der Wissenschaften. Frankfurt/Main (211-218)

Degethoff de Campos, Heidi (2005): *Gender in der Modularisierung im Zuge des Bologna-Prozesses: Gleichstellungspolitische Positionen* In: Kahlert, Heike/ Thiessen, Barbara/ Weller, Ines (Hginen): *Quer denken- Strukturen verändern. Gender Studies zwischen Disziplinen*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden (301-307)

Diem-Wille, Gertraud/ Ziegler, Judith (1999): *Führungskräfte neuer Lebensformen. Zur Neugestaltung und Verwirklichung neuer Lebensformen von Führungskräften in Politik und Wirtschaft*. In: Lutter, Christina/ Menasse-Wiesbauer, Elisabeth (Hginen): *Frauenforschung, feministische Forschung, Gender Studies. Entwicklungen und Perspektiven*. Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr. Wien (175-195)

Dittmar, Frieder (1998): *Studium des Neoliberalismus. Einleitung*. In: Görg, Christoph/ Roth, Roland (Hg): *Kein Staat zu machen – Zur Kritik der Sozialwissenschaften*. Westfälisches Dampfboot. Münster (185-195)

Dorn, Thea (2007): *Die neue F-Klasse. Warum die Zukunft von Frauen gemacht wird*. Piper Verlag. München

Dunker, Angela (1996): *Macht- und Geschlechterverhältnisse. 25 Jahre feministische Machttheorie aus heutiger Sicht*. In: Virginia Penrose/ Clarissa Rudolph (Hginen): *Zwischen Machtkritik und Machtgewinn. Feministische Konzepte und politische Realität*. Campus Verlag. Frankfurt/Main (17-33)

Engel, Antke (2002): *Wider die Eindeutigkeit. Sexualität und Geschlecht im Fokus queerer Politik der Repräsentation*. Campus Verlag, Frankfurt/Main

Engel, Antke (2007): *Entschiedene Interventionen in der Unentscheidbarkeit. Von queerer Identitätskritik zur VerUneindeutigung als Methode*. In: Hark, Sabine (Hgin): *Dis/Kontinuitäten: Feministische Theorie*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2. Auflage (285- 304)

Evans, Judith (1995): *Feminist Theory Today. An Introduction to Second-Wave Feminism*. SAGE Publications. London

- Fink-Eitel, Hinrich (2002): Michel Foucault. Zur Einführung. Junius. Hamburg
- Foucault, Michel (1983): Der Wille zum Wissen: Sexualität und Wahrheit 1. Suhrkamp. Frankfurt/Main
- Foucault, Michel (1999): Botschaften der Macht. Herausgegeben von Jan Engelmann. DVA. Stuttgart
- Fraser, Nancy (2001): Von der Umverteilung zur Anerkennung? Dilemmata der Gerechtigkeit in „postsozialistischer“ Zeit. In: Dies.: Die halbierte Gerechtigkeit. Edition Suhrkamp. Frankfurt/Main (23-66)
- Frey, Regina (2003): Gender im Mainstreaming. Geschlechtertheorie und -praxis im internationalen Diskurs. Ulrike Helmer Verlag, Königstein/ Taunus
- Frey, Regina (2004): Entwicklungslinien: Zur Entstehung von Gender Mainstreaming in internationalen Zusammenhängen. In: Meuser, Michael/ Neusüß, Claudia (Hg_innen): Gender Mainstreaming. Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente. Bundeszentrale für Politische Bildung. Bonn (24-39)
- Frey Steffen, Therese/ Rosenthal, Caroline/ Väth, Anke (Hginnen) (2004): Gender Studies. Wissenschaftstheorien und Gesellschaftskritik. Königshausen& Neumann. Wiesbaden
- Gehmacher, Johanna/Singer, Mona (1999): Feministische Forschung in Österreich. Eine Geschichte zur Fortsetzung. In: Lutter, Christina/ Menasse-Wiesbauer, Elisabeth (Hginnen): Frauenforschung, feministische Forschung, Gender Studies. Entwicklungen und Perspektiven. Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr. Wien (19-40)
- Gerhard, Ute (1995): Die „langen Wellen“ der Frauenbewegung- Traditionslinien und unerledigte Anliegen. In: Becker-Schmidt, Regina/ Knapp, Gudrun-Axeli (Hginnen): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Campus Verlag. Frankfurt/Main (247-278)
- Gerhard, Ute (2007 [1991]): „Bewegung“ im Verhältnis der Geschlechter und Klassen und der Patriarchalismus der Moderne. In: Hark, Sabine (Hgin): Dis/Kontinuitäten: Feministische Theorie. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2. Auflage (101-114)
- Gibbons, Michael/ Limoges, Camille/ Novotny, Helga/ Schwartzmann, Simon/ Scott, Peter/ Trow, Martin (1994): The New Production of Knowledge. The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societies. Sage Verlag. London/ Thousand Oaks/ New Delhi
- Gildemeister, Regine/ Wetterer, Angelika (1992): Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung. In: Knapp, Gudrun-Axeli/ Wetterer, Angelika (Hginnen): Traditionen Brüche. Entwicklungen feministischer Theorie. Kore Verlag. Freiburg (201-254)

Gisler, Priska (2005): Zwischen Scylla und Charybdis? Institutionalisierung und Kontextualisierung transdisziplinärer Geschlechterforschung. In: Kahlert, Heike/ Thiessen, Barbara/ Weller, Ines (Hginnen): Quer denken- Strukturen verändern. Gender Studies zwischen Disziplinen. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden (115-142)

Görg, Christoph/ Roth, Roland (1998) (Hg): Kein Staat zu machen – Zur Kritik der Sozialwissenschaften. Westfälisches Dampfboot. Münster

Gottschall, Karin (1995): Strategien zum Abbau von Frauenbenachteiligung: Frauenförderung oder Gleichstellungspolitik. Institut für Höhere Studien (IHS). Reihe Soziologie/ Nr. 7

Gravenhorst, Lerke: (2001): Subversiver Anspruch und Normalisierungsrealität: Über Ziele, Wege und Perspektiven der Frauen- und Geschlechterforschung. In: Hornung, Ursula/ Gümen, Sedef/ Weilandt, Sabine (Hginnen): Zwischen Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik. (Re)Konstruktionen der Geschlechterordnung. Westfälisches Dampfboot. Münster

Gruppe Berliner Dozentinnen (Hgin): Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen – Juli 1976. Courage Verlag. Berlin

Gubitzer, Luise/ Schunter-Kleemann, Susanne (2006) (Hginnen): Gender Mainstreaming – Durchbruch der Frauenpolitik oder deren Ende? Kritische Reflexionen einer weltweiten Strategie. Peter Lang – Europäischer Verlag der Wissenschaften. Frankfurt/Main

Gümen, Sedef (2007 [1998]): Das Soziale des Geschlechts. Frauenforschung und die Kategorie „Ethnizität“. In: Hark, Sabine (Hgin): Dis/Kontinuitäten: Feministische Theorie. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2. Auflage (145-163)

Günther, Elisabeth (2007): Gläserne Decken und unsichtbare Holpersteine. In: Erler, Ingolf (Hg): Keine Chance für Lisa Simpson? Soziale Ungleichheit im Bildungssystem. Mandelbaum Verlag. Wien (248-261)

Günther, Elisabeth (2008): Am Anfang war...da so eine Idee. In: Abdallah, Madlen/ Ambrosch, Heidi/ Daimler, Anna/ Dietl, Claudia/ Günther, Elisabeth/ Staritz, Nikola/ Wuich, Brigitte (Hginnen): Trotz.dem. Immer wieder! Ansprüche, Widersprüche und Wirklichkeiten der Frauenfrühlingsuniversität 2007. Einblicke und Ausblicke. Löcker Verlag. Wien (8-12)

Hänsch, Ulrike (2001): Feministische Verstrickungen und Perspektiven. Das Beispiel Frauenprojekte. In: Hornung, Ursula/ Gümen, Sedef/ Weilandt, Sabine (Hginnen): Zwischen Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik. (Re)Konstruktionen der Geschlechterordnung. Westfälisches Dampfboot. Münster (S. 220-238)

Haraway, Donna J. (1991): Simians, Cyborgs, and Women. The reinvention of Nature. Free Association Books, London

Harding, Sandra (1990): Feministische Wissenschaftstheorie. Zum Verhältnis von Wissenschaft und sozialem Geschlecht. Argument Verlag. Hamburg

Hark, Sabine (2004): Queering or Passing: Queer Theory – eine „normale“ Disziplin? In: Frey Steffen, Therese/ Rosenthal, Caroline/ Väh, Anke (Hginnen): Gender Studies. Wissenschaftstheorien und Gesellschaftskritik. Königshausen& Neumann. Wiesbaden (67-82)

Hark, Sabine (2005): Dissidente Partizipation. Eine Diskursgeschichte des Feminismus. Suhrkamp. Frankfurt/Main

Hark, Sabine (2005b): Inter/disziplinarität. Gender Studies Revisted. In: Kahlert, Heike/ Thiessen, Barbara/ Weller, Ines (Hginnen): Quer denken- Strukturen verändern. Gender Studies zwischen Disziplinen. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden (61-89)

Hark, Sabine (2007): Komplexe soziale Ungleichheiten: Geschlecht in Verhältnissen. Kommentar. In: Dies. (Hgin): Dis/Kontinuitäten: Feministische Theorie. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2. Auflage (93-100)

Hark, Sabine (2007b) (Hgin): Dis/Kontinuitäten: Feministische Theorie. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2. Auflage

Hartmann, Michael (2002): Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft. Campus Verlag. Frankfurt/Main

Haslinger, Susanne/ Patek, Andrea (2007): Studieren zwischen Schein und Sein. In: Erler, Ingolf (Hg): Keine Chance für Lisa Simpson? Soziale Ungleichheit im Bildungssystem. Mandelbaum Verlag. Wien (148-165)

Hirschauer, Stefan (2004): Social Studies of Sexual Difference: Geschlechtsdifferenzierung in wissenschaftlichem Wissen. In: Frey Steffen, Therese/ Rosenthal, Caroline/ Väh, Anke (Hginnen): Gender Studies. Wissenschaftstheorien und Gesellschaftskritik. Königshausen& Neumann. Wiesbaden (19-41)

Hirschauer, Stefan/Knapp, Gudrun-Axeli (2006): Wozu Geschlechterforschung? Ein Dialog über Politik und den Willen zum Wissen. In: Aulenbacher, Brigitte/ Bereswill, Mechthild/ Löw, Martina/ Meuser, Michael/ Mordt, Gabriele/ Schäfer, Reinhild, Scholz, Sylka (Hg_innen): FrauenMännerGeschlechterforschung. State of the Art. Westfälisches Dampfboot. Münster (22-63)

Hönig, Kathrin: Propädeutische Begriffsklärung: Gegenstandsbereich und Methodologie der Geschlechterforschung (Gender Studies). In: Frey Steffen, Therese/ Rosenthal, Caroline/ Väh, Anke (Hginnen): Gender Studies. Wissenschaftstheorien und Gesellschaftskritik. Königshausen& Neumann. Wiesbaden (43-53)

Holland-Cunz, Barbara (2001): Zwanzig Jahre wissenschaftliche Revolution? Über Normalisierungen und Zukunftswege feministischer Forschung. In: Hornung, Ursula/

Gümen, Sedef/ Weilandt, Sabine (Hginnen): Zwischen Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik. (Re)Konstruktionen der Geschlechterordnung. Westfälisches Dampfboot. Münster (42-55)

Hornung, Ursula/ Gümen, Sedef/ Weilandt, Sabine (2001): Einleitung In: Dies. (Hginnen): Zwischen Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik. (Re)Konstruktionen der Geschlechterordnung. Westfälisches Dampfboot. Münster (10-18)

Ingrisch, Doris/ Lichtenberger-Fenz, Brigitte (1999): Feministin. Wissenschaftlerin. Feministische Wissenschaftlerin? Ein wissenschaftshistorischer Rekonstruktionsversuch. In: Lutter, Christina/ Menasse-Wiesbauer, Elisabeth (Hginnen): Frauenforschung, feministische Forschung, Gender Studies. Entwicklungen und Perspektiven. Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr. Wien (41-93)

Irigaray, Luce 1979 [1977]: Das Geschlecht, das nicht eins ist. Merve Verlag. Berlin

Jauk, Vera (2003): Gender Mainstreaming. Eine neue Strategie zur Umsetzung der Chancengleichheit in Österreich. In: Schacherl, Ingrid (Hgin): Gender Mainstreaming. Kritische Reflexionen. Studia Universitätsverlag. Innsbruck (57-75)

Kahlert, Heike (2003): Gender Mainstreaming an Hochschulen. Anleitung zum qualitätsbewussten Handeln. Leske+ Budrich. Opladen

Kahlert, Heike (2005): Wissenschaftsentwicklung durch Inter- und Transdisziplinarität: Positionen der Frauen- und Geschlechterforschung. In: Dies./ Thiessen, Barbara/ Weller, Ines (Hginnen): Quer denken- Strukturen verändern. Gender Studies zwischen Disziplinen. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden (23-60)

Kahlert, Heike/ Thiessen, Barbara/ Weller, Ines (Hginnen) (2005): Quer denken-Strukturen verändern. Gender Studies zwischen Disziplinen. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden

Klinger, Cornelia (1998): Feministische Philosophie als Dekonstruktion und Kritische Theorie. Einige abstrakte und spekulative Überlegungen. In: Knapp, Gudrun-Axeli (Hgin): Kurskorrekturen. Feminismus zwischen Kritischer Theorie und Postmoderne. Campus Verlag. Frankfurt/Main (S.242-256)

Knapp, Gudrun-Axeli (1989): Arbeitsteilung und Sozialisation: Konstellationen von Arbeitsvermögen und Arbeitskraft im Lebenszusammenhang von Frauen. In: Beer, Ursula (Hgin): Klasse Geschlecht. Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik. AJZ Verlag. Bielefeld (267-308)

Knapp, Gudrun-Axeli (1992): Macht und Geschlecht. Neuere Entwicklungen in der feministischen Macht- und Herrschaftsdiskussion. In: Dies./ Wetterer, Angelika (Hginnen): Traditionen Brüche. Entwicklungen feministischer Theorie. Kore Verlag. Freiburg (287-321)

Knapp, Gudrun-Axeli/ Wetterer, Angelika (Hginen) (1992b): Traditionen Brüche. Entwicklungen feministischer Theorie. Kore Verlag. Freiburg

Knapp, Gudrun-Axeli (1998): Gleichheit, Differenz, Dekonstruktion: Vom Nutzen theoretischer Ansätze der Frauen- und Geschlechterforschung für die Praxis. In: Krell, Gertraude (Hgin): Chancengleichheit durch Personalpolitik. Gleichstellung von Frauen und Männern in Unternehmen und Verwaltungen. 2. Auflage. Gabler Verlag. Wiesbaden (73-81)

Knapp, Gudrun-Axeli (1998b): Postmoderne Theorie oder Theorie der Postmoderne? Anmerkungen aus feministischer Sicht. In: Dies. (Hgin): Kurskorrekturen. Feminismus zwischen Kritischer Theorie und Postmoderne. Campus Verlag. Frankfurt/Main (S.25-83)

Knapp, Gudrun-Axeli (2001): Kein Abschied von Geschlecht. Thesen zur Grundlagendiskussion in der Frauen- und Geschlechterforschung. In: Hornung, Ursula/ Gümen, Sedef/ Weilandt, Sabine (Hginen): Zwischen Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik. (Re)Konstruktionen der Geschlechterordnung. Westfälisches Dampfboot. Münster (78-87)

Knapp, Gudrun-Axeli (2006): Vom Rand zum *mainstream* und zurück? Zerreißproben und Perspektiven in der Frauen- und Geschlechterforschung. In: Weckwert Anja/ Wischermann Ulla (Hginen): Das Jahrhundert des Feminismus. Ulrike-Helmer-Verlag. Königstein/Taunus (193-207)

Knapp, Gudrun-Axeli (2007 [1988]): Die vergessene Differenz. In: Hark, Sabine (Hgin): Dis/Kontinuitäten: Feministische Theorie. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2. Auflage (263-284)

Krais, Beate (2000): Einleitung: die Wissenschaft und die Frauen. In: Dies. (Hgin): Wissenschaftskultur und Geschlechterordnung. Über die verborgenen Mechanismen männlicher Dominanz in der akademischen Welt. Campus Verlag. Frankfurt/Main (9-29)

Kreisky, Eva (2007): Politik(er)beratung als neuer Beruf. Anzeichen neoliberaler Einbindung von Politikwissenschaft In: Dies./ Fröschl, Erich/ Kramer, Helmut (Hg_innen): Politikberatung. Zwischen Affirmation und Kritik.. Braumüller Verlag. Wien (11-45)

Krell, Gertraude (1998): Chancengleichheit: Von der Entwicklungshilfe zum Erfolgsfaktor. In: Dies. (Hgin): Chancengleichheit durch Personalpolitik. Gleichstellung von Frauen und Männern in Unternehmen und Verwaltungen. 2. Auflage. Gabler Verlag. Wiesbaden (13-28)

Krondorfer, Birge (1996): Machtreflexionen zur Politik des Weiblichen In: Penrose, Virginia/Rudolph, Clarissa (Hginen): Zwischen Machtkritik und Machtgewinn. Feministische Konzepte und politische Realität. Campus Verlag. Frankfurt/Main (53-69)

Krüger, Marlis (1989): Überlegungen und Thesen zu einer feministischen (Sozial-) Wissenschaft (67-94). In: Beer, Ursula (Hgin): Klasse Geschlecht. Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik. AJZ Verlag. Bielefeld

Kubes-Hofmann, Ursula/ Wohofsky, Elisabeth (Hginnen) (1998): Sternzeit. Frauengenerationen und historisches Bewusstsein. Eine Dokumentation. Verband Wiener Volksbildung. Wien

Kubes-Hofmann, Ursula (2001[1994]): Leben als Provisorium. Können Gender Studies feministische Forschung sein? In: Dies.: Wohin und zurück. Politische Kommentare und kritische Essays. Milena Verlag. Wien

Lang, Sabine (1994): Politische Öffentlichkeit und Demokratie. Überlegungen zur Verschränkung von Androzentrismus und öffentlicher Teilhabe. In: Biester, Elke/ Holland-Kunz, Barbara/ Sauer, Birgit (Hginnen): Demokratie oder Androkratie? Theorie und Praxis demokratischer Herrschaft in der feministischen Diskussion. Campus Verlag. Frankfurt/Main (201-226)

List, Elisabeth: Denkverhältnisse - Feminismus und Kritik. In: Dies./ Studer, Herlinde (Hginnen): Denkverhältnisse – Feminismus und Kritik. Suhrkamp. Frankfurt/Main

Lutter, Christina/ Menasse-Wiesbauer, Elisabeth (1999) (Hginnen): Frauenforschung, feministische Forschung, Gender Studies. Entwicklungen und Perspektiven. Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr. Wien

MacKinnon, Catharine A. (1989): Feminismus, Marxismus, Methode und der Staat: Ein Theorieprogramm. In: List, Elisabeth/ Studer, Herlinde (Hginnen): Denkverhältnisse – Feminismus und Kritik. Suhrkamp. Frankfurt/Main (86-132)

Maihofer, Andrea (2006): Von der Frauen- zur Geschlechterforschung – ein bedeutsamer Perspektivenwechsel nebst aktuellen Herausforderungen an die Geschlechterforschung. In: Aulenbacher, Brigitte/ Bereswill, Mechthild/ Löw, Martina/ Meuser, Michael/ Mordt, Gabriele/ Schäfer, Reinhild, Scholz, Sylka (Hg_innen): FrauenMännerGeschlechterforschung. State of the Art. Westfälisches Dampfboot. Münster (64-77)

Maltry, Karola (1998): Machtdiskurs und Herrschaftskritik im Feminismus. In: Imbusch, Peter (Hg): Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Konzeptionen und Theorien. Leske + Budrich. Opladen (S.299-316)

Meinhof, Ulrike (2004 [1968]): Die Frauen im SDS oder In eigener Sache. In: Dies.: Die Würde des Menschen ist antastbar. Aufsätze und Polemiken. Wagenbach Verlag. Berlin (149-152)

Metz-Göckel, Sigrid (1989): Die zwei (un)geliebten Schwestern. Zum Verhältnis von Frauenbewegung und Frauenforschung im Diskurs der neuen sozialen Bewegungen. In: Beer, Ursula (Hgin): Klasse Geschlecht. Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik. AJZ Verlag. Bielefeld (28-66)

Metz-Göckel, Sigrid (1997): Geschlecht in der Hochschulforschung und im Hochschulalltag. Unerwünschte und gewollte Unterschiede. In: Dies./Steck, Felicitas

(Hginnen): Frauenuniversitäten. Initiativen und Reformprojekte im internationalen Vergleich. Leske+ Budrich. Opladen

Meuser, Michael/ Neusüß, Claudia (2004) (HgInnen): Gender Mainstreaming. Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente. Bundeszentrale für Politische Bildung. Bonn

Michalitsch, Gabriele (2006): Gleichheit, Differenz, Gerechtigkeit. Gender-Mainsteraming im Spiegel feministischer Theorien. In: Gubitzer, Luise/ Schunter-Kleemann, Susanne (Hginnen): Gender Mainstreaming – Durchbruch der Frauenpolitik oder deren Ende? Kritische Reflexionen einer weltweiten Strategie. Peter Lang – Europäischer Verlag der Wissenschaften. Frankfurt/Main (15-38)

Michalitsch, Gabriele (19.10.2007): Vortrag im Rahmen der Podiumsdiskussion „Ein soziales Europa - Herausforderung für das neoliberale Empire?“ Ort: NIG (Neues Institutsgebäude), Universität Wien. Persönliche Mitschrift

Mies, Maria (1978): Methodische Postulate der Frauenforschung- dargestellt am Beispiel der Gewalt gegen Frauen. Auszüge in: Althoff, Martina/ Bereswill, Mechthild/ Riegraf, Birgit (Hginnen) (2001): Feministische Methodologien und Methoden. Traditionen, Konzepte, Erörterungen. Leske + Budrich. Opladen (42-48 bzw. 53-60)

Nienhaus, Ursula D. (1993): Autonomie und Frauenprojektebewegung. In: Renate Rieger (Hgin): Der Widerspenstigen Lähmung? Frauenprojekte zwischen Autonomie und Anpassung. Campus Verlag. Frankfurt/Main (S.39-53)

Pechriggl, Alice (2002): K.O. (in) der Solidarität? Reflexionen zu einem kulturellen double bind zwischen Konkurrenz und Solidarität. In: Goldberg, Christine/ Rosenberger, Sieglinde (Hginnen): KarriereFrauenKonkurrenz. Studien Verlag. Innsbruck (153-169)

Pinl, Claudia (1993): Vom kleinen zum großen Unterscheid. „Geschlechterdifferenz“ und konservative Wende im Feminismus. Konkret Literatur Verlag. Hamburg

Pinl, Claudia (2007): Das Biedermeier-Komplott. Wie Neokonservative Deutschland retten wollen. Konkret Literatur Verlag. Hamburg

Plehwe, Dieter/ Walpen, Bernhard/ Neunhöffer, Gisela (2006) (Hg_innen): Neoliberal Hegemony. A Global Critique. Routledge. London/New York

Plöger, Elke (1996): (K)ein Verhältnis zur Macht? Möglichkeiten und Hemmnisse der Machtausübung. In: Penrose, Virginia / Rudolph, Clarissa (Hginnen): Zwischen Machtkritik und Machtgewinn. Feministische Konzepte und politische Realität. Campus Verlag. Frankfurt/Main (S.125-141)

Prausmüller, Oliver/ Schimmerl, Johannes /Striedinger, Angelika (2005): Fit für den Standort? Zur Ökonomisierung von Bildung im europäischen Integrationsprozess. In: Paulo Freire Zentrum/ Österreichische HochschülerInnenschaft (Hg_innen): Ökonomisierung der Bildung. Tendenzen, Strategien, Alternativen. Mandelbaum Verlag. Wien (53-82)

- Ranftl, Edeltraud (1990): Wissenschaftlerinnen, Kinderschuhe und Quoten. In: Schwab, Renate / Enzinger, Hildegard / Schmid-Bortenschlager, Sigrid (Hginnen): Zwischen Autonomie und Vereinnahmung. Frauenforschung und Feministische Wissenschaft an Österreichs Universitäten. Hermagoras Verlag. Klagenfurt/Celovec - Wien 1990 (69-76)
- Sander, Helke (1988 [1968]): Rede des „Aktionsrates zur Befreiung der Frauen“. In: Anders, Ann: Schlüsseltexte der Neuen Frauenbewegung seit 1968. Athenäum Verlag. Frankfurt/Main (39-47)
- Sauer, Birgit (1994): Was heißt und zu welchem Zwecke partizipieren wir? Kritische Anmerkungen zur Partizipationsforschung. In: Dies./ Biester, Elke/ Holland-Kunz, Barbara (Hginnen): Demokratie oder Androkratie? Theorie und Praxis demokratischer Herrschaft in der feministischen Diskussion. Campus Verlag. Frankfurt/Main (99-130)
- Schacherl, Ingrid (2003) (Hgin): Gender Mainstreaming. Kritische Reflexionen. Studia Universitätsverlag. Innsbruck
- Schacherl, Ingrid (2003a): Gender Mainstreaming in Theorie und Praxis. In: Dies. (Hgin): Gender Mainstreaming. Kritische Reflexionen. Studia Universitätsverlag. Innsbruck (19-27)
- Scheich, Elvira (2004): Objektivität, Perspektivität und Gesellschaft. Zum Verhältnis von soziologischer Theorie und Wissenschaftsforschung. In: Frey Steffen, Therese/ Rosenthal, Caroline/ Väth, Anke (Hginnen): Gender Studies. Wissenschaftstheorien und Gesellschaftskritik. Königshausen& Neumann. Wiesbaden (83-95)
- Schernikau, Ronald M. (2001 [1989]): Die Tage in L. Konkret Literatur Verlag. Hamburg
- Schneider, Karin (1991): Frauenforschung. In: Verein zur Förderung von Frauenbildungsprojekten: Autonomie in Bewegung. 6. österreichische Frauensommeruniversität. Texte, Reflexionen, Sub-Versionen. Promedia. Wien (52-56)
- Schunter-Kleemann, Susanne (2006): Gender Mainstreaming und die Ziele der Neuen Frauenbewegung(en) – Uneindeutigkeiten und der Verlust des Politischen. In: Gubitzer, Luise/ Schunter-Kleemann, Susanne (Hginnen): Gender Mainstreaming – Durchbruch der Frauenpolitik oder deren Ende? Kritische Reflexionen einer weltweiten Strategie. Peter Lang – Europäischer Verlag der Wissenschaften. Frankfurt/Main (39-67)
- Schunter-Kleemann, Susanne/ Plehwe, Dieter (2006): Gender Mainstreaming. Integrating women into a neoliberal Europe? In: Plehwe, Dieter/ Walpen, Bernhard/ Neunhöffer, Gisela (Hg_innen): Neoliberal Hegemony. A Global Critique. Routledge. London/New York (188-203)
- Schmid-Bortenschlager, Sigrid (1990): Wozu und zu welchem Ende forschen Frauen? In: Schwab, Renate / Enzinger, Hildegard / Schmid-Bortenschlager, Sigrid (Hginnen): Zwischen Autonomie und Vereinnahmung. Frauenforschung und Feministische

Wissenschaft an Österreichs Universitäten. Hermagoras Verlag. Klagenfurt/Celovec - Wien 1990 (113-119)

Schwab, Renate/ Enzinger, Hildegard / Schmid-Bortenschlager, Sigrid (Hginnen) (1990): Zwischen Autonomie und Vereinnahmung. Frauenforschung und Feministische Wissenschaft an Österreichs Universitäten. Hermagoras Verlag. Klagenfurt/Celovec - Wien

Schwarzer, Alice (2005 [1983]): Simone de Beauvoir. Rebellin und Wegbereiterin. Kiepenheuer & Witsch. Köln 4. Auflage

Schwendter, Rolf (1978 [1973]): Theorie der Subkultur. Syndikat. Frankfurt/Main

Scott, Joan W. (2001): Die Zukunft von *gender*. Fantasien zur Jahrtausendwende. In: Honegger, Claudia/ Arni, Caroline (Hginnen): Gender. Die Tücken einer Kategorie. Joan W. Scott, Geschichte und Politik. Chronos Verlag. Zürich (39-63)

Spivak, Gayatri Chakravorty (2008): Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation. Verlag Turia+Kant. Wien

Steinert, Heinz (1989): Adorno in Wien. Über die (Un)Möglichkeit von Kunst, Kultur und Befreiung. Verlag für Gesellschaftskritik. Wien

Steyerl, Hito (2008): Die Gegenwart der Subalternen. In: Spivak, Gayatri Chakravorty: Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation. Verlag Turia+Kant. Wien

Stiegler, Barbara (2005): Die Kontroversen um Gender Mainstreaming. In: Behning, Ute/ Sauer, Birgit (Hginnen): Was bewirkt Gender Mainstreaming. Evaluierung durch Policy-Analysen. Campus Verlag. Frankfurt/Main (29- 43)

Stöcker, Mirja (2007) (Hgin): Das F-Wort. Feminismus ist sexy. Ulrike-Helmer-Verlag. Königstein/Taunus

Thiessen, Barbara (2005): Inter- und Transdisziplinarität als Teil beruflicher Handlungskompetenzen. Gender Studies als Übersetzungswissen. In: Kahlert, Heike/ Thiessen, Barbara/ Weller, Ines (Hginnen) (2005): Quer denken- Strukturen verändern. Gender Studies zwischen Disziplinen. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden (249-273)

Thürmer-Rohr, Christina (1988): Der Chor der Opfer ist verstummt. Eine Kritik an Ansprüchen der Frauenforschung. In: Dies.: Vagabundinnen. Feministische Essays. Orlanda Frauenverlag. Berlin (S.122-140)

Trommer, Heide (2004): Zauberstrategie auf dem Weg zur Geschlechtergerechtigkeit?! In: Netzwerk Gender Training (Hgin): Geschlechterverhältnisse bewegen. Erfahrungen mit Gender Training. Ulrike Helmer Verlag. Königstein/Taunus (175-188)

Trumann, Andrea (2002): Feministische Theorie. Frauenbewegung und weibliche Subjektbildung im Spätkapitalismus. Schmetterling Verlag. Stuttgart

Velikonja, Nataša (2008): The Long March Through the Margins. In: Gržinić, Marina/ Reitsamer, Rosa (Hginen): New Feminism. Worlds of Feminism, Queer and Networking Conditions. Löcker Verlag. Wien (73-79)

Verein zur Förderung von Frauenbildungsprojekten (1991): Autonomie in Bewegung. 6. österreichische Frauensommeruniversität. Texte, Reflexionen, Sub-Versionen. Promedia. Wien

Weg, Marianne (2003): Gender Mainstreaming. Zukunftsstrategie für Gleichstellungspolitik? In: Schacherl, Ingrid (2003) (Hgin): Gender Mainstreaming. Kritische Reflexionen. Studia Universitätsverlag. Innsbruck (29-55)

Wetterer, Angelika (2003): Rhetorische Modernisierung oder Paradigmenwechsel? In: Schacherl, Ingrid (Hgin): Gender Mainstreaming. Kritische Reflexionen. Studia Universitätsverlag. Innsbruck (131-151)

Wilson, Barbara (1985): Mord im Kollektiv. Ein feministischer Roman aus der Alternativszene. Focus Verlag. Giessen

Wöhl, Stefanie (2007): Mainstreaming Gender? Widersprüche europäischer und nationalstaatlicher Geschlechterpolitik. Ulrike Helmer Verlag. Königstein/Taunus

Zima, Peter V. (2004): Was ist Theorie? Theoriebegriff und Dialogische Theorie in den Kultur- und Sozialwissenschaften. Francke Verlag. Tübingen

Zeitungen/Zeitschriften/Broschüren:

Bendkowski, Halina/ Hark, Sabine/ Neusüß, Claudia (2002): Geschlechterdemokratie: Feministischer Aufbruch oder institutionelle Anpassung? Ein Streitgespräch. In: femina politica: Geschlechterdemokratie- ein neues feministisches Leitbild? Heft 02/2002 (29-40)

BMSG - Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen (2002): Gender Mainstreaming- eine Strategie zur Erreichung der Gleichstellung von Frauen und Männern.

Der Standard (2007): Bartenstein: „Brauchen neuen Feminismus“. Der ÖVP-Minister im STANDARD- Gespräch [Sa/So 10./11.3.2007]

Der Standard (2007): „Ich will keine Ghettos mehr“. VP-Generalsekretär Missethon im STANDARD- Interview [Fr 30.11.07]

Diederichsen, Diedrich (2008): So genannte Generationen. In: Jungle World. 12. Jahrgang/ Nr.1/ 3.1.2008 (3,4)

DiMassa, Diane (1999): *The Complete Hothead Paisan. Homicidal Lesbian Terrorist*. Cleis Press. San Francisco

Diverse (2007): „Männer sind keine Feinde“. In: *Falter* Nr.21 [25.5.-31.5.2007] (12f)

Dormagen, Christel (2008): „Knaller-Sex für alle“. In: *konkret* 07/2008 (50f.)

Eggert, Dagny/ Fitsch, Hellen/ Frübis, Ursula/ Henninger, Annette/ Reichart-Dreyer, Ingrid (2003): Wechselwirkungen. Frauen- und Geschlechterforschung, Frauenbewegung und Politik In: *femina politica- Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft: Parteilichkeit? Distanzierung? Instrumentalisierung?* Heft 02/2003 (9-14)

El-Tayeb, Fatima (2004): Rassismus als Nebenwiderspruch. Ausgrenzungspraktiken in der queer community. In: *informationszentrum 3. welt (iz3w): Jenseits der Geschlechter – Queer international*. Nr. 280 [Oktober 2004]

Falter (2007): Eine neue Frauengeneration ist am Wort: Her mit dem neuen Feminismus. Nr.21 [25.5.-31.5.2007]

Fraser, Nancy (1995): From Redistribution to Recognition? Dilemmas of Justice in a „Post-Socialist“ age. In: *New Left Review: Equality and Deconstruction*. Nr. 212 [Juli-August 1995]

Hamann, Sybille (2007): Die neue Kampfzone. In: *Falter* Nr.21 [25.5.-31.5.2007] (8f)

Hark, Sabine (2007): Eine andere „Frau“ ist möglich. In: *Freitag* Nr.30 [27.7. 2007] (17)

Hänsch, Ulrike (1993): Frauenprojekte im Zustand kollektiver Ermüdung und erfolgsorientierter Anpassung. In: *beiträge zur feministischen Theorie und Praxis* (Heft 35/1993): *Feminis-muß* (9-15)

Holland-Cunz Barbara (2003): Wissenschaft versus Politik im Feminismus. Von der Dominanz des Politischen zur Eigenlogik engagierter Wissenschaft. In: *femina politica-Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft: Parteilichkeit? Distanzierung? Instrumentalisierung?* Heft 2/2003 (14-22)

Kurz-Scherf, Ingrid (2002): Geschlechterdemokratie und Feminismus. Zur Notwendigkeit einer herrschaftskritischen Reformulierung eines Leitbegriffs. In: *femina politica: Geschlechterdemokratie- ein neues feministisches Leitbild?* Heft 02/2002 (42-52)

Niekant, Renate (2003): Frauen- und Geschlechterforschung als Beruf. In: *femina politica-Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft: Parteilichkeit? Distanzierung? Instrumentalisierung?* Heft 2/2003 (60-66)

Rudigier, Saskya/ Susemichl, Lea (2008): „Emma kann ich nicht ernst nehmen“. Ein Interview von Sarah Diehl. In: *konkret*. 04/2008 (50f.)

Profil 04/08

Rabe-Kleberg, Ursula (2002): Hauptsache Geschlecht? – Gender, Doing Gender und Gender Mainstreaming. Oder: Von Begreifen zum Eingreifen. In: Zeitschrift für Frauen- und Geschlechterforschung: Gleichstellungspolitik, Gender Mainstreaming, Geschlechterverhältnisse. Neue Diskurse – alte Praxis? Heft 1+2/2002 (8-10)

Radio Österreich 1 (Ö1): Wo ist der neue Feminismus? Sendedatum unbekannt

Solomon-Godeau, Abigail (2007): Es gibt keinen Post-Feminismus. Es gibt nur Antifeminismus. Ein Interview über harte Zeiten. Von Kerstin Kellermann. In: an.schläge-das feministische Magazin. 09/2007

Staritz, Nikola (2007): „Salzamt für Frauenfragen“. In: Unique. Das Schöne Leben in gedruckter Form. 02/2007

Staritz, Nikola (2008): Der revolutionäre *Manager* oder Die Liebe zum Erfolg. In: Koryphäe. Medium für feministische Naturwissenschaft und Technik. Nr. 44. 11/2008

Wöfl, Adelheid (2007): Auf dem Weg ins Post-Patriarchat. In: Der Standard [Sa/So 14./15.7.2007] (5)

Internet:

Aufruf zur Frauendemonstration in Wien (2008). Nachzulesen unter: <http://wolfsmutter.com/artikel711> [10.4.2008]

BMSK (Bundesministerium für Soziales und Konsument_innenschutz): Väterkarenz und Papamonat. Nachzulesen unter: „Fachbereich Männer“ www.bmsk.gv.at [23.4.08]

dieStandard.at (2007): Nachlese: „Feminismus ist sexy“. Nachzulesen unter: www.dieStandard.at (10. 1. 2008)

Gleichstellungsbericht 2008 (Daten von 2006) der EU- Kommission www.ec.europa.eu/employment_social/gender_equality

Hark, Sabine/ Kerner, Ina (2007): Der Feminismus ist tot? Es lebe der Feminismus. In: Querelles-Net. Rezensionenzeitschrift für Frauen- und Geschlechterforschung. Nr. 21. Nachzulesen unter: www.querelles-net.de/forum/forum21/harkkerner.shtml [28.1.2008]

Interministerielle Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming (IMAG GM) www.imag-gendermainstreaming.at

Managing Gender and Diversity. www.gender-diversity.net

Österreichische Hochschüler_innenschaft – Frauenprojekte www.oeh.univie.ac.at/arbeitsbereiche/frauen.html

wikipedia. (Kompetenz): Eintrag zu dem Begriff „Kompetenz“
<http://de.wikipedia.org/wiki/Kompetenz>

wikipedia. (Potential): Eintrag zu dem Begriff „Potential“ bzw. „Potenz“
http://de.wikipedia.org/wiki/Potenz_%28Philosophie%29

Yaszek, Lisa (2005): I'll be a postfeminist in a postpatriarchy, or, Can We Really Imagine Life after Feminism? In: electronic book review. Nachzulesen unter: www.electronicbookreview.com unter „writing (post)feminism“ [16.4.2008]

Gender Studies- Einrichtungen:

FU Berlin: Zentrale Einrichtung zur Förderung von Frauen- und Geschlechterforschung:
www.fu-berlin.de/zefrauen

HU Berlin: Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien: www.gender.hu-berlin.de

TU Berlin: Zentrum für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung (ZIFG):
www.tu-berlin.de/zifg

Universität Basel: Zentrum Gender Studies (Universität Basel):
www.genderstudies.unibas.ch

Universität Hamburg: Hochschulübergreifende Koordinationsstelle Frauenstudien, Frauen- und Geschlechterforschung, Gender und Queer Studies (Universität Hamburg):
www.genderstudies-hamburg.de

Universität Wien: Referat Genderforschung (Universität Wien): www.univie.ac.at/gender

Universität Zürich: Kompetenzzentrum Gender Studies (KGS): www.genderstudies.uzh.ch

Abstract

Projekte wie *Gender Mainstreaming* oder *Gender Studies* haben sich relativ gut etabliert. Von diversen – auch konservativen – Seiten werden sie gehypt und paradiesische Zustände des Feminismus scheinen ausgerufen zu sein. Aber solche Projekte fügen sich relativ kritik- und reibungslos in bestehende Strukturen ein, ohne diese strukturell zu hinterfragen oder überhaupt zu thematisieren. Das kleine Gemeinsame feministischer Theorien – nämlich das (wie auch immer definierte) kritische Verhältnis zu den bestehenden patriarchal-kapitalistischen Verhältnissen – findet sich hier nicht wieder. Ganz im Gegenteil: Oft ist von Konzepten und Zielsetzungen die Rede, die völlig mit neoliberalen und patriarchalen (An-)Forderungen konform gehen (Arbeitsmarktorientierung, Schlüsselqualifikationen, Geschlechterdifferenz, Qualitätsdiskurse, Leistung etc.). So kommt es gleichzeitig zu einer Vereinnahmung aber auch einer aktiven Anpassung feministischer/frauenpolitischer Projekte, hegemoniale Normen werden umstandslos affirmiert. Der „Wille zum Funktionieren“ scheint sich auch in vermeintlich kritischen Kontexten durchzusetzen. Mit Herrschafts- und Strukturkritik hat das nichts mehr am Hut. Eine Entpolitisierung und reibungslose Integrierbarkeit in herrschende Verhältnisse ist die Folge. Etablierte feministische Projekte wie GM oder die Gender Studies befinden sich zwischen Erfolg, Kritik und Affirmation. Dies aufzuzeigen und kritisch zu hinterfragen ist Inhalt dieser Arbeit. Das ist vor allem deshalb notwendig, weil ansonsten der Raum für *kritische* feministische Projekte und Auseinandersetzungen, noch weiter beschnitten wird.

Feminist projects like *Gender Mainstreaming* or *Gender Studies* seem to be quite successful. They are enforced from different political sides – even conservatives like GM. Should feminists be happy because of this? No, because projects like this are not critical and don't produce any resistance to existing patriarchal and capitalistic structures. Unequal structures are not even topic. There is one thing, that I thought feminisms – in all their differences – have in common: a critical relation towards hegemonic norms. This necessary political critique got lost in seemingly accepted feminist projects. In fact, it is the contrary: concepts and aims of GM and Gender Studies actively affirm needs and ideologies of a neoliberal and patriarchal present. They show a strong will to conform. That's why feminist projects like GM and Gender Studies find themselves in an ambivalent position between success, critique and affirmation.

Ein Lebenslauf

1983 als zweites von drei Kindern in einem mittelklassigen Akademiker_innenhaushalt geboren, indem politische Diskussion, Respekt und kritische Auseinandersetzung zum Alltag gehörten. Ich ging in der Stubenbastei zur Schule und studierte ab 2001 Politikwissenschaft an der Universität Wien, zwischendurch auch etwas Geschichte, Philosophie, Gender- und Cultural Studies. Während des Studiums politisch aktiv in den *Basisgruppen* (genauer gesagt: in der LIAB- Linke Alternative Basisgruppenliste) sowie in der *Österreichischen Hochschüler_innenschaft* (genauer gesagt: in der Fakultätsvertretung H.u.S.). Später Politik vor allem in feministischen Projekten und Kontexten, z.B.: Organisation des Diplomandinnencoachings und der wissenschaftlichen Schreibwerkstätten für Frauen, im Vorbereitungskollektiv bei vielen *Trans_Frauenwohlfühltagen*, bei der *Frauenfrühlingsuniversität 2007* und deren Dokumentation oder den *Queer-Feministischen Tagen 2008*. Dabei auch bei sonstigen einmaligen oder regelmäßigen Aktionen, Frauentutorien und -seminaren, manchmal kellnerierender Weise im *Frauencafé* zu finden. Diverse mehr oder weniger freiwillige Jobs, jetzt sehr gerne in der Fachbereichsbibliothek Soziologie und Politikwissenschaft. Nicht zuletzt deshalb dockte ich an den *Arbeitskreis Kritischer Bibliothekarinnen und Bibliothekare* an. Während all dessen schrieb ich meine Wut an den schnöden patriarchalen Verhältnissen in dem ein oder andren Artikel auf's Blatt; in der groovy, unique, Gezeit, Unitat, fiber, Koryphäe oder Lila.